



**Herausgeber**

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Büro des Generalsekretärs  
OSZE-Sekretariat  
Wallnerstraße 6  
1010 Wien, Österreich

**Redaktion**

Sharman Esarey, Ursula Froese

**Layout**

Ulf Harr, Enrico Bravi

# Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Jahresbericht  
2007

## Inhaltsverzeichnis

<b>Botschaft des Generalsekretärs .....</b>	
<b>Kommentierte Zusammenfassung.....</b>	
<b>Die OSZE auf einen Blick.....</b>	
<b>Der OSZE-Organisationsplan.....</b>	
<b>Bericht des Amtierenden Vorsitzes .....</b>	
<b>Der Ständige Rat .....</b>	
<b>Das Forum für Sicherheitskooperation .....</b>	
<b>Die Parlamentarische Versammlung der OSZE.....</b>	
<b>Die Feldoperationen</b>	
Südosteuropa .....	
Die Präsenz in Albanien .....	
Die Mission in Bosnien und Herzegowina.....	
Die Mission in Kroatien .....	
Die Mission im Kosovo.....	
Die Mission in Montenegro.....	
Die Mission in Serbien.....	
Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje .....	
Osteuropa .....	
Das Büro in Minsk .....	
Die Mission in Moldau.....	
Der Projektkoordinator in der Ukraine.....	
Südkaucasus.....	
Das Büro in Baku .....	
Die Mission in Georgien .....	
Das Büro in Eriwan .....	
Zentralasien.....	
Das Zentrum in Aschgabad .....	
Das Zentrum in Astana.....	
Das Zentrum in Bischkek.....	
Das Zentrum in Duschanbe .....	
Der Projektkoordinator in Usbekistan.....	
Unterstützung für bilaterale Vereinbarungen.....	
Der Vertreter in der Gemeinsamen russisch-lettischen Kommission für pensionierte Militäranghörige.....	
<b>Die Institutionen.....</b>	
Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte .....	
Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten.....	
Der Beauftragte für Medienfreiheit.....	
<b>Das Sekretariat.....</b>	
Das Sekretariat .....	
Das Büro des Generalsekretärs .....	
Leitendes Management .....	

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten .....	
Die Gruppe Terrorismusbekämpfung.....	
Das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels .....	
Die Abteilung Genderfragen .....	
Die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit .....	
Der Rechtsdienst .....	
Das Konfliktverhütungszentrum .....	
Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE.....	
Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen.....	
Die Hauptabteilung Personalressourcen .....	
Das Büro für Innenrevision.....	
<b>Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit .....</b>	
Zusammenwirken mit Organisationen und Institutionen im OSZE-Raum.....	
Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum und mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums .....	
<b>Anhänge .....</b>	
Abkürzungen .....	
OSZE-Haushalt 2007 nach Teilhaushalten .....	
Personalstatistik.....	
Kontakt .....	

## **Botschaft des Generalsekretärs**

Jahresberichte sind mehr als rein bürokratische Übungen oder PR-Aktionen. Sie geben uns Gelegenheit, die Fäden unserer einzelnen Organisationen zusammenzufassen und deren verschiedene Aktivitäten und Programme zu beleuchten.

Die OSZE ist eine in ihrer Komplexität einzigartige Organisation – komplex in Bezug auf ihre dezentralisierte Struktur und ihre anspruchsvollen und ständig wachsenden Aufgaben, komplex aber auch aufgrund der unüberschaubaren Zahl ihrer Aktivitäten in 56 Ländern. Der Jahresbericht 2007 spannt einen großen Bogen, beschreibt die OSZE, wie sie heute ist und welche Chancen die Zukunft für sie bereithält.

Der Ministerrat in Madrid setzte den Schlusspunkt hinter ein schwieriges, aber auch sehr produktives Jahr. Er eröffnete unserer Organisation auch neue Perspektiven, unter anderem durch seine Entscheidung über den Vorsitz der nächsten Jahre, die ein noch nie da gewesenes Maß an Transparenz in Bezug auf die Führung der OSZE bis zum Jahr 2011 brachte. Die Minister beschlossen auch, das Engagement der Organisation für Afghanistan zu verstärken, einem Partnerland, das für die Sicherheit der OSZE-Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung ist. Es liegt also viel Arbeit vor uns.

2007 richteten zahlreiche hochrangige Amtsträger das Wort an die 56 Teilnehmerstaaten in Wien, darunter S. M. König Juan Carlos I. von Spanien, der Präsident von Litauen, die Ministerpräsidenten von Kroatien und Georgien, die Außenministerin der Vereinigten Staaten, der russische Minister für auswärtige Angelegenheiten, der Staatssekretär sowie die Minister für auswärtige Angelegenheiten und Kultur von Kasachstan, die Minister für auswärtige Angelegenheiten von Deutschland und Portugal (jeweils in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Europäischen Union) sowie viele andere hochrangige Vertreter der Teilnehmerstaaten und internationaler Organisationen.

Diese Gruppe unterschiedlicher Führungspersönlichkeiten lieferte ein breites Spektrum von Vorstellungen über die laufende Arbeit der OSZE sowie die vor uns liegenden Herausforderungen, wodurch erneut die einzigartige Rolle der OSZE als Forum für den politischen Dialog im erweiterten Europa unter Beweis gestellt wurde. Ein derartiges Forum ist besonders vor dem Hintergrund der anhaltenden Auffassungsunterschiede zwischen den Staaten über die Zukunft des derzeit bestehenden Systems für die politisch-militärische Zusammenarbeit, der Auseinandersetzungen über die Implementierung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension und der Diskussionen über Möglichkeiten zur Beilegung der ungelösten Konflikte im OSZE-Raum von entscheidender Bedeutung.

In ihrem Bestreben, sich mithilfe der Organisation neuen Herausforderungen mit neuen Strategien zu stellen, konnten die Teilnehmerstaaten 2007 wichtige Meilensteine setzen, darunter etwa eine Konferenz in Wien über die Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zur Bekämpfung des Terrorismus, die zu einem diesbezüglichen Beschluss der Minister in Madrid führte.

In den Bereichen Wirtschaft und Umwelt spielten die zentralasiatischen Staaten eine Vorreiterrolle mit einer Konferenz in Duschanbe zum Transitverkehr in der Region und einer wichtigen Tagung in Taschkent zum Thema Bodenverschlechterung und -kontamination. Und selbstverständlich war auch der spanische Vorsitz sehr darum bemüht, die Überlegungen der OSZE zum Zusammenhang zwischen Umwelt und Sicherheit weiterzuentwickeln.

Unter Anleitung des spanischen Vorsitzes vertieften die Teilnehmerstaaten den Dialog in der OSZE über Toleranz und Nichtdiskriminierung, unter anderem durch eine hochrangige Konferenz in Bukarest, an die eine Veranstaltung des Vorsitzes in Córdoba anschloss.

Dieser Jahresbericht beschreibt die Bemühungen des Sekretariats, der Institutionen und der 19 Feldoperationen der OSZE im vergangenen Jahr um die Förderung eines umfassenden Sicherheitsansatzes. Wie stets sind die Durchführungsorgane der OSZE bereit, den Staaten bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in den drei Dimensionen und im geographischen Raum der OSZE Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Wie in den Vorjahren unterstützten die OSZE-Institutionen auch 2007 die Teilnehmerstaaten bei der Implementierung ihrer Verpflichtungen in allen Aspekten der menschlichen Dimension sowie bei der Debatte über neue Verpflichtungen, insbesondere in Bezug auf die Medienfreiheit. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) setzte gemeinsam mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE seine so wichtige Arbeit fort und stellte den Teilnehmerstaaten für die weitere Festigung einer guten, demokratischen Regierungsführung Wahlbeobachtung und Unterstützung zur Verfügung. In Den Haag nahm der neue Hohe Kommissar für nationale Minderheiten, Knut Vollebaeck, mit vollem Einsatz seine Arbeit auf. Insgesamt stand unsere Arbeit auch im Jahr 2007 im Zeichen der engen Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Institutionen, dem Sekretariat und den Feldoperationen. Diese Zusammenarbeit ist unerlässlich für das Gedeihen der Organisation und den Erfolg des alle Dimensionen umfassenden OSZE-Sicherheitsansatzes.

So erstellten zum Beispiel der Direktor des BDIMR, Botschafter Christian Strohal, und ich laut *Beschluss Nr. 5* des Ministerrats 2006 einen Bericht über organisierte Kriminalität, der im Juli dem Ständigen Rat vorgelegt wurde. Dieser Bericht war insofern eine Neuerung, als zum ersten Mal der Generalsekretär und der Direktor des BDIMR gemeinsam mit der Berichterstattung an die Teilnehmerstaaten beauftragt worden waren. Dieses Verfahren wurde von allen Teilnehmerstaaten positiv bewertet.

Was die Verwaltung der Organisation anbelangt, kann ich mit Genugtuung berichten, dass die leistungsbezogene Haushaltserstellung nach Programmen in diesem Jahr auf alle Teilnehmerhaushalte ausgedehnt wurde, was eine sichtbare Verbesserung in der Gesamthaushaltsplanung bewirkte. Die Teilnehmerstaaten anerkannten die Wichtigkeit dieser Maßnahme für die Stärkung der Effektivität der OSZE.

Und schließlich fand 2007 auch die Übersiedlung des Sekretariats und des Beauftragten für Medienfreiheit in die attraktiven neuen Räumlichkeiten in der Wallnerstraße 6 statt, die im November von seiner Königlichen Hoheit Juan Carlos I. gemeinsam mit dem österreichischen Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer feierlich eröffnet wurden. Diese Übersiedlung verbesserte das Arbeitsklima für alle Mitarbeiter und bot eine hervorragende Gelegenheit, uns wieder bewusst mit einer Organisation zu identifizieren, die alle ihre Möglichkeiten ausschöpft, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

Und so wird in diesem Jahresbericht auch deutlich, dass die OSZE mehr ist als die Summe ihrer Teile, dass sie für ihre 56 Teilnehmerstaaten ein unverzichtbares Gremium für Konsultationen, Kooperation und die gemeinsame Arbeit ist.

Die 56 Staaten bilden eine Gemeinschaft, geeint durch gemeinsame Interessen und Werte, die in einem 32 Jahre währenden ununterbrochenen Dialog definiert und klar herausgearbeitet

wurden. Gemeinsame Wert- und Sicherheitsvorstellungen bilden den Kern aller Unternehmungen der OSZE. Sie weiterzuentwickeln ist eine anspruchsvolle Aufgabe, aber auch eine spannende Herausforderung, die es verdient, dass wir uns ihr mit viel Engagement stellen.

*Generalsekretär*

*Marc Perrin de Brichambaut*

## Kommentierte Zusammenfassung

*Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist in 56 Staaten aktiv, um durch politischen Dialog über gemeinsame Werte und durch praxisbezogene Arbeit Stabilität, Wohlstand und Demokratie zu fördern und auf diesem Wege nachhaltige Verbesserungen zu bewirken.*

*Mit ihren 56 Teilnehmerstaaten in Europa, Nordamerika und Zentralasien, rund 3500 Mitarbeitern in 19 Feldoperationen, mehreren Fachinstitutionen und einem Sekretariat in Wien ist die OSZE in ihrem Einsatzgebiet eines der wichtigsten Instrumente für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Krisennachsorge. Die Organisation hat den Status einer regionalen Abmachung im Sinne der Charta der Vereinten Nationen.*

*Zur Stärkung der Sicherheit in allen Teilnehmerstaaten und bei den Kooperationspartnern setzte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 2007 konkrete Schritte in einer Reihe von Schwerpunktaktivitäten. Gleichzeitig erfüllte sie auch ihre Rolle als äußerst nützliches Dialogforum, indem sie sich mit kontroversiellen politischen Themen befasste, um sie im Konsensverfahren zu lösen, oder Auffassungsunterschiede konstruktiv thematisierte.*

### Die OSZE – Dialogforum und Aktionsplattform

**Förderung des Dialogs.** Die Organisation wurde ihrer Rolle als Dialogforum gerecht, gleichgültig, wie umstritten die Themen auch waren. Die Teilnehmerstaaten diskutierten über eine Reihe von Fragen, unter anderem die Rechtsstellung der Organisation und die Pläne für ein Raketenabwehrsystem der USA in Europa. Im Juni berief die Russische Föderation als Unterzeichner des KSE-Vertrags eine *Außerordentliche Konferenz der Vertragsstaaten des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa* in Wien ein, bei der die OSZE logistische Unterstützung leistete.

**Herbeiführung von politischem Konsens.** Der Ministerrat, der Höhepunkt der Arbeit in diesem Jahr, einigte sich bei seinem Treffen in Madrid im Konsensverfahren in einigen schwierigen Fragen und setzte die Organisation auf Zukunftskurs. Er fand eine Lösung für die Frage des Vorsitzes in den Jahren 2009 bis 2011 und verlieh der OSZE damit größere Kontinuität; er legte fest, dass Griechenland, Kasachstan und Litauen nacheinander den Vorsitz der Organisation übernehmen werden. Kasachstan wird der erste Staat Zentralasiens und der ehemaligen Sowjetunion sein, der den Vorsitz in der Organisation führt. Es wurden einige weitere entscheidende Beschlüsse zu Themen wie Umwelt und Sicherheit, Toleranz sowie zu Fragen gefasst, die für das Forum für Sicherheit, das für die militärische Dimension steht, von Belang sind.

**Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Partnern.** Auf dem Ministerratstreffen von Madrid vereinbarten die Minister außerdem, das Engagement der OSZE für den Kooperationspartner Afghanistan zu verstärken und dabei den Schwerpunkt insbesondere auf eine verstärkte Hilfestellung der OSZE bei der Sicherung und dem Schutz der Grenzen zwischen den zentralasiatischen OSZE-Teilnehmerstaaten und Afghanistan, auf die Aus- und Fortbildung der Polizei und die Unterstützung im Kampf gegen den Drogenhandel zu legen. Sie richteten auch einen Partnerschaftsfonds ein und verabschiedeten eine *Erklärung zu den Kooperationspartnern der OSZE*. Zum ersten Mal seit 1996 war der Kooperationspartner Israel Gastgeber des alljährlichen *Mittelmeerseminars*. 34 Teilnehmerstaaten sowie sechs Kooperationspartner, unter ihnen die Kooperationspartner im Mittelmeerraum Ägypten,

Jordanien und Israel, nahmen an diesem 13. *Seminar* teil. Die jährliche Konferenz mit den Kooperationspartnern in Asien wurde zum ersten Mal von der Mongolei ausgerichtet; sie wurde von 21 Teilnehmerstaaten und den fünf Kooperationspartnern in Asien sowie von Israel besucht.

**Entscheidende praxisbezogene Herausforderungen.** Die OSZE richtete ihr besonderes Augenmerk auf eine Reihe praxisbezogener Fragen von höchster Dringlichkeit. Eine Konferenz in Wien zum Thema *Öffentlich-private Partnerschaften zur Bekämpfung des Terrorismus* führte zur Zusage des Ministerrats, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft aktiv in die Terrorismusbekämpfung einzubeziehen. Die Konferenz geht auf eine gemeinsame Initiative der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika zurück und wurde von Spanien und den USA finanziert. Als weiteres Beispiel sei die *Konferenz des OSZE-Vorsitzes gegen Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen* angeführt, die sich eingehend mit den Ursachen diskriminierenden Verhaltens befasste und Lösungsansätze überlegte.

**Abschluss wichtiger Projekte.** Die OSZE half der Ukraine bei der Räumung nicht zur Wirkung gelangter Kampfmittel im Bereich des Munitionsdepots Nowobohdaniwka und stattete das Katastrophenschutzministerium mit Suchgeräten und Sicherheitsausrüstung aus und bildete Mitarbeiter in der sicheren Entsorgung von Kampfmitteln aus.

In Armenien verwertete die OSZE 872 Tonnen der hochgiftigen und hochflüchtigen Raketentreibstoffkomponente *Mélange* zu 4972 Tonnen Dünger, der im September auf 1243 Hektar Land ausgebracht wurde. Das Projekt wurde von Kanada, Finnland, Deutschland und den USA finanziert.

**Vertrauensbildung.** Das unter OSZE-Leitung stehende *Wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm*, das von 21 internationalen Gebern mit 8 Millionen Euro dotiert wurde und Vertrauensbildung im georgisch-ossetischen Konfliktgebiet leisten soll, stellte mehrere Trinkwasserleitungen fertig, reparierte den Hauptwasserspeicher in Zchinwali, errichtete ein neues Gebäude, in dem eine Schule und ein Klinikum untergebracht sind, und renovierte mehrere Schulgebäude.

Die OSZE bemühte sich durch Besuche, Verhandlungen und mehrere hochrangige politische Kontakte die nach wie vor bestehenden Gräben zwischen den Gemeinschaften im Konfliktgebiet zu überbrücken. Sie suchte nicht nur im georgisch-ossetischen Konflikt sondern auch in der abtrünnigen transnistrischen Region Moldaus sowie im Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, d. h. im Berg-Karabach-Konflikt, Lösungen zu vermitteln. Zum letztgenannten Konflikt verabschiedeten die Minister auf dem Ministerrats-treffen von Madrid eine *Erklärung*. Die Außenminister von Russland und Frankreich, Sergei Lawrow und Bernard Kouchner, sowie der stellvertretende Außenminister der Vereinigte Staaten, Nicholas Burns, überreichten den Außenministern von Armenien und Aserbaidschan offiziell einen Satz *Grundlegender Prinzipien für die friedliche Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts* zur Weiterleitung an die Präsidenten von Armenien und Aserbaidschan.

## **Stärkung der Sicherheit in allen ihren Dimensionen**

Ausgehend von der Auffassung, dass Sicherheit viele Aspekte unseres Lebens und die Art und Weise, wie wir regiert werden, berührt, setzt sich die OSZE mit einem breiten Spektrum

von Themen auseinander, die sie traditionell in drei Bereiche bzw. Dimensionen unterteilt. In jeder dieser Dimension betreibt die Organisation die unterschiedlichsten Programme.

Hier ein kurzer Abriss der im vergangenen Jahr geleisteten Arbeit:

**Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension.** Einen Schwerpunkt in der Arbeit der OSZE bildete die Bekämpfung der Verbreitung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen (SALW) sowie die Gewährleistung der sicheren Lagerung konventioneller Munition, sowohl durch die Festlegung von Normen als auch durch konkrete Projekte. Die OSZE hielt eine Sondertagung des Forums für Sicherheitskooperation zum Thema *Bekämpfung des illegalen Handels mit SALW auf dem Luftweg* ab. Gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen nahm sie auch zwei Projekte in Angriff, eines zum Thema *Aufbau von Kapazitäten für die Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen an Kleinwaffen und leichten Waffen* in Belarus, und zweitens ein *Entmilitarisierungsprogramm* für Montenegro. Sie setzte ihre Bemühung zur verstärkten Umsetzung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen fort und veranstaltete dazu eine Sondertagung.

Die OSZE arbeitete mit den Teilnehmerstaaten weiter an einer verbesserten Sicherung und einem besseren Schutz der Grenzen. Gemeinsam mit den tadschikischen Behörden arbeitete sie mehrere wichtige Projekte zur Verstärkung der Kontrolle an den Landesgrenzen aus. In der Kirgisischen Republik nahm sie eine umfassende Beurteilung der Grenzsicherung vor und bildete in der gesamten Region Grenzschutzbeamte aus.

In der ganzen Region förderte die Organisation Polizeireformen. In mehreren Ländern Südosteuropas, des südlichen Kaukasus und Zentralasiens bot sie Ausbildungslehrgänge, Arbeitskreise und internationalen Austausch für Polizisten und Polizeiausbildner an. Sie unterstützte ein Polizeikonzept, das auf Vertrauen aufbaut, indem es ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen der Polizei und der Öffentlichkeit fördert. Sie führte ein regionales viermonatiges Ausbildungsprogramm für Polizeihundeführer aus Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Turkmenistan durch.

**Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension.** Die OSZE war bestrebt, den Teilnehmerstaaten bei der Modernisierung ihrer Volkswirtschaften und der Schaffung wirtschaftlicher Chancen für ihre Bürger Hilfestellung zu leisten. In der Ukraine unterstützte sie die Ausweitung eines Projekts, das von 2007 bis 2008 rund 140 Millionen Euro Investitionen bringen und über 2000 Arbeitsplätze schaffen soll. Neun Jobbörsen und 26 Seminare für Unternehmensführung in Bosnien und Herzegowina verhalfen 200 Personen zu Anstellungen und führten zur Gründung von 50 neuen Betrieben. In Belarus, der Ukraine, Turkmenistan, der Kirgisischen Republik und Usbekistan bot die OSZE Aus- und Fortbildung für Unternehmergruppen an. In Georgien und Tadschikistan finanzierte oder unterstützte sie Ressourcen- und Ausbildungs- und Unterstützungszentren für kleine und mittlere Unternehmen. In Turkmenistan veranstaltete sie Vorträge zum Thema Finanzmärkte und beauftragte Experten, ein Konzept für nachhaltigen Tourismus auf kommunaler Basis zu prüfen.

In der OSZE-Region gibt es rund 180 grenzüberschreitende Gewässer; die Organisation förderte die Zusammenarbeit zur Stärkung von deren Entwicklung, Sicherheit und Stabilität. In Zusammenarbeit mit Partnern befasste sich die OSZE mit Projekten im Einzugsgebiet der Save sowie der Flüsse Kura und Arax, Tschu und Talas, des Pripjet und des Dnjestr. In Madrid verabschiedeten die Minister einen *Beschluss* zur Wasserbewirtschaftung, der den ersten Konsensbeschluss der Teilnehmerstaaten in diesem Bereich darstellte.

**Aktivitäten in der menschlichen Dimension.** Bei der Förderung demokratischer Wahlen in der Region ist die OSZE die führende Organisation. Allein im Jahr 2007 entsandte die OSZE über 3000 Beobachter aus 49 Teilnehmerstaaten zur Beobachtung bzw. Beurteilung von 17 Urnengängen in Europa und Zentralasien. In Nachbereitung zu den Empfehlungen aus ihren Wahlberichten bot die OSZE Rechtsberatung und technische Hilfe für die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Wahlen in Teilnehmerstaaten an. In Albanien führte sie ein wichtiges Projekt durch, mit dem sie die Regierung bei der Modernisierung ihres Melde- und Adressenwesens unterstützte.

Die OSZE beobachtete systematisch die Stellung von Menschenrechtsverteidigern in der Region und zeigte Bereiche auf, die Anlass zur Besorgnis geben. Sie gab einen Bericht heraus, in dem beschrieben wird, wie quer durch die OSZE-Region Personen, die sich für die Förderung der Menschenrechte einsetzen, Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt sind.

Gemeinsam mit den Teilnehmerstaaten arbeitete die OSZE an der Entwicklung eines ganzheitlichen, alle drei Dimensionen umfassenden Ansatzes zur Bekämpfung des Menschenhandels, der von der Verhütung bis zur Wiedereingliederung der Opfer reicht. Sie führte die notwendigen Erhebungen durch und war den Teilnehmerstaaten beim Aufbau ihrer nationalen Leitmechanismen für Opfer des Menschenhandels behilflich. Auf dem Treffen des Ministerrats verabschiedeten die Minister einen *Beschluss über die Bekämpfung des Menschenhandels für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften*.

## Die OSZE auf einen Blick

### Wie die OSZE arbeitet

In der OSZE führt jeweils einer der Teilnehmerstaaten für die Dauer eines Jahres den Vorsitz. 2007 hatte Spanien den Vorsitz inne und bildete gemeinsam mit Belgien (Vorsitz 2006) und Finnland (Vorsitz 2008) die OSZE-Troika, die für Kontinuität in den Aktivitäten der OSZE sorgt und den Amtierenden Vorsitz berät. Der Amtierende Vorsitzende kann auch Persönliche Beauftragte oder Sonderbeauftragte für bestimmte Fragen und Situationen ernennen.

In regelmäßigen Abständen finden in der OSZE Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs statt. In der Zeit zwischen den Gipfeltreffen treten einmal jährlich die Außenminister der Teilnehmerstaaten zum Ministerrat zusammen, um die Aktivitäten der OSZE zu überprüfen und Anleitung und Orientierung zu geben. Das *Wirtschafts- und Umweltforum* tagt ebenfalls einmal im Jahr und erörtert ausgewählte Wirtschafts- und Umweltfragen. Die *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz* und das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* befassen sich mit Schlüsselfragen in der politisch-militärischen bzw. der menschlichen Dimension.

Der Ständige Rat ist das wichtigste regelmäßig tagende Gremium für politische Konsultation und Beschlussfassung. Er setzt sich aus den ständigen Vertretern der Teilnehmerstaaten bei der OSZE zusammen und tagt einmal wöchentlich in Wien, um alle anstehenden Fragen zu erörtern und entsprechende Beschlüsse zu fassen. Das Forum für Sicherheitskooperation ist für die politisch-militärische Dimension der OSZE zuständig und tritt ebenfalls einmal pro Woche in der Wiener Hofburg zusammen.

Alle 56 OSZE-Teilnehmerstaaten haben gleichberechtigten Status. Beschlüsse werden mit Konsens gefasst und sind politisch, nicht jedoch rechtlich bindend.

Das Sekretariat der OSZE hat seinen Sitz in Wien. Es steht unter der Leitung des Generalsekretärs Marc Perrin de Brichambaut aus Frankreich, der im Juni 2005 für eine Amtszeit von drei Jahren bestellt wurde. Als höchster Verwaltungsbeamter ist Botschafter Perrin de Brichambaut für das Management der Strukturen und Einsätze der OSZE zuständig und unterstützt den OSZE-Vorsitz.

Die OSZE verfügt über folgende Fachinstitutionen, die die Staaten bei der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen unterstützen: das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau (Polen) (1990 als Büro für freie Wahlen gegründet), den Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten in Den Haag (Niederlande) (1992) und den Beauftragten für Medienfreiheit in Wien (1997). Das autonome parlamentarische Gremium der OSZE, die in Kopenhagen angesiedelte Parlamentarische Versammlung der OSZE (1991), setzt sich aus 320 Parlamentariern der nationalen Parlamente der Teilnehmerstaaten zusammen.

Die OSZE arbeitet mit Staaten außerhalb des OSZE-Raums zusammen, insbesondere mit sechs Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und fünf Kooperationspartnern in Asien. Sie unterhält eine enge Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, dem Europarat und der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO).

Die OSZE unterhält 19 Feldoperationen in 17 Staaten. Knapp über 70 Prozent des OSZE-Haushalts 2007 in Höhe von 168 Millionen Euro waren für die Feldoperationen bestimmt, 18 Prozent für das Sekretariat und 11 Prozent für die Institutionen.

## Geschichtliches

Die OSZE geht auf die frühen 1970er Jahre zurück, als im Rahmen der zweijährigen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa Vertreter der Länder des Ostens und des Westens in Helsinki und Genf zusammenkamen und schließlich die *Schlussakte von Helsinki* verabschiedeten, die am 1. August 1975 unterzeichnet wurde. Dieses Dokument enthält eine Reihe wichtiger Verpflichtungen in politisch-militärischen, Wirtschafts- und Umwelt- und Menschenrechtsfragen und legte auch grundlegende Prinzipien zur Regelung des Verhaltens der Staaten gegenüber ihren Bürgern und untereinander fest.

Das Ende des Kalten Krieges brachte für die KSZE eine neue Rolle mit sich, galt es doch, den historischen Umbruch in Europa zu bewältigen und sich den neuen Herausforderungen im Bereich der Sicherheit zu stellen. Als Folge dieser Entwicklung stattete sie sich mit ständigen Institutionen und operativen Fähigkeiten aus, darunter ein Sekretariat, ein Büro für freie Wahlen und ein Konfliktverhütungszentrum. 1990, 1992, 1994 und 1999 wurden wichtige Übereinkommen über militärische vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen unterzeichnet (*Wiener Dokumente*). 1990 vereinbarten die der NATO oder dem Warschauer Pakt angehörenden KSZE-Teilnehmerstaaten ein wichtiges Rüstungskontrollübereinkommen, den *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa*, der 1999 aktualisiert wurde. 1992 wurde ein weiteres Übereinkommen mit KSZE-Bezug, der *Vertrag über den offenen Himmel*, unterzeichnet. Anfang der 90er Jahre wurde die Arbeit der Konferenz stärker strukturiert, die Sitzungen fanden regelmäßiger statt und es kam zur Einrichtung von Feldoperationen. Nachdem die KSZE nun über eine bloße Konferenz hinausgewachsen war, kamen die Teilnehmerstaaten in Anerkennung dieser Entwicklung auf dem Gipfeltreffen von Budapest 1994 überein, sie in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa umzubenennen.

Angesichts der komplexen Herausforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts im Sicherheitsbereich, sei es der Kampf gegen den Terrorismus oder die Bekämpfung des Menschenhandels, sind immer wieder alle drei Dimensionen der Sicherheit angesprochen, wodurch das umfassende Konzept der OSZE wirksamer als je zuvor wurde. Eine der Prioritäten der Organisation bildet nach wie vor die Beilegung von Langzeitkonflikten in der ehemaligen Sowjetunion und die Absicherung der Stabilität auf dem Balkan. Die Teilnehmerstaaten vereinbarten im einundzwanzigsten Jahrhundert einige wichtige Rüstungskontrollübereinkommen, darunter das *Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen* (2000) und das *Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition* (2003).

## **OSZE-Organisationsplan**

### **Gipfel**

Periodisches Treffen der Staats- und Regierungschefs der OSZE

### **Ministerrat**

Jährliches Treffen der Außenminister  
(außer in Jahren mit Gipfeltreffen)

### **Ständiger Rat**

Reguläres Gremium für politische Konsultation und Beschlussfassung (wöchentliche Sitzung in Wien)

### **Forum für Sicherheitskooperation**

Reguläres Gremium für Rüstungskontrolle und VSBM (wöchentliche Sitzung in Wien)

### **Parlamentarische Versammlung der OSZE**

Kopenhagen

### **Amtierender Vorsitz**

Spanien

### **Troika (2007)**

Belgien, Spanien, Finnland

### **Generalsekretär**

#### **Sekretariat**

Wien

Prager Büro

### **Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte**

Warschau

### **OSZE-Bbeauftragter für Medienfreiheit**

Wien

### **Hoher Kommissar für nationale Minderheiten**

Den Haag

### **Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzes**

### **Hochrangige Planungsgruppe**

Vorbereitung einer OSZE-Friedenstruppe für Berg-Karabach

### **OSZE-Feldoperationen**

#### **Südosteuropa**

Präsenz in Albanien

Mission in Bosnien und Herzegowina

Mission in Kroatien  
Mission im Kosovo  
Mission in Montenegro  
Mission in Serbien  
„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

**Osteuropa**

Büro in Minsk  
Mission in Moldau  
Projektkoordinator in der Ukraine

**Südkaucasus**

Büro in Baku  
Mission in Georgien  
Büro in Eriwan

**Zentralasien**

Zentrum in Aschgabad  
Zentrum in Astana  
Zentrum in Bischkek  
Zentrum in Duschanbe  
Projektkoordinator in Usbekistan

**OSZE-Unterstützung bei der Umsetzung bilateraler Abkommen**

Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

**Mit der OSZE zusammenhängende Gremien**

**Gemeinsame Beratungsgruppe**

fördert die Umsetzung des KSE-Vertrags, tritt regelmäßig in Wien zusammen

**Beratungskommission „Offener Himmel“**

fördert die Umsetzung des Vertrags über den offenen Himmel, tritt regelmäßig in Wien zusammen

**Vergleichs- und Schiedsgerichtshof**

Genf

\_\_\_\_\_ Hierarchische Zuordnung

# Bericht des Amtierenden Vorsitzes

## Das Ministerratstreffen von Madrid

- *Beschluss Nr. 1: Verlängerung des Mandats des OSZE-Medienbeauftragten*
- *Beschluss Nr. 2: Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten*
- *Beschluss Nr. 3: Für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen*
- *Beschluss Nr. 4: Engagement der OSZE für Afghanistan*
- *Beschluss Nr. 5: Öffentlich-private Partnerschaften zur Bekämpfung des Terrorismus*
- *Beschluss Nr. 6: Schutz kritischer Energieinfrastruktur vor Terroranschlägen*
- *Beschluss Nr. 7: Folgemaßnahmen zum Fünfzehnten Wirtschafts- und Umweltforum: Wasserwirtschaft*
- *Beschluss Nr. 8: Bekämpfung des Menschenhandels für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften*
- *Beschluss Nr. 9: Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet*
- *Beschluss Nr. 10: Toleranz und Nichtdiskriminierung: Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander*
- *Beschluss Nr. 11: OSZE-Vorsitz in den Jahren 2009, 2010 und 2011*
- *Beschluss Nr. 12: Datum und Ort des nächsten Treffens des Ministerrats der OSZE*
  
- *Ministererklärung zu den Kooperationspartnern der OSZE*
- *Ministererklärung zu dem Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst*
- *Ministererklärung über die Unterstützung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus*
- *Madriider Erklärung zu Umwelt und Sicherheit*

## **Bericht des amtierenden Vorsitzes**

„Als ich am 1. Januar mein Amt als Amtierender Vorsitzender antrat, nahm ich mir vor, die strategische Bedeutung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für die Bewältigung der komplexen Herausforderungen unserer Zeit herauszustreichen. Die OSZE soll ja Europa zu einem Raum des Friedens, der Sicherheit, der Freiheit und der Zusammenarbeit machen; im Zusammenwirken mit den Teilnehmerstaaten haben wir dieses Jahr auf dieses gemeinsame Ziel hingearbeitet.

Ich glaube fest daran, dass die Rolle der OSZE als Forum für den Dialog zwischen den 56 Teilnehmerstaaten eminent wichtig ist und mithilft, unsere Differenzen zu überwinden und Sicherheit für uns alle zu erreichen. Deshalb war es uns wichtig, dass heikle Fragen offen angesprochen werden, und wir weigerten uns standhaft, hitzigen Debatten aus dem Weg zu gehen – gleichgültig, wie wahrscheinlich ein Konsens schien. Wir sorgten für die Einführung der neuen 3-Ausschuss-Struktur des Ständigen Rates, die konzentriertere und thematisch besser gegliederte Debatten ermöglicht. Wir befassten uns auch mit brisanten aktuellen Fragen wie Terrorismus und den Bedrohungen der weltweiten Sicherheit, der Umweltzerstörung und Intoleranz gegenüber Muslimen.

In der Folge wird näher auf das Erreichte eingegangen. Den Höhepunkt unserer Arbeit bildete das Ministerratstreffen von Madrid, bei dem wir uns wieder auf den rein politischen Charakter der Organisation besannen, worin wir unseren größten Erfolg sehen. Aller Wahrscheinlichkeit zum Trotz fanden wir eine Lösung in der Frage der künftigen Vorsitzführung in der OSZE für die Jahre 2009 bis 2011, die der Organisation größere Kontinuität sichert. Außerdem kamen wir überein, uns für Afghanistan, einen unserer Kooperationspartner, zu engagieren, und skizzierten neue Möglichkeiten für konkrete Aktivitäten der Organisation. Wir gaben eine *Erklärung zu Umwelt und Sicherheit* ab, in der wir auf den wichtigen Zusammenhang zwischen diesen beiden Themen hinwiesen, und wir verabschiedeten erstmals einen *Ministerbeschluss über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen*.“

2007

*Der Amtierende Vorsitzende*

*Miguel Ángel Moratinos*

## Die Ergebnisse des Madrider Ministerratstreffens

Der spanische Vorsitz nahm sich zu Jahresbeginn vor, das Treffen des Ministerrats wieder zu jener jährlichen Veranstaltung zu machen, in der die politische Richtung für die Arbeit der Organisation vorgegeben und die Tätigkeit der OSZE ins richtige Licht gerückt wird.

Mit diesem Ziel vor Augen traf der Vorsitz drei richtungweisende Entscheidungen. Erstens entwickelte er eine innovative, transparente und langfristige Methode für die Beschlussfassung auf dem Treffen. Dazu ermittelte er zu Beginn des Jahres in Form einer Befragung, welche politischen Themen nach Ansicht der Delegationen auf Ministerebene behandelt werden sollen. Dann erstellte er ein Arbeitsdokument mit dem Titel *Der Weg nach Madrid*, in dem diese Fragen näher ausgeführt wurden. Nach neuerlichen Konsultationen mit den Delegationen gab der Vorsitz zwei weitere Arbeitsdokumente heraus, in denen er über den Stand der Dinge auf dem Weg zum Konsens in diesen Fragen berichtete. Die neue 3-Ausschuss-Struktur des Ständigen Rates erwies sich in diesem Prozess als äußerst hilfreiches Befragungsinstrument.

Zweitens führte der Vorsitz eine Neuerung in Form eines Arbeitssessens der Minister zu mehreren Themen von politischem Interesse ein. Die 56 Minister bzw. ihre Vertreter führten klare und konstruktive Gespräche, insbesondere über den zukünftigen Status des Kosovo, im Rahmen der OSZE. Die meisten Teilnehmerstaaten bezeichneten diese Neuerung als einen der Glanzpunkte des Treffens.

Drittens bestand der Vorsitz darauf, dass sich die Teilnehmerstaaten den umstrittensten Problemen des Tages stellen, anstatt sie auszuklammern. So ergaben sich zu mehreren Themen klärende Diskussionen. Der Dialog bestätigte den Vorsitz in seiner Überzeugung, dass die OSZE die geeignetste Plattform für Diskussionen und Konsensbildung in Europa und über dessen Grenzen hinaus darstellt. Der Ministerrat erzielte auch in einer Reihe von Schlüsselbereichen wichtige Ergebnisse, von denen einige nachstehend ausführlich beschrieben werden.

### Die Vorsitzführung 2009, 2010 und 2011

Der Vorsitz landete einen diplomatischen Coup, als es ihm gelang, das Problem der künftigen Vorsitzführung zu lösen, das die Organisation viele Monate lang belastet hatte. Eine Entscheidung über die Bewerbung Kasachstans um den Vorsitz 2009 in der Organisation war vom Ministerratstreffen 2006 in Brüssel auf Madrid vertagt worden. Da die Organisation von einer Troika bestehend aus dem bisherigen, dem gegenwärtigen und dem zukünftigen Vorsitz geleitet wird, musste diese Frage im Interesse der Kontinuität der Organisation unbedingt geklärt werden.

*„Eine positive Erledigung unserer Bewerbung um den Vorsitz im Jahr 2009 könnte die Modernisierung unseres Landes und der gesamten Region beschleunigen: Sie würde andere zentralasiatische Staaten ermutigen, den Weg der Liberalisierung zu gehen und ihre politischen und wirtschaftlichen Systeme weiter zu öffnen.“*

– Der Minister für auswärtige Angelegenheiten Kasachstans, Marat Taschin, am 30. April im Ständigen Rat

Nach dem sogenannten „spanischen Kompromiss“ wird Kasachstan als erster zentralasiatischer Staat und als erster Nachfolgestaat der ehemaligen Sowjetunion den Vorsitz in der Organisation übernehmen.

Die Minister einigten sich auf eine „Paketlösung“ für den Vorsitz in den Jahren 2009, 2010 und 2011. Nach Finnland 2008 werden Griechenland, Kasachstan und schließlich Litauen die Organisation leiten. Der Vorsitz dankte den drei Ländern für ihre Flexibilität, die eine Einigung möglich gemacht hatte, und beglückwünschte sie zu ihrer zukünftigen Rolle.

### **Engagement für Afghanistan**

Der Ministerrat kam in seinem *Beschluss Nr. 4* überein, das Engagement der OSZE für den Kooperationspartner Afghanistan zu verstärken, indem die Organisation insbesondere ihre Aktivitäten zur Unterstützung der Sicherung und des Managements der Grenzen zwischen den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten der OSZE und Afghanistan intensivieren, Polizeibeamte ausbilden und den Kampf gegen den illegalen Drogenhandel unterstützen wird. Der *Beschluss* wurde als Reaktion auf ein entsprechendes Ersuchen Afghanistans vom September gefasst.

Der *Beschluss* unterstreicht nicht nur die Überzeugung des Vorsitzes, dass die Sicherheit Afghanistans von überragender Bedeutung für den OSZE-Raum ist, sondern eröffnet auch neue Tätigkeitsfelder für die OSZE.

Auf dem Ministerratstreffen wurde zwar auch die Sorge geäußert, die OSZE könnte sich angesichts ihrer knappen Mittel finanziell übernehmen, doch gelang in der endgültigen Formulierung des *Beschlusses* eine feine Abstimmung zwischen der Beschränkung des Umfangs der nun eingegangenen Verpflichtungen und der Möglichkeit, in Zukunft eine Ausweitung der Aktivitäten zu beschließen, falls eine solche gewünscht wird.

Im November begann die OSZE mit einem Schulungsprojekt für afghanische Drogenfahnder.

### **Umwelt**

Ein weiteres erfreuliches Ergebnis des Ministerratstreffens – selbst eine CO<sub>2</sub>-neutrale Veranstaltung – war eine Reihe wichtiger Beschlüsse zur Umweltsicherheit.

Mit der *Madriдер Erklärung zu Umwelt und Sicherheit* setzten die Minister einen entscheidenden Schritt, indem sie den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Umwelt, den die OSZE seit der Schlussakte von Helsinki immer wieder betont, in den Mittelpunkt der Programmaktivitäten der Organisation rückten.

Die Minister stellten fest, dass die Schädigung der Umwelt Migrationsdruck erzeugen und zu Konflikten beitragen könne. Der Klimawandel sei geeignet, die Herausforderungen im Umweltbereich zu vergrößern. Die Zusammenarbeit in Umweltfragen und die Förderung der Frühwarnung könnten hingegen mithelfen, Spannungen abzubauen. Die OSZE verfüge über das nötige Potenzial, um ihre Zusammenarbeit im Umwelt-

bereich mit anderen einschlägig tätigen internationalen Organisationen auszuweiten und zu vertiefen.

Das Engagement der OSZE für eines der drängendsten weltweiten Probleme, den Klimawandel, eröffnet der Organisation – vor allem im Hinblick auf ihren innovativen Ansatz – vielversprechende neue Tätigkeitsbereiche.

Die Minister fassten auch einen *Beschluss* über Wasserwirtschaft, womit zum ersten Mal eine Einigung der Teilnehmerstaaten in dieser Frage erreicht wurde. Im *Beschluss Nr. 7* forderten die Minister zu verstärkter Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa auf und legten den Teilnehmerstaaten nahe, die Ratifikation wichtiger bestehender internationaler Verträge in Erwägung zu ziehen.

### **Beschlüsse zur Bekämpfung des Terrorismus**

Die Minister stellten einen innovativen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Terrorismus zusammen, mit dem sie einem weiteren Tätigkeitsschwerpunkt des Vorsitzes entsprachen. Sie gaben eine Erklärung über die Unterstützung der *Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus* ab und fassten zwei *Beschlüsse*.

*Beschluss Nr. 5* betrifft öffentlich-private Partnerschaften, die einen neuen Ansatzpunkt im Kampf gegen den Terrorismus bilden sollen. Die Minister beauftragten den Generalsekretär und die OSZE-Institutionen, die Einbindung des privaten Sektors in entsprechende Aktivitäten zur Bekämpfung des Terrorismus weiter zu fördern, eine Folgekonferenz über Partnerschaften 2008 in Wien zu koordinieren und die Teilnehmerstaaten sowie die OSZE-Kooperationspartner zu einem Austausch von Informationen und bewährten Praktiken in diesem Bereich einzuladen.

*Beschluss Nr. 6* befasst sich mit dem Schutz kritischer Energieinfrastruktur vor Anschlägen. Die Minister appellierten an die Teilnehmerstaaten, sowohl auf innerstaatlicher Ebene als auch auf dem Wege der Zusammenarbeit für den adäquaten Schutz kritischer Energieinfrastruktur zu sorgen. Sie ersuchten den Generalsekretär, Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Organisationen, etwa der Internationalen Atomenergie-Organisation, zu prüfen.

### **Beschlüsse zur Bekämpfung des Menschenhandels, der Ausbeutung von Kindern sowie über Toleranz und Nichtdiskriminierung**

Die Minister fassten drei *Beschlüsse* zur Verteidigung grundlegender Menschenrechte, darunter einer über die *Bekämpfung des Menschenhandels für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften* und ein weiterer über die *Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet*.

Der *Beschluss über die Bekämpfung des Menschenhandels* war der erste *Beschluss* eines OSZE-Ministerrats, der sich ausschließlich mit Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften befasst. Darin werden die Teilnehmerstaaten aufgefordert, Maßnahmen gegen diese Form des Menschenhandels zu ergreifen, etwa durch Hilfeleistung für die Opfer, verbesserte Verfahren zur Identifizierung der Opfer

und wirksame Strafen für Personen, die dem Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften Vorschub leisten, darunter auch ausbeuterische Arbeitgeber.

Im zweiten *Beschluss* wird den Teilnehmerstaaten, die dies noch nicht getan haben, empfohlen, eine Reihe von Maßnahmen gegen dieses Verbrechen zu ergreifen, etwa verstärkt Daten zu sammeln und Forschung zu dieser Frage zu betreiben oder Hotlines für die Meldung von Kindesmissbrauch, auch in Form von sexueller Ausbeutung, einzurichten. Der *Beschluss* verpflichtet die OSZE, verstärkt in diesem Bereich tätig zu werden, indem sie den Staaten bei der Erfüllung dieser Verpflichtungen behilflich ist. Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten der Organisation wird überdies ein Forum für Experten und eine Website einrichten und 2008 einen Online-Workshop zu diesem Thema veranstalten.

Im *Beschluss Nr. 10 über Toleranz und Nichtdiskriminierung: Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander* wird die jeweils spezielle Ausprägung der verschiedenen Formen von Intoleranz, etwa auch der Intoleranz gegenüber Staatenlosen, anerkannt, gleichzeitig aber auch festgestellt, dass ein umfassender Ansatz von größter Wichtigkeit ist. Neben einigen anderen Maßnahmen ermutigt der *Beschluss* zur Förderung von Bildungsprogrammen in den Teilnehmerstaaten, um Jugendlichen den Wert der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander bewusst zu machen. Die Minister regten ferner an, die OSZE möge in Zukunft die Abhaltung von Konferenzen auf politischer Ebene erwägen, gegebenenfalls in regelmäßigen Zeitabständen, und 2008 Implementierungstreffen veranstalten. Die Minister beschlossenen überdies, einen angemessenen Beitrag der OSZE zur Implementierungsphase der Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe der Allianz der Zivilisationen zu prüfen. Sie nahmen in diesem *Beschluss* Kenntnis von den *Leitsätzen von Toledo für die Lehre von Religion und Glauben an öffentlichen Schulen*, die am Rande des Madrider Ministerratstreffens vorgestellt wurden.

### **Erklärung zu den Kooperationspartnern der OSZE**

In dieser *Erklärung* verwiesen die Minister neuerlich auf die Verflechtung zwischen der Sicherheit im OSZE-Raum und jener der Kooperationspartner und sie ermutigten zu weiteren Bemühungen um eine Vertiefung der Beziehungen zwischen den Kooperationspartnern und den Teilnehmerstaaten.

### ***Die Bedeutung des Dialogs***

*Es liegt im Wesen einer gesunden Debatte, dass es nicht in allen Punkten zu einer Einigung kommt. Das galt für den Ministerrat in Madrid ebenso wie für andere wichtige politische Treffen. Mehrere Themen entfachten vehemente Auseinandersetzungen. Da sich der spanische Vorsitz jedoch die Erneuerung eines offenen Gedankenaustauschs zum Ziel gesetzt hat, sollte man darin eine Bekräftigung des Bekenntnisses der OSZE zum Dialog und eine Bestätigung des Werts der OSZE als diesbezügliches Forum sehen. Der Vorsitz betrachtete es als ermutigendes Zeichen, dass alle diese Verhandlungen bis zum Ende des Treffens fortgesetzt werden konnten. In einigen Fragen schien eine Einigung zwischen den Teilnehmerstaaten in greifbare Nähe zu rücken.*

### **Ministererklärung**

*Der Vorsitz bemühte sich nach Kräften, die erste allgemeine politische Ministererklärung seit 2002 zustande zu bringen, doch verhinderten, wie viele erwartet hatten, die in mehreren Schlüsselfragen bestehenden Auffassungsunterschiede zwischen den Teilnehmerstaaten den Konsens. Der Rat befasste sich mit den eingefrorenen Konflikten in der Region. Er gab eine Erklärung zu dem Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, d. h. zum Konflikt um Berg-Karabach, ab, war aber nicht in der Lage, sich auf Erklärungen zu Moldau oder Georgien zu einigen.*

### **Der Rechtsstatus der OSZE**

*Eine weitere wichtige Frage, in der kein Konsens erzielt wurde, war der Rechtsstatus der OSZE, der Teil der unablässigen Bemühungen der OSZE um mehr Wirksamkeit ist. In der Debatte kristallisierten sich zwei entgegengesetzte Standpunkte heraus: die Meinung, dass eine OSZE-Satzung oder -Charta erforderlich ist, und jene, dass eine solche nicht benötigt wird. Der Vorsitz bedauert, dass dadurch die hervorragende Arbeit der niederländischen Botschafterin Ida van Veldhuizen-Rothenbuecher und der Rechtsexpertengruppe an einem Übereinkommen, in dem die Vorrechte und Immunitäten der Personalangehörigen der OSZE im Detail aufgeführt sind, nicht die gebührende Anerkennung fand. Dennoch war die Kontinuität ihrer Arbeit gewährleistet, da das Übereinkommen der Ministererklärung des Amtierenden Vorsitzenden abgeschlossen wurde.*

### **Beschlussentwürfe**

*Auch zu den Beschlussentwürfen über Menschenrechtsverteidiger bzw. über wirksame Mitsprache sowie in der Frage der Wahlbeobachtung kam kein Konsens zustande.*

*Nach Ansicht des Vorsitzes bedürfen diese Themen weiterer Erörterungen, wobei allerdings bestehende Verpflichtungen nicht aufgeweicht werden dürfen.*

*Auch der Entwurf einer Ministererklärung zum 75. Jahrestag des Holodomor von 1932/1933 in der Ukraine fand keinen Konsens. 32 OSZE-Teilnehmerstaaten unterstützten jedoch eine eigene Erklärung zu diesem Thema.*

### **Womit sich der Vorsitz befasste**

Der Amtierende Vorsitz nahm die Arbeit zu der vom Ministerrat 2006 geforderten Erhöhung der Wirksamkeit der Organisation in Angriff. Er erstellte drei Arbeitsdokumente, in denen die Fortschritte des Jahres bewertet und Vorschläge für weitere Verbesserungen gemacht wurden.

Der Bericht *Food-for-Thought on the Review of the Implementation of Ministerial Council 2006 Decision on the Improvement of the Consultative Process* setzte sich mit der Leistungsfähigkeit der 3-Ausschuss-Struktur des Ständigen Rates auseinander.

In *Food-for-Thought on the Participation of NGOs in OSCE Events* verglich der Vorsitz die OSZE-Praxis mit jener der Vereinten Nationen und des Europarates. Er machte Vorschläge für präzisere Regeln für die Teilnahme von NROs unter

Beachtung der in den einschlägigen Dokumenten der Organisation vorgesehenen Öffnung für NROs.

In *Food-for-Thought on Implementation of Existing Commitments* schließlich erörterte der Vorsitz die Überprüfung der Umsetzung vereinbarter Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten, wie dies das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte in seinem Bericht *Common Responsibility: Commitments and Implementation* vorgeschlagen hatte.

### **Initiativen in politischen Krisen**

Der Amtierende Vorsitz muss geschickt agieren und auf politische Krisen reagieren, die in seiner Amtszeit entstehen.

**Ukraine.** Anfang April gab der Amtierende Vorsitz eine Erklärung ab, in der er an alle Seiten in der Ukraine appellierte, eine rasche Lösung für die politische Krise zu finden, die durch die Auflösung des Parlaments und die Ankündigung von Neuwahlen durch den Präsidenten entstanden war. Der Ministerpräsident war damit nicht einverstanden. Mehrere Parlamentsabgeordnete riefen den Verfassungsgerichtshof an, der die Rechtmäßigkeit des Erlasses prüfen sollte. Als Demonstranten zwei Wochen später in einen Verhandlungssaal des Verfassungsgerichtshofs in Kiew stürmten, äußerte der Amtierende Vorsitzende, der die Ereignisse aufmerksam beobachtete, seine tiefe Besorgnis.

Während sich die beiden führenden Politiker auf baldige Wahlen am 4. Mai einigten, hielten die Spannungen bis Monatsende an. Am 5. Juli traf der Amtierende Vorsitzende mit dem Präsidenten, dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und dem Außenminister der Ukraine zusammen, an die er die dringende Bitte richtete, im Vorfeld der am 30. September stattfindenden Parlamentswahlen für eine von politischer Reife und politischem Verantwortungsbewusstsein geprägte Atmosphäre zu sorgen. Er meinte weiter, die Ukraine könne sich keine weitere Verzögerung in der Verfassungs- und Wirtschaftsreform leisten.

Auf Einladung der Ukraine beobachtete das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte den Wahlgang. Es kam zu dem Schluss, dass die Wahl weitgehend den internationalen Verpflichtungen und Standards entsprochen hatte.

**Albanien.** Auf Ersuchen der politischen Parteien Albaniens entsandte der Amtierende Vorsitzende den Generaldirektor für Europa und Nordamerika im spanischen Außenministerium, Botschafter José Pons, mit dem Auftrag, bei der Suche nach einem Kompromiss behilflich zu sein, der die fristgerechte Abhaltung der Kommunalwahlen ermöglichen sollte.

Mithilfe der OSZE einigten sich die Parteien, und die Wahl fand am 18. Februar statt. Der Amtierende Vorsitzende unterstrich die Rolle, die die albanische Hauptwahlbehörde bei der Entwicklung der Wahlverfahren spielte. Er rief die albanischen Institutionen und politischen Parteien auf, auch weiterhin gemeinsam an der Wahlrechtsreform zu arbeiten, und ersuchte sie, die Empfehlungen des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte anzunehmen, um „sicherzustellen, dass Albanien ein zuverlässiges Wahlsystem erhält“.

## Ein Zeichen politischer Entschlossenheit

**Kroatien.** Die OSZE beschloss im Dezember auf Initiative des Amtierenden Vorsitzenden, ihre Mission in Kroatien nach 11 Jahren zu schließen, da Kroatien die meisten Punkte aus dem umfangreichen Mandat der Mission erfolgreich abgeschlossen hat.

*„Unsere Zusammenarbeit mit der OSZE war von größter Bedeutung für den Aufbau der Institutionen, die Bewältigung von Fragen des Übergangs und die Konsolidierung der demokratischen Rahmenbedingungen. Die OSZE spielte eine Schlüsselrolle in der Konfliktnachsorge in unserer Region ...“*

### – Kroatiens Ministerpräsident Ivo Sanader am 10. Juli im Ständigen Rat

Sie beschloss ferner, in dem Land in Form eines Büros in Zagreb weiter präsent zu bleiben und sich mit unerledigten Fragen im Zusammenhang mit den Kriegsverbrecherprozessen und den noch offenen Aspekten der Umsetzung der Wohnraumbeschaffungsprogramme zu befassen.

„Die gute Zusammenarbeit der Mission mit der kroatischen Regierung sowie die Bemühungen und der Wille der Regierung, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, sind ein echter Erfolg, und ich möchte Kroatien zu seinen Leistungen beglückwünschen,“ sagte Botschafter Jorge Fuentes, Leiter der Mission in Kroatien.

**Kosovo.** Der Ständige Rat, der jeweils im Dezember entscheidet, ob die Mandate der einzelnen Feldoperationen für ein weiteres Jahr verlängert werden, beschloss, das Mandat der OSZE-Mission im Kosovo um nur einen Monat bis Ende Januar zu verlängern.

Am Ende dieses Zeitraums und danach an jedem Monatsende wird das Mandat um einen weiteren Monat verlängert, sofern kein Teilnehmerstaat beim Vorsitz des Ständigen Rates schriftlich Einwand erhebt.

Wenn das Mandat ausläuft, wird die Mission unverzüglich das Verfahren zu ihrer Schließung einleiten. Gleichzeitig werden Verhandlungen über die Bedingungen eines möglichen weiteren Engagements der OSZE im Kosovo beginnen.

Zu dem *Beschluss* wurden drei offizielle Stellungnahmen abgegeben. Die Europäische Union (EU) und mehrere andere Delegationen erklärten ihre nachdrückliche Unterstützung für die Fortsetzung des Engagements der OSZE im Kosovo. Sie betonten, sie hätten sich uneingeschränkt für eine Verlängerung des Mandats um ein volles Jahr ausgesprochen und dem *Beschluss* nur zugestimmt, um ein Auslaufen des Mandats am 1. Januar 2008 zu verhindern. Die Vereinigten Staaten schlossen sich der EU-Erklärung an. Sie fügten hinzu, sie hielten es für bedauerlich, dass zwei Teilnehmerstaaten auf dieser monatlichen Mandatsverlängerung bestanden hätten, wodurch jene Instanz gefährdet werde, die der stärkste Fürsprecher für die Minderheitenbevölkerung im Kosovo sei. Serbien stellte fest, dass die volle und korrekte Bezeichnung dieser Mission OSZE-Mission im Kosovo (Republik Serbien) lauten müsse.

*„Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auf dem Westbalkan alle dasselbe Ziel verfolgen: eine Lösung für den zukünftigen Status des Kosovo, die die demokratischen Werte und Institutionen stärkt, eine Lösung, die die wirtschaftliche Umgestaltung auf dem Westbalkan und die Sicherheitsarchitektur in ganz Europa fördert.“*

– Serbiens Minister für auswärtige Angelegenheiten, Vuk Jeremić, am 17. Juli im Ständigen Rat

***Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Anhang I-B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton***

*Aufgabe des Persönlichen Beauftragten ist es, den Parteien – Bosnien und Herzegowina, Montenegro, der Republik Kroatien und der Republik Serbien – bei der Erfüllung der Bestimmungen des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle des Dayton-Übereinkommens Hilfestellung zu leisten, etwa bei der Durchführung gegenseitiger Inspektionen militärischer Ausrüstung.*

*2007 führten die Parteien jeweils mit Unterstützung der OSZE-Assistenten insgesamt 20 Inspektionen durch, die auch diesmal wieder in einer Atmosphäre des Vertrauens, der Offenheit und der Transparenz problemlos abliefen.*

*Alle Parteien des Übereinkommens arbeiteten weiter an der Umstrukturierung und Reorganisation ihrer Streitkräfte. Als Folge wurden wieder durch das Übereinkommen begrenzte Waffen freiwillig zerstört, sogar nachdem der Reduzierungszeitraum abgelaufen war.*

*Es wird erwartet, dass alle Parteien auch in Zukunft weitere Reduzierungen vornehmen werden. Im Zuge der Umsetzung des Übereinkommens bis Ende 2007 haben die Parteien ihren Bestand an schweren Waffen um nahezu 8900 Stück reduziert.*

*Dieses Jahr konnte der Persönliche Beauftragte die Parteien bei der Konsolidierung mehrerer wichtiger Veränderungen unterstützen. Ein wesentlicher Schritt bei der Übertragung der Rechte der Teilgebiete – Föderation Bosnien und Herzegowina und Republika Srpska – an den Staat Bosnien und Herzegowina war die Schaffung eines einheitlichen Verifikationszentrums auf Staatsebene im April.*

*Nachdem Montenegro im Januar dem Übereinkommen als unabhängiger Staat beigetreten war, unterstützte der Persönliche Beauftragte Montenegro und die Republik Serbien bei der Aushandlung eines bilateralen Abkommens über die Grundsätze und Verfahren für die Umsetzung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle, das am 6. Juli unterzeichnet wurde. Auf Ersuchen der Parteien arbeitete das Büro des Beauftragten anschließend eine formelle Abänderung des Abkommens aus, die die Aufteilung der Kontingente nach Artikel IV zwischen den beiden Parteien wiedergibt. Das Dokument wurde den Parteien zur Begutachtung zugeleitet und soll in der Folge auf Regierungsebene unterzeichnet werden und die jeweiligen internen Ratifizierungsprozesse durchlaufen.*

*Im Interesse einer Vereinheitlichung des Austauschs von Informationen, Dokumenten und Notifikationen kamen die Parteien überein, eine von der OSZE bereitgestellte*

*gemeinsame Software in englischer Sprache zu verwenden. Der Integrationsprozess ist nahezu abgeschlossen.*

**Israel.** Die OSZE-Teilnehmerstaaten und die Kooperationspartner im Mittelmeerraum erörterten am 18. und 19. Dezember auf einer Tagung in Tel Aviv Fragen der Bekämpfung von Intoleranz und der Förderung der gegenseitigen Achtung.

Ermutigt durch den Amtierenden Vorsitzenden war Israel zum ersten Mal seit 1996 Gastgeber eines *Mittelmeerseminars*, der dreizehnten derartigen Veranstaltung. Auf dem *Seminar* waren 34 Teilnehmerstaaten und sechs Kooperationspartner vertreten, unter ihnen die Mittelmeerpartner Ägypten, Jordanien und Israel.

Thema des *Seminars* waren die OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf Toleranz sowie die Instrumente und Mechanismen der Organisation, die ihre Umsetzung erleichtern sollen. Erörtert wurden ferner die Förderung der Achtung für kulturelle und religiöse Vielfalt und die Erleichterung des Dialogs, Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen, Migranten und anderen Gruppen und schließlich die Rolle der Frauen, Lehrer und Medien im Kampf gegen Gewalt.

### ***Engagement für Zentralasien***

*Da mit der Globalisierung Sicherheitsanliegen verbunden sind, war der spanische Vorsitz entschlossen, die zentralasiatischen Teilnehmerstaaten der OSZE enger in die Arbeit der Organisation einzubeziehen. Der Vorsitz ist überzeugt, dass die aktive Mitarbeit der zentralasiatischen Staaten wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in der Region und in der gesamten OSZE ist.*

*Der Amtierende Vorsitzende besuchte die Teilnehmerstaaten in Zentralasien vom 10. bis 14. April. Er traf mit politischen Spitzenvertretern in Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan zusammen. Er rief zu verstärktem Dialog, zu engeren Beziehungen und einer Erweiterung der Aktivitäten auf.*

*Der Amtierende Vorsitzende begrüßte die geleistete Arbeit. Neben den Beschlüssen des Ministerrats zum benachbarten Afghanistan bzw. zur künftigen Vorsitzführung durch den zentralasiatischen Staat Kasachstan konnte der Vorsitz in verschiedenen Ländern in mehreren Bereichen einiges erreichen.*

*Tadschikistan, das dieses Jahr den 10. Jahrestag des Friedensabkommens feierte, das den Bürgerkrieg im Land beendete, beschreitet weiter den Weg der Stabilität. Am 27. März führte eine OSZE-Arbeitsgruppe für Tadschikistan in Duschanbe eine Erhebung der Bedürfnisse und Prioritäten Tadschikistans und eine Beurteilung der Aktivitäten der OSZE durch. Im Zuge ihrer Arbeit, die vom Außenministerium als „historisch“ und „außerordentlich konstruktiv“ bezeichnet wurde, ermittelte die Arbeitsgruppe verschiedene Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit, etwa im Bereich Grenzmanagement und Grenzsicherung. Tadschikistan veranstaltete am 23. und 24. Oktober in Duschanbe ein OSZE-Seminar über den Transitverkehr durch Zentralasien.*

*Auch Usbekistan leistete dieses Jahr einen wichtigen Beitrag zur OSZE: Es veranstaltete im Oktober eine Konferenz in Taschkent über den Einsatz kostengünstiger*

*Technologien für die Verbesserung der Wasser- und Bodenbewirtschaftung in Zentralasien. Die Teilnehmer behandelten Themen wie Bewässerung, Wasseraufbereitung und -entsalzung, die optimale Kombination von Stromerzeugung und Wasserbewirtschaftung, die Verbesserung der Sicherheit von Dämmen und Hochwasserschutzbauten sowie Umweltsicherheit und nachhaltige Entwicklung im Einzugsgebiet des Aralsees.*

### **Befassung mit Langzeitkonflikten**

Der Amtierende Vorsitzende bemühte sich, jene Hindernisse zu beseitigen, die eine Versöhnung zwischen den Gemeinschaften in Konfliktgebieten bisher unmöglich gemacht haben, doch gelangte er unmittelbar nach Amtsübernahme zu der Erkenntnis, dass die entsprechende politische Entschlossenheit der Beteiligten durch nichts ersetzt werden kann. Der Vorsitz betonte die Notwendigkeit, einem zukünftigen Frieden schon jetzt durch Bemühungen zur Überwindung von Misstrauen und zur Schaffung einer Plattform für den Frieden den Weg zu bereiten.

Der Amtierende Vorsitzende stellte sich dieser außerordentlich wichtigen Aufgabe seines Amtes, indem er mit allen Parteien dieser seit Langem schwelenden Konflikte Sitzungen und Konsultationen abhielt und Reisen unternahm, die dem Abbau der Spannungen in diesen Regionen und der Schaffung eines Klimas dienen sollten, das eine Lösung erleichtert. Dabei wurde er neben den jeweiligen Feldoperationen auch vom Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, Andrzej Kasprzyk, dem Sondergesandten Josep Borrell, dem Persönlichen Beauftragten Miomir Zuzul und Botschafter Pons aus dem spanischen Außenministerium unterstützt.

**Moldau.** Kurz nachdem der Vorsitz seine neuen Aufgaben in der OSZE übernommen hatte, begann er sich mit dem Konflikt um die abtrünnige moldauische Region Transnistrien zu befassen. 2007 fanden drei Sitzungen der Vermittler – OSZE, Russische Föderation und Ukraine – und der Beobachter – EU und USA – statt, zwei am 25. Januar bzw. 25. Mai in Madrid und eine am 30. März in Wien.

Im April ersuchte der Amtierende Vorsitzende Botschafter Pons, nach Moldau zu reisen und Gespräche mit den beiden Parteien zu führen. Er selbst begab sich am 7. Oktober für zwei Tage nach Moldau. In seinen Unterredungen mit dem Präsidenten Moldaus, Wladimir Woronin, und anderen hochrangigen Vertretern des Staates fand er lobende Worte für die internen Reformbemühungen Moldaus. Er traf auch mit der Führung der transnistrischen Region in Tiraspol zusammen. Dabei betonte er, der freie Güter-, Personen- und Dienstleistungsverkehr über den Dnjestr/Nistru müsse unbedingt gewährleistet sein.

Im weiteren Verlauf des Monats erklärten die Vermittler und die Beobachter, der Besuch des Amtierenden Vorsitzenden habe die Chancen einer Wiederaufnahme der Gespräche mit den Parteien vor dem Madrider Ministerratstreffen erhöht, und es kam zu einem inoffiziellen Treffen in Odessa zwischen den Verhandlungsführern der Parteien, den Vermittlern und den Beobachtern. Die Vermittler und die Beobachter würdigten die Anstrengungen Moldaus um eine Lösung allgemeiner sozio-ökonomischer Probleme und begrüßten die Verlängerung des Registrierungssystems für transnistrische Unternehmen bis Ende 2008. Ferner vermerkten sie mit Befriedigung,

dass die transnistrische Führung bestimmte Güter von jenseits des Flusses zollfrei gestellt hat.

**Der Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, der sogenannte Konflikt um Berg-Karabach.** Der Amtierende Vorsitzende und sein Persönlicher Beauftragter, Botschafter Andrzej Kasprzyk, unterstützten das ganze Jahr hindurch die Bemühungen der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe – Frankreich, Russische Föderation und USA – um eine friedliche Beilegung des Konflikts um Berg-Karabach. Der Amtierende Vorsitzende traf drei Mal mit den Kovorsitzenden in Madrid zusammen und führte wiederholt Gespräche mit den Ministern für auswärtige Angelegenheiten Armeniens und Aserbaidschans.

Am 4. und 5. Juni besuchte der Amtierende Vorsitzende Aserbaidschan und Armenien. In beiden Ländern kam es zu Begegnungen mit hochrangigen Vertretern des Staates und der Zivilgesellschaft. Er stellte fest, dass dank der intensiven Vermittlungsbemühungen der Kovorsitzenden ein Rahmenabkommen zwischen Armenien und Aserbaidschan für eine friedliche Beilegung näher gerückt sei.

Am 8. November informierten die Kovorsitzenden den Ständigen Rat, dass das Wahljahr 2008 voraussichtlich kein Jahr des Müßiggangs sondern vielmehr ein Jahr intensiver Arbeit mit den beiden Parteien an den endgültigen Grundprinzipien für die Beilegung des Konflikts um Berg-Karabach sein werde. Sie trafen am 14. November mit dem Amtierenden Vorsitzenden in Madrid zusammen. Auf dem Madrider Ministerratstreffen verabschiedeten die Minister eine Erklärung zu dem Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, d. h. zum Konflikt um Berg-Karabach. Der russische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Sergei Lawrow, der französische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Bernard Kouchner, und der Stellvertretende US-Außenminister Nicholas Burns übergaben den Außenministern Armeniens und Aserbaidschans offiziell einen Grundsatzkatalog mit dem Titel *Basic Principles for the Peaceful Settlement of the Nagorno-Karabakh Conflict* zur Weiterleitung an die Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans.

### **Die Hochrangige Planungsgruppe**

*Die aus Militärexperten zusammengesetzte Hochrangige Planungsgruppe (HLPG) wurde 1994 vom Budapester Gipfeltreffen mit dem Auftrag eingerichtet, Pläne für den Einsatz einer möglichen Friedenstruppe in dem Gebiet, das vom Konflikt betroffen ist, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst, auszuarbeiten. Der spanische Vorsitz bestellte Oberst Santiago Rodriguez Santafe von den spanischen Streitkräften zum Leiter der HLPG. Dieser trat sein Amt am 1. Januar an.*

*Angesichts des ungewissen Verlaufs des Verhandlungsprozesses befasste sich die HLPG dieses Jahr – entsprechend einer neuen Direktive des Amtierenden Vorsitzenden, die dieser Anfang des Jahres herausgegeben hatte, – vorwiegend mit der Ausarbeitung von Strategien. Sie aktualisierte ihren Plan für die Rekrutierung von zusätzlichem Personal im Krisenfall. Personal der HPLG nahm zwei Mal an der Überwachung der Kontaktlinie teil.*

*Die HLPG versorgte mehrere Delegationen mit Informationen, hielt Kontakt mit anderen internationalen Organisationen, einschließlich der Hauptabteilung*

*Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen und der Nordatlantikvertrags-Organisation, und nahm an Schulungen und internationalen Konferenzen teil.*

**Der georgisch-ossetische Konflikt.** Den Großteil des Jahres hindurch herrschten in der Zone des georgisch-ossetischen Konflikts erhebliche Spannungen. Der Amtierende Vorsitzende versuchte nach Kräften, diese Spannungen durch positiven Dialog zu entschärfen. Am 13. Januar erörterte der EU-Sonderbeauftragte, Botschafter Peter Semneby, in Madrid mit dem Amtierenden Vorsitz die Strategie der EU in diesem Konflikt. Der Stellvertretende Ministerpräsident und der Minister für Konfliktlösung Georgiens führten am 6. bzw. 16. März Gespräche mit dem Amtierenden Vorsitzenden in Madrid. Der Amtierende Vorsitz nahm am informellen Treffen der Gemeinsamen Kontrollkommission vom 23. und 24. März in Istanbul teil. Am 15. Mai und 3. September traf der Amtierende Vorsitzende in Brüssel mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten Georgiens zusammen.

Als die Spannungen weiter zunahmen, nachdem im August im südöstlichen Teil der Konfliktzone eine nicht explodierte Lenkrakete gefunden worden war, bot der Amtierende Vorsitzende den Ministern für auswärtige Angelegenheiten Georgiens und der Russischen Föderation in einem Telefongespräch die Hilfe der OSZE bei der Untersuchung des Zwischenfalls an.

*„Der einzige Weg zum Frieden in der Region Zchinwali/Südossetien ist derselbe, den wir für die gesamte Bevölkerung Georgiens sehen: Wir müssen das Versprechen von der Freiheit des Einzelnen, wirtschaftlichen Chancen, der Lebensqualität und der Sicherheit des Menschen einlösen. Ich glaube, damit würden wir in jenem Geist handeln, in dem die OSZE gegründet wurde.“*

– Georgiens Minister für auswärtige Angelegenheiten, Gela Beschuaschwili, am 14. Juni im Ständigen Rat

Vom 20. bis zum 24. August führte der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden, Mimir Zuzul, in Tiflis und Moskau Gespräche über diesen Zwischenfall. Der Amtierende Vorsitzende informierte am 3. und 4. September Präsident Micheil Saakaschwili in Georgien über den Bericht des Persönlichen Beauftragten über den Zwischenfall. Er machte deutlich, dass die Spannungen niemandem nützen und die ganze Region in Mitleidenschaft ziehen. Die OSZE werde alles Notwendige unternehmen, um ein Klima der Verständigung zwischen Georgien und Russland zu fördern.

Nach der Mission des Persönlichen Beauftragten schlug der Vorsitz einen zukunftsorientierten Ansatz vor, der vor allem vorbeugende und vertrauensbildende Maßnahmen vorsieht. So befürwortete der Amtierende Vorsitzende die vorgeschlagene Aufstockung des Beobachtungspersonals der OSZE-Mission, um die georgisch-ossetische Konfliktzone besser überwachen zu können. Der Lenkungsausschuss für das unter OSZE-Führung stehende *Wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm* in der georgisch-ossetischen Konfliktzone und benachbarten Gebieten hielt äußerst erfolgreiche Sitzungen in Wien und Georgien ab. Das *Programm* führte mehrere Projekte durch.

Ein Querschnitt durch die Dimensionen – das Erreichte nach Themen

## **Die politisch-militärische Dimension**

Die Arbeit in der politisch-militärischen Dimension hatte für den spanischen Vorsitz hohen Stellenwert.

**Das Forum für Sicherheitskooperation.** Das Madrider Ministerratstreffen verabschiedete den *Beschluss Nr. 3 über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen*. Es war dies der erste umfassende *Beschluss* dieser Art über das Forum und ein weiterer Erfolg des Ministerratstreffens. Dieser *Beschluss* wird 2008 die Grundlage für die Arbeit des Forums bilden. Spanien, das in der ersten Sitzungsperiode 2008 den Vorsitz im Forum führen wird, hofft, dass dieser *Beschluss* dem Forum dabei helfen wird, seine Rolle als eines der Beschlussfassungsorgane der Organisation besser auszufüllen.

In dem *Beschluss* wurde bekräftigt, dass die Teilnehmerstaaten sicherstellen werden, dass ihre Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung, Vertrauens- und Sicherheitsbildung, Sicherheitskooperation und Konfliktverhütung im Forum kohärent und miteinander verknüpft sind und einander ergänzen.

Er enthielt außerdem eine Bezugnahme auf einen *Beschluss* aus dem Jahr 2001, in dem das Forum für Sicherheitskooperation beauftragt wurde, sich mit jenen Aspekten neuer Herausforderungen an die Sicherheit auseinanderzusetzen, die unter sein Mandat fallen, und seine Aktivitäten dementsprechend dem neuesten Stand anzupassen.

Der Ministerrat äußerte den Wunsch, auf folgenden OSZE-Dokumenten weiter aufzubauen: der *Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert*, dem *Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen*, dem *Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition*, dem *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* und den im Rahmen des Forums verabschiedeten einschlägigen Beschlüssen.

Die Minister anerkannten das Sicherheitsrisiko, das das Vorhandensein von Lagerbeständen überschüssiger bzw. zur Zerstörung anstehender konventioneller Munition, Sprengstoffe und Zündmittel, einschließlich flüssigen Raketentreibstoffs, in einigen Teilnehmerstaaten des OSZE-Raums darstellt, und bekräftigten ihre Entschlossenheit, Teilnehmerstaaten auch weiterhin Hilfestellung bei der Zerstörung ihrer Lagerbestände bzw. bei der Verbesserung der Verwaltung von Lagerbeständen und der Sicherheitsvorkehrungen zu leisten. Diese Bereitschaft kam auch in einer Parallelveranstaltung des Ministerratstreffens zum Ausdruck, die vom dänischen Vorsitz des Forums geleitet wurde.

Die Minister zeigten sich auch entschlossen, die Umsetzung der bestehenden vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Rahmen des *Wiener Dokuments 1999* unter Berücksichtigung der sich ändernden Art der Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum ebenso wie die Umsetzung des *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* weiter zu verstärken.

**Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz.** Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz befasste sich dieses Jahr mit Herausforderungen im Sicherheits-

bereich und mit Fragen der Entwicklung eines kohärenten Ansatzes für die OSZE-Aktivitäten in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung und Konfliktlösung, Krisenmanagement und Krisennachsorge. Sie machte sich außerdem ein Bild von der Umsetzung der *OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert*.

**Dialog über Sicherheitsfragen.** Ein weiteres wichtiges Ziel des Vorsitzes in dieser Dimension war die Intensivierung des Dialogs innerhalb der OSZE zu sämtlichen Sicherheitsfragen im OSZE-Raum. Er sah in gemeinsamen Sitzungen des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation den geeigneten Rahmen für die Erörterung dieser Angelegenheiten. Der Vorsitz stellte dabei einige Auffassungsunterschiede fest, war aber, trotz Fragen von einigen Seiten, dennoch der Meinung, dass die politisch-militärische Dimension nach wie vor ein wirksames Instrument zur Festigung der Sicherheit im OSZE-Raum darstellt.

So verlangte zum Beispiel Russland zu Beginn des Jahres eine Erörterung über einen Vorschlag der USA betreffend Raketenabwehr. Russland erklärte ergänzend, es halte es für angebracht, seine Verpflichtungen aus dem *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE)*, der eine Verringerung der konventionellen militärischen Arsenale der NATO- und ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten vorsieht, einzufrieren. Der *KSE-Vertrag* wurde parallel zu den Treffen der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – dem Vorgänger der OSZE – über vertrauensbildende Maßnahmen ausgehandelt.

*„Es ist offensichtlich, dass das weitere Schicksal des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und jenes der Raketenabwehr sehr spezifische Fragen sind, die direkten Einfluss auf die europäische Sicherheit und auf die Sicherheit in der gesamten euro-atlantischen Region haben.“*

– Russlands Minister für auswärtige Angelegenheiten, Sergei Lawrow, am 23. Mai im Ständigen Rat

Die Russische Föderation, ein Unterzeichnerstaat des Vertrags, berief im Juni eine *Außerordentliche Konferenz der Vertragsstaaten der KSE-Vertrags* in Wien mit der Begründung ein, die NATO verzögere die Ratifizierung des 1999 unterzeichneten *Anpassungsübereinkommens*. Eine ganze Reihe von Staaten hatte erklärt, sie beabsichtigten, den *angepassten KSE-Vertrag* zu ratifizieren, sobald die Verpflichtung zum Abzug der russischen Streitkräfte und Munition aus Georgien und Moldau erfüllt sei. In der Folge setzte Russland seine Teilnahme am *KSE-Vertrag* aus.

**Der Sicherheitsausschuss.** Der neu geschaffene Sicherheitsausschuss des Ständigen Rates leistete hervorragende Arbeit: er wies Aufgaben zu und trieb die Arbeit zu nichtmilitärischen und politischen Aspekten der Sicherheit voran.

Grundlage des Arbeitsprogramms des Ausschusses war ein Dokument mit den Vorstellungen des Vorsitzes zu folgenden Schwerpunkten: Bekämpfung des Terrorismus, Grenzmanagement und -sicherung, Polizeiarbeit, Zusammenarbeit im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und den illegalen Drogenhandel sowie Vorbereitungen für die *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2007*. Der Ausschussvorsitzende und Ständige Vertreter der Slowakei, Botschafter Peter Lizák, stellte den Teilnehmer-

staaten auf der letzten Ausschusssitzung am 6. Februar konkrete Ziele und Prioritäten vor.

Der Sicherheitsausschuss hielt 2007 13 Sitzungen ab und befasste sich vor allem mit folgenden Themen:

- Umsetzung des vom Ständigen Rat im Dezember 2006 in Brüssel verabschiedeten OSZE-Arbeitsprogramms für das Jahr 2007 zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus sowie Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum bei der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, mit Unterstützung der Gruppe Terrorismusbekämpfung und des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte
- Maßnahmen aufgrund des *Beschlusses* des Ständigen Rates mit Richtlinien für das OSZE-Netz nationaler Anlaufstellen für Fragen der Grenzsicherung und des Grenzmanagements sowie die Umsetzung des 2005 verabschiedeten OSZE-Konzepts für Grenzsicherung und -management, mit Unterstützung des Konfliktverhütungszentrums
- Maßnahmen aufgrund des *Beschlusses* des Ständigen Rates über die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung
- Maßnahmen aufgrund der Bestimmungen und Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten aus *Beschluss Nr. 5* des Brüsseler Ministerratstreffens über *organisierte Kriminalität* sowie Maßnahmen aufgrund der *Erklärung* des Ministerrats von Brüssel zu *Systemen der Strafrechtspflege*
- Maßnahmen in Fortführung der polizeibezogenen OSZE-Aktivitäten, darunter Bemühungen um Ausarbeitung eines OSZE-Rahmens für bürgerorientierte Polizeiarbeit, mit Unterstützung der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten
- OSZE-Aktivitäten betreffend die Sicherheitssektorgovernance/-reform, über die dem Ministerrat in Madrid ein endgültiges Dokument vorgelegt werden sollte
- Tagesordnung, Zeitplan und Organisation einer Arbeitstagung über Ansätze für die Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit der Seegrenzen unter Einbeziehung aller drei OSZE-Sicherheitsdimensionen, gemäß dem *Beschluss* des Ständigen Rates
- Vorbereitung der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* vom 19. und 20. Juni unter Berücksichtigung des Beitrags des Forums für Sicherheitskooperation

Der Sicherheitsausschuss bereitete die folgende vom Madrider Ministerrat verabschiedete Erklärung bzw. die folgenden Beschlüsse vor: *Ministererklärung über die Unterstützung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus*, *Beschluss Nr. 5 über öffentlich-private Partnerschaften zur Bekämpfung des Terrorismus* und *Beschluss Nr. 6 über den Schutz kritischer Energieinfrastruktur vor Terroranschlägen*.

Der Ausschuss bereitete ferner zwei Beschlüsse vor, die später vom Ständigen Rat verabschiedet wurden: einen über die Umsetzung des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen transnationale organisierte Kriminalität* und einen weiteren über den Kampf gegen die Bedrohung durch illegale Drogen und Vorläufersubstanzen.

Der Ausschuss leistete einen Beitrag zur Arbeitsunterlage mit den Vorstellungen des Vorsitzes über die grundlegenden Normen und Prinzipien der OSZE im Bereich der Sicherheitssektorgovernance/-reform, die während des Madrider Ministerratstreffens herausgegeben wurde.

Der Vorsitz des Ausschusses setzte sich auch für eine Zusammenarbeit mit dem Forum in Fragen von beiderseitigem Interesse ein, die über die militärische Dimension hinausgehen. Im Verlauf des Jahres fanden zu mehreren Fragen Konsultationen mit den Forumsvorsitzenden Zypern, Kroatien und Dänemark über diese Zusammenarbeit statt. Bei gemeinsamen Sitzungen des Forums und des Ständigen Rates bot sich die Gelegenheit, dimensionenübergreifende Fragen mit Beiträgen des Sicherheitsausschusses zu behandeln.

**Bekämpfung des Terrorismus.** Unter spanischem Vorsitz bot die OSZE den Teilnehmerstaaten wie bisher Hilfe bei der Umsetzung internationaler Vereinbarungen und Übereinkommen an, etwa der Resolution 1373 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, einer weitreichenden Resolution über die Bekämpfung des Terrorismus, und des internationalen rechtlichen Rahmens für die Bekämpfung des Terrorismus.

Die wichtigsten Aktivitäten der OSZE 2007 im Bereich Terrorismusbekämpfung waren die *Arbeitstagung über die Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen mit Terrorismusbezug*, die *Arbeitstagung über die Umsetzung des Ministerratsbeschlusses Nr. 7/03 über die Sicherheit von Reisedokumenten*, das *Hochrangige Treffen über Terrorismusopfer* und die *Politische Konferenz über die Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor* bei der Terrorismusbekämpfung.

Gemeinsam mit der OSZE-Gruppe Terrorismusbekämpfung organisierte der Vorsitz eine Konferenz über die *Partnerschaft zwischen staatlichen Behörden, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft bei der Terrorismusbekämpfung*, auf der festgestellt wurde, dass der Kampf gegen den Terrorismus ebenso viele Dimensionen erfassen müsse wie die Bedrohung selbst. Während die Regierungen im Kampf gegen den Terrorismus auf Diplomatie, Strafverfolgung und Militäreinsätze setzen, betonten die Konferenzteilnehmer, dass der private und der zivile Sektor für die Förderung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum, die Herbeiführung von raschen Veränderungen, die Schaffung von Arbeitsplätzen für Minderheiten und den Einsatz von Technologie zur Kontaktaufnahme mit der Jugend von größter Bedeutung sind. Die Konferenz fand am 31. Mai und 1. Juni in Wien statt.

Das *Hochrangige Treffen 2007 über Terrorismusopfer*, das vom Vorsitz gemeinsam mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte organisiert wurde, stellte fest, dass die Solidarität mit den Opfern des Terrorismus mehr bedeuten müsse als lediglich die Berücksichtigung der körperlichen und seelischen Bedürfnisse der Opfer. Die Diskussionen auf der Konferenz, die am 13. und 14. September in Wien unter Beteiligung von rund 200 Regierungsvertretern, Juristen und Vertretern der

Zivilgesellschaft stattfand, betrafen im Wesentlichen die Opfer, Opferhilfeprogramme, die Rolle des Opfers in Gerichtsverfahren und die Rolle der Zivilgesellschaft.

Eine weitere wichtige Veranstaltung war die *OSZE-Expertenkonferenz gegen die Bedrohung durch illegale Drogen*.

**Polizeiarbeit.** Der Vorsitz und die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten des Sekretariats veranstalteten am 8. und 9. Mai in Madrid eine Arbeitstagung über die Rolle der Polizei und die Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Teilnehmer stellten fest, dass in Fragen der Polizeiarbeit in der Gesellschaft ein ganzheitlicher Ansatz in Form bürgerorientierter Polizeiarbeit ebenso notwendig ist wie eine intensivere Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Nachrichtendiensten.

Ein weiteres erfolgreich durchgeführtes und vom Vorsitz finanziertes Projekt war die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwälten und Richtern in Albanien und Montenegro bei Ermittlungen in Sachen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Das Projekt trug maßgeblich zu einer besseren Koordination in der Strafrechtspflege und des internationalen Kampfes gegen die organisierte Kriminalität bei.

Gemeinsam mit der Gruppe organisierte der Vorsitz am 5. und 6. Juni in Madrid eine Arbeitstagung über ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in Führungspositionen der Polizei. Über 25 Delegationen diskutierten über geeignetere Methoden zur Rekrutierung und Förderung von Frauen mit dem Ziel, eine demokratischere Polizei zu schaffen, in der mehr Chancengleichheit herrscht.

Um Rechtspraktiker in die Lage zu versetzen, sich bewährte Praktiken in der Verfolgung und Verurteilung von Straftätern anzueignen, setzte der spanische Vorsitz die Arbeit des belgischen Vorsitzes fort und sorgte für die Übersetzung, den Druck und die Verteilung eines *Reference Guide on Criminal Procedure*, der in Astana vorgestellt wurde.

Der Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung im Internet und die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, nichtstaatlichen Organisationen und der Privatwirtschaft waren das Thema einer Arbeitstagung am 20. und 21. September in Wien, die zum Teil vom Vorsitz finanziert wurde.

### **Die Wirtschafts- und Umweltdimension**

Der spanische Vorsitz setzte sich für ein deutlicheres Profil für die Frage der Umweltsicherheit im OSZE-Raum ein. Er widmete sich insbesondere dem Problem der Bodenverschlechterung und -kontamination sowie der Notwendigkeit einer sparsamen und effektiven Nutzung der Ressource Wasser.

Der Vorsitz ist der Überzeugung, dass wir uns mit der Zerstörung der Ökosysteme auseinandersetzen müssen, wenn es uns gelingen soll, die daraus folgenden Bedrohungen für die Sicherheit abzuwenden, nämlich Armut und umweltbedingte Migration. Auch die gerechte, vernünftige und effektive Bewirtschaftung der

zunehmend knappen Ressource Wasser ist ein Schlüssel zu regionaler Sicherheit in einem Gebiet, in dem rund 180 Gewässer Landesgrenzen überschreiten.

### ***Sondierung von Möglichkeiten***

*Anlässlich des internationalen Tages der Umwelt am 5. Juni besuchten über 40 OSZE-Delegierte die österreichische Stadt Güssing, die ihre Energie ausschließlich aus erneuerbaren Energieträgern bezieht.*

*Die Delegation besichtigte eine Biogasanlage, eine Photovoltaic-Anlage und eine Solarschule. Güssing liefert ein Beispiel für machbare, kosteneffektive und umweltverträgliche Technologien für die erfolgreiche Reduzierung der Kohlendioxidemissionen, einer kritischen Herausforderung unserer Zeit, und die Teilnehmer diskutierten über die mögliche Übertragung des Energiekonzepts der Stadt auf andere Länder.*

*Der Besuch wurde durch die Unterstützung des spanischen Vorsitzes, der Republik Österreich und des Europäischen Zentrums für erneuerbare Energie in Güssing möglich gemacht.*

Die wichtigste jährliche Veranstaltung in der zweiten Dimension ist das *Wirtschafts- und Umweltforum*. Das 15. Forum fand in zwei getrennten Tagungen statt, die erste am 22. und 23. Januar in Wien und die zweite vom 21. bis 23. Mai in Prag. Vorbereitungskonferenzen wurden im November 2006 in Bischkek (Kirgisistan) und im März in Saragossa (Spanien) abgehalten.

Die Teilnehmer an der Saragossa-Konferenz diskutierten Fragen der internationalen Zusammenarbeit in der nachhaltigen Wasserbewirtschaftung, einem Bereich, in dem die OSZE über beträchtliches Fachwissen verfügt. Die Teilnehmer wurden über die bevorstehende Weltausstellung 2008 mit dem Leitthema *Wasser und nachhaltige Entwicklung* informiert. Diese Veranstaltung, die ebenfalls in Saragossa stattfindet, wird die bisher größte zu diesem Thema sein. Auch der erste OSZE-Beschluss auf Ministerebene über Wasser geht auf diese Konferenz zurück.

Die OSZE unterstützt die Bewirtschaftung grenzüberschreitender Gewässer durch Aktivitäten im Einzugsgebiet der Flüsse Save, Dnjestr, Tschu-Talas und Kura-Arax und könnte gegebenenfalls auch Kooperationsprojekte zum Thema Wasser zwischen Tadschikistan und Afghanistan am Fluss Amu-Darja in ähnlicher Weise unterstützen.

Das Thema des 15. Wirtschafts- und Umweltforums lautete: Maßgebliche Herausforderungen bei der Gewährleistung der Umweltsicherheit und der nachhaltigen Entwicklung im OSZE-Raum – Bodenverschlechterung, Bodenkontamination und Wasserbewirtschaftung.

Auf der Tagung im Januar besprachen über 250 politische Entscheidungsträger, hochrangige Experten und Vertreter der 56 Teilnehmerstaaten der OSZE Methoden der Zusammenarbeit und Koordination der Bemühungen zur Verringerung von Umweltschäden. Sie befassten sich mit Armut und umweltbedingter Migration, den negativen Auswirkungen der Bodenverschlechterung und der Bodenerosion auf die Bevölkerung. Sie stellten auch Überlegungen darüber an, wie ein Gleichgewicht zwischen

Wirtschaftswachstum und der Nutzung natürlicher Ressourcen gefunden werden kann.

Im Mai befasste sich die Konferenz mit Bedrohungen der Umweltsicherheit, in dem Bestreben, Bedrohungsängste in Maßnahmen zur Förderung der Stabilität umzuwandeln. Die 300 Entscheidungsträger, Experten und offiziellen Vertreter aus über 60 Ländern waren sich darin einig, dass die Zusammenhänge zwischen Umweltverträglichkeit und Sicherheit weiter untersucht werden müssen. Der Vorsitz sieht hierin den klaren Auftrag an die OSZE, verstärkt in diesem Bereich tätig zu werden. Die beiden Tagungen des *Forums* lieferten Beiträge zur *Madriдер Erklärung zu Umwelt und Sicherheit*.

### ***Schulung von Diplomaten in Umweltfragen***

*Delegierte des neuen Ausschusses für Wirtschaft und Umwelt des Ständigen Rates wurden am 19. und 20. Oktober in Wien in Umweltdiplomatie geschult.*

*Die 21 Teilnehmer erhielten eine Unterweisung in der Geschichte des internationalen Umweltrechts und den mit seiner Anwendung verbundenen Zwängen. Sie untersuchten die typischen Verhandlungspositionen von Regierungen und Industrievertretern, die in der Regel dem rasch erzielbaren Nutzen den Vorzug gegenüber dem Umweltschutz oder der sozialen Gerechtigkeit geben. Sie setzten sich mit den Auswirkungen der Umweltdiplomatie auf die Sicherheit auseinander, wobei ihre besondere Aufmerksamkeit der Energiesicherheit galt, und führten abschließend eine simulierte Verhandlungsübung durch.*

*„Dieser Kurs ist eindeutig eine gute Initiative, da Diplomaten technische Hintergrundinformationen über Fragen wie Umwelt und Sicherheit benötigen, die in der Außenpolitik noch an Bedeutung zunehmen werden,“ sagte ein Teilnehmer.*

*Der Kurs wurde vom spanischen Vorsitz, dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE und anderen Sekretariatsabteilungen, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Universität Genf, dem Partner von UNEP im Schulungsprogramm für Umweltdiplomatie, organisiert und vom spanischen Vorsitz finanziert.*

Im Anschluss an das *Forum* organisierten der Vorsitz und das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE mit Unterstützung des Ministeriums für Landwirtschaft und Wasserressourcen Usbekistans eine Konferenz über die Herausforderungen für die zentralasiatische Region in Bezug auf die Bodenverschlechterung und Bodenkontamination und den Technologietransfer in diesen Bereichen.

In Übereinstimmung mit dem vom spanischen Vorsitz für 2007 verkündeten Arbeitsschwerpunkt Wasser beschlossen die Teilnehmerstaaten, dass sich das *16. Wirtschafts- und Umweltforum* der Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschifffahrt im OSZE-Raum widmen wird. Die erste Vorbereitungskonferenz fand im September in Helsinki statt.

Im wirtschaftlichen Bereich führte die OSZE den Themenschwerpunkt Verkehr des Vorsitzes 2006 weiter. Im Oktober veranstaltete sie eine Konferenz in Duschanbe über die Aussichten für die Entwicklung transasiatischer und eurasischer Transitverkehrswege durch Zentralasien bis zum Jahr 2015. Die daran teilnehmenden zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Afghanistan und Mongolei gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie sich zur Vertiefung des Dialogs und zu mehr Transparenz in Transit- und Grenzfragen verpflichteten. Sie sagten ferner zu, dass sie danach trachten werden, die negativen Auswirkungen des Transits auf die Umwelt zu verringern.

Am 12. und 13. Dezember wurde in Rabat (Marokko) die arabische Fassung des *Handbook on Establishing Effective Labour Migration Policies* vorgestellt. Dieses *Handbook* wurde gemeinsam von der OSZE, der internationalen Organisation für Migration und der Internationalen Arbeitsorganisation herausgegeben und vom spanischen Vorsitz finanziert. Es beschreibt Methoden zum effektiven Umgang mit der Zuwanderung.

### **Die menschliche Dimension**

Themenschwerpunkt des spanischen Vorsitzes war die Bekämpfung von Intoleranz und die Ermutigung zur Teilnahme an pluralistischen Gesellschaften. Zur Unterstützung dieser Ziele führte er zwei neue Veranstaltungen ein.

Die erste, eine Konferenz über die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung vor allem gegenüber Muslimen, richtete sich gegen das, was der Amtierende Vorsitzende in seiner Rede vom 11. Januar im Ständigen Rat als ein „beunruhigendes“ Problem bezeichnete hatte. Die zweite, das erste Jugendforum, das die OSZE je veranstaltet hat, sollte die Generationen nach Helsinki für die Verteidigung und die Förderung der OSZE-Prinzipien und -Werte mobilisieren und aufzeigen, wie die Kreativität, Spontanität und Wandlungsfähigkeit junger Menschen die OSZE-Bemühungen um die Schaffung demokratischer und pluralistischer Gesellschaften unterstützen können.

### **Intoleranz gegenüber Muslimen am Pranger**

Die vom OSZE-Vorsitz veranstaltete *Konferenz über Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen* untersuchte die Ursachen von diskriminierendem Verhalten und bemühte sich um Lösungen. Die 417 Teilnehmer aus Teilnehmerstaaten und Ländern der Kooperationspartner, aus anderen internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen sowie Experten für Muslime in der Gesellschaft und Toleranz untersuchten konkrete Fragen wie etwa, inwieweit Bildung mithelfen kann, Intoleranz zu überwinden, oder welche Lehren aus der Arbeit von Gemeinschaften zur Bekämpfung von Diskriminierung gezogen werden können. 111 Journalisten berichteten über die *Konferenz*.

Im Rahmen ihrer Arbeit gegen Intoleranz und Diskriminierung nahmen auch die drei für diese Bereiche zuständigen Persönlichen Beauftragten des Vorsitzenden an der Konferenz teil. Anastasia Crickley, die Persönliche Beauftragte für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, befasst sich auch mit Fragen der Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen

anderer Religionen. Gert Weisskirchen ist der Persönliche Beauftragte für die Bekämpfung von Antisemitismus.

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen, Botschafter Ömur Orhun, berichtete der Konferenz, dass sich das Umfeld, in dem Muslime leben, seit dem 11. September erheblich verschlechtert habe. Oft werde der sogenannte islamische Terrorismus oder islamische Extremismus fälschlicherweise als Quelle allen Übels dargestellt, wodurch Vorurteile noch fester verankert werden.

Die *Konferenz* fand am 9. und 10. Oktober in Córdoba statt, einer Stadt, die auf eine lange Tradition der gegenseitigen Achtung und der Koexistenz (oder *convivencia*) von Muslimen, Juden und Christen zurückblickt. Die *Konferenz* nahm Bezug auf die *Beschlüsse* der Ministerratstreffen von Porto und Sofia sowie auf frühere Konferenzen, etwa die Konferenz über Antisemitismus aus dem Jahr 2005, die ebenfalls in Córdoba stattfand.

Sie setzte auch die Arbeit der hochrangig besetzten Konferenz über die Bekämpfung der Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander vom 7. und 8. Juni in Bukarest fort, die ihrerseits an die Konferenz von Córdoba über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz anknüpfte. Der Amtierende Vorsitzende erklärte, die Konferenz von Bukarest habe das unerschütterliche Bekenntnis der OSZE zur Förderung der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit gezeigt.

*„Wir werden Mittel und Wege finden müssen, wie von dieser Geisteshaltung (der Toleranz), deren Vorkämpfer heute Spanien ist, die breite Masse überzeugt werden kann: dass wir zusammen leben müssen, dass der Islam und das Christentum ebenso wie alle anderen Religionen einschließlich des Judentums der Gottesverehrung dienen und es keinen Grund zur Konfrontation gibt, aber sehr wohl Gründe für gegenseitige Achtung und Toleranz.“*

– Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten, Amre Moussa, in seiner Rede auf der Konferenz

In seiner abschließenden *Erklärung* stellte der Amtierende Vorsitzende fest, dass die Verantwortung für die Förderung des interkonfessionellen Dialogs und das Vorgehen gegen Diskriminierung in erster Linie bei den Teilnehmerstaaten liege. Internationale Entwicklungen könnten niemals Intoleranz oder Diskriminierung rechtfertigen. Er rief die muslimischen Gemeinschaften in seiner *Erklärung* auf, sich voll in der Gesellschaft zu engagieren. Bildung, Forschung sowie Rechtsvorschriften und Strafverfolgung hätten eine nützliche Rolle im Kampf gegen Intoleranz zu spielen.

Nichtregierungsorganisationen nahmen an einer Vorbereitungssitzung am 8. Oktober in Jaén sowie an der *Konferenz* selbst teil, auf der sie ihre Schlussfolgerungen und Empfehlungen präsentierten.

## Mobilisierung der Jugend

Auf dem Jugendforum wurde festgestellt, dass die Jugend von heute die Werte, Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE mit in eine neue Ära nehmen werde. Die Veranstaltung am 5. und 6. November in Madrid war die Folge eines Beschlusses des Brüsseler Ministerrats, der auf den ganz besonderen Beitrag hinwies, den junge Menschen zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung leisten können.

Die 100 Teilnehmer aus 35 Teilnehmerstaaten und Ländern der Kooperationspartner befassten sich mit Fragen aus allen drei Dimensionen der Sicherheit der OSZE. In ihrer abschließenden *Madrid Youth Declaration* regten sie an, dass die Teilnehmerstaaten die Arbeit und Ansichten junger Menschen aktiver im Streben der OSZE nach regionaler Sicherheit nutzen sollten.

Konkret wird in der *Erklärung* vorgeschlagen, der Amtierende Vorsitzende möge die Teilnehmerstaaten in Form regelmäßiger Berichte über die Vorstellungen kompetenter junger Menschen informieren, Jugendvertreter gegebenenfalls als Beobachter zu einigen OSZE-Expertentagungen einladen, Jugendinitiativen weiter unterstützen, das Jugendforum in eine jährliche Veranstaltung umwandeln und die Perspektiven der Jugend in der Entscheidungsfindung in Betracht ziehen. Die *Erklärung* enthält auch eine Reihe von nach Dimension gegliederten konkreten Empfehlungen.

*„Dieses Treffen ist wichtig, weil es den zukünftigen Führungspersonlichkeiten Gelegenheit zur Begegnung und zur Erörterung wichtiger Fragen gibt.“*

– Michael Botstein, ein 24-jähriger Student der *Hebrew University* in Jerusalem

*„Auf diesem Treffen führten wir zu verschiedenen Fragen eine offene Diskussion. Wir hatten die Möglichkeit, sie ohne Kritik von den verschiedenen Seiten zu diskutieren.“*

– Igor Pivovar, ein Rechtsanwalt im *NGO Centre for Inter-ethnic research* in Chişinău (Moldau)

Abgesehen von diesen beiden wichtigen Veranstaltungen erstreckte sich die Arbeit der OSZE in der menschlichen Dimension über eine breite Skala von Aktivitäten.

Das erste *Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension* dieses Jahres widmete sich der Frage, wie die volle Verwirklichung des Rechts auf Vereinigung, friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung gesichert und gefördert werden kann. *Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und freie Meinungsäußerung: Förderung der vollen und gleichberechtigten Teilnahme an pluralistischen Gesellschaften* am 29. und 30. März in Wien untersuchte, mit welchen Herausforderungen die Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten konfrontiert sind, wenn sie allen Bürgern das gleiche Recht auf freie Äußerung ihrer Meinungen und Interessen sichern wollen, und versuchte Lösungen zu finden, wie Hindernisse überwunden werden können.

Förderung und Schutz der Menschenrechte waren die Schwerpunkte des zweiten *Zusätzlichen Treffens* am 12. und 13. Juli in Wien. Auf dem Treffen wurde die Rolle der nationalen Gerichte, der Zivilgesellschaft und der nationalen Menschenrechtsinstitutionen im Fall von Verletzungen von Menschenrechten und Grundfreiheiten behandelt.

Das dritte und letzte *Zusätzliche Treffen* zum Thema *Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern* setzte sich mit den Gefährdungsfaktoren auseinander, um diese besser verstehen und beseitigen zu können. Es untersuchte überdies Rechtsvorschriften und deren Umsetzung, darunter Gesetze für sozialen Schutz und strafrechtliche Vorschriften, sowie bewährte Praktiken der Prävention und des Schutzes.

*„Wenn ich sehe, was für eine wichtige Arbeit zur Unterstützung von Wahlen, zur Unterstützung der Friedenssicherung, zur Unterstützung der Menschenrechte und zur Unterstützung der Sicherheitsarchitektur, die die Grundlage des entstehenden geeinten, freien und friedlichen Europas bildet, geleistet wird, möchte ich Ihnen versichern, dass die Vereinigten Staaten weiter in dieser Organisation aktiv mitarbeiten werden ... .“*

#### – US-Außenministerin Condoleezza Rice am 31. Mai im Ständigen Rat

Das OSZE-Seminar zur *menschlichen Dimension* 2007 im Mai befasste sich mit dem Thema *Wirksame Teilhabe und Vertretung in demokratischen Gesellschaften*, einem Themenschwerpunkt des Vorsitzes. Das *Seminar*, eine Weiterführung der früheren OSZE-Veranstaltungen über Demokratie und Demokratisierung vom Mai 2004 und November 2006, gab Vertretern der Teilnehmerstaaten, von Nichtregierungsorganisationen, der Zivilgesellschaft, internationaler Organisationen, der OSZE-Institutionen und -Feldoperationen Gelegenheit zur Erörterung moderner Formen der Teilhabe und Vertretung und zur Sondierung von Methoden zu ihrer Verbesserung.

Das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* fand vom 24. September bis 5. Oktober in Warschau statt. Diese größte Menschenrechtskonferenz in Europa ist auch die einzige derartige Veranstaltung, in der Vertreter der Zivilgesellschaft gleichberechtigt mit Regierungen an einem Tisch sitzen. Zwei Wochen lang erörterten die interessierten Teilnehmer die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Nichtdiskriminierung und andere Menschenrechtsfragen. An dem Treffen nahmen über 1000 Delegierte, darunter 334 Nichtregierungsorganisationen, teil. Dem Thema Gender und Sicherheit war ein eigener Tag des Treffens gewidmet. Weitere ausgewählte Themen waren die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung sowie der OSZE-Aktionsplan für Roma und Sinti. Der Vorsitz organisierte eine Parallelveranstaltung über die *praktische Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit*, die von der spanischen Sonderbotschafterin für Gleichberechtigung der Geschlechter, Aurora Mejía, moderiert wurde.

# Der Ständige Rat

## Gastredner im Ständigen Rat im Jahr 2007

11. Januar : *Miguel Ángel Moratinos, Amtierender Vorsitzender, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit von Spanien*  
(StR-Sondersitzung)
18. Januar: *Dr. Frank-Walter Steinmeier, deutscher Bundesminister des Auswärtigen*
25. Januar: *Brigadegeneral Ferenc Bánfi, Leiter der Mission der EU zur Unterstützung des Grenzschutzes an der moldauisch-ukrainischen Grenze*
8. Februar: *Botschafter Peter Semneby, Sonderbeauftragter der Europäischen Union für den Südkaukasus*
13. Februar: *Nikolai Bordjuscha, Generalsekretär der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit*  
(StR-Sondersitzung)
20. Februar: *Martti Ahtisaari, Sondergesandter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für den Prozess zur Bestimmung des künftigen Status des Kosovo*
8. März: *Valdas Adamkus, Präsident von Litauen;*  
(StR-Sondersitzung) *Besnik Mustafaj, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Albanien*
17. April : *Vartan Oskanian, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Armenien*  
(StR-Sondersitzung)
19. April: *Erwan Fouéré, Sonderbeauftragter der Europäischen Union für Skopje*
26. April: *Arseni Jazenjuk Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine*
30. April: *Marat Taschin, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Kasachstan*  
(StR-Sondersitzung)
23. Mai: (Gemeinsame *Sergei Lawrow, Minister für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation*  
StR/FSK-Sondersitzung)
31. Mai : *Condoleezza Rice, Außenministerin der Vereinigten Staaten von Amerika*  
(StR-Sondersitzung)
14. Juni: *Gela Beschuaschwili, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Georgien*
5. Juli: *Terry Davis, Generalsekretär des Europarats;*  
*Botschafter Bolat K. Nurgalijew, Generalsekretär der Schanghai-Kooperationsorganisation*
10. Juli: *Ivo Sanader, Ministerpräsident von Kroatien*

*(StR-Sondersitzung)*

12. Juli: **Luís Filipe Marques Amado**, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Portugal
17. Juli:  
*(StR-Sondersitzung)* **Vuk Jeremić**, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Serbien
19. Juli: **Kálmán Mizsei**, Sonderbeauftragter der Europäischen Union für Moldau
26. Juli: **Jermuchamet Jertysbajew**, Minister für Kultur und Information von Kasachstan;  
Botschafter **Grigori Alexejewitsch Rapota**, Generalsekretär der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft
25. Oktober: **Milan Roćen**, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Montenegro;  
Botschafter **Miroslav Lajčák**, Hoher Beauftragter der Vereinten Nationen und der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina
30. Oktober:  
*(StR-Sondersitzung)* **Surab Noghaideli**, Ministerpräsident von Georgien
15. November: **Joachim Rücker**, Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für den Kosovo

## Der Ständige Rat

Der Ständige Rat (StR) tritt wöchentlich in der Hofburg in Wien zusammen; er ist das Hauptgremium der Organisation für politische Konsultationen und Beschlussfassung.

Im Jahr 2007 sprachen zahlreiche hohe politische Amtsträger aus OSZE-Teilnehmerstaaten vor dem Ständigen Rat, wo sie ihre Auffassungen über strittige und wichtige Fragen darlegten. Der Ständige Rat nahm auch zahlreiche Berichte von Leitern der Institutionen, Feldoperationen und der Persönlichen Vertreter des Vorsitzenden entgegen.

Eine der schwierigeren und längeren, schließlich aber doch erfolgreich zu Ende geführten Debatten begleitete die Bestellung des neuen Hohen Kommissars für nationale Minderheiten. Der spanische Vorsitz betrieb konsequent die Bestellung von Knut Vollebaek aus Norwegen, der am 4. Juli sein Amt als Nachfolger von Rolf Ekéus antrat. Viele Teilnehmerstaaten fanden lobende Worte für die Entscheidung des Vorsitzes, mithilfe eines *Food-for-thought-Papers* den Weg zum Konsens zu ebnen, und sie regten an, auch in Zukunft einen ähnlich transparenten Prozess zu verwenden.

Die größte Neuerung in diesem Jahr war die neue Struktur mit drei Ausschüssen. Die Ausschüsse waren vom Ministerratstreffen in Brüssel beschlossen worden und sollten den drei Sicherheitsdimensionen der OSZE Rechnung tragen; durch sie hat sich die tägliche Arbeit des Rates deutlich verändert.

Aus Sicht des Vorsitzes haben sich die Ausschüsse im ersten Jahr sehr bewährt, könnten aber durchaus noch verbessert werden, und so schlug er vor, ihr Mandat zu verlängern und sie zu einer ständigen Einrichtung zu machen.

Der Sicherheitsausschuss unter Leitung von Botschafter Peter Lizák, Ständiger Vertreter der Slowakei, führte das OSZE-Arbeitsprogramm gegen Terrorismus weiter und arbeitete mit den Mittelmeerpartnern in diesem Bereich zusammen. In ähnlicher Weise betreute der Ausschuss die Agenden der OSZE in den Bereichen Grenzsicherung und Grenzmanagement, internationale Drogenbekämpfungskooperation, organisierte Kriminalität, bürgernahe Polizeiarbeit und in anderen Fragen.

Der Wirtschafts- und Umweltausschuss, erst unter dem Vorsitz des Ständigen Vertreters von Kasachstan, Botschafter Dulat Kuanyschew, dann unter Botschafter Artim Zekoli, Ständiger Vertreter der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, war bei der Vorbereitung des *Wirtschafts- und Umweltforums* behilflich und erörterte die empfohlenen Folgemaßnahmen. Er befasste sich mit den Wirtschafts- und Umweltaspekten der Sicherheit.

Der Ausschuss zur menschlichen Dimension wurde vom Vorsitzenden des Ständigen Rates und Ständigen Vertreter Spaniens bei der OSZE, Botschafter Carlos Sánchez de Boado, geleitet. Er befasste sich mit der Umsetzung der diesbezüglichen Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten und unterstützte die einschlägigen OSZE-Treffen und empfohlenen Folgemaßnahmen. Er befasste sich auch mit der Arbeit der einschlägigen OSZE-Institutionen in diesem Bereich.

In jedem der Ausschüsse wurde eine Reihe politischer Initiativen und Textentwürfe erörtert, die zu verschiedenen Beschlüssen und Erklärungen des Ständigen Rates und des Ministerrats führten.

Der Vorsitz war der Auffassung, die Ausschüsse stellten eine nützliche Schnittstelle zwischen den Teilnehmerstaaten, dem Sekretariat, den Institutionen und in einigen Fällen einem größeren Kreis einschließlich der Zivilgesellschaft dar. Alle drei Ausschüsse bewältigten ihr Arbeitsprogramm, sie traten ein Mal pro Monat und bei Bedarf öfter zusammen und erwiesen sich als flexibel im Umgang mit ihren jeweiligen Aufgaben.

Die Ausschüsse waren besonders als Konsultationsorgane für die Planung des Ministerrats in Madrid wertvoll. Der Vorsitz war ganz allgemein der Auffassung, die Ausschüsse ermöglichten eine bessere Planung während des ganzen Jahres und machten die Konsultationsprozesse nachvollziehbarer.

# **Das Forum für Sicherheitskooperation**

## Das Forum für Sicherheitskooperation

Das Forum für Sicherheitskooperation steht für die militärische Dimension der OSZE. Der Vorsitz im Forum wechselt alle vier Monate unter den OSZE-Teilnehmerstaaten in alphabetischer Reihenfolge. 2007 hatten die Republik Zypern, die Republik Kroatien und das Königreich Dänemark nacheinander den Vorsitz im Forum inne.

Der wöchentliche Sicherheitsdialog bot einen sinnvollen Mechanismus zur laufenden Erörterung regionaler und subregionaler Sicherheitsfragen und erleichterte die Zusammenarbeit und den Meinungs austausch mit anderen internationalen Organisationen. Die Teilnehmerstaaten diskutierten über Themen wie den Aufbau eines Raketenabwehrsystems der Vereinigten Staaten in Europa und den Raketenzwischenfall in Georgien vom 6. August.

Im Laufe des Jahres hielt das Forum mehrere Sondertagungen zu Fragen ab, die für die Teilnehmerstaaten von besonderem Interesse waren, wie etwa

- die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) auf dem Luftweg am 21. März,
- zivil-militärische Notfallplanung am 26. September sowie
- bestehende und zukünftige Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung im OSZE-Raum am 24. Oktober.

Die Sondertagungen boten Gelegenheit zu einem strukturierten und fachspezifischen Austausch von Meinungen und Kommentaren. Sie trugen auch zur Hebung des Bewusstseins für diese Themen, zum Austausch von Informationen und zur Vernetzung zwischen nationalen Experten bei.

Am 6. und 7. März fand in Wien das *17. Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung* statt, bei dem die gegenwärtige und künftige Durchführung vereinbarter vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen laut Kapitel XI des *Wiener Dokuments 1999* erörtert werden sollte. Zusätzlich zur üblichen Tagesordnung hielt das Forum zum ersten Mal ein Treffen der Leiter nationaler Verifikationszentren sowie eine Arbeitssitzung zur Verbesserung der Durchführung der bestehenden Maßnahmen ab. Beide Veranstaltungen bereicherten die Debatte.

Im Mai leistete das Forum einen Beitrag zur *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* und schlug dafür eine Liste von politisch-militärischen Themen zur Erörterung vor. Der Vorsitzende des Forums hielt seinerseits eine Rede, in der er die Arbeit seit der Vorjahreskonferenz Revue passieren ließ.

Die Umsetzung des *Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen* sowie des *Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition* ging das ganze Jahr hindurch weiter, wobei die Hilfsprojekte in Armenien (Entsorgung des hochgiftigen und hochflüchtigen Raketentreibstoffs *Mélange*) und in der Ukraine (Räumung der Munitionslagerstätte Nowobohdaniwka, wo eine Explosion stattgefunden hatte) erfolgreich zum Abschluss gebracht wurden. Das Forum nahm offizielle Ersuchen um Hilfestellung im Zusammenhang mit der Verwaltung von Lagerbeständen und dem Unbrauchbarmachen konventioneller Munition von der Republik Georgien, Montenegro und der Ukraine entgegen.

In ähnlicher Weise nahm die OSZE in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen auch Aktivitäten in der Republik Belarus und in Montenegro in Angriff.

Der tragische Tod zweier vom Königreich Norwegen zur OSZE-Feldoperation in Tadschikistan entsandter Offiziere löste im Forum, das den Hinterbliebenen sein Beileid aussprach, große Bestürzung aus.

Am 23. Mai setzte das Forum eine informelle Sitzung zum *OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* als Folgemaßnahme zur Sondertagung des Forums zum *Kodex* vom 27. September 2006 an. Im Zentrum der Erörterungen standen die Umsetzung und Breitenwirkung des *Kodex* und dessen Verankerung im öffentlichen Bewusstsein sowie Vorschläge zur qualitativen Verbesserung des dazugehörigen Fragebogens. Im Juli wurde ein Koordinator für den *Kodex* bestellt, der die Ansichten, Standpunkte und Vorschläge der Teilnehmerstaaten einholen und dem Vorsitz des Forums und der Vorsitztroika in Fragen zu diesem Thema Hilfestellung geben soll.

Nach wie vor war die Umsetzung der *Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen* aus dem Jahr 2004 über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen ein Bereich, dem das besondere Interesse der Teilnehmerstaaten galt. Von den Vereinigten Staaten, denen sich später Kanada anschloss, gingen Bemühungen zur Ausarbeitung eines Praxisleitfadens aus. Zur Verankerung im öffentlichen Bewusstsein und im Hinblick auf eine geografische Öffnung des *Kodex* hielt das Forum am 4. und 5. September in Jordanien und am 16. and 17. Oktober in Kirgisistan Vorträge bei Seminaren zur *Resolution 1540*.

Um die Zusammenarbeit zwischen den drei Dimensionen innerhalb der OSZE zu erleichtern und zu verstärken, führte der spanische Vorsitz regelmäßige Sitzungen mit dem Ständigen Rat ein. Die gemeinsame Sitzung im Herbst erwies sich als ausgezeichnete Gelegenheit für beide Beschlussfassungsgremien, ihre Bemühungen im Vorfeld des Ministerrats der OSZE zu koordinieren. Die Teilnehmerstaaten kamen überein, diese Praxis fortzusetzen, da auf diese Art und Weise dimensionsübergreifende Fragen ganzheitlich behandelt werden können.

Der vom Ministerrat in Madrid verabschiedete *Beschluss Nr. 3 über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen* stellt den ersten derartigen umfassenden, das Forum betreffenden *Beschluss* dar. Er wird die Grundlage der Tätigkeit des Forums im Jahr 2008 bilden.

# **Die Parlamentarische Versammlung der OSZE**

## Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

*Die Parlamentarische Versammlung der OSZE mit ihrem Internationalen Sekretariat in Kopenhagen steht für die parlamentarische Dimension der Organisation. Sie wurde vom Gipfeltreffen in Paris 1990 in der Absicht ins Leben gerufen, die nationalen Parlamente verstärkt in die OSZE einzubinden; heute gehören der Versammlung 320 Parlamentarier an. Ihre Hauptaufgabe ist die Förderung des interparlamentarischen Dialogs, der einen wichtigen Aspekt aller Bemühungen darstellt, den Herausforderungen für die Demokratien im gesamten OSZE-Raum gerecht zu werden.*

*2007 war ein arbeitsreiches Jahr für die Parlamentarische Versammlung der OSZE. Sie hielt drei große Konferenzen ab, deren Höhepunkte die 16. Jahrestagung in Kiew (Ukraine) und die fünfte alle zwei Jahre stattfindende Wirtschaftskonferenz in Andorra bildeten, und leitete sechs OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen.*

Der Präsident der Versammlung, Goran Lenmarker, entwickelte in diesem Jahr eine rege Reisetätigkeit mit Besuchen im Kaukasus, in Zentralasien, auf dem Balkan, in Russland und in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Er hielt Reden vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der Koordinierungsgruppe des Europäischen Parlaments für Wahlbeobachtungsmissionen und der U.S. Helsinki-Kommission in Washington sowie vor dem Ministerrat in Madrid. Ferner sprach er auf der OSZE-Konferenz *gegen Intoleranz und Diskriminierung* im Oktober in Córdoba (Spanien). Präsident Lenmarker und Generalsekretär Spencer Oliver trafen zweimal mit dem Amtierenden Vorsitzenden Miguel Ángel Moratinos in Madrid zur Erörterung von Wahlbeobachtungsfragen zusammen.

### Interparlamentarischer Dialog

**16. Jahrestagung im Juli in Kiew.** Das Thema der 16. Jahrestagung der Versammlung in Kiew (Ukraine) war die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen. Die fünf-tägige Veranstaltung, an der Abgeordnete aus 49 Ländern teilnahmen, endete mit einer *Erklärung*, die Empfehlungen an alle 56 Teilnehmerstaaten und die OSZE-Institutionen enthält.

Die *Erklärung von Kiew* ist der gemeinsame Standpunkt aller OSZE-Parlamentarier und bringt die Unterstützung aller Bemühungen zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung für die sogenannten eingefrorenen Konflikte in Moldau und Georgien auf der Grundlage des Prinzips der territorialen Integrität zum Ausdruck. In Bekräftigung der Unverzichtbarkeit demokratischer Werte fordert die *Erklärung* Belarus und die Regierungen anderer Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

Die *Erklärung* forderte alle OSZE-Teilnehmerstaaten nachdrücklich zur Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags über die *Energiecharta* und des *Kyoto-Protokolls* auf. Sie verlangt verstärkte Maßnahmen im Bereich der Migration und Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere mit Kindern, und die Zerschlagung krimineller Netzwerke, die die illegale Migration unterstützen. Sie enthält Bestimmungen zu Frauen, Frieden und Sicherheit, Streubomben, Umweltsicherheit, Menschenrechten und Intoleranz.

Die *Erklärung* betont, dass die Parlamentarische Versammlung der größte Trumpf der OSZE ist, wenn es darum geht, ihren Bemühungen um Förderung der Demokratie und den Aufbau und die Verbesserung parlamentarischer Institutionen mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Sie unterstreicht die Bedeutung der Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE und stellt fest, dass die Parlamentarier ein breites Spektrum an professioneller politischer Erfahrung einbringen und diesen Missionen zur Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit verhelfen.

Auf der Jahrestagung sprachen der Präsident der Ukraine, Viktor Juschtschenko, und der Amtierende Vorsitzende Moratinos.

**Wintertagung im Februar in Wien.** Am 22. und 23. Februar hielt die Versammlung ihre sechste jährliche *Wintertagung* in Wien ab. An dieser zweitgrößten Tagung im Veranstaltungskalender der Versammlung nahmen Parlamentarier aus 53 Teilnehmerstaaten teil. Es sprachen unter anderem Präsident Lenkner, der Sondergesandte des OSZE-Vorsitzes, Josep Borrell, die Präsidentin des österreichischen Nationalrats, Barbara Prammer, und der Generalsekretär der OSZE, Marc Perrin de Brichambaut.

Im Rahmen einer Diskussion zum Thema Energiesicherheit im OSZE-Raum betonten viele Redner, es müssten globale Lösungen gefunden werden, die Stabilität und Verlässlichkeit bringen, während andere die neuen Umweltaspekte der Energiesicherheit und die Bedeutung des Energiesparens und von Alternativen zu den fossilen Brennstoffen hervorhoben.

Es wurde offiziell beschlossen, dass Kasachstan Gastgeber der *Jahrestagung 2008* der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sein wird.

**Herbsttagungen in Portorož (Slowenien) im September und Oktober.** Die vom 29. September bis 1. Oktober in Portorož (Slowenien) abgehaltene Herbsttagung bestand aus einer Parlamentarierkonferenz, einer Sitzung des Ständigen Ausschusses und einem *Mittelmeerforum*.

Das Thema der gemeinsam mit der parlamentarischen Troika des Stabilitätspakts für Südosteuropa organisierten Parlamentarierkonferenz lautete „Sicherheit durch Zusammenarbeit in Südosteuropa – die Rolle der Parlamentarier“. Die einzelnen Sitzungen der Konferenz befassten sich unter anderem mit folgenden Themen: Dezentralisierung und örtliche Verwaltung in Südosteuropa, Bildung als Grundlage der Sicherheit – kenne deinen Nachbarn und regionale Zusammenarbeit in Fragen der Energiesicherheit.

Der Generalsekretär der OSZE unterrichtete den Ständigen Ausschuss über den OSZE-Haushalt und betonte, die Versammlung sei als eines der ersten OSZE-Gremien, die durch die Charta von Paris geschaffen wurden, „für die OSZE unverzichtbar“.

Im Zentrum des *Mittelmeerforums* standen Minderheitenschutz und Nichtdiskriminierung im Mittelmeerraum.

**Wirtschaftskonferenz.** Die Versammlung hielt ihre fünfte, alle zwei Jahre stattfindende *Wirtschaftskonferenz* vom 24. bis 26. Mai in Andorra la Vella (Andorra) ab. An der Konferenz zum Thema Welthandel und Sicherheit, die vom Präsidenten des Parlaments von Andorra, Joan Gabriel I Estany, eröffnet wurde, nahmen fast 100 Parlamentarier aus mehr als 30 OSZE-Ländern teil. Ansprachen hielten unter anderem Präsident Lennmarker sowie der Ministerpräsident von Andorra, Albert Pintat.

## **Wahlbeobachtung**

Die Versammlung spielte auch in diesem Jahr eine führende Rolle bei der Wahlbeobachtung im OSZE-Raum. Sie entsandte über 250 Personen zur Beobachtung der Parlamentswahlen in Serbien, Armenien, Kasachstan, der Ukraine, in Russland und Kirgisistan. Bei der Wahlbeobachtung arbeitet die Versammlung häufig mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und anderen parlamentarischen Versammlungen der Region zusammen.

Einer bewährten Tradition folgend bestellte der Amtierende Vorsitzende folgende ranghohe Mitglieder der Versammlung zu Sonderkoordinatoren:

- Präsident Lennmarker leitete die Wahlbeobachtungsmission in Serbien.
- Vize-Präsidentin Tone Tingsgaard aus Schweden leitete die Wahlbeobachtungsmission in Armenien.
- Der stellvertretende Vorsitzende des Ersten Allgemeinen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Consiglio Di Nino aus Kanada, leitete die Wahlbeobachtungsmission in Kasachstan.
- Vize-Präsidentin Tingsgaard leitete auch die Wahlbeobachtungsmission in der Ukraine.
- Der finnische Vize-Präsident Kimmo Kiljunen leitete die Wahlbeobachtungsmission in Kirgisistan.

Für die Wahlen in Russland im Dezember 2007 bildete die Versammlung mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats eine gemeinsame Wahlbeobachtungsmission, an der auch der Nordische Rat teilnahm. Präsident Lennmarker stand an der Spitze der Delegation der Versammlung.

## **Sonderbeauftragte**

Präsident Lennmarker bestellte im Laufe des Jahres folgende neue Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung der OSZE:

- Die Abgeordnete zum Kongress der Vereinigten Staaten, Hilda Solis, Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Fragen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, wurde zur Sonderbeauftragten für Migration ernannt und hatte den Auftrag, „in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE das Interesse für und die Erörterung von Migrationsfragen zu fördern“.
- Der Leiter der italienischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Senator Carlo Vizzini, wurde zum Sonderbeauftragten für grenzüberschreitende organisierte Kriminalität ernannt und sollte „Verbindung zu den OSZE-Regierungsstellen halten, die für die Bekämpfung der grenz-

- überschreitenden organisierten Kriminalität und der Korruption zuständig sind“.
- Vize-Präsident Kiljunen wurde zum Sonderbeauftragten für Zentralasien ernannt; seine Aufgabe war es, „Parlamentarier aus Zentralasien zur aktiven Teilnahme an der Arbeit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu ermutigen“.
  - Der Abgeordnete zum Kongress der Vereinigten Staaten, Christopher Smith, wurde zum Sonderbeauftragten gegen Menschenhandel ernannt, mit dem Mandat, „den Dialog in der OSZE über Methoden zur Bekämpfung des Menschenhandels zu fördern“.

## **Die Parlamentarische Arbeit vor Ort**

In Zusammenarbeit mit dem Nordischen Rat organisierte der Vize-Präsident der Versammlung und Sonderbeauftragte für Zentralasien, Kiljunen, im Dezember ein Seminar in Oslo über regionale parlamentarische Zusammenarbeit in Zentralasien.

Im Juni besuchte die Vize-Präsidentin der Versammlung und Sonderbeauftragte für Guantánamo, Anne-Marie Lizin aus Belgien, zum zweiten Mal die Hafteinrichtung in Guantánamo. In ihrem Bericht forderte sie die Schließung des Stützpunkts und die Verlegung der Häftlinge. In Wien berichtete sie dem Ständigen Rat über ihren Besuch.

Die Arbeitsgruppe der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu Belarus unter der Leitung von Uta Zapf aus Deutschland organisierte im März gemeinsam mit der belarussischen Delegation in der Versammlung das Seminar *Welche Vorteile die Europäische Nachbarschaftspolitik Belarus bieten kann* in Minsk.

Präsident Lenmarker begleitete den Amtierenden Vorsitzenden auf seiner Reise nach Aserbaidschan und Armenien, deren Zweck es war, eine Einigung zwischen den Konfliktparteien auf eine friedliche Regelung des Berg-Karabach-Konflikts herbeizuführen.

Als Vorsitz in der parlamentarischen Troika des Stabilitätspakts für Südosteuropa veranstaltete die Versammlung im Juni ein Seminar in Belgrad. Im nächsten Jahr wird der Stabilitätspakt durch einen Regionalen Kooperationsrat mit Sitz in Sofia (Bulgarien) ersetzt.

Im Juli besuchte der Sonderbeauftragte der Versammlung für den OSZE-Haushalt, der Isländer Petur Blondal, Albanien, um dort die Arbeit einer OSZE-Präsenz vor Ort zu prüfen und den Einsatz der finanziellen und menschlichen Ressourcen zu beurteilen. In Wien traf er auch mit dem Generalsekretär zusammen.

Der Vize-Präsident der Versammlung und Sonderbeauftragte für Zentralasien, Kiljunen, reiste im Oktober gemeinsam mit dem norwegischen Delegationsleiter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Morten Hoeglund, nach Turkmenistan. Der Besuch sollte die turkmenischen Parlamentarier dazu veranlassen, sich verstärkt an den Aktivitäten der Versammlung zu beteiligen.

*Präsident der Parlamentarischen Versammlung:*  
*Goran Lenmarker*  
*[www.oscepa.org](http://www.oscepa.org)*

# Die Feldoperationen

## Südosteuropa Die Präsenz in Albanien

[map]  
Gjirokastrë  
Kukës  
Shkodër  
Tirana  
Vlorë  
[map]

Präsenz in Albanien  
Projektbüro

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Die Präsenz leistete weiter Hilfestellung in den Bereichen Wahl- und Justizreform, Gesetzgebung, Justizverwaltung, Eigentumsrechte, Regionalverwaltung, Aufbau parlamentarischer Kapazitäten sowie Bekämpfung des Menschenhandels und der Korruption. Die Präsenz unterstützte die unabhängigen Medien und Good Governance, half bei der Polizeiausbildung und arbeitete an der Stärkung der Zivilgesellschaft. Besondere Erwähnung verdient der Beginn eines Projekts zur Unterstützung der Regierung bei der Modernisierung ihres Personenstands- und Adressenwesens.*

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.** Die Präsenz unterstützte die Grenz- und Migrationspolizei bei der Ausarbeitung und Umsetzung ihrer *Strategie für integriertes Grenzmanagement*. Sie vermittelte gemeinsame Treffen im Rahmen der Zusammenarbeit in Grenzfragen mit Italien, Kosovo (Serbien), Montenegro und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und half mit bei der Entwicklung grenzüberschreitender Vereinbarungen mit Montenegro.

**Hilfestellung für die Grenz- und Staatspolizei.** In Vorbereitung der Kommunalwahlen 2007 schulte die Präsenz 55 Polizeiausbildner in der Rolle der Polizei während eines Wahlgangs, worauf diese Ausbildner ihrerseits weitere 5000 Polizeibeamte schulten. Um die Erfolgsquote der Strafverfolgungsbehörden zu verbessern, unterstützte die Präsenz einen sechsmonatigen Ausbildungskurs in Befragungs- und Ermittlungstechniken für 120 Ermittlungsbeamte der mittleren Ebene. Gemeinsam mit der türkischen Internationalen Akademie gegen Drogen und organisierte Kriminalität führte sie einen Lehrgang in Ermittlungsmanagement für 19 Ermittlungsbeamte durch, die gegen organisierte Kriminalität eingesetzt werden.

Die Präsenz übergab der Grenz- und Migrationspolizei eine großzügige Spende in Form von Grenzüberwachungsausrüstung und sorgte für die Einschulung von 60 Grenzpolizeibeamten in der Bedienung dieser Geräte. Als Beitrag zum Kampf gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität richtete die Präsenz gemeinsam mit dem spanischen Vorsitz und der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten Arbeitsgruppen ein, um die Zusammenarbeit

zwischen der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Richterschaft in Albanien sowie die Zusammenarbeit mit Montenegro zu verbessern.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Unterstützung der Eigentumsreform.** Mit finanzieller Unterstützung Norwegens, Finnlands, der Tschechischen Republik und der Vereinigten Staaten legte die Präsenz eine elektronische Datenbank über 43.000 Eigentumsrückgabe- bzw. Entschädigungsanträge an. Dank ihrer Zusammenarbeit mit dem Grundbuchamt konnten 2007 erstmals 33.752 Eigentumstitel registriert werden. Die Präsenz unterstützte die Einrichtung einer digitalisierten kartografischen Datenbank und prüfte, welche Beschränkungen für eingetragenes Eigentum gelten.

**Unterstützung der Dezentralisierung und der Regionalreform.** Die Präsenz war der Regierung bei der Durchführung einer Analyse der regionalen Verwaltungsstrukturen behilflich. Sie vermittelte Gespräche zwischen der Regierung und Gebern über regionale Entwicklungs- und Antikorruptionsstrategien.

**Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung.** Die Präsenz führte ein Programm zur Förderung weiblicher Führungskräfte in Kommunalverwaltungen durch; Zielgruppe waren die bei den Kommunalwahlen als Siegerinnen hervorgegangenen neun Bürgermeisterinnen. Sie schulte 160 Kommunalbeamte des Hohen Inspektorats für Vermögensangabe und Prüfung in der Verhütung von Interessenkonflikten. Sie stellte der Abteilung Steuerfahndung Fachinformationen über das neue Gesetz gegen Geldwäsche zur Verfügung und schulte die Beamten in der Beschaffung von finanziellen Informationen von 17 Banken. Als Ergebnis der Fördertätigkeit der Präsenz für die soziale Verantwortung von Unternehmen unterzeichneten 22 Reiseunternehmen den *Weltweiten Verhaltenskodex für den Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung im Tourismus*.

**Unterstützung für den Schutz und die Wiedereingliederung von Opfern des Menschenhandels.** Die Präsenz unterstützte örtliche Nichtregierungsorganisationen bei der Durchführung einer Kampagne gegen das Betteln von Kindern. Gemeinsam mit der Regierung und unter Beteiligung der für die Bekämpfung des Menschenhandels verantwortlichen Behörden der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und des Kosovo (Serbien) organisierte sie Gesprächsrunden über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Menschenhandel. Die Präsenz unterstützte 15 ehemalige Menschenhandelsopfer bei der Gründung von Kleinstunternehmen durch Schulung und die Gewährung von Kleinstkrediten. Sie verfasste ein Handbuch für Strafverfolgungsbeamte über die Identifizierung und den Schutz von Menschenhandelsopfern.

**Förderung eines besseren Umweltmanagements.** Mit einer Subvention der Umwelt- und Sicherheitsinitiative für die Umsetzung der *Aarhus-Konvention* und unter Mitwirkung des Umweltministeriums reagierte die Präsenz auf mehrere Kritikpunkte, die der mit der Überwachung der Umsetzung der *Konvention* betraute Durchführungsausschuss geäußert hatte. Sie eröffnete regionale Aarhus-Informationszentren in Shkodër und Vlorë, bildete 40 öffentliche Bedienstete und Mitglieder der Zivilgesellschaft in den mit der Aarhus-Konvention verbundenen Rechten und Pflichten aus und entwickelte eine Aarhus-Website. Diese Aktivitäten führten zu intensiveren Konsultationen zwischen dem Ministerium und der Zivilgesellschaft in Fragen wie etwa der Abfallwirtschaft.

## Aktivitäten in der menschlichen Dimension

**Förderung der Wahlreform.** Die Präsenz leistete technische und logistische Unterstützung für den Parlamentsausschuss für Wahlreform und finanzierte eine Reihe von Arbeitstagen über internationale Standards und bewährte Praktiken. Sie begann mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission und der USA und mit Förderung durch den Europarat und Norwegen ein Großprojekt, mit dem die Regierung bei der Modernisierung ihres Personenstands- und Adresswesens unterstützt wird.

**Stärkung der Parlamentarischen Versammlung.** Die Präsenz begann mit der Durchführung der zweiten Phase ihres Projekts zur Unterstützung des Parlaments, mit dem Transparenz, die Erreichbarkeit und die Ermittlungskapazitäten der Ausschüsse, Mitarbeiter und Dienststellen der Parlamentarischen Versammlung verbessert werden sollen.

**Stärkung der Justiz.** Die Präsenz veröffentlichte einen Bericht mit einer Analyse der strafrechtlichen Revisionsverfahren in Albanien und stellte Weiterbildungskurse für den stellvertretenden Präsidenten des Hohen Justizrates und vier weitere Richter über richterliche Ethik bereit. Gemeinsam mit dem Europarat und dem Justizministerium schulte die Präsenz 300 Rechtspraktiker in dem neuen *Gesetz über häusliche Gewalt*. Sie veröffentlichte ein Handbuch für Opfer und für gemeinnützige Organisationen, das beschreibt, wie sich Opfer vor häuslicher Gewalt in Sicherheit bringen können. Sie half mit, Gesetzesentwürfe über Zeugenschutz auszuarbeiten, und war gemeinsam mit den Polizeiunterstützungsmissionen der Europäischen Kommission und den USA an der Ausarbeitung des Entwurfs für ein neues *Gesetz über die Staatspolizei* beteiligt.

**Menschenrechte.** Die Präsenz führte Schulungen für 92 Rechtspraktiker zum Thema Schutz von Minderjährigen durch. Sie koordinierte die Bemühungen von Gebern, die Beiträge zur Umsetzung der Nationalen Roma-Strategie leisteten. Sie gab Empfehlungen über die Einführung eines Bewährungssystems in Gefängnissen ab und half bei der Planung einer neuen Jugendstrafvollzugsanstalt.

**Medienentwicklung.** Die Präsenz leistete dem öffentlichen Medienregulator Hilfestellung bei der Erarbeitung einer Strategie für den Umstieg auf digitalen Sendebetrieb. Mit Unterstützung der Präsenz und des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit nahmen sechs Parlamentsabgeordnete an Arbeitstagen in Wien über bewährte Praktiken und das derzeit gültige Mediengesetz der Europäischen Union teil.

**Förderung der Zivilgesellschaft und der bürgerlichen Rechte.** Das von der Präsenz ins Leben gerufene landesweite Netz von Entwicklungszentren für die Zivilgesellschaft, das nun über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, verhalf zahlreichen örtlichen Nichtregierungsorganisationen zur Beteiligung an örtlichen Entscheidungsprozessen. Die Präsenz förderte Untersuchungen über die Umsetzung der Nationalen Strategie für Menschen mit Behinderungen und über die Übereinstimmung von Gesetzesvorlagen mit dem *Übereinkommen der Vereinten Nationen über Menschen mit Behinderungen*.

**Förderung der Gleichstellung und der Frauenrechte.** Gemeinsam mit dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau leistete die Präsenz der Regierung Hilfestellung bei der Formulierung der vor kurzem verabschiedeten *Nationalen Strategie für die Gleichstellung der Frau und die Beseitigung von häuslicher Gewalt*. In Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen unterstützte sie die Regierung bei der

Novellierung des *Gesetzesentwurfs über die Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft* und der öffentlichen Debatte darüber. Mit Mitteln, die von Deutschland zur Verfügung gestellt wurden, setzte die Präsenz ihre Hilfe für Frauen, die Opfer von gewalttätigen Übergriffen wurden, über das Frauenberatungszentrum in Kukës fort.

*Leiter der Präsenz:*

*Botschafter Robert Bosch seit 25. Oktober, als Nachfolger von Botschafter Pavel Vacek, dessen Mandat am 5. Oktober endete*

*Genehmigter Haushalt: 3.726.600 EUR*

[www.osce.org/albania](http://www.osce.org/albania)

## Die Mission in Bosnien und Herzegowina

[map]  
Banja Luka  
Bihać  
Bijeljina  
Brčko  
Bugojno  
Čapljina  
Doboj  
Drvar  
Foča  
Livno  
Mostar  
Orašje  
Pale  
Prijedor  
Sanski Most  
Sarajewo  
Široki Brijeg  
Srebrenica  
Travnik  
Trebinje  
Tuzla  
Višegrad  
Zenica  
Zvornik  
[map]

Mission in Bosnien und Herzegowina  
Regionalzentrum  
Außenstelle

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Politische Spannungen behinderten 2007 die Arbeit der Mission in bestimmten Bereichen – hauptsächlich beim Aufbau einiger Bildungs- und Menschenrechtsinstitutionen –, doch konnte die Mission davon abgesehen die ihr übertragenen Aufgaben ohne größere Behinderungen durchführen. Zu diesen Aufgaben zählten unter anderem die Unterstützung von Bosnien und Herzegowina bei der Erfüllung der politisch-militärischen OSZE-Verpflichtungen des Landes, die Stärkung der Parlamente, die Verbesserung der örtlichen Governance, die raschere strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern im Land und die Flüchtlingsrückkehr sowie Bemühungen um Beendigung der Diskriminierung gegenüber der jeweiligen Minderheit in einer Gemeinschaft, insbesondere in Schulen.*

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Erfüllung der politisch-militärischen Verpflichtungen.** Die Mission unterstützte die Arbeit des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für Anhang 1-B Artikel IV des

Friedensübereinkommens von Dayton, indem sie technische und logistische Hilfestellung bei zehn Inspektionen nach Artikel IV leistete. Bosnien und Herzegowina leitete die erste multinationale Inspektion nach Artikel IV auf einem montenegrinischen Militärstützpunkt, seit Montenegro dem *Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle* beiträt.

Die Unterstützung bei der Reduzierung umfangreicher Lager überschüssiger Kleinwaffen und leichter Waffen sowie von Munition in Bosnien und Herzegowina hatte auch dieses Jahr hohe Priorität. Die Anzahl der Waffen- und Munitionslagerstätten geht weiter zurück, es werden allerdings auch weniger Waffen vernichtet, teils aufgrund von Verzögerungen bei der Einstellung von geschultem Personal in ausreichender Zahl, teils aufgrund von Problemen bei der Übertragung militärischer Einrichtungen von den Teilgebieten an den Staat. Gemeinsam mit ihren internationalen Partnern arbeitete die Mission auch an einer Strategie zur Schaffung wirksamer Rüstungskontrollmechanismen in Bosnien und Herzegowina.

**Parlamentarische Kontrolle und demokratische Kontrolle der Streitkräfte.** Die Mission unterstützte den Verteidigungs-, den Sicherheits- und den nachrichtendienstlichen Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung. Mit Seminaren und Workshops unterstützte sie diese Parlamentarier bei der Ausarbeitung und Prüfung des Verteidigungs- und des Sicherheitshaushalts. Sie stellte ferner ein Programm zusammen, in dessen Rahmen Ausschussmitglieder fünf europäische Länder besuchten, wo sie einen Gedanken- und Informationsaustausch über Verteidigungsreform und Sicherheitsaufsicht sowie über parlamentarische Kontrollgepflogenheiten in anderen Demokratien führten.

**Aufbau von Institutionen.** Die Mission organisierte in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungs- und dem Sicherheitsministerium sechs Seminare über den *OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*, an denen sich rund 180 ranghohe Offiziere und staatliche Vertreter beteiligten. Mit Unterstützung und Hilfe der Staatsregierung von Bosnien und Herzegowina und der Regierung Finnlands entwickelte die Mission auch zwei Pilotlehrgänge zum Thema Koordination der Entwicklung der nationalen Sicherheitspolitik und führte diese auch durch.

## **Wirtschafts- und Umweltaktivitäten**

**Arbeitsplätze und Wirtschaft.** Die Mission organisierte neun Stellenbörsen und 26 Unternehmerseminare in Partnerschaft mit Gemeinden, Arbeitsämtern, privatwirtschaftlichen Unternehmen, Entwicklungsagenturen und Gruppen der Zivilgesellschaft. Dank dieser Aktivitäten fanden mehr als 200 Personen Arbeit und 50 gründeten eigene Unternehmen. Die Mission half außerdem 17 Gemeinden, in Partnerschaft mit ihren Einwohnern Pläne zu entwickeln, um Behinderungen der örtlichen Wirtschaftsentwicklung auszumachen und zu beseitigen.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

### **Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit**

**Die Ahndung von Kriegsverbrechen.** Zwölf Jahre nach Kriegsende ist die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern noch immer nicht abgeschlossen. In der Überzeugung, dass Gerechtigkeit eine Grundvoraussetzung für die Aussöhnung ist, war die Mission bestrebt, Bosnien und Herzegowina bei der Erreichung dieses Ziels zu helfen. Sie unterstützte auch die bosnische Staatsanwaltschaft bei der Entwicklung einer Strategie für die straf-

rechtliche Ahndung der vielen noch offenen Fälle. Außerdem beobachtete sie weiter Kriegsverbrecherprozesse, darunter auch jene, die der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien dem bosnischen Staatsgerichtshof übertragen hatte.

**Unterstützung der nachhaltigen Rückkehr der Flüchtlinge in die Region.** Nun, da der Prozess der Wiederinbesitznahme von Eigentum nahezu abgeschlossen ist, richtet sich die Aufmerksamkeit darauf, dem Rückkehrprozess Nachhaltigkeit zu verleihen, indem versucht wird, im gesamten Land ein Klima der Achtung der Menschenrechte ohne Diskriminierung zu schaffen. Die Mission war außerdem gemeinsam mit OSZE-Missionen und Vertretern der Europäischen Kommission und des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen in Kroatien, Serbien und Montenegro bemüht, die Erfüllung der von den Flüchtlingsministern der Region in der *Erklärung von Sarajewo* im Januar 2005 eingegangenen Verpflichtungen zu fördern.

**Förderung der Rechte gefährdeter Gruppen.** Roma und andere nationale Minderheiten sind beim Zugang zum Gesundheitswesen, zum Wohnungswesen und zu Beschäftigung diskriminierender Behandlung ausgesetzt. Die Mission bemühte sich, hier Abhilfe zu schaffen und auch die unterschiedliche Behandlung der Geschlechter zu mildern, indem sie den einschlägigen Institutionen und Gruppen der Zivilgesellschaft Schulung und Rechtsberatung anbot. Ferner unterstützte sie die nationalen Behörden bei der Erarbeitung von Lösungen für das zunehmende Problem des Menschenhandels in Bosnien und Herzegowina.

### **Demokratisierung**

**Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Regierung.** Die Mission schulte Parlamentarier und stärkte die Ausschüsse der staatlichen Parlamentarischen Versammlung im Rahmen ihres *Programms zur Stärkung der Legislative*. Das Parlament traf Maßnahmen zur verstärkten Beteiligung der Öffentlichkeit an seiner Arbeit und regelte seine Aktivitäten durch einen Verhaltenskodex.

Zwölf Gemeinden schlossen ihre Teilnahme am Kommunalverwaltungsprojekt der Mission, *UGOVOR* oder *Contract*, ab und weitere 60 werden das Projekt durchlaufen haben, bevor es im Juni 2008 beendet wird. Die zweite Runde des sogenannten *Beacon Scheme*, das hervorragende Leistungen der öffentlichen Verwaltung als Dienstleistungsanbieter feststellt und auszeichnet und an dem sich insgesamt über 100 Gemeinden beteiligt hatten, wurde abgeschlossen.

Mithilfe der Mission erreichten 30 Gemeinden dank einer Reform ihrer Kommunalverwaltung die Mindeststandards für Effektivität und Effizienz. Die Mission half darüber hinaus Kommunalbediensteten bei der Abfassung eines Leitfadens für die Personalverwaltung in den Kommunen. Zu diesem Zweck wurden 92 Kommunen mit Software für Personalregistrierung ausgestattet, mit der sie ihre bisherigen Personalverwaltungssysteme in Karteiform ersetzen.

**Verbesserung der Gesetzgebung und des Rechtsrahmens.** Die Mission unterstützte die meisten Kommunen der Föderation, eines der beiden Teilgebiete des Landes, bei der Anpassung ihrer Satzungen und Verfahrensregeln an ihr neues *Gesetz über die Grundsätze der lokalen Selbstverwaltung*. Die Demokratisierungsbeamten der Mission unterstützten auch die Regierung des anderen Teilgebiets, der Republika Srpska, bei der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung ihres eigenen diesbezüglichen Gesetzes.

**Stärkung der Zivilgesellschaft und der Bürgerbeteiligung.** Die Mission bildete über 100 Organisationen der Zivilgesellschaft in effektiver Mitwirkung an öffentlichen Anhörungen des Staatsparlaments aus. Außerdem unterstützte sie weiter ein Netz von 27 NROs, womit sie auch die Stimme junger Menschen in der politischen Arena stärkte. Ihr Programm *Offenes Parlament* führte 22 Fernseh-Debatten zwischen Parlamentariern und Jugendlichen durch.

### **Wahlfragen**

Auf Ersuchen der Zentralen Wahlkommission stellte die Mission Fachberatung zu Änderungen und Novellen der Gesetze betreffend Wahlangelegenheiten, Finanzierung politischer Parteien und Interessenkonflikte zur Verfügung.

### **Bildungswesen**

Die Mission erstellte und veröffentlichte fünf an die Öffentlichkeit gerichtete Berichte über die Bildungsreform, um die breite Öffentlichkeit auf die Probleme aufmerksam zu machen, die die Verbesserung des Bildungswesens behindern, und um Unterstützung zu ihrer Beseitigung zu gewinnen. Sie bezogen sich insbesondere auf Analysen der weit verbreiteten Umgehung zugewiesener Schulbezirke zugunsten ethnisch reiner Schulen sowie auf den erfolgreichen multiethnischen Unterricht im Bezirk Brčko als Vorbild für Bosnien und Herzegowina.

Weitere Projekte der Mission dienten der stärkeren Mitwirkung von Eltern und Schülern an der Verwaltung und an den Aktivitäten der Schulen, der Förderung des regelmäßigeren Schulbesuchs durch bestimmte Gruppen benachteiligter Kinder wie Roma, Kinder mit besonderen Bedürfnissen oder Kinder, deren Familien sich die mit der Schule verbundenen Ausgaben nicht leisten können, und der Aufklärung über die schädlichen Auswirkungen der ineffizienten und oft ungerechten Zuteilung von Bildungsgeldern.

*Leiter der Mission:*

*Botschafter Douglas Davidson*

*Genehmigter Haushalt: 17.944.200 EUR*

*[www.oscebih.org](http://www.oscebih.org)*

## Die Mission in Kroatien

[map]  
Gospić  
Karlovac  
Knin  
Osijek  
Pakrac  
Sisak  
Split  
Vukovar  
Zadar  
Zagreb  
[map]

Mission in Kroatien  
Außenstelle  
Zweigstelle

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*2007 erreichte ein Prozess, der 1996 mit der Einrichtung der Mission in Kroatien seinen Anfang genommen hatte, seinen Höhepunkt, als der laufende Reformprozess in mehreren Bereichen, mit denen die Mission betraut worden war, für ausreichend tragfähig erklärt wurde. Vier Abteilungen der Mission – Polizeireform, Entwicklung der Zivilgesellschaft, Medienfreiheit und politische Angelegenheiten – wurden Ende letzten Jahres geschlossen. Im Verlauf des Jahres 2007 ermöglichte es der nachweisliche Fortschritt der kroatischen Behörden in den beiden verbliebenen Programmbereichen des Missionsmandats – Rückkehr und Integration der Flüchtlinge sowie Rechtsstaatlichkeit –, sechs Außenstellen zu schließen.*

*Als Folge dieser Entwicklung wurde die OSZE-Mission in Kroatien mit Jahresende geschlossen und durch einen Beschluss des Ständigen Rates das OSZE-Büro in Zagreb eingerichtet. Das Büro wird Kriegsverbrecherprozesse beobachten und über die Umsetzung der Wohnraumbeschaffungsprogramme berichten.*

### **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

#### **Rechtsstaatlichkeit**

Als Teil seines Beschlusses betreffend die Schließung der Mission vertrat der Ständige Rat die Auffassung, dass der laufende Reformprozess in Kroatien in mehreren Bereichen, in denen die Mission unter dem Titel Rechtsstaatlichkeit aktiv war, ausreichend fortgeschritten sei, um zu Jahresende als tragfähig zu gelten, und daher nicht mehr der Unterstützung durch die OSZE bedürfe. Zu diesen Bereichen zählte die angemessene Finanzierung der Menschenrechtsinstitutionen Kroatiens, des Verfassungsgerichtshofs und des Ombudsmanns. Zu Jahresmitte versicherte der Ministerpräsident schriftlich, dass die Regierung die Finanzierung für diese Institutionen 2008 erhöhen werde, insbesondere zur Erleichterung von Außeneinsätzen der Volksanwaltschaft. Angesichts der Bedeutung des Verfassungsgerichtshofs für den

Schutz der Menschenrechte betonte die Mission die Wichtigkeit eines transparenten Besetzungsprozesses, um die Unabhängigkeit dieser Einrichtung abzusichern. 2007 besetzte das Parlament sechs frei gewordene Sitze im Verfassungsgerichtshof, drei weitere leere Sitze sollen 2008 besetzt werden.

Die Mission finanzierte das ganze Jahr hindurch kostenlose Rechtsberatung, insbesondere für Flüchtlinge und Vertriebene, die im Zusammenhang mit der Rückgabe von Wohnraum und Landbesitz Rechtsstreitigkeiten durchzufechten hatten. Die Bemühungen der Regierung, ein System der freien Rechtsberatung zu entwickeln, gingen 2007 weiter. Ein früherer Vorschlag wurde im Herbst im Einvernehmen mit der Mission aus dem Parlament zurückgezogen.

Um die Erfüllung der Verpflichtungen in Bezug auf die Anstellung von Angehörigen nationaler Minderheiten zu erleichtern, organisierten die Mission und die Regierung gemeinsam drei Gesprächsrunden über die Umsetzung des kroatischen *Verfassungsgesetzes über die Rechte nationaler Minderheiten*. Jede dieser Gesprächsrunden war einem konkreten Sektor der öffentlichen Verwaltung gewidmet – Justiz, staatliche Verwaltung und Kommunalverwaltung – und betonte die Notwendigkeit konkreter Umsetzungspläne, von Methoden zur Beurteilung der Fortschritte auf dem Weg zu den erklärten Beschäftigungsquoten für Minderheiten und die Verbindung zur Flüchtlingsrückkehr und zum *Prozess von Sarajewo*.

Die Beobachtung der zahlreichen Kriegsverbrecherprozesse Kroatiens, darunter auch Fälle, die vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) übertragen worden waren, bildeten auch 2007 den Kern der Aktivitäten im Bereich Rechtsstaatlichkeit. Kroatien machte insgesamt weiter Fortschritte in Richtung eines ausgewogenen und fairen Systems der strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen, allerdings besteht weiterer Handlungsbedarf, um Schwachstellen wie mangelnde Unparteilichkeit zu beseitigen und zu gewährleisten, dass Täter unabhängig von ihrer nationalen Herkunft oder jener der Opfer nicht länger ungestraft bleiben. Kroatien kann manche Reformen allein durchführen, andere hingegen hängen von gleichartigen Reformen in anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawien ab, insbesondere jene, die auf die Justizzusammenarbeit zwischen den Staaten abzielen. Beobachtungen im Zuge der Überwachungstätigkeit der Mission bildeten die Grundlage von Reformempfehlungen, die während des Plenums im Justizministerium diskutiert wurden. Zu Jahresende gab die Mission eine schriftliche Zusammenfassung der Diskussionen im Plenum über 18 Monate hinweg heraus, in der verabschiedete Reformen ebenso wie noch offene Fragen aufgeführt wurden.

### **Die „Plattform“: Mandatsbezogene Fragen abschließen**

*2007 intensivierte die Mission ihre Diskussionen mit den Ministerien für auswärtige Angelegenheiten, für Justiz und für Entwicklungsfragen im Rahmen der „Plattform“, einer Einrichtung, die Anfang 2006 zwischen der Mission und den wichtigsten Regierungsressorts eigens zu dem Zweck geschaffen wurde, Schritte zur Beendigung des Mandats der Mission auszuhandeln. Im Rahmen der „Plattform“ fanden gemeinsame Sitzungen mit Kommunalbehörden in Regionalzentren sowie Plenarsitzungen auf Ministeriumsebene statt. Die „Plattform“ erwies sich als nützliches Forum, in dem die Mission und die Regierung gemeinsam Ziele und eine Prioritätenreihung vereinbarten, ausstehende Aufgaben erörterten und einmal im Monat die Fortschritte bewerteten.*

### **Die Rolle der Richter in Kriegsverbrecherprozessen: Zwischenstaatliche Zusammenarbeit und Schulung.**

Die Mission organisierte in Zusammenarbeit mit anderen OSZE-Institutionen und -Feldoperationen das fünfte Treffen des *Palić-Prozesses*, bei dem Richter aus der Region über die zur wirksamen strafrechtlichen Verfolgung und zur Beendigung der Straflosigkeit der Täter notwendige zwischenstaatliche justizielle Zusammenarbeit diskutierten. Die Teilnahme von Richtern des ICTY, einschließlich des Gerichtspräsidenten, war der Diskussion sehr förderlich. Die zwischenstaatliche justizielle Zusammenarbeit wird nach wie vor durch die rechtlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Staaten eng begrenzt und ist deshalb ein wichtiger Bereich für künftige Reformen.

In Zusammenarbeit mit der kroatischen Justizakademie finanzierte die Mission ein Seminar für Richter und Staatsanwälte, bei dem Fragen des fairen Verfahrens in Kriegsverbrecherprozessen, etwa das Recht auf angemessene Verteidigung, behandelt wurden. Außerdem unterstützte sie ein Projekt zum Ausbau der Kapazitäten örtlicher Nichtregierungsorganisationen für die Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen.

### **Flüchtlingsrückkehr**

Der Ständige Rat stellte in einem Beschluss Ende des Jahres fest, dass mehrere Fragen, die das Mandat der Mission in Sachen Rückkehr und Integration betreffen, nicht mehr der Unterstützung durch die OSZE bedürfen. Dazu zählte die noch nicht abgewickelte Rückgabe eines begrenzten Umfangs von Privateigentum – Wohnraum, Geschäftslokale und landwirtschaftliche Nutzflächen –, das von der Regierung zugewiesen wurde. Eine weitere Frage war die Vollendung des Wiederaufbaus zerstörter Häuser und Wohnungen, darunter die Erledigung von nahezu 14.000 Berufungen gegen die Ablehnung des Wiederaufbaus, die größtenteils von ethnischen Serben eingelegt worden waren. Schließlich befasste sich die Mission gemeinsam mit den staatlichen Behörden mit der Fortsetzung und der Vollendung des Prozesses zur Bereitstellung der nötigen Infrastruktur für Strom und Wasser in den Rückkehrgebieten kroatischer Serben.

Die Mission unterstützte Bemühungen auf dem Weg zu einem erfolgreichen Abschluss des *Prozesses von Sarajewo*, einer Verpflichtung zu einer gemeinsamen regionalen Lösung für die tausenden Kriegsvertriebenen und Flüchtlinge. In den meisten Fragen wurden Fortschritte gemacht. Dennoch gelang es aufgrund der politischen Verhältnisse in der Region trotz aller Bemühungen Kroatiens nicht, den *Prozess 2007* erfolgreich abzuschließen. Das Gipfeltreffen auf Ministerebene, durch den die politische Phase abgeschlossen werden sollte, fand nicht statt, und es wurden auch nicht alle Länderaktionspläne, die sogenannten *Road Maps*, vollständig durchgeführt. Zwei Schlüsselfragen standen noch aus: die Lösung für ehemalige Inhaber von Wohn- und Mietrechten, die nicht nach Kroatien zurückkehren wollen, und die Frage der Anrechnung von Arbeitszeiten, die in den ehemals besetzten Gebieten geleistet wurden. Bis Jahresende fand sich kein Konsens zum kroatischen Vorschlag, diese Frage bilateral zu lösen. Es wurde weiter über einen Mechanismus diskutiert, wie Kroatien die Frage der Anrechnung von Arbeitszeiten und andere Angelegenheiten, die während des Prozesses angesprochen wurden, lösen kann.

Ein wichtiger Punkt in der Arbeit der Mission war 2007 die Beschaffung von Wohnraum für kroatische Flüchtlinge serbischer Abstammung, die früher Miet- und Wohnrechte besessen hatten. Die Regierung verpflichtete sich, die Bereitstellung von Wohnraum für ehemalige

Inhaber solcher Rechte, die nach Kroatien zurückkehren wollten, zu beschleunigen. In Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft in Zagreb sagte die Regierung zu, bis Ende 2007 1400 Wohneinheiten bereitzustellen, 1000 davon in vom Krieg betroffenen Gebieten und 400 im städtischen Bereich. Zu Ende des Jahres waren beträchtliche Fortschritte auf dem Weg zu diesem Ziel zu verzeichnen, doch hatten noch nicht alle Anspruchsberechtigten Wohnraum zugewiesen erhalten. Die Regierung verpflichtete sich außerdem, bis Ende 2009 zu ermitteln, inwieweit für die restlichen 5600 serbischen Familien Wohnraum verfügbar ist. Die Verpflichtungen der Regierung werden in einen Aktionsplan aufgenommen, der der Europäischen Kommission anlässlich der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union präsentiert werden wird.

*Leiter der Mission:*

*Botschafter Jorge Fuentes*

*Genehmigter Haushalt: 7.324.000 EUR*

[www.osce.org/croatia](http://www.osce.org/croatia)

## Die Mission im Kosovo

[map]

Gjilan/Gnjilane

Mitrovicë/Mitrovica

Pejë/Peć

Prishtinë/Priština

Prizren

[map]

Mission im Kosovo

Regionalzentrum

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Eine der größten Leistungen der Mission war die Unterstützung der Wahlen, die in knapp drei Monaten organisiert wurden.*

*Ihrem Mandat entsprechend war die Mission nicht in die unter internationaler Vermittlung stattfindenden Gespräche über den Status des Kosovo involviert, die auch dieses Jahr die politische Szene beherrschten.*

*Die Mission, eine eigene Komponente der Interimsverwaltung der Vereinten Nationen, ist der einzige zivile internationale Akteur mit einer weit verzweigten Feldpräsenz quer durch den ganzen Kosovo und hat die Aufgabe, an der Umsetzung der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mitzuwirken, insbesondere in Bezug auf die einschlägigen Teile des Beschlussparagrafen 11 dieser Resolution. Durch ihre Feldpräsenz überwachte und unterstützte die Mission die Arbeit der örtlichen Behörden, um die Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und ein verantwortungsbewusstes Vorgehen zu gewährleisten.*

*Diese Arbeit steht nicht immer im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Dennoch ist die ruhige und unvoreingenommene Überwachungsarbeit, gepaart mit fachlich fundierten Empfehlungen für Verbesserungen, jene Tätigkeit, die auf lange Sicht etwas bewirken kann, vor allem Verbesserungen im Leben der verschiedenen Volksgruppen im multiethnischen Kosovo.*

### ***Eine einzigartige Feldpräsenz***

*Die OSZE hat im Kosovo die größte zivile Feldpräsenz etabliert und bildet die „Augen und Ohren“ der internationalen Gemeinschaft im Kosovo. OSZE-Mitarbeiter sind in jeder Kommune, in allen Ministerien und in der Kosovo-Versammlung ebenso präsent wie in mehreren unabhängigen öffentlichen Einrichtungen. Die Mission hat auch Zugang zu den Gerichten und Polizeistationen des Kosovo.*

*Diese Präsenz vor Ort, die zunehmend an Bedeutung gewinnt, nachdem die Vereinten Nationen begonnen haben, ihre Aktivitäten zurückzunehmen, versetzt die Mission in die einmalige Lage, Veränderungen vor Ort in einem sehr frühen Stadium vorherzusehen, zu kommentieren und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Die Kommunalteams und Fachabteilungen der OSZE für Eigentumsangelegenheiten, Good Governance, Minderheiten,*

*Justiz- und Polizeiangelegenheiten halten die internationale Gemeinschaft über Entwicklungen auf dem Laufenden und helfen mit, positive Veränderungen herbeizuführen.*

*Das aktive Monitoring offizieller kommunaler Gremien, Arbeitsgruppen und Kommissionen bedeutet mehr als nur Beobachtung. Das Monitoring führt zu politischer Intervention, um die Arbeit der Behörden des Kosovo zu verbessern. Im Zuge ihrer Tätigkeit mit örtlichen Akteuren seit 1999 hat die Mission den Ruf von Kompetenz und Professionalität erworben. Die Stärke der OSZE-Mitarbeiter vor Ort liegt in dem Vertrauen, das sie über einen langen Zeitraum hinweg erworben haben.*

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

### **Wahlen**

Die Entscheidung, am 17. November Wahlen abzuhalten, wurde von der VN-Verwaltung Ende August getroffen. Dieser knappe Zeitrahmen war aus mehreren Gründen besonders kritisch. Zum ersten Mal lag die Hauptverantwortung für die Organisation der Wahlen bei den Kosovo-Institutionen. Gewählt wurden die Kosovo-Versammlung (Provisorische Selbstverwaltungsinstitution), die Kommunalversammlungen sowie die Amtsträger für die neu geschaffenen Bürgermeisterposten. Zum ersten Mal fanden drei Wahlen gleichzeitig statt.

Die OSZE-Mission hatte zwar die Hauptwahlbehörde und ihr Sekretariat geschult, doch war die operative Unterstützung durch die Mission angesichts der kurzen Zeit von kritischer Bedeutung für den Erfolg der Wahlen.

Es wurden über 25.000 Personen als Wahlhelfer in den Wahllokalen und zur Auszählung der Stimmen rekrutiert und geschult, um die Wahlen in 621 Wahllokalen im ganzen Kosovo durchführen zu können. Es war auch ein Briefwahlsystem vorgesehen, damit auch Wähler außerhalb des Kosovo ihre Stimme abgeben konnten. Im Vergleich zu früheren Wahlgängen gingen um rund 50 Prozent mehr gültige Stimmzettel auf dem Postweg ein.

Die relativ geringe Wahlbeteiligung – nur knapp über 41 Prozent für die Wahl zur Versammlung – setzte den bei früheren Wahlen festgestellten Trend fort, war aber auch auf schlechtes Wetter und überholte Wählerlisten zurückzuführen. Die Mission bemühte sich durch Projekte, Minderheitengemeinschaften, insbesondere die Kosovo-Serben, zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen. Dennoch war die Wahlbeteiligung in der serbischen Volksgruppe extrem niedrig und lag wahrscheinlich unter einem Prozent.

Der Europarat beurteilte die Wahlen als effizient, transparent und internationalen und europäischen Standards entsprechend.

### **Menschenrechte**

2007 verstärkte die Mission ihren Themenschwerpunkt Minderheitenrechte und damit zusammenhängende Fragen. Sie beobachtete das Geschehen in Bezug auf Rückkehr und Wiedereingliederung, die Wiederherstellung von Eigentumsrechten, die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs in Minderheitengemeinschaften, die Verwendung der Sprachen sowie die Personenstandsregistrierung in Roma-, Aschkali- und ägyptischen Gemeinschaften und war in diesen Fragen auch beratend tätig.

Die Mission stellte technische Unterstützung und Ausbildung für die Menschenrechtsabteilungen in 16 Ministerien der Provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen bereit, was diese Abteilungen erheblich besser als bisher in die Lage versetzte, Menschenrechtsverpflichtungen nach innerstaatlichem und internationalem Recht umzusetzen und über sie zu berichten.

Die Mission setzte auch ihre Unterstützung für unabhängige Institutionen wie die Volksanwaltschaft fort, an deren Schaffung sie mitgewirkt hatte. Die Mission kritisierte den Mangel an Transparenz in der Bestellung des neuen Ombudsmanns. Der Auswahlprozess wird daher wiederholt und transparenter ablaufen.

Im Bereich der Zivil- und Strafrechtspflege befassten sich ausführliche Monitoring- und Beurteilungsberichte mit Verletzungen der innerstaatlichen und internationalen Menschenrechtsstandards. Die Mission konzentrierte sich dieses Jahr auf die Rechtsvertretung in Zivilrechtsfällen, Gewalt in der Familie, Menschenhandel und Zeugenschutz. Hohen Stellenwert für die Mission hatte auch dieses Jahr die Beobachtung von Fällen interethnischer Straftaten, einschließlich jener im Gefolge der Ausschreitungen vom März 2004. Die Mission befasste sich auch weiter mit der Förderung der Entwicklung eines rechenschaftspflichtigen, menschenrechtskonform agierenden Polizeidienstes für alle Gemeinschaften im Kosovo.

### ***Zugehen auf kleine serbische Enklaven im Kosovo***

*In enger Zusammenarbeit mit Länderverbindungsbüros in Prishtinë/Priština, insbesondere dem britischen Büro, entwickelte die Mission eine Kampagne, die speziell auf die Bedürfnisse jener serbischen Enklaven im Kosovo ausgerichtet war, die relativ abgeschieden sind, und zwar nicht nur von den wichtigsten Institutionen des Kosovo, sondern auch von größeren Serbensiedlungen im Kosovo.*

*Jedem Verbindungsbüro wurde eine bestimmte Enklave zugewiesen. Die Kontakte beschränkten sich nicht auf Einmalbesuche, sondern jedes Verbindungsbüro stellte eine nachhaltige Beziehung zu „seiner“ Enklave her, die nicht nur für die kommende schwierige Zeit sondern auch für potenzielle längerfristige Entwicklungsprojekte von Vorteil sein wird.*

### **Good Governance**

Die Mission setzte ihre Hilfe für die institutionelle Struktur sowie für die Verwaltung der Kosovoversammlung fort. Neben der tagtäglichen Unterstützung des Präsidiums der Versammlung konzentrierte sich die Mission auf die Unterstützung der Kontrolle der Exekutive durch die Versammlung, womit sie den einzelnen Versammlungsausschüssen konkrete Hilfe leistete.

Nachdem die Direktwahl der Bürgermeister erst kurz vor den Kommunalwahlen eingeführt wurde, erwies sich die Hilfe der Mission in Form von Beratung und Schulung in der Umsetzung der neuen Vorschriften als außerordentlich wichtig.

Die Mission unterstützte den Reformprozess der Lokalverwaltung auf gesamtstaatlicher und lokaler Ebene durch Überprüfung der einschlägigen Rechtsvorschriften und analytische Berichte mit ausführlichen Empfehlungen. Sie förderte auch die Reform des kommunalen Finanzmanagements durch Veranstaltung regionaler Foren für die Kommunalführung, um deren Kompetenz in kommunalem Finanzwesen zu erhöhen.

### ***Der Kampf gegen Korruption***

*Die Mission leistete technische Hilfe für die Korruptionsbekämpfungsagentur, die ihre Tätigkeit am 12. Februar aufnahm. Es gab eine erfolgreiche Aufklärungskampagne über die Medien unter dem Schlagwort „Korruption, nicht mir dir! Melde Korruptionsfälle bei der Korruptionsbekämpfungsagentur“. Es wurde eine Hotline und eine Website eingerichtet, um die Meldung von Korruptionsfällen zu erleichtern.*

*Seit Beginn der Kampagne im Dezember 2006 gehen bei der Agentur täglich fünf bis sieben Anrufe an der gebührenfreien Telefonnummer ein. Inzwischen hat die Agentur in 80 Fällen administrative Ermittlungen durchgeführt und diese Fälle zwecks Einleitung von Strafverfahren an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Die Agentur intervenierte auch in nicht vorschriftsmäßigen Ausschreibungsverfahren und verhinderte damit die missbräuchliche Verwendung von Geldmitteln. Dadurch gelang es, 5.000.000 EUR in den Kosovo-Haushalt zurückzuführen.*

### **Hochschulbildung**

Die Mission unterstützte die einzige öffentliche Universität im Kosovo, die nichtalbanischen Gemeinschaften Bildungsmöglichkeiten bietet. Damit endete die zweijährige Isolation dieser Universität in Mitrovica/Mitrovica, die nun wieder in den europäischen Hochschulraum und den Bologna-Prozess integriert ist. Ähnliche Hilfe wurde auch für die öffentliche Universität in Prishtinë/Priština geleistet.

### **Medienentwicklung**

Massive Meinungsverschiedenheiten im Presserat des Kosovo über einen Beschluss betreffend unprofessionelle Berichterstattung durch eine Mitgliedszeitung führten 2007 fast zur Auflösung dieses Selbstkontrollorgans der Printmedien, an dessen Gründung auch die Mission beteiligt war. Die Mission schritt ein, vermittelte und die Krise wurde beigelegt.

Die Mission unterstützte ferner die Unabhängige Medienkommission als für die Sendemedien zuständiger Regulator und war auch an der Endphase der Schaffung des Kosovo-Medieninstituts, einer Fortbildungseinrichtung für Medienschaffende, beteiligt.

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

#### **Polizeiausbildung und -entwicklung**

Bis einschließlich 2007 ermöglichte die Mission die Ausbildung von 7.353 Beamten des Kosovo-Polizeidienstes. Nachdem dieses angestrebte Ziel erreicht ist, widmet sie sich nun den Bedürfnissen des weitergefassten Sicherheitssektors einschließlich Zoll, Strafvollzug und der Abteilung für Krisenmanagement. Sie konzentrierte sich auf Fachausbildung, Weiterentwicklung der kommunalen Sicherheit und das Polizeiinspektorat des Kosovo und unterstützte wie bisher das Kosovo-Zentrum für Ausbildung und Entwicklung im Bereich der öffentlichen Sicherheit.

Die Mission vollendete die erste Phase der Ausbildung für das Polizeiinspektorat, einem unabhängigen Gremium für die Kontrolle der Polizei, und wird die zweite Phase Anfang 2008 beenden.

### ***Ein Blick in die Zukunft***

*Die Mission ist in einem politischen Kontext tätig und die intensiven Gespräche über den Status des Kosovo prägten 2007 alle Aspekte der Arbeit der Mission.*

*Da der Status nach wie vor ungeklärt ist, verlängert der Ständige Rat das Mandat der Mission für 2008 um jeweils nur einen Monat. Jeder Teilnehmerstaat kann die Zukunft der Mission zu jedem beliebigen Zeitpunkt während des Jahres auf die Tagesordnung setzen.*

*Angesichts dieser im Gange befindlichen Veränderungen unterzieht die Mission ihre Prioritäten einer Überprüfung. Sie wird ihre Aufmerksamkeit verstärkt Fragen wie dem Schutz von Minderheitengemeinschaften, der Unterstützung für die Einbeziehung und Zusammenarbeit verschiedener Gemeinschaften, der Rückkehr der Vertriebenen und den Eigentumsrechten zuwenden. Sie wird ihre Monitoring-Aktivitäten in den Vordergrund stellen und in diesem Zusammenhang die Arbeit der Kosovo-Behörden in Bezug auf ihre Verpflichtungen und internationale Standards beobachten.*

*Leiter der Mission:*

*Botschafter Tim Guldemann seit 1. Oktober, als Nachfolger von Botschafter Werner Wnendt, dessen Mandat am 13. Oktober endete*

*Genehmigter Haushalt: 34.638.400 EUR*

*[www.osce.org/kosovo](http://www.osce.org/kosovo)*

## Die Mission in Montenegro

[map]

Danilovgrad

Podgorica

[map]

Mission in Montenegro

OSZE-Polizeiausbildungszentrum Danilovgrad

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Die Arbeit der Mission in Montenegro zur Unterstützung ihres Gastlandes bei der Stärkung bestehender und neu geschaffener Institutionen im ersten Jahr seiner Unabhängigkeit stand unter dem Zeichen des aktiven Dialogs und der Partnerschaft. Im Sinne ihres Leitprinzips der Kontinuität und Anpassungsfähigkeit reagierte die Mission auf die durch die Fortschritte in der Reformagenda bedingten Änderungen in den Bedürfnissen Montenegros.*

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Verhaltenskodex.** Im September vermittelte die Mission eine Arbeitstagung über die demokratische Kontrolle der Streitkräfte und die Umsetzung des *OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*, die vom Konfliktverhütungszentrum im Parlament Montenegros abgehalten wurde.

**Zerstörung von Munition.** Die Mission begann mit der Umsetzung des Entmilitarisierungsprogramms Montenegros, in dessen Rahmen überschüssiges militärisches Material entsorgt und die Verwaltung der Lager verbessert werden soll. Alle 61 Kampfpanzer, die gemäß dem gemeinsamen Programm der OSZE, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und des Verteidigungsministeriums Montenegros zur Zerstörung anstanden, wurden bereits verschrottet.

**Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität.** Die Mission unterstützte weiter die Entwicklung eines strafrechtlichen Informationssystems und gab den Anstoß zur Gründung der Nationalen Koordinationsgruppe, der ersten Einrichtung dieser Art in der Region. Die Gruppe wird die Arbeit aller mit der Bekämpfung der Korruption und organisierten Kriminalität befassten Strafverfolgungsbehörden zusammenführen und koordinieren.

**Polizeiarbeit im Dienste der Bürger.** Die Mission war in beratender Funktion an der Entwicklung der montenegrinischen Strategie für bürgernahe Polizeiarbeit beteiligt und schulte die 56 Kontaktbeamten, die versuchsweise an bestimmten Standorten eingesetzt wurden. Die Pilotphase wurde zu Jahresende erfolgreich abgeschlossen.

**Polizeiarbeit an den Grenzen.** Im Zentrum der Bemühungen der Mission standen die Förderung der regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die Unterzeichnung bilateraler Abkommen mit Albanien und Bosnien und Herzegowina im Rahmen der *Integrierten Grenzmanagementstrategie* und im Zusammenhang mit dem *Ochrid-Prozess über Grenzmanagement*.

**Umgang mit Informanten.** Die Mission entwickelte eine Methodik und Anweisungen für den Umgang mit Informanten auf der Grundlage des Europol-Modells.

**Polizeiausbildung.** Die Mission unterstützte die Polizeiakademie bei der Erstellung eines Ausbilderprogramms für Polizeianwärter.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Aktivitäten gegen Geldwäsche und die Finanzierung von Terrorismus.** Die Mission organisierte eine landesweite Konferenz, um montenegrinische Entscheidungsträger mit den wichtigsten internationalen Verträgen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung von Terrorismus vertraut zu machen, und hielt eine regionale Konferenz zu diesem Thema ab, an der Vertreter aus zehn südosteuropäischen Ländern teilnahmen.

**Bekämpfung von Menschenhandel.** Im Zuge der weiteren Umsetzung des Projekts *Verhütung von Menschenhandel und der sexuellen Ausbeutung von Minderjährigen im Rahmen von Reisen und im Tourismus* betrieb die Mission die Unterzeichnung eines überarbeiteten Kooperationsabkommens über die Behandlung der Opfer von Menschenhandel durch alle mit dieser Frage befassten Gremien.

**Umweltfragen.** Über 1000 Volksschüler der ersten bis vierten Klasse beteiligten sich an dem Projekt der Mission *„Hilf mit, unsere Umwelt zu schützen.“* Die Mission leitete ein von der spanischen Regierung finanziertes Projekt in die Wege, mit dem gegen illegale Schlägerungen, die größte Gefahr für eine nachhaltige Forstwirtschaft in Montenegro, vorgegangen werden soll.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Demokratisierung.** Die Mission nahm ein von der österreichischen Regierung finanziertes Vierjahresprojekt in Angriff, das mithelfen soll, die Effizienz der Ausschüsse des montenegrinischen Parlaments zu erhöhen. Mit Unterstützung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte verfasste sie ein *Municipal Handbook* über Good Governance in den Kommunen und präsentierte es in den montenegrinischen Gemeinderäten.

**Genderfragen.** Die Mission half mit, die Büros der örtlichen Kontaktstellen für Gleichstellungsfragen in fünf Gemeinden zu verstärken. Sie führte eine Umfrage über die Vorstellungen und Anliegen einer großen Gruppe von Kommunalbediensteten durch und machte sie mit den wichtigsten Fakten der Gleichberechtigung der Geschlechter und dem jüngst verabschiedeten *Gesetz über die Gleichberechtigung der Geschlechter* vertraut.

**Verfassungsreform.** Um sicherzustellen, dass die neue *Verfassung* den internationalen und europäischen Standards entspricht, veranstaltete die Mission Diskussionsrunden zu einigen der heikelsten Fragen, darunter die Unabhängigkeit der Richterschaft und die Rolle des Verfassungsgerichtshofs.

**Justizreform.** Die Mission unterstützte die Ausarbeitung und Präsentation der *Nationalen Strategie für die Justizreform*, die im Juni verabschiedet wurde. Sie half mit bei der Formulierung eines neuen Strafgesetzbuchs nach dem Grundsatz der staatsanwaltlichen Ermittlungsbefugnis. In Zusammenarbeit mit den montenegrinischen Gerichten lancierte sie

im Mai ein Gerichtsmonitoring-Projekt. Das Projekt wird eine ausführliche Bewertung der Strafrechtspflege im Gastland vornehmen.

**Korruption.** Die Mission unterstützte das Gastland bei der Überprüfung der Übereinstimmung seiner Strafgesetzgebung und seiner Gesetze über das öffentliche Beschaffungswesen bzw. über Interessenkonflikte mit den Vorschriften des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption*. Sie unterstützte öffentliche Bedienstete bei der Aufdeckung und Verhütung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung und bemühte sich um ein verstärktes Profil der Direktion für die Antikorruptionsinitiative in der Öffentlichkeit.

**Menschenrechte.** In enger Zusammenarbeit mit der örtlichen Nichtregierungsorganisation Zentrum für Demokratie und Menschenrechte und der NRO *Advice on Individual Rights in Europe Centre* in London führte die Mission Bildungsprogramme in Menschenrechten für Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Mitglieder der Zivilgesellschaft durch.

**Nationaler Mechanismus für die Verhinderung von Folter.** Die Mission half mit, einen endgültigen Vorschlag für die Einrichtung eines Nationalen Mechanismus für die Verhinderung von Folter gemäß dem *Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter* auszuarbeiten und förderte auch weiter die Debatte zwischen allen damit befassten staatlichen Institutionen.

**Freier Informationszugang.** Die Mission unterstützte die Umsetzung des *Gesetzes über freien Informationszugang* durch Mitwirkung an der Veröffentlichung eines Handbuchs für öffentliche Bedienstete, Schulung von über 300 Bediensteten aus ganz Montenegro und Vermittlung von Diskussionsrunden, die mithalfen, dass dieses *Gesetz* in die neue *Verfassung* aufgenommen wurde.

**Medienentwicklung.** In Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Schweizer Presserates setzte die Mission ihre Beratungstätigkeit für den Rat für Selbstkontrolle der Medien in Montenegro und ihre Aufklärungsarbeit bei den Medien und in der Öffentlichkeit im Interesse dieses Gremiums fort.

*Leiterin der Mission:*

*Botschafterin Paraschiva Badescu*

*Genehmigter Haushalt: 2.200.900 EUR*

[www.osce.org/montenegro](http://www.osce.org/montenegro)

## Die Mission in Serbien

[map]  
Belgrad  
[map]

### Mission in Serbien

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Schwerpunkt der Tätigkeit der Mission war die Unterstützung Serbiens beim Aufbau unabhängiger, rechenschaftspflichtiger und effektiver demokratischer Institutionen, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Medien, Strafverfolgung, Wirtschaft und Umwelt. Sie unterstützte die Zivilgesellschaft und förderte die regionale Zusammenarbeit und Aussöhnung, womit sie zu einer bestandfähigen, sicheren und stabilen Gesellschaft für alle Bürger Serbiens beitrug. Zu den wichtigsten Ergebnissen ihrer Arbeit zählten ihre Beiträge zu einer völligen Umgestaltung der Polizeigrundausbildung im Land und zur Aufrechterhaltung der Stabilität in Südserbien.*

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Bekämpfung der organisierten Kriminalität.** Die Mission leistete den serbischen Behörden Hilfestellung bei der Ausarbeitung neuer Rechtsvorschriften für Beschlagnahme und Einziehung von Vermögenswerten und bei der Entwicklung eines eigenen Strafvollzugssystems für Täter der organisierten Kriminalität. Sie bot Schulungen für Polizeibeamte, Staatsanwälte, Richter und Einrichtungen an, die in Finanzdelikten ermitteln. Gemeinsam mit der italienischen Anti-Mafia-Direktion und der *Guardia di Finanza* förderte sie die regionale und internationale Zusammenarbeit.

**Kriegsverbrechen.** Die Mission beobachtete neun Kriegsverbrecherprozesse, eine Steigerung gegenüber den im Vorjahr verfolgten sechs Prozessen. Sie organisierte Kurse über Ermittlungstechniken, den Umgang mit Opfern und Zeugen und das humanitäre Völkerrecht. Sie half mit, die landesweite und zwischenstaatliche Zusammenarbeit zwischen Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften zu verbessern. Sie informierte die Öffentlichkeit über die im Inland stattfindenden Kriegsverbrecherprozesse und über die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien.

**Transparenz in der Wirtschaft und Bekämpfung der Korruption.** Die Mission leistete Serbien weiterhin Hilfestellung bei der Umsetzung seiner nationalen *Antikorruptionsstrategie* und unterstützte die durch das *Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen* und das *Gesetz über die Verhütung von Interessenskonflikten in Ausübung eines öffentlichen Amtes* geschaffenen Institutionen. Sie stellte fachliche Beratung für die Ausarbeitung des neuen Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen zur Verfügung. Gemeinsam mit dem Amt für öffentliches Beschaffungswesen entwickelte sie Lehrgänge über Verfahren des öffentlichen Beschaffungswesens. In Südserbien half sie Kommunalverwaltungen in Zusammenarbeit mit einer Nichtregierungsorganisation bei der Einrichtung kommunaler Antikorruptionsräte.

**Grenzmanagement.** Nach der Entmilitarisierung der serbischen Grenzen setzte die Mission ihre Unterstützung für den Polizeidienst bei der Umsetzung des *Integrierten Grenzmanagements*, der Bekämpfung von Menschenhandel und der Ausforschung gestohlener Fahrzeuge und gefälschter Dokumente fort.

**Polizeireform.** Die Mission nahm in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium ein Projekt in Angriff, durch das die strategische Planung und das Management des Ministeriums in Sachen Polizeireform verbessert werden sollen. Sie spielte eine führende Rolle bei der Modernisierung der Tatortaufnahme und Kriminaltechnik des Ministeriums.

Die Mission unterstützte die Entwicklung von bürgernaher Polizeiarbeit im ganzen Land, einschließlich Südserbiens. Sie half mit, ein Kernteam nationaler Polizeiausbildner für multikulturelle und Minderheitenfragen zu bilden. Sie förderte bewährte internationale Praktiken im Bereich der Rechenschaftspflicht der Polizei und betrieb Aufklärung über das Beschwerde- und Belobigungsverfahren.

Über 700 Polizeibeamte beteiligten sich an Programmen der Mission, mit denen nationale Polizeiausbildungskapazitäten geschaffen werden sollen.

### ***Modernisierung der polizeilichen Grundausbildung***

*Der erste Pilotkurs im neuen Zentrum für polizeiliche Grundausbildung in Sremska Kamenica begann am 5. Dezember mit 129 Auszubildenden. Mit diesem Kurs wurde mit Unterstützung der Mission eine umfassende Neuausrichtung der polizeilichen Grundausbildung in Serbien eingeleitet. Anstatt der bisher üblichen vierjährigen Ausbildung in einer Polizeischule werden die zukünftigen serbischen Polizeibeamten nach der Mittelschule einen 18-monatigen Lehrgang besuchen. Ein völlig neuer Lehrplan erleichtert den Zugang von Frauen und Minderheitengruppen zur Polizeiausbildung und bereitet die Kadetten auf den Dienst am Bürger vor und zeigt ihnen, wie sie auf die Bedürfnisse ihrer Gemeinschaften eingehen können.*

### **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Strategische Unterstützung für die Umwelt.** Die Mission unterstützte die neue serbische Regierung bei der Schaffung eines Umweltschutzministeriums und dessen Verbindung mit dem Umweltfonds und der Umweltagentur. Sie förderte außerdem die Teilnahme serbischer Nichtregierungsorganisationen an der *Sechsten Ministerkonferenz – Umwelt für Europa* im Oktober in Belgrad.

**Nachhaltige Entwicklung.** Die Mission leistete Hilfestellung bei der Entwicklung vorbildlicher örtlicher Umweltaktionspläne in den kleinen und nur wenig entwickelten Kommunen Blace (Südserbien) und Lajkovac (Zentralserbien).

**Wirtschaftliches Empowerment.** Die Mission führte in zehn Gemeinden Aus- und Weiterbildungsprogramme für Jungunternehmer durch, an denen im Laufe von vier Jahren über 1000 junge Serben teilnahmen. Zur Förderung bewährter Praktiken von verantwortungsvollem Management in der Privatwirtschaft half sie mit bei der Gründung der serbischen Vereinigung von Unternehmensleitern.

**Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen.** Im Dezember eröffnete die Mission das Zentrum für technologische und wirtschaftliche Innovation an der Universität Belgrad, das Studenten mit besonders gutem Studienerfolg bei der Gründung ihrer eigenen Unternehmen helfen wird.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Demokratische Governance.** Die Mission half dem Parlament, dem Büro des Präsidenten und der Kommunalverwaltung der Stadt Belgrad, bessere Kontakte zu ihren Bürgern zu knüpfen. In Fortführung einer Initiative der Mission führte das Parlament ein System für die elektronische Verwaltung von Gesetzestexten ein. Die Mission förderte die Veröffentlichung des *Guidebook on Monitoring of the Work of Local Self-Government* für örtliche Medien und Nichtregierungsorganisationen. Sie unterstützte auch Gesetzesreformen, die dem Parlament eine effizientere Kontrolle des Sicherheitssektors ermöglichen sollen.

**Flüchtlingsrückkehr und -integration.** In Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen und regionalen Nichtregierungsorganisationen unternahm die Mission eine eingehende Untersuchung, mit der den serbischen Behörden bei der Suche nach Lösungen für Flüchtlingsfragen geholfen werden soll, da sich der in der *Ministererklärung von Sarajewo zur Flüchtlingsrückkehr* vorgesehene Rückkehrprozess verzögert.

**Menschenrechte und Bekämpfung von Menschenhandel.** Die Mission ermittelte wichtige Menschenrechtsfragen, in denen Gesetzesänderungen notwendig sind, und zeigte Probleme im Zusammenhang mit der Durchsetzung von Erkenntnissen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs auf. Sie unterstützte den Nationalen Leitmechanismus für Opfer von Menschenhandel.

**Chancengleichheit.** Die Mission half der Regierung bei der Umsetzung ihres *Roma-Aktionsplans* zu den Themen Bildung, Gesundheitswesen und Wohnungswesen. Sie stärkte nationale Minderheitenräte, ermutigte zum Dialog zwischen der Polizei und der Roma-Gemeinschaft und förderte den Dialog zwischen den Volksgruppen und die Achtung für Vielfalt unter den Studenten. Gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit und soziale Wohlfahrt produzierte sie ein Handbuch über die Gleichberechtigung der Geschlechter für öffentliche Bedienstete.

**Justizreform.** Die Mission setzte ihre Unterstützung für die im Mai letzten Jahres verabschiedete *Nationale Strategie für die Justizreform* fort. Sie half mit, die Grundsätze der Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht von Richtern und Staatsanwälten zu formulieren, die die Grundlage für eine Reihe von Gesetzen zum Thema Justiz bilden werden. Um die Anzahl der qualifizierten Minderheitenkandidaten für Positionen in der Justiz zu erhöhen, führte die Mission in Südserbien und Sandschak/Raška Ausbildungsprogramme für Rechtsanwaltsanwärter durch.

**Menschenrechtsinstitutionen.** Die Mission unterstützte die Umsetzung des *Gesetzes über den Volksanwalt* und startete ein Fortbildungsprogramm für den ersten nationalen Ombudsmann. Sie leistete auch weiterhin Hilfestellung für den Volksanwalt der Provinz Vojvodina und das Netz örtlicher Volksanwälte.

**Strafvollzugsreform.** Die Mission half der Gefängnisverwaltung des Justizministeriums beim Entwurf von Änderungen zum *Gesetz über die Vollstreckung strafrechtlicher Sanktionen*, bei der weiteren Regelung der internen Aufsicht und des Einsatzes von Gewalt,

bei der Einrichtung eines Sonderhaftregimes und eines Systems zur Einstufung von Strafgefangenen und bei der Entwicklung eines Konzepts für alternativen Strafvollzug. Sie führte ein Bildungsprogramm für Strafgefangene als ersten Schritt zu ihrer Resozialisierung ein. Sie war ferner bemüht, die medizinische Betreuung in allen Hafteinrichtungen zu verbessern und gründete die ersten drogenfreien Abteilungen in serbischen Haftanstalten – eine Neuerung, die vom Justizministerium ausdrücklich begrüßt wurde. Die Mission schloss dieses Jahr ihr Programm für die strukturelle Unterstützung der Schulungseinrichtung für Strafvollzugsbeamte ab.

**Medienreform.** Die Mission überwachte die Aktivitäten der für den Rundfunk zuständigen Behörde der Republik, etwa auch die Vergabe regionaler und lokaler Rundfunklizenzen, und registrierte mit Sorge Abweichungen von den europäischen Standards und Gepflogenheiten. Nachdem die Mission den nationalen Rundfunk Serbiens bei seiner Umwandlung in eine echte öffentlich-rechtliche Sendeanstalt unterstützt hatte, begann sie, Radio-TV-Vojvodina bei der Verbesserung der Qualität ihres regionalen öffentlich-rechtlichen Sendedienstes Hilfestellung zu leisten.

Die Mission unterstützte das Kultusministerium bei der Abfassung eines Gesetzes über die Verhinderung von Medienkonzentrationen und für transparente Eigentumsverhältnisse. Sie hielt auch Veranstaltungen ab, in denen die Öffentlichkeit über das *Gesetz über den freien Zugang zu Information* informiert wurde.

Die Mission war bei der Privatisierung kommunaler Medien beratend tätig und half den vor kurzem privatisierten Medien, ihr Marketingpotenzial im Interesse ihrer Bestandfähigkeit besser auszunutzen. Sie arbeitete weiter mit berufsständischen Journalistenverbänden zusammen und bot Seminare über politische, wirtschaftliche und polizeibezogene Berichterstattung an.

### **Die OSZE unterstützt die neue Volksanwaltschaft**

*Der erste serbische Bürgerbeauftragte, Sasa Janković, und Botschafter Hans Ola Urstad unterzeichneten am 16. Oktober eine Vereinbarung, in der die Zusammenarbeit und die Unterstützung festgelegt werden, die diese neue Volksanwaltschaft durch die Mission erhält. Sie betrifft Bereiche wie Aufbau von Kapazitäten, Öffentlichkeitsarbeit, Schaffung einer elektronischen Arbeitsfluss-Datenbank und Entwicklung eines öffentlichen Profils.*

*Leiter der Mission:*

*Botschafter Hans Ola Urstad*

*Genehmigter Haushalt: 7.507.500 EUR*

[www.osce.org/serbia](http://www.osce.org/serbia)

## Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

[map]

Kumanovo

Skopje

Tetovo

[map]

„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje  
Außenstelle

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Die Mission setzte ihre Beratung und Unterstützung für den Reformprozess des Landes fort, wobei sie sich insbesondere mit der Umsetzung neuer Gesetze beschäftigte. Ihre Bemühungen galten insbesondere der Verlagerung von kurzfristigen zu langfristigen Projekten, etwa der Stärkung der Kapazitäten der Justiz und der Polizei, wobei vor allem auf Nachhaltigkeit und verstärkte Eigenverantwortung für Projekte und Schulungsinitiativen geachtet wurde.*

*Themenschwerpunkt der Mission war unverändert die Rechtsstaatlichkeit, da eine langfristige Justiz- und Polizeireform für die Erfüllung der Kriterien für den Beitritt zu euro-atlantischen Organisationen unverzichtbar ist. Die Mission stärkte auch den Dialog und das Verständnis zwischen den Volksgruppen, eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung eines stabilen politischen Klimas und für die Umsetzung wichtiger Gesetze.*

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Polizeireform.** Nach der Verabschiedung eines neuen *Polizeigesetzes* Ende 2006 unterstützte die Mission weiter das Innenministerium bei der Durchführung der Polizeireform im Sinne einer auf Polizeiausbildung und bürgernahe Polizeiarbeit gestützten zweifachen Strategie.

Zur Unterstützung des von der nationalen Polizei angestrebten Ziels, in ihrer Arbeit ein Maß an Professionalität zu erreichen, wie es den internationalen Standards für Polizeiarbeit entspricht, half die Mission bei der Schaffung der Grundlagen für ein dienstbegleitendes Ausbildungsprogramm, das Kurse für Auszubildende in Menschenrechten, dem *Polizeilichen Berufskodex*, Medien und Öffentlichkeitsarbeit, Management und Lehrplanentwicklung anbieten wird. Die Mission unterstützte das Land auch in seinem Kampf gegen alle Formen von organisierter Kriminalität und hielt zu diesem Zweck Kurse zu Themen wie Bekämpfung von Menschenhandel, Geldwäsche, illegalen Drogen und Erkennung von Dokumentenfälschung ab.

Eine auf den Dienst am Bürger ausgerichtete Polizeiarbeit stärkt das Vertrauen der Bürger in die Polizei und verbessert die gegenseitige Zusammenarbeit. Die Mission leistete Hilfeleistung bei der Umsetzung des Konzepts für bürgernahe Polizeiarbeit in allen Regionen. In der Folge richteten weitere Kommunen ständige Mechanismen ein, die es Bürgern ermöglichen, sich mit ihren Anliegen an die Polizei zu wenden, und der Polizei, mit der Öffentlichkeit direkt zu kommunizieren. Eine der von der Mission unterstützten Initiativen war eine nationale Kampagne zur Verhütung von Drogenmissbrauch. Die Mission half ferner mit, die Tätigkeit der Polizei in ethnischen Roma-Gemeinschaften zu verbessern.

**Monitoring und Frühwarnung.** Monitoring ist eine der wichtigsten Methoden der Mission zur Entschärfung von Spannungen und zur Vertrauensbildung. Die mit Monitoring betrauten Mitarbeiter der Mission sprachen täglich mit führenden Persönlichkeiten von Gemeinschaften und örtlichen Behörden, ermutigten sie, Konflikte auf dem Weg des Dialogs beizulegen und mehr Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu haben.

Entsprechend den Empfehlungen des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten konzentrierten sich die für das Monitoring zuständigen Mitarbeiter dieses Jahr darauf, in Grund- und Mittelschulen die tieferen Ursachen interethnischer Spannungen und Intoleranz anzusprechen. Sie arbeiteten auch intensiv an der Polizeireform und an der Übertragung von Befugnissen an die Kommunalverwaltungen mit. Die Mission führte ihre zweite Jahresüberprüfung der Dezentralisierung durch und lieferte den Kommunen und Akteuren damit wertvolle Informationen über Schwachstellen in der Verwaltung und für die Planung künftiger Projekte.

**Dezentralisierung.** Der Erfolg des Dezentralisierungsprozesses im Land hängt von einer angemessenen Finanzierung ab, denn eine ungenügende finanzielle Ausstattung stellt die Glaubwürdigkeit der kommunalen Selbstverwaltungsstellen in Frage und schwächt das Vertrauen der Bürger in die öffentliche Verwaltung. Das ganze Jahr hindurch schulte die Mission Kommunalbedienstete in Good Governance und bewährten Praktiken in Bezug auf Kommunalbesteuerung sowie interne Kontrolle und Prüfung in den Kommunalverwaltungen.

Dank entsprechender Bemühungen der Mission trafen 2007 erstmals zentrale und lokale Behörden unter der Leitung des staatlichen Verwaltungsinspektorats zusammen, um sämtliche administrativen Verfahren auf allen Verwaltungsebenen zu prüfen. Die Sitzung bot Gelegenheit zu einer Feinabstimmung der Verwaltungsabläufe und zur Abgrenzung der Kompetenzbereiche. In Zusammenarbeit mit dem staatlichen Inspektorat sorgte die Mission für Schulung in Verwaltungsangelegenheiten für Kommunalbeamte. Es war dies ein wichtiger Schritt, durch den das Land in die Lage versetzt wurde, sein eigenes Trainingsprogramm durchzuführen.

Die Förderung einer intensiveren Beteiligung der Bürger an kommunalen Entscheidungsprozessen bildete wieder einen der Schwerpunkte im Programm der Mission zur Unterstützung der Dezentralisierung. Die Mission bot Kurse für Mitglieder der in ethnisch gemischten Gemeinden eingerichteten Ausschüsse für die Beziehungen zwischen den Volksgruppen an, in denen sie über die rechtliche Stellung der Ausschüsse und die Rolle, die sie zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen und zur Erleichterung des Dialogs zwischen ihnen spielen können, informierte.

Zur Unterstützung der Ziele der Dekade für die Integration der Roma (2005–2015) veranstaltete die Mission eine Reihe von Arbeitstagen und sorgte für die Schulung von Gemeinderäten in der Gemeinde mit der größten ethnischen Roma-Bevölkerung.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Justizreform.** Einer der größten Erfolge der Mission im Jahr 2007 war ein groß angelegtes Schulungsprogramm in *humanitärem Völkerrecht und Kriegsverbrecherprozessen*, das sie in Zusammenarbeit mit der vor kurzem gegründeten Juristischen Akademie anbot. Der Lehrgang sollte die Justiz bei der Behandlung von Fällen im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt von 2001 unterstützen, einschließlich der vier Fälle, die vom Internationalen

Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien an die innerstaatliche Gerichtsbarkeit abgetreten wurden, und gab Richtern, Staatsanwälten und Ermittlern Werkzeuge zum effizienteren und effektiveren Umgang mit komplizierten strafrechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität oder Korruption an die Hand. Die Mission beobachtete aktiv das Justizsystem und nahm eine Beurteilung von Strafverfahren vor, um wichtige Punkte und Probleme zu ermitteln, die Gegenstand zukünftiger Lehrgänge sein werden.

**Schulungspraktikum für Rechtsanwälte.** Die Mission bot gemeinsam mit der mazedonischen Anwaltskammer und der Vereinigung junger Rechtsanwälte interaktive Schulungskurse für Rechtsanwälte an. Sie begann, Workshops zur Schulung von Ausbildnern durchzuführen, um den beiden Organisationen die Möglichkeit zu geben, solche Kurse in Zukunft selbst anzubieten. Die Mission bildete die Rechtsanwälte auch in internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren aus.

**Unterstützung von Menschenrechtsinstitutionen.** Die Mission arbeitete mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zusammen, die für die Menschenrechte eintreten. Sie setzte ihr dreijähriges Projekt zur Stärkung der Volksanwaltschaft fort, indem sie Regionalbüros einrichtete und Schulungskurse anbot. Gemeinsam mit nationalen Experten und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen entwickelte sie Mechanismen für die externe Kontrolle von Strafverfolgungsbehörden, durch die die Polizei verstärkt zur Rechenschaft gezogen werden kann. Sie unterstützte darüber hinaus Initiativen, durch die Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Entwicklung strategischer Pläne und bei der Mittelbeschaffung geholfen werden soll.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Die Mission setzte sich weiter für die Umsetzung des nationalen Leitsystems ein und half mit, den Entwurf zu Verfahrensvorschriften für Institutionen und Organisationen fertigzustellen, die mit Opfern von Menschenhandel arbeiten. Dank dieser Bemühungen konnte ein System, in das mehrere Institutionen eingebunden sind, geschaffen werden, das Täter vor Gericht bringt und den Opfern von Menschenhandel von ihrer Identifizierung bis zu ihrer Rehabilitation umfassend Beistand leistet.

**Reform der Wahlordnung.** Mit fachlicher Beratung durch das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte war die Mission an der Ausarbeitung von Abänderungsentwürfen des Parlaments zu der jüngst verabschiedeten *Wahlordnung* beteiligt, speziell in Bezug auf Verfahren zur Behandlung von Unregelmäßigkeiten bei Wahlen, Vorschriften für die Finanzierung des Wahlkampfs und die Übertragung der Zuständigkeit für die Führung der Wählerverzeichnisse vom Justizministerium an die staatliche Wahlbehörde.

**Medienentwicklung.** Die Mission unterstützte die Umsetzung des *Rundfunkgesetzes* durch technische Hilfe für die Rundfunkaufsichtsbehörde bei der Entwicklung einer Rundfunkstrategie im Einklang mit den internationalen Standards. Sie verfolgte aufmerksam die Umstrukturierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt. Außerdem leistete sie dem neuen *Parlamentskanal* technische Hilfe, der Plenarsitzungen live im öffentlichen Fernsehen überträgt.

**Medienfreiheit.** In dem Bestreben, allen Volksgruppen gleichberechtigten Zugang zu Informationen und Dienstleistungen in ihrer eigenen Sprache zu geben und die freie Meinungsäußerung und den Pluralismus in den Medien zu gewährleisten, setzte die Mission ihre Unterstützung von Kommunalbehörden bei der Abfassung der nationalen Strategie für

elektronische Kommunikations- und Informationstechnologien sowie die Beobachtung der Umsetzung des *Gesetzes über den freien Zugang zu öffentlicher Information* fort.

*Leiter der Mission:*

*Botschafter Giorgio Radicati*

*Genehmigter Haushalt: 9.948.700 EUR*

*[www.osce.org/skopje](http://www.osce.org/skopje)*

## Osteuropa Das Büro in Minsk

[map]  
Minsk  
[map]

Büro in Minsk

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Im Einklang mit seinem Mandat führte das Büro in der Wirtschafts- und Umwelt- sowie in der menschlichen Dimension Programme durch, die eine Stärkung der Leistungsfähigkeit der Regierung in diesen Bereichen bewirken sollen. Stellvertretend für die Aktivitäten des Büros seien ein Seminar zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, mehrere Projekte zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Sanierung der Umwelt in den von der Katastrophe von Tschernobyl betroffenen Gebieten, eine Kampagne gegen Gewalt in der Familie und ein Filmfestival zum internationalen Menschenrechtstag genannt.*

### **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Sanierung der durch Tschernobyl in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete.** Als Gründungsmitglied des Programms *Zusammenarbeit zur Wiederherstellung der Lebensbedingungen in den von Tschernobyl betroffenen Gebieten*, in das nationale und regionale Behörden, internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen eingebunden sind, unterstützte das Büro spezielle Ausbildungskurse zur umfassenden Entwicklung des Agrobusiness-Sektors in den von Tschernobyl betroffenen Gebieten.

**Förderung alternativer und erneuerbarer Energieträger.** Im Rahmen des Projekts *Hilfestellung bei der Schaffung des rechtlichen Rahmens für die Nutzung erneuerbarer (alternativer) Energieträger* veranstaltete die Mission im Februar eine Studienreise für nationale Akteure nach Schweden, an die ein Seminar in Minsk anschloss, das sich an einen größeren Teilnehmerkreis aus den entlegeneren Gebieten von Belarus richtete.

**Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC).** Die Veröffentlichung des Evaluierungsberichts der ENVSEC für Osteuropa auf Russisch war der Beitrag des Büros zum offiziellen Start von ENVSEC in Minsk am 19. September. Es unterstützte grenzüberschreitende Wasserwirtschaftsprojekte entlang des Pripjet, der die Grenze zur Ukraine bildet.

**Hilfe für Belarus bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll.** Das Büro bot zwei Ausbildungsseminare in Minsk und in Frankreich für belarussische Techniker zum Thema *Green Investment Schemes* und *Carbon Funds* an.

**Hilfe für Belarus bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption.** Gemeinsam mit dem Nationalen Zentrum für Rechtssetzungsprojekte veranstaltete das Büro am 14. und 15. November in Minsk ein Seminar zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. An dieser

Veranstaltung nahmen internationale Finanzexperten aus Lettland, der Ukraine und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung teil.

In Zusammenarbeit mit dem Justizministerium führte das Büro ein Seminar zu nationalen und internationalen Rechtsinstrumenten und bewährten Methoden der Korruptionsbekämpfung durch, an dem auch Experten des Europarats und des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung teilnahmen.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Das Büro in Minsk setzte seine Hilfestellung für die unter der Federführung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte/La Strada durchgeführte Evaluierung fort, die als Vorbereitung für einen nationalen Leitmechanismus für Opfer des Menschenhandels gedacht ist.

**Genderfragen.** Das zweite Jahr in Folge beteiligte sich das Büro im Rahmen der jährlichen weltweiten Initiative *16 Tage gegen Gewalt an Frauen* an einer Aufklärungskampagne zur Verhütung von Gewalt in der Familie in Belarus. In diesem Jahr stand die Informationskampagne unter dem Motto *Häusliche Gewalt leugnet die Familie*. Die Kampagne konnte sich eines großen Medienechos erfreuen.

**Multinational Belarus.** Gemeinsam mit dem belarussischen Amt des Vertreters für Religionen und Nationalitäten veröffentlichte das Büro im Juli eine aktualisierte Fassung von *Multinational Belarus* in Belarussisch, Russisch und Englisch. Diese Publikation informiert über kulturelle Besonderheiten, Traditionen und Bräuche der Volksgruppen und nationalen Minderheiten, die in Belarus leben.

**Öffentliche Vorlesung über die Tätigkeit von Ombudsleuten.** Im März war das Büro Veranstalter einer öffentlich zugänglichen Vorlesung unter dem Titel „Rechtlicher Schutz des öffentlichen Interesses“, die für Jurastudenten aller Universitäten der Republik Belarus gedacht war. Als Gastredner waren Mats Melin, derzeit Ombudsmann des schwedischen Parlaments, Adam Zielinsky, ehemaliger polnischer Ombudsmann, sowie Wladimir Tambowzew, Leiter der Personalabteilung der Volksanwaltschaft der Russischen Föderation, eingeladen. Die Vorlesung sollte Studenten Einblick in die unterschiedlichen Ansätze einiger europäischer Länder in Bezug auf die Arbeit von Ombudsleuten geben. Das Büro verteilte auch Unterlagen der OSZE zu den Verpflichtungen in der menschlichen Dimension.

**Menschenrechtsfilmfestival.** Aus Anlass des 59. Jahrestags des Internationalen Tages der Menschenrechte veranstaltete das Büro gemeinsam mit dem Vertreter der Vereinten Nationen in der Republik Belarus vom 3. bis 10. Dezember in Minsk ein Filmfestival unter dem Titel *Würde, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit*. Es waren Poster der OSZE und der Vereinten Nationen zum Thema Menschenrechte zu sehen und kostenlose Publikationen zu Menschenrechten und anderen Themen mit OSZE- bzw. VN-Bezug erhältlich.

**Verhaltenstraining für Polizeibeamte.** Im September führte das Büro am Kollegium des belarussischen Innenministeriums ein Verhaltenstraining für Polizeibeamte durch. Im Rahmen dieses Kurses berichteten zwei internationale Polizeiausbildungsexperten den Lehrkräften des Kollegiums und Polizeimitarbeitern aus Mogiljow und Umgebung über ihre praktischen Lehrerfahrungen.

**Beobachtungsaktivitäten.** Das Büro verfolgte Gerichtsverhandlungen, bei denen es um das Recht auf Vereinigungsfreiheit, das Recht auf friedliche Versammlung, den Schutz vor willkürlicher Festnahme oder Verhaftung und das Recht auf ein unparteiisches Verfahren ging; in einigen Fällen waren Aktivisten von Jugendorganisationen angeklagt.

Das Büro verfolgte auch öffentliche Versammlungen sowie den Europäischen Marsch im Oktober und den Sozialen Marsch im November.

**Beschwerden von Einzelpersonen.** Das Büro nahm Individualbeschwerden sowohl von belarussischen Staatsbürgern als auch von in Belarus ansässigen Ausländern entgegen. Bei den meisten dieser Beschwerden ging es um die Rolle der Justiz in Strafrechtsangelegenheiten und um mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen durch Strafverfolgungsbehörden. In Fällen, die unter sein Mandat fallen, brachte das Büro diese Beschwerden den zuständigen belarussischen Behörden zur Kenntnis.

*Amtierender Leiter des Büros:*

*Vahram Abadjian als Nachfolger von Botschafter Ake Peterson, dessen Mandat am 25. August endete*

*Genehmigter Haushalt: 897.500 EUR*

*[www.osce.org/belarus](http://www.osce.org/belarus)*

## Die Mission in Moldau

[map]  
Chişinău  
Tiraspol  
[map]

Mission in Moldau  
Außenstelle

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Die Mission konzentrierte sich auf den Abbau der Spannungen in der Sicherheitszone sowie auf Bemühungen um die Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine politische Lösung. Andere wichtige Bereiche waren unter anderem die Vermittlung in der Auseinandersetzung rund um den Moldauisch-Unterricht in lateinischer Schrift in den Schulen am linken Ufer, die Bekämpfung des Menschenhandels und die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit.*

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Verhandlungen über eine politische Regelung.** Vier Mal kamen die Vermittler im transnistrischen Konfliktbeilegungsprozess, die Russische Föderation, die Ukraine und die OSZE, mit den Beobachtern, Europäische Union und Vereinigte Staaten, zusammen. Einmal – im Oktober – fand ein informelles Treffen der Vermittler und Beobachter mit der moldauischen sowie der transnistrischen Seite statt. Bei allen diesen Treffen ging es hauptsächlich darum, Mittel und Wege zur Wiederaufnahme formeller Verhandlungen über eine Beilegung des Konflikts zu finden, was jedoch nicht gelang.

**Die Gemeinsame Kontrollkommission.** Die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC), die die Waffenruhevereinbarungen von 1992 überwacht, trat in diesem Jahr regelmäßig zusammen, wobei Mitglieder der Mission an allen Treffen teilnahmen. Im Mai konnte eine Arbeitsgruppe zu Posten in der Sicherheitszone mit dem Abzug eines moldauischen Polizeipostens und eines transnistrischen Milizpostens einen kleinen Erfolg verzeichnen. Die Mission widmete einen Großteil ihrer Arbeit dem Abbau der Spannungen in der Sicherheitszone, einschließlich jener, die dazu geführt hatten, dass transnistrische Strafverfolgungsbehörden im Juni das Wahllokal in Corjova gewaltsam schließen ließen.

**Vertrauens- und Sicherheitsbildung.** Im Oktober hielt die Mission ein Seminar über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Odessa ab. Beide Seiten waren dabei anwesend und zeigten sich an einer Fortsetzung der Gespräche interessiert. Die Mission führte ein von Finnland finanziertes Projekt zur Zerstörung überschüssiger Munition in den Beständen der moldauischen Armee durch. Darüber hinaus arbeitete sie gemeinsam mit dem Forum für Sicherheitskooperation an Aktivitäten zur Verbesserung der Verwaltung von Munitions- und Waffenlagerstätten in Moldau.

**Abzug von Waffen und Ausrüstung der Russischen Föderation.** Die Mission musste feststellen, dass im Jahr 2007 weder Waffen noch Ausrüstung der Russischen Föderation

abgezogen wurden. Die Mittel aus dem freiwilligen Fonds würden ausreichen, um die mit dem Abzug verbundenen Aufgaben abzuschließen.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Wahlen und Wahlreformen.** Die Mission unterstützte die Wahlbeobachtungsmission des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) bei den Kommunalwahlen und setzte gemeinsam mit dem BDIMR seine Beratertätigkeit im Hinblick auf die weitere Verbesserung der Wahlordnung fort.

**Schutz der Sprachenrechte.** Die Mission setzte ihre Zusammenarbeit mit moldauischen und transnistrischen Behörden fort, um sicherzustellen, dass in der transnistrischen Region Moldauisch in lateinischer Schrift unterrichtet werden darf. Das Problem mit dem Schulgebäude in Ribnița, das von den örtlichen transnistrischen Behörden 2004 beschlagnahmt wurde, harret nach wie vor einer Lösung.

**Menschenrechtsmonitoring.** Die Mission nahm zahlreiche Individualbeschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen entgegen und beobachtete mehrere Aufsehen erregende Strafprozesse, bei denen es um das Recht auf ein unparteiisches Verfahren und die Anwendung von Folter ging. Besonderes Augenmerk widmete die Mission auch der Freilassung der beiden letzten noch in Haft befindlichen Mitglieder der Ilascu-Gruppe, die von den transnistrischen Behörden wegen angeblich während des Konflikts 1992 begangener Straftaten verurteilt worden waren und später auf Anweisung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte freigelassen werden sollten.

**Förderung der Menschenrechte.** Die Mission setzte ihre Unterstützung für Kleinprojekte zur Förderung der Menschenrechte und der Toleranz an beiden Ufern des Dnjestr/Nistru fort und verstärkte die Kapazitäten von Nichtregierungsorganisationen.

**Bereitstellung von Rechtsgutachten.** Auch in diesem Jahr arbeitete die Mission in enger Absprache mit dem Parlament an Rechtsreformen und gab Kommentare und Rechtsgutachten zu Gesetzesentwürfen ab.

**Förderung der Medienfreiheit.** Die Mission war beim Auf- und Ausbau von Kapazitäten im Medienbereich behilflich, indem sie Journalistenausbildung anbot, und unterstützte nach wie vor die Reform des moldauischen Rundfunks. In Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Medienfreiheit hielt die Mission auch einen Fortbildungskurs für Richter zum Thema Verleumdungsfälle ab. In der Region Gagausien war sie bei der Umstellung der staatlich finanzierten Presse auf ein unabhängiges Pressewesen behilflich und sie unterstützte ein Projekt zur Evaluierung der Situation der Medien in Moldau.

**Verhütung von Menschenhandel und Förderung der Gleichstellung der Frau.** Die Mission fungierte erneut als Gastgeber für regelmäßige technische Koordinierungssitzungen zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels und zu Gleichstellungsfragen. Darüber hinaus unterstützte die Mission eine Reihe von Gender- und Menschenhandelsprojekten. Mit dem Frauenhaus Casa Marioarei als Partner war sie dabei behilflich, eine Beratungshotline und andere dringende Unterstützungseinrichtungen für Opfer häuslicher Gewalt einzurichten. Gemeinsam mit dem internationalen Zentrum La Strada arbeitete sie daran, dass Opfer des Menschenhandels humanitäre, soziale und rechtliche Hilfe erhalten. Neben anderen Aktivitäten unterstützte die Mission die Ausarbeitung eines Antidiskriminierungsgesetzes.

**Prozessbeobachtungsprogramm.** Die Prozessbeobachtung wurde von Chişinău auf die südlichen Regionen Moldaus ausgedehnt. Das Netzwerk nationaler Prozessbeobachter überwachte mehr als 3000 Verhandlungen vor nationalen Gerichten, darunter auch Fälle von Menschenhandel, häuslicher Gewalt, Waffenhandel, strafbaren Handlungen gegen die Staatsgewalt, Korruption und Straftaten öffentlicher Bediensteter.

*Leiter der Mission:*

*Botschafter Philip Remler ab 19. Dezember, als Nachfolger von Botschafter Louis O'Neill, dessen Mandat am 16. November endete*

*Genehmigter Haushalt: 1.868.800 EUR*

*[www.osce.org/moldova](http://www.osce.org/moldova)*

## Der Projektkoordinator in der Ukraine

[map]

Kiew

[map]

Projektkoordinator in der Ukraine

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*In Absprache mit den ukrainischen Behörden unterstützte der Projektkoordinator die Förderung der Entwicklung demokratischer Institutionen, die Anhebung des wirtschaftlichen Wohlstands in der Ukraine und die Bewältigung gravierender Umweltbedrohungen. Eines der größten Projekte in diesem Jahr war die Bereitstellung von Schulung und Information für Wähler und Mitglieder von Wahlorganen im Hinblick auf die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 30. September. Der Projektkoordinator war auch wieder bei der Umschulung entlassener Angehöriger der Streitkräfte behilflich. Mit Unterstützung der Feldoperation konnte die Regierung auch die Sanierung des Munitionslagers in Nowobohdaniwka abschließen.*

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Soziale Eingliederung für Angehörige der Streitkräfte nach ihrer Entlassung.** In Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium organisierte der Projektkoordinator landesweite, unterstützende Maßnahmen für die Umschulung und den beruflichen Wiedereinstieg von 1031 Offizieren in 25 Städten. Darüber hinaus unterstützte er die Einrichtung eines Berufsförderungszentrums für entlassene Soldaten. Bisher fanden 81 Prozent der umgeschulten Offiziere einen Arbeitsplatz.

**Kampfmittelzerstörung.** Im September konnte die Regierung mit Unterstützung des Projektkoordinators die Räumung des Munitionslagers Nowobohdaniwka von nicht zur Explosion gelangten Kampfmitteln abschließen. Der Projektkoordinator beschaffte und übergab dem Ministerium für Katastrophenschutz Detektions- und Schutzausrüstung und führte Schulungskurse durch, um die Kapazitäten des Ministeriums für die sichere und wirksame Entsorgung unsicherer Munition weiter zu verstärken.

### **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Unterstützung für die lokale Unternehmensentwicklung.** Seit Aufnahme des *lokalen Wirtschaftsentwicklungsprojekts* im Jahr 2004 bemühte sich der Projektkoordinator gemeinsam mit Partnern um die Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur für kleine und mittlere Unternehmen in der Ukraine. In Zusammenarbeit mit regionalen Arbeitsämtern bemühte sich der Projektkoordinator darum, im ganzen Land Zielgruppen ausfindig zu machen, und er veranstaltete Schulungskurse, bei denen mindestens 600 Unternehmer eine Einführung in die Betriebswirtschaft sowie Beratung und Information erhielten.

Mit dem Ziel, in der ganzen Ukraine die Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen, unterstützte der Projektkoordinator auch in diesem Jahr die Ausweitung des Projekts *Ausländische Direktinvestitionen*, das nach ersten Schätzungen in

den Jahren 2007/2008 rund 140 Millionen Euro an Investitionen aufbringen und über 2000 Arbeitsplätze schaffen soll.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Unterstützung bei der Bekämpfung des Menschenhandels.** Hier lag der Schwerpunkt des Projektkoordinators auf der Ausarbeitung eines umfassenden Gesetzes gegen Menschenhandel in der Ukraine, mit dessen Hilfe der Menschenhandel verhütet und geahndet und Opfern im Einklang mit internationalen Menschenrechtsnormen Hilfestellung geleistet werden soll. Dem Projektkoordinator war es ein besonderes Anliegen, die Nachhaltigkeit und Effizienz von Nichtregierungsorganisationen gegen den Menschenhandel sicherzustellen, und so führte er für mehr als 170 Vertreter von Nichtregierungsorganisationen Schulungskurse zur Bekämpfung des Menschenhandels durch. Derzeit unterstützt der Projektkoordinator die Bedarfserhebung in Bezug auf nationale Leitsysteme, mit deren Hilfe man sich ein Bild von den Voraussetzungen und Bedingungen machen möchte, die für die Errichtung eines für die Ukraine geeigneten Leitsystems notwendig sind.

**Verwaltungsrecht.** Der Projektkoordinator richtete Arbeitsgruppen von Verwaltungsrechtsexperten ein, die Verbesserungsvorschläge zu ukrainischen Rechtsvorschriften machen sollen, die die Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürgern regeln, um diese an die eingeführten europäischen Normen heranzuführen. Der Koordinator entwickelte und veröffentlichte Unterrichtsmaterial auf Grundlage der Ergebnisse einer von den Arbeitsgruppen durchgeführten Untersuchung. In Absprache mit dem französischen Obersten Verwaltungsgerichtshof bot er umfassende Fortbildungskurse für Verwaltungsrichter aller Instanzen, insbesondere Richter am Obersten Verwaltungsgerichtshof, an. Darüber hinaus führte der Projektkoordinator Rechtsstaatlichkeitskurse für ukrainische Professoren für Verfassungsrecht und Rechtstheorie durch.

**Haftüberwachung.** Der Projektkoordinator dehnte die im Rahmen des im vergangenen Jahr eingerichteten Haftüberwachungsprojekts durchgeführten Inspektionen auf die Jugendgerichtsbarkeit aus. Die mobilen Überwachungsgruppen führten ein Monitoring an 25 Jugendhaftanstalten durch. Zusammen mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte erhielten über 750 jugendliche Häftlinge in sechs Regionen der Ukraine kompetenten Rechtsbeistand. Die Feldoperation setzte ihre Unterstützung für die Ausarbeitung und Verbreitung neuer Rechtsvorschriften und internationaler Rechtsinstrumente fort, war bei der Angleichung der Rechtsvorschriften an internationale Standards behilflich und führte Fortbildungsseminare für Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte durch.

**Stärkung demokratischer Verfahren.** In Vorbereitung der Parlamentswahlen arbeitete der Projektkoordinator mit der Hauptwahlbehörde einen Entwurf für Wahlhandbücher aus und verteilte diese an alle rund 34.000 Wahllokale in der gesamten Ukraine. Er schulte rund 100.000 Mitglieder von Wahlorganen ein. Der zweite Teil des Wahlunterstützungsprojekts, durch das die Bürger über die rechtlichen Aspekte von Wahlen aufgeklärt werden sollten, umfasste die Produktion und Ausstrahlung von öffentlich-rechtlichen Informationssendungen, die ein potenzielles Publikum von 21 Millionen Zusehern erreichten.

Der Projektkoordinator setzte sich auch in diesem Jahr für den Aufbau unabhängiger und starker Medien in der Ukraine ein und unterstützte dazu die Reform und den Entwurf von Mediengesetzen. Er hielt Fortbildungskurse für mit Medienfragen befasste Richter ab.

Und schließlich arbeitete der Projektkoordinator an der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Transparenz und Rechenschaftspflicht der Regierungsstellen. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den ukrainischen Behörden und der Zivilgesellschaft unterstützte er mehrere Bürgerbewegungen, wie zum Beispiel eine Initiative, die sich für bessere Zugänge zu öffentlichen Orten und Gebäuden für junge Menschen mit Behinderungen in der Region Luhansk einsetzt.

*Projektkoordinator:*

*Botschafter James F. Schumaker*

*Genehmigter Haushalt: 2.467.800 EUR*

*[www.osce.org/ukraine](http://www.osce.org/ukraine)*

## Südkaucasus

### Das Büro in Baku

[map]  
Baku  
[map]

Büro in Baku

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Im Vorfeld der für Oktober 2008 angesetzten Wahlen verstärkte das Büro seine Bemühungen zur Unterstützung der Regierung von Aserbaidschan bei der Erfüllung der Verpflichtungen des Landes als Teilnehmerstaat. Es leistete Hilfestellung bei der Reform der Polizei und des Justizwesens und förderte Medien- und Versammlungsfreiheit, Good Governance, Umweltbewusstsein und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Ausbildung von Polizeischülern.** Im Januar 2008 wird ein neuer Lehrplan für die Ausbildung von Polizeianwärtern in Kraft treten, der vom Büro gemeinsam mit dem tschechischen Innenministerium ausgearbeitet wurde. Der neue Lehrplan sieht vor, dass die Grundausbildung für Polizisten von drei auf sechs Monate verlängert wird.

**Community policing.** Das Büro machte bürgernahe Polizeiarbeit zum Bestandteil eines gemeinsam mit der türkischen Polizei in der Stadt Mingeschewir durchgeführten Pilotprojekts. Angesichts der äußerst ermutigenden Ergebnisse dieses Projekts stimmten die aserbaidchanischen Behörden zu, es auf andere Orte in Aserbaidschan auszudehnen.

**Umgang mit öffentlichen Versammlungen.** Das Büro setzte die Schulung der Truppen des Innenministeriums in Methoden für eine effektive Abwicklung öffentlicher Veranstaltungen unter gleichzeitiger Achtung des Rechts auf Versammlungsfreiheit fort, in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit dem ungarischen Polizeidienst. Bisher wurden mehr als 300 Angehörige der Polizei und der Kräfte des Innenministeriums im Umgang mit öffentlichen Versammlungen ausgebildet.

**Demokratische Kontrolle der Streitkräfte.** In diesem Jahr führte das Büro zahlreiche Gespräche und Diskussionsrunden mit Vertretern des Verteidigungsministeriums und der Zivilgesellschaft, um die demokratische Kontrolle der Streitkräfte zu fördern. Im Rahmen dieser Initiative war das Büro bei der Einrichtung eines zentralen Ausschusses behilflich, in dem alle 35 Vereinigungen vertreten sind, die für die Interessen aktiver und pensionierter Militärangehöriger in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und Soziales eintreten.

### Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

**Good Governance und Korruptionsbekämpfung.** Das Büro unterstützte zwei von der aserbaidchanischen Sektion von *Transparency International* geführte Regionalzentren für

Interessenvertretung und Rechtsberatung, die der Förderung der gesetzlich verankerten Bürgerrechte und der Abwicklung von Korruptionsanzeigen dienen.

Das Büro gab auch den Anstoß zu Kursen für aserbaidische Manager und Buchhalter über die internationalen Grundsätze des Rechnungswesens.

**Umweltangelegenheiten.** Das Büro war dem Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen bei der Einrichtung von zwei neuen Aarhus-Zentren in Ganja und Gazakh behilflich. Die Zentren sammeln Umweltinformationen zur Unterstützung der *Aarhus-Konvention*.

Das Büro war maßgeblich an der Durchführung der aserbaidischen Version des „Umweltkoffers“ an mehr als 1000 aserbaidischen weiterführenden Schulen beteiligt.

Das Büro setzte die verwaltungstechnische Unterstützung für das nunmehr ins fünfte Jahr gehende OSZE/NATO-Programm *Überwachung der Flüsse* im Kaukasus fort.

**Regionalentwicklung.** Zur Förderung des Übergangs zur freien Marktwirtschaft bot das Büro Landwirten und Kleinunternehmern rund um Baku Beratung und betriebswirtschaftliche Ausbildung an.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

### **Rechtsstaatlichkeit**

**Prozessbeobachtung.** Nach der Beobachtung von über 500 Prozessen verfasste das Büro seinen zweiten Prozessbeobachtungsbericht und leitete seine Erkenntnisse an die Regierung von Aserbaidschan weiter; es ist dies Teil seines Programms zur Förderung der Justizreform.

**Reform der Untersuchungs- und Polizeihaft.** Das Büro führte den Vorsitz in den gemeinsam mit der Regierung abgehaltenen Expertentreffen zur Fertigstellung eines Gesetzesentwurfs zur Reform der aserbaidischen Untersuchungs- und Polizeihaft. Das Büro war dabei behilflich, die Kompetenz der Vertreter nationaler Nichtregierungsorganisationen zur Beobachtung von Hafteinrichtungen durch Schulung in der Evaluierung und Beurteilung zu verbessern.

**Richterausbildung.** Das Büro schulte 102 Richteranwälte in den Bereichen Zivilrecht, Strafrecht und Menschenrechte. Es schloss auch die Vorbereitung für die im nächsten Jahr geplante Ausbildung von Richtern an erstinstanzlichen Gerichten und an Berufungsgerichten ab.

**Jugendgerichtsbarkeit.** Das Büro unterstützte die Nichtregierungsorganisation Allianz für die Rechte der Kinder bei der Durchführung von Recherchen über Haftanstalten für Minderjährige und über die Neutralität und Effektivität von Gerichtsverfahren gegen Jugendliche. Nach Rücksprache mit der Regierung über Möglichkeiten zur Verbesserung der Jugendgerichtsbarkeit gab das Büro einen Monitoringbericht zum Thema Jugendgerichtsbarkeit heraus.

**Hilfe für den Gesetzgeber.** Das Büro war bei der Ausarbeitung von Gesetzesnovellen zu den Themen Versammlungsfreiheit, Flurbereinigung, Arbeit, Anwälte, zu den Bestimmungen des

Strafgesetzbuchs über Verleumdung und üble Nachrede sowie zur Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofs behilflich.

## **Demokratisierung**

**Medienfreiheit.** Zur Verbesserung der Transparenz der Arbeit der Regierung begann das Büro mit einem Langzeitprojekt, das praktische Orientierungshilfen zur Verbesserung des Informationsflusses zwischen Regierungsstellen und den Medien anbieten soll.

Das Büro nahm ein umfassendes Schulungsprogramm für Journalisten und leitende Mitarbeiter der Geschäftsführung für die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt ITV in Angriff. Das Programm soll 2008 fortgeführt werden und geht in erster Linie auf die Berichterstattung über freie und faire Wahlen ein.

Das Büro unterstützte einen Gesetzesentwurf für ein neues Verleumdungsgesetz, durch das – sollte es verabschiedet werden – Verleumdung entkriminalisiert würde.

**Wahlgesetze und -praktiken.** Im Hinblick auf die für 2008 angesetzten Präsidentenwahlen übernahm das Büro die Federführung bei der Koordinierung der Aktivitäten der internationalen Akteure. Es zeigte Unzulänglichkeiten und verbesserungswürdige Bereiche auf, um sicherzustellen, dass die Wahlen nach internationalen Standards abgewickelt werden.

**Unterstützung der Zivilgesellschaft.** Das Büro eröffnete in Schamachi ein Ressourcen-zentrum für Demokratie und Gender. Zur Förderung einer stärkeren Vertretung von Frauen in der Zivilgesellschaft bot es Schulungskurse für die Gründung und Führung von Nicht-regierungsorganisationen sowie Anleitungen für Fundraising an.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Das Büro veranstaltete Workshops für Rechts-anwältinnen über die Bekämpfung des Menschenhandels und war Sponsor einer Fernseh-sendung, die über diese Frage aufklären sollte.

*Leiter des Büros:*

*Botschafter José Luis Herrero ab 3. Februar, als Nachfolger von Botschafter Maurizio Pavesi, dessen Mandat am 8. Januar endete*

*Genehmigter Haushalt: 2.476.500 EUR*

[www.osce.org/baku](http://www.osce.org/baku)

## Die Mission in Georgien

[map]

Tiflis

Zchinwali

[map]

Mission in Georgien

Büro für wirtschaftlichen Wiederaufbau

Zum Menschenrechtsbüro der VN entsandte Mitarbeiter

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Die Mission leistete der Regierung laufend Unterstützung bei deren Reformvorhaben und reagierte auch auf unvorhergesehene Herausforderungen und Ereignisse in Georgien.*

*Im Rahmen ihrer Bemühungen zur Förderung einer friedlichen Lösung des georgisch-ossetischen Konflikts wirkte die Mission durch das von der OSZE geleitete Wirtschaftssanierungsprogramm vertrauensbildend. Allerdings beeinträchtigten verschiedene problematische Entwicklungen in der Konfliktzone, unter anderem eine Krise im Zusammenhang mit der Wasserversorgung im Frühsommer und der Raketenzwischenfall im August, die Fortschritte im politischen bzw. Sicherheitsbereich. Dennoch lud der neue Leiter der Mission im Oktober zum ersten offiziellen Treffen der vollständig versammelten Gemeinsamen Kontrollkommission seit mehr als einem Jahr in den Räumlichkeiten der Mission.*

*Die Mission beobachtete den elftägigen Ausnahmezustand, der im November in Tiflis nach der Auflösung der von der Opposition angeführten Demonstration tausender Menschen, der Schließung einer führenden TV-Gesellschaft und der Ankündigung vorgezogener Präsidentschaftswahlen für den 5. Januar 2008 ausgerufen worden war, und half der Organisation dabei, darauf entsprechend zu reagieren. Zu Jahresende beschäftigte sich die Mission mit der Koordinierung der Unterstützungsbemühungen der Staatengemeinschaft für die bevorstehenden Wahlen und der Vorbereitung der Langzeitbeobachtermission des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte.*

*Die Mission führte Projekte in den Bereichen Demokratisierung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Polizeireform, Terrorismusbekämpfung, Krisenreaktion, Wirtschaftsentwicklung und Umweltsicherheit erfolgreich durch.*

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

### Konfliktbeilegung

**Der georgisch-ossetische Konflikt.** Die Mission trug dazu bei, dass die Konfliktparteien in der Gemeinsamen Kontrollkommission unter dem gemeinsamen Vorsitz Georgiens, Süd-ossetiens, Nordossetiens und Russlands und auch außerhalb miteinander im Gespräch blieben. Beobachtungsoffiziere der OSZE setzten ihr Monitoring der angespannten Sicherheitslage vor Ort fort und arbeiteten eng mit den zuständigen Stellen und den gemeinsamen

Friedenstruppen zusammen, deren Aktivitäten sie im Rahmen ihres Mandats zu überwachen haben.

**Vertrauensbildung in der Konfliktzone.** Die Mission schloss die Koordinierung eines wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramms, das aus Mitteln der Europäischen Kommission in Höhe von 2,5 Millionen Euro finanziert wurde, erfolgreich ab. Sie befasste sich weiter mit der Durchführung des unter Leitung der OSZE stehenden *Programms für wirtschaftlichen Wiederaufbau*, das von 21 internationalen Geldgebern mit über 8 Millionen Euro finanziert wird. Das *Programm* soll innerhalb der betroffenen Gemeinschaften und zwischen den verschiedenen Seiten Vertrauen schaffen. Bisher konnten im Rahmen dieses Programms mehrere Trinkwasserleitungen, die Reparatur des Hauptspeichers in Zchinwali, die Errichtung eines Gebäudes, das eine Schule und ein Krankenhaus beherbergt, und die laufenden umfangreichen Sanierungsarbeiten an verschiedenen Schulen abgeschlossen werden. Im Rahmen der Programmkomponente Wirtschafts- und Unternehmensentwicklung wurden mehr als 80 verschiedene Ausbildungsseminare zu einem breiten Themenspektrum angeboten, die von über 1200 Einwohnern der Konfliktzone besucht wurden.

Die Mission setzte sich unverändert für die friedliche Beilegung des Konflikts in allen drei OSZE-Dimensionen der Sicherheit ein. Die Projekte bestanden unter anderem in der Produktion eines vertrauensbildenden Films – einer Gemeinschaftsproduktion von georgischen und ossetischen Journalisten –, der Durchführung eines Kleinkreditprogramms zum Aufbau der Kapazitäten von Nichtregierungsorganisationen und in Vorbereitungsarbeiten für die Eröffnung eines Umweltzentrums.

**Der georgisch-abchasische Konflikt.** Aufgrund der Entwicklungen vor Ort kam der Friedensprozess unter Führung der Vereinten Nationen kaum voran. Die Mission setzte dennoch ihre Unterstützung für den VN-Prozess zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Seiten fort.

### ***Ein Pionierprojekt: Georgische und ossetische Journalisten drehen gemeinsam einen Film.***

*Im Rahmen eines Projekts der OSZE-Mission drehte ein Team bestehend aus georgischen und ossetischen Journalisten einen Dokumentarfilm über die Konzepte und Ergebnisse des vor kurzem abgeschlossenen und von der Europäischen Kommission finanzierten Programms für wirtschaftlichen Wiederaufbau in der Konfliktzone. Ein führender georgischer TV-Sender, Rustawi 2, strahlte den Film im Februar aus. Es war der erste derartige Film, seit die mit Waffengewalt ausgetragenen Spannungen in der Region im Sommer 2004 wieder zugenommen hatten.*

### **Andere Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Vernichtung veralteter Waffen.** Die Mission befasste sich weiter mit der Zerlegung veralteter Munition und der Zerstörung nicht wiederverwertbarer Kampfmittel. Die von der Mission gespendete TNT-Schmelzausrüstung ging zu Beginn des Jahres in Betrieb und ermöglichte bisher die Wiederverwertung von 9000 Artilleriegeschossen.

**Polizeireform und Terrorismusbekämpfung.** Die Mission war dem Innenministerium weiterhin bei der Durchführung seiner Polizeireform behilflich, wobei in diesem Jahr bürgernahe Polizeiarbeit, die Unterstützung für die georgische Polizeiakademie und

Personalmanagement im Mittelpunkt standen. Sie half mit, im Innenministerium tragfähige Kapazitäten für die Terrorismusbekämpfung zu schaffen. Zu diesem Zweck veranstaltete sie Aus- und Fortbildungsprogramme und Workshops und leistete dem Ministerium Hilfeleistung bei der Entwicklung eines Datenbankzentrums, das die Ermittlungen bei Anschlägen mit Bomben oder anderen Sprengkörpern erleichtern soll.

**Stärkung der Grenzmanagementkapazitäten.** Die Mission führte ein Programm zur Umwandlung der georgischen Grenzwahe in ein Strafverfolgungsorgan zum erfolgreichen Abschluss. Über 300 Beamte wurden in schnellem Eingreifen, in Einsatzplanung und im Aufbau einer funktionierenden Schulungsabteilung ausgebildet. Darüber hinaus stellte die Mission dem Innenministerium Personal für den Rettungsdienst zur Verfügung, das eine spezielle Ausbildung für Kriseneinsätze in gefährlicher Umgebung erhalten hatte.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

### **Wirtschaftliche Fragen**

Die Mission finanzierte in Abchasien und Alchalkalaki Zentren für betriebswirtschaftliche Unterstützung, die im Interesse der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in diesen Regionen Unternehmern die dringend benötigte Ausbildung anbieten.

Die Mission setzte ihre Unterstützung für Nichtregierungsorganisationen fort, die die Einhaltung der Verpflichtungen der Regierung zur Umsetzung der Empfehlungen des Anti-korruptionsnetzes der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwachen.

Ressourcenzentren für Good Governance in Gardabani und Marneuli, wo große ethnische Minderheiten leben, erhielten auch in diesem Jahr Unterstützung durch die Mission. Diese Zentren sind der örtlichen Verwaltung bei der Haushaltsplanung und -umsetzung und der Verwaltung öffentlicher Mittel behilflich.

### **Umweltfragen**

Die Mission und das Umweltministerium unterstützten auch in diesem Jahr das Aarhus-Zentrum, dessen Ziel die Förderung eines Umweltbewusstseins in ganz Georgien ist. Darüber hinaus unterstützte die Mission zwei regionale Umweltzentren in Kwemo-Kartli.

Die OSZE/VN-Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) wurde von der Mission bei der Entwicklung von Projekten zur Bewältigung umweltbezogener Sicherheitsprobleme unterstützt. Auch das NATO/OSZE-*Flussüberwachungs-Projekt* wurde weiter gefördert.

Ferner finanzierte die Mission Umweltjugendklubs, die Umwelterziehung für über 500 georgische Schüler und Studenten anboten.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Demokratisierung und Wahlen.** Auch in diesem Jahr setzte die Mission ihre Zusammenarbeit mit der Hauptwahlbehörde fort, der sie Mitarbeiterschulungen anbot, um die Transparenz, Rechenschaftspflicht und Professionalität der Behörde zu verbessern. Die Mission

trug zur Finanzierung eines inländischen „Wahlwächters“ bei, der die internen und externen Kommunikations- und Verwaltungsstrukturen der für die Wahl zuständigen Verwaltungsstellen beobachtet. Im Hinblick auf die Heranführung der Wahlordnung an internationale Standards förderte die Mission den Dialog zwischen dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, der Venedig-Kommission und den georgischen Wahlorganen. Sie koordinierte die Einbeziehung der internationalen Gemeinschaft in Wahlangelegenheiten – eine Rolle, die besonders im Hinblick auf die für Anfang 2008 geplanten vorgezogenen Wahlen Bedeutung gewann.

**Nationale Minderheiten.** Die Mission setzte ihre Arbeit mit nationalen Minderheiten in der Region Kwemo-Kartli fort, in der hauptsächlich ethnische Aserbajdschaner und Armenier leben. Sie war bei der Entwicklung der Kapazitäten von elf Nichtregierungsorganisationen behilflich, förderte den interethnischen Dialog, bot Kurse in Georgisch und Englisch in Informationstechnologie und Staatsbürgerkunde an, richtete kleine Rechtsberatungszentren ein und organisierte ein Sommerlager für Jugendliche.

**Menschenrechte.** Die Mission setzte ihr Monitoring der Verhältnisse in georgischen Gefängnissen und ihre Prozessbeobachtung fort, bot Rechtsberatung für Opfer von Menschenrechtsverletzungen an und leitete gemeldete Verletzungen an die Behörden weiter. Sie setzte sich für die Verbesserung der Haftbedingungen ein, indem sie auf die Rechte von Häftlingen aufmerksam machte und Gefangene in Rechtsfragen beriet. Für Vertreter der Rechtsberufe bot sie Schulungsmaßnahmen in schwierigeren Aspekten der europäischen Menschenrechtsstandards an, für Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden Kurse in Strafrechtsfragen und für Lehrer an weiterführenden Schulen aus drei Regionen Training für den Unterricht von Menschenrechten.

**Das Menschenrechtsbüro in Abchasien (Georgien).** Wie in den Vorjahren setzte die OSZE-Mission in Georgien ihre Zusammenarbeit mit dem VN-Menschenrechtsbüro in Abchasien (Georgien) fort und entsandte zu diesem Zweck einen Mitarbeiter der OSZE-Mission als Menschenrechtsbeauftragten. Abgesehen von seiner Tätigkeit im Rahmen des Monitorings von Menschenrechtsverletzungen in Abchasien überwachte der OSZE-Beauftragte auch die OSZE-Projekte, die sowohl eine Menschenrechtskultur als auch ein Bürgerbewusstsein im ganzen Land fördern sollen.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Gemeinsam mit der Regierung und der Zivilgesellschaft arbeitete die Mission an der Weiterentwicklung des Systems zur Opferidentifizierung und Opferhilfe, und unterstützte zu diesem Zweck zwei mobile Einheiten, die vor Ort in Menschenhandelsfällen ermitteln. Sie führte auch ein Mikrokreditprogramm für Nichtregierungsorganisationen durch, die sie damit bei deren Aufklärungsarbeit über Menschenhandelsfragen unterstützte. Außerdem produzierte sie ein Handbuch für medizinische Fakultäten über den Umgang mit Opfern des Menschenhandels.

**Medienfreiheit.** Die Mission verbesserte den Informationsfluss zwischen den von ethnischen Minderheiten besiedelten Regionen und dem übrigen Land und unterstützte die Übersetzung der Nachrichtensendungen des öffentlichen Senders ins Aserbajdschanische für die Bewohner der Region Kwemo-Kartli. Um das Bewusstsein für die Herausforderungen zu schärfen, denen sich ethnische Minderheiten gegenübersehen, veranstaltete sie Studienreisen für Journalisten nach Jawacheti, wo die größte armenischsprachige Gemeinschaft des Landes lebt.

Nachdem eine führende Rundfunkanstalt am 7. November nach einer Klage des georgischen Generalstaatsanwalts ihren Betrieb einstellen musste, verfolgte die Mission gemeinsam mit dem Beauftragten der OSZE für Medienfreiheit und der internationalen Gemeinschaft in Georgien die Lage der Medien aufmerksam und bemühte sich um eine rasche Lösung dieser Frage.

**Rechtsstaatlichkeit.** Die Mission setzte ihre Hilfestellung für die Reform des Strafvollzugsystems fort und bot praktische Empfehlungen, personelle Ausbildung und Rehabilitationsprogramme zur Wiedereingliederung von Häftlingen in die Gesellschaft an. Zur Unterstützung der Justizreform bot sie Richterfortbildung an, veranstaltete für georgische Beamte eine Studienreise nach Frankreich und entwickelte einen Lehrplan für die Grundausbildung an der neu geschaffenen juristischen Fakultät.

*Leiter der Mission:*

*Botschafter Terhi Hakala ab 15 Oktober, als Nachfolger von Botschafter Roy Reeve, dessen Mandat am 31. Juli endete*

*Genehmigter Haushalt: 10.106.200 EUR*

*[www.osce.org/georgia](http://www.osce.org/georgia)*

## Das Büro in Eriwan

[map]  
Eriwan  
Kapan  
[map]

Büro in Eriwan  
Außenstelle

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Das Büro in Eriwan unterstützte die weitere Reform der Wahlordnung in Armenien. In Zusammenarbeit mit den armenischen Behörden schloss es die Wiederaufbereitung der hochgiftigen und hochflüchtigen Raketentreibstoffkomponente Mélange ab. Es war außerdem bei der Einführung von bürgernahe Polizeiarbeit in Armenien behilflich.*

**Wahlreform.** Das Büro trug zur Verbesserung der praktischen Durchführung von Wahlen bei und unterstützte dazu die Schulung der Wahlorgane, sponserte die Veröffentlichung von Fachbroschüren über Wahlen und förderte das öffentliche Bewusstsein für die mit Wahlen verbundenen Rechte und Verfahren. Ferner leistete es der Hauptwahlbehörde technische Hilfestellung.

**Korruptionsbekämpfung.** Das Büro eröffnete in drei Regionen Armeniens Korruptionsmeldestellen und war den Behörden bei der Ausarbeitung des Mandats für die neue *Nationale Korruptionsbekämpfungsstrategie* für den Zeitraum 2008 bis 2012 behilflich.

**Fortbildung für Beamte.** Das Büro bot für Mitarbeiter des Außenministeriums eine Fortbildung in außenpolitischer Analyse an und begann mit einem Schulungsprogramm, das auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums zugeschnitten ist.

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Polizeiunterstützungsprogramm.** Nach Abschluss der Renovierung und Ausstattung des Zentrums für polizeiliche Grundausbildung war das Büro bei der Überarbeitung der Lehrpläne und der Schulung der Mitarbeiter behilflich. Es leistete Hilfestellung bei der Einführung der bürgernahen Polizeiarbeit im Bezirk Arabkir in Eriwan und erhob den Bedarf an einem computergestützten Notrufzentrum in Eriwan.

**Verstärkung der Sicherheit im Internet.** Das Büro unterstützte die Arbeitsgruppe für Sicherheit im Internet, die den Gesetzesentwurf über Informationstechnologie begutachtete. Es übermittelte den Behörden die internationalen Standards für Informationssicherheit in armenischer Übersetzung.

**Demokratische Kontrolle der Streitkräfte.** Das Büro bot für Beamte des Verteidigungsministeriums, des nationalen Sicherheitsdienstes, der Polizei, für Parlamentsmitarbeiter, Medienvertreter und Nichtregierungsorganisationen Schulung und Beratung in Fragen der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte an.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Beseitigung von Mélange.** Mit Unterstützung des Büros wurden im September 872 Tonnen des Raketentreibstoffs *Mélange* in 4972 Tonnen Dünger umgewandelt und auf 1243 Hektar Land ausgebracht. Eine Gruppe örtlicher und internationaler Experten aus Russland, Georgien und den Geberländern des aus außerbudgetären Mitteln finanzierten Projekts überwachte den gesamten Prozess aus nächster Nähe, um dessen fachlich korrekte Durchführung, finanzielle Transparenz und Umweltsicherheit sicherzustellen. Ein offizieller Akt beschloss die erfolgreiche Durchführung des größten außerbudgetären Projekts, das das Büro jemals durchgeführt hatte und das von Kanada, Finnland, Deutschland und den Vereinigten Staaten finanziert wurde.

**Unterstützung bei der Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU).** Das Büro war bei der Ausarbeitung eines Systems von Indikatoren zur Bewertung der staatlichen KMU-Programme behilflich. Es gab die Beurteilung eines von der Regierung finanzierten Kreditgarantiesystems für KMU in Auftrag und legte die Ergebnisse bei einer Expertentagung in Wien vor, die gemeinsam mit dem Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE veranstaltet wurde.

**Förderung der regionalen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung.** Die Präsenz des Büros in Sjunik unterstützte die Bedarfserhebung für sozio-ökonomische Entwicklung, die von einer regionalen Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor in 30 ländlichen Gemeinden durchgeführt wurde.

**Förderung der Aarhus-Konvention.** Das Büro unterstützte bestehende Zentren zur Information der Öffentlichkeit über Umweltfragen und richtete drei weitere ein.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Unterstützung der Volksanwaltschaft.** Das Büro organisierte gemeinsam mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte Workshops zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der Volksanwaltschaft, der staatlichen Verwaltung und der Zivilgesellschaft. Das Büro führte regelmäßig den Vorsitz in einer internationalen Arbeitsgruppe für Ombudsleute.

**Unterstützung für die Reform der Strafrechtspflege.** Das Büro bot der Anwaltskammer und der Generalstaatsanwaltschaft Ausbildungsmöglichkeiten an und förderte Gesetzesinitiativen zur Reform der Strafrechtspflege. Es unterstützte die Tätigkeit öffentlicher Beobachtungsgremien in Strafvollzugseinrichtungen und Polizeihafenanstalten.

**Toleranz und Minderheitenrechte.** Das Büro organisierte Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen zu Minderheitenrechten und gab Publikationen zu diesem Thema heraus. Es unterstützte handwerkliche Kurse für Frauen und Jugendliche in Haftanstalten und ein internationales Sommerlager für Kinder mit Behinderungen.

**Aufklärung der Öffentlichkeit über Menschenrechte.** Das Büro produzierte vier Belangsendungen zu den Menschenrechten und unterstützte die Herausgabe einer Broschüre über die Spruchpraxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Darüber hinaus informierte es die Öffentlichkeit über Mechanismen zur Förderung und zum Schutz von Eigentumsrechten.

**Medienfreiheit.** Das Büro veranstaltete Workshops zur Informationsfreiheit und Medien-selbstkontrolle und bot Expertenberatung zu Mediengesetzen und zur Rundfunkdigitali-sierung an. Es nahm ein ehrgeiziges Projekt in Angriff, durch das die Ausbildung von PR-Referenten in Medienfreiheit institutionalisiert werden soll.

**Bekämpfung des Menschenhandels und Migration.** Gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Internationalen Zentrum für Migrationspolitikentwicklung unterstützte das Büro die Einrichtung eines nationalen Leitmechanismus und beteiligte sich an der Erhebung des Schulungsbedarfs der Strafverfolgungsbehörden in Fragen der Be-kämpfung des Menschenhandels. Das Büro gab auch eine Erhebung über Arbeitsmigration aus Armenien im Zeitraum 2005 bis 2007 und eine Überprüfung der Migrationsgesetze in Auftrag.

**Auseinandersetzung mit Genderfragen.** Das Büro unterstützte Forschungsarbeiten über die politische Mitsprache der Frauen, häusliche Gewalt und die wirtschaftliche und politische Hilfe zur Selbsthilfe für Frauen in der Region Sjunik. Es half einer Nichtregierungs-organisation bei der Herausgabe einer Reihe von Einschaltungen in Monatsmagazinen über die politische Mitsprache von Frauen.

**Jugend.** Das Büro unterstützte Diskussionen mit Jugendlichen über Gesetzesentwürfe zum Schulwesen und zur örtlichen Verwaltung sowie die Veranstaltung von Sommerkursen für Jugendführer in Sjunik.

*Leiter des Büros:*

*Botschafter Sergei Kapinos ab 1. Oktober, als Nachfolger von Botschafter Wladimir Prjachin, dessen Mandat am 14. Juni endete*

*Genehmigter Haushalt: 2.315.800 EUR*

*[www.osce.org/yerevan](http://www.osce.org/yerevan)*

## Zentralasien

### Das Zentrum in Aschgabad

[map]

Aschgabad

[map]

Zentrum in Aschgabad

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Das Zentrum in Aschgabad setzte seine Informationskampagne über OSZE-Verpflichtungen und -Grundsätze fort und verlagerte den Schwerpunkt zunehmend darauf, seine Erfahrungen mit ihrer Umsetzung in die konkrete Politik weiterzugeben. Gemeinsam mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) verfolgte das Zentrum die Präsidentschaftswahlen vom Februar und erstellte ein Programm zur Unterstützung von wahlbezogenen Fragen und für Ausbildungskurse in internationalen Menschenrechtsregelungen. Das Zentrum verstärkte seine Aktivitäten zur Stärkung der Grenzsicherung und des Grenzmanagements durch Fortbildungsveranstaltungen, die es sowohl in Turkmenistan als auch im Ausland abhielt. Es arbeitete auch verstärkt mit turkmenischen Hochschulen zusammen, organisierte Veranstaltungen über Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung und bot örtlichen Organisationen, die sich für Verbesserungen im Bildungswesen einsetzen, verstärkte Unterstützung an.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Stärkung von Grenzsicherung und -management.** Das Zentrum veranstaltete eine Reihe von Fortbildungskursen zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation von Grenzschutzbeamten aus dem ganzen Land im Hinblick auf den Schmuggel mit Drogen und anderen Gütern. Die Teilnehmer wurden in Fragen der Drogenfahndung und der Identifizierung von Drogen ausgebildet und lernten, wie man Schmuggel mithilfe moderner Röntgen-ausrüstung und Ermittlungsmethoden aufdeckt.

Das Zentrum organisierte auch Praxiskurse in Deutschland für Grenzmanagement und zur Einschulung von Zollbeamten, an denen mehrere Zoll- und Grenzbeamte teilnahmen.

**Polizeiausbildung.** Das Zentrum veranstaltete an der türkischen Polizeiakademie in Ankara einen einwöchigen Lehrgang für bürgernahe Polizeiarbeit. Dabei wurden sechs Polizeibeamte aus Turkmenistan in Polizeiethos und Rechenschaftspflicht sowie in Methoden zur Schaffung von Vertrauen auf Nachbarschaftsebene unterwiesen.

**Vertrauens- und Sicherheitsbildung.** Das Zentrum veranstaltete für sechs Rüstungskontrollbeamte aus Turkmenistan einen Ausbildungsbesuch im Verifikationszentrum der deutschen Bundeswehr. Den Schwerpunkt dieser Schulungsveranstaltung bildeten die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der OSZE; die Teilnehmer konnten auch eine Inspektion in der Schweiz miterleben.

### ***Fachausbildung für Menschenrechte in der politisch-militärischen Dimension***

*Die Anwendung des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten und bei Sicherheitseinsätzen im Inland bildete den Schwerpunkt eines Kurses, den das Zentrum im August für Streitkräfte und Strafverfolgungsbeamte organisierte. Der Kurs sollte den Streitkräften Turkmenistans auch dabei helfen, diese Grundsätze in ihre Ausbildungsprogramme zu übernehmen.*

*Im November veranstaltete das Zentrum einen Lehrgang für turkmenische Beamte zum Thema Anwendung internationaler Menschenrechtsstandards bei der Terrorismusbekämpfung. Den Schwerpunkt des Seminars bildeten die operativen und technischen Aspekte der Terrorismusbekämpfung und der Herausforderungen in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung.*

### **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Hilfestellung für Turkmenistan bei der Integration in die Weltwirtschaft.** In Aschgabad veranstaltete das Zentrum Vorlesungen zu den globalen Finanzmärkten und zum internationalen Finanzwesen. An diesen Vorlesungen nahmen mehr als 150 Studenten, Professoren und Berufsanfänger aus turkmenischen Finanzbehörden teil.

**Hebung des Umweltbewusstseins.** Auch in diesem Jahr unterstützte das Zentrum eine erfolgreiche Reihe von Umwelt-Sommerlagern in der Stadt Chasar am Kaspischen Meer, bei denen Schulkinder in den Schulferien mit Umweltproblemen und Naturschutz vertraut gemacht wurden.

**Unterstützung für die Entwicklung des Tourismussektors.** Das Zentrum lud zwei Experten aus Kirgisistan ein, Vorträge zum Konzept des *Community Based Tourism* zu halten, es veranstaltete Treffen mit privaten Tourismusunternehmen und besuchte touristische Sehenswürdigkeiten, um zu ermitteln, welches Entwicklungspotenzial in Turkmenistan für einen Tourismus besteht, bei dem die lokale Bevölkerung einbezogen wird.

**Seminar für Unternehmerinnen.** Die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen zu fördern, war die Zielsetzung eines Seminars für Unternehmerinnen, das das Zentrum in der Region Mary im Südosten des Landes veranstaltete. Das Seminar galt in erster Linie den Themen strategische Planung und Marketing und sollte die Teilnehmerinnen mit den notwendigen Voraussetzungen für die Gründung eines Unternehmens vertraut machen.

### **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Kurse in humanitärem Völkerrecht.** Das Zentrum erweiterte seine Schulungskursreihe für Beamte um das Thema Übernahme internationaler Menschenrechtsnormen in das nationale Rechtssystem. Den Schwerpunkt der Kurse bildeten 2007 die Menschenrechtsnormen in Bezug auf Festnahme, Haft und die Rechte des Angeklagten.

Zum ersten Mal veranstaltete das Zentrum eine Vorlesungsreihe zum Thema humanitäres Völkerrecht für Studenten der staatlichen Universität von Turkmenistan.

**Unterstützung legislativer Reformen.** In Unterstützung der laufenden legislativen Reformen in Turkmenistan bot das Zentrum Expertise und Rechtsberatung zu nachahmenswerten Praktiken an. Es beriet mehr als 1200 einzelne Interessenten in Rechtsfragen. Für vier Mitglieder des turkmenischen Parlaments veranstaltete es eine einwöchige Studienreise nach Deutschland, in deren Verlauf ein Erfahrungsaustausch über Parlamentsarbeit und legislative Prozesse stattfand und mit den deutschen Kollegen Fragen der örtlichen Selbstverwaltung erörtert wurden.

**Unterstützung des Dialogs mit dem BDIMR und Aktivitäten im Zusammenhang mit den Präsidentenwahlen.** Das Zentrum unterstützte die Aktivitäten eines vom BDIMR auf Einladung der turkmenischen Behörden entsandten Unterstützungsteams von Wahlexperten. Das Team war dem Zentrum bei der Beobachtung der Präsidentenwahlen vom 11. Februar und der Berichterstattung darüber behilflich und sammelte Informationen über die Wahlen, um mögliche Bereiche für eine künftige Zusammenarbeit zu ermitteln.

Das Zentrum leistete organisatorische Unterstützung für den Besuch des BDIMR-Direktors, Botschafter Christian Strohal, der mit den turkmenischen Behörden übereinkam, die Zusammenarbeit im Hinblick auf den Gesetzesreformprozess des Landes, insbesondere in den Bereichen Wahlen und Strafrechtspflege, auszubauen.

**Unterstützung für Turkmenistan bei der Umsetzung seiner OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf demokratische Wahlen.** Das Zentrum veranstaltete für mehr als 70 inländische Wahlbeobachter aus dem ganzen Land ein Seminar, das einen Überblick über die OSZE-Verpflichtungen und andere internationale wahlbezogene Standards gab und die BDIMR-Wahlbeobachtungsmethoden vorstellte.

**Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.** Zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern unterstützte das Zentrum ein Projekt namens *Tech Age Girls*, das jungen Frauen die Möglichkeit gibt, ihre Computer-Kenntnisse zu entwickeln und in ihrer jeweiligen Gemeinschaft eine Führungsrolle zu übernehmen. Das Zentrum veranstaltete auch mehrere öffentliche Vorträge und Schulungskurse zu den Themen geschlechtsbezogene Gewalt und Gewalt in der Familie.

### ***Unterstützung für die Jugendförderung***

*Das Zentrum unterstützte örtliche Organisationen, die Englisch- und Computerkurse abhalten und andere Aktivitäten setzen, um Jugendlichen beim Erwerb wichtiger Fertigkeiten und beim Aufbau kooperativer Beziehungen zu helfen. In den Schulferien unterstützte es mehrere Sommerlager und andere Veranstaltungen, die sich den Schwerpunkten Umweltschutz, politische Bildung sowie Verhütung von Drogenmissbrauch und der Übertragung von HIV widmeten. In seiner Informationsstelle, in der man auch Zugang zu Computern, zum Internet und zu Druckwerken mit OSZE-Bezug erhält, organisierte das Zentrum Fachveranstaltungen und Ausbildungskurse für Jugendgruppen und Jugendführer.*

### ***Menschenrechtskurse***

*„Es ist ganz wichtig, dass die Frage der Menschenrechte anhand eines spezifischen rechtlichen Rahmens abgehandelt wird, damit die Staaten eine konkrete Vorstellung davon erhalten, wie man das Völkerrecht in das nationale Rechtssystem überträgt“, sagt Professor Douwe Korff, ein Fachmann für Menschenrechte und vergleichende Rechtswissenschaften,*

*der seit 4 Jahren an OSZE-gestützten Projekten in Turkmenistan teilnimmt. „Da wir in diesem Jahr detaillierter darauf eingehen, wie Menschenrechtsgrundsätze in der Justizverwaltung anzuwenden sind, können die Teilnehmer leichter einen Konnex zwischen den Konzepten, der Gesetzgebung und ihrer täglichen Arbeit herstellen.“*

*Leiter des Zentrums:*

*Botschafter Ibrahim Djikić*

*Genehmigter Haushalt: 1.228.400 EUR*

*<http://www.osce.org/ashgabad/>*

## Das Zentrum in Astana

[map]  
Almaty  
Astana  
[map]

Zentrum in Astana  
Verbindungsbüro

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Im Sinne größerer Transparenz in seinen Aktivitäten verfolgte das Zentrum einen „drei-gliedrigen Ansatz“, der dafür sorgte, dass offizielle Stellen, die Zivilgesellschaft und die OSZE in die durchzuführenden Projekte eingebunden werden. Das Zentrum förderte Vertrauens- und Sicherheitsbildung, besseres Grenzmanagement und die Terrorismusbekämpfung. Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Bewirtschaftung grenzüberschreitender Gewässer bildeten ebenfalls Schwerpunkte. In der menschlichen Dimension widmete sich das Zentrum insbesondere den Entwicklungen im Medienbereich, der Justiz- und Rechtsreform, dem Schutz religiöser Minderheiten, Genderfragen und der Bekämpfung des Menschenhandels. Im Juni wurde das Zentrum auf Beschluss des Ständigen Rates von Almaty nach Astana verlegt und entsprechend umbenannt. In Almaty bleibt ein Verbindungsbüro.*

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Vertrauensbildung.** Das Zentrum setzte sich wie bisher durch Schulungskurse für die Umsetzung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen im Einklang mit dem *Wiener Dokument 1999* ein. Die Kurse wurden gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium veranstaltet.

**Aufbau moderner Polizeikräfte.** In Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden ermöglichte das Zentrum Diskussionsrunden zwischen Angehörigen der Strafverfolgungsbehörden und Vertretern der Zivilgesellschaft zum Thema Polizeiaktivitäten und öffentliches Monitoring.

**Grenzmanagement.** In Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden und anderen internationalen Organisationen bot das Zentrum Fortbildungskurse für kasachische Grenzbeamte an, um die Grenzkontrolle durch die Förderung international bewährter Methoden zu verstärken.

**Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität.** Das Zentrum unterstützte ein viermonatiges gemeinsames Programm der OSZE-Missionen in Zentralasien, in dessen Rahmen Polizeihundeführer für die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität ausgebildet wurden.

**Parlamentarische Entwicklung.** In Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen veranstaltete das Zentrum Diskussionsrunden und Schulungskurse für Parlamentsabgeordnete und Regierungsvertreter. Diese Veranstaltungen sollten die Vorarbeiten für den Einsatz eines eigenen Gremiums leisten, das im Parlament zur Entwicklung von Strategien

für die parlamentarische Entwicklung und zur Förderung einer breiteren Einbindung der Zivilgesellschaft in den Gesetzgebungsprozess eingerichtet werden soll.

**Wahlbeobachtung und Wählerschulung.** Das Zentrum reagierte umgehend auf die Ansetzung vorgezogener Parlamentswahlen im August und bot Schulungskurse für lokale Wahlbeobachter an. Im Sinne einer Bewusstseinsbildung für künftige Wähler unterstützte das Zentrum die Veröffentlichung und Verteilung von Material an Jugendliche im gesamten Land.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Nachhaltige Entwicklung.** Das Zentrum war Kasachstan bei der Durchführung seines *Konzepts für den Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung 2007–2024* behilflich und wirkte zu diesem Zweck bewusstseinsbildend auf staatliche Amtsträger und Nichtregierungsorganisationen ein. An dem diesjährigen alljährlich stattfindenden Sommerlager zum Thema nachhaltige Entwicklung nahmen Teenager aus der Region rund um den Aralsee teil.

**Bewirtschaftung grenzüberschreitender Gewässer.** Gemeinsam mit den Vereinten Nationen organisierte das Zentrum regionale Veranstaltungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Bewirtschaftung der Grundwasserressourcen. Das Zentrum war auch bei der Ausarbeitung des Mandats der bilateralen Wasserkommission Kasachstans und Kirgisistans für die Flüsse Tschu und Talas behilflich.

**Zugang zu den Gerichten in Umweltangelegenheiten.** Gemeinsam mit kasachischen Sachverständigen des Obersten Gerichtshofs und Wissenschaftlern erstellte das Zentrum ein Handbuch für Richter betreffend den Zugang zu den Gerichten in Umweltangelegenheiten. Das Projekt ist Teil eines Langzeitprogramms zur Förderung der Umsetzung der *Aarhus-Konvention* durch Regierungsinstitutionen und die Zivilgesellschaft.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Justiz- und Rechtsreformen.** Hand in Hand mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) setzte sich das Zentrum auch in diesem Jahr für die Förderung der Grundsätze und bewährten Methoden von Reformen in der Strafrechtspflege ein, insbesondere im Hinblick auf richterliche Haftanordnungen und die Humanisierung des Strafvollzugssystems. Einen Höhepunkt stellte der Abschluss des zweijährigen *Prozessbeobachtungsprojekts* zu Beginn dieses Jahres dar, das vom BDIMR in Zusammenarbeit mit dem Zentrum durchgeführt wurde. Im Anschluss daran führte das Zentrum ein Projekt zur Ausarbeitung von Empfehlungen betreffend die Anwendung gerichtlicher Verfahren durch, die bereits umgesetzt werden.

**Menschenrechte und Demokratisierung.** Bei gemeinsam mit kasachischen Behörden, Nichtregierungsorganisationen und Experten des BDIMR-Beirats für Religions- und Glaubensfreiheit durchgeführten Tagungen und Diskussionsrunden über internationale Rechtsnormen und -praktiken auf dem Gebiet der Religions- und Glaubensfreiheit konzentrierte sich das Zentrum auf die Rechte sowohl der Mehrheits- als auch der Minderheitsreligionen.

**Genderfragen.** Im Zusammenhang mit der Arbeit an einem Gesetzesvorschlag zur Gleichstellung von Frau und Mann veranstaltete das Zentrum für eine Gruppe von Parlamentariern

Studienbesuche in der Russischen Föderation und in Litauen, gefolgt von einer Diskussionsrunde, bei der die besten Modelle für Gleichstellungsgesetze erörtert wurden.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Gemeinsam mit der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten führte das Zentrum einen dreiwöchigen Intensivfortbildungskurs für Staatsanwälte und die Polizei im Hinblick auf neue Ermittlungstechniken durch. Nach wie vor hielt das Zentrum mithilfe eines außerbudgetären Beitrags von Deutschland und durch Beiziehung von Experten des BDIMR auch Fortbildungsveranstaltungen für regionale Beamte über internationale Normen einschließlich nationaler Leitmechanismen ab.

**Entwicklungen im Medienbereich.** Das Zentrum ermöglichte einen Meinungsaustausch zwischen Fachleuten über das laufende Verfahren zur Verbesserung der Mediengesetze. Nach wie vor unterstützte es die Journalistenausbildung, unter anderem auch auf Kasachisch, unter besonderer Berücksichtigung der Regionen. Auf dem Programm standen Themen wie die Parlamentsberichterstattung, die Berichterstattung über Terrorismusfragen sowie die Medien- und Arbeitsgesetzgebung. Weiters wurde auch eine Fortbildung für Rechtsanwälte angeboten, die sich auf Medienrecht spezialisieren möchten.

*Leiter des Zentrums:*

*Botschafter Ivar Vikki*

*Genehmigter Haushalt: 1.981.800 EUR*

*[www.osce.org/astana](http://www.osce.org/astana)*

## Das Zentrum in Bischkek

[map]

Bischkek

Osch

[map]

Zentrum in Bischkek

Außenstelle

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Das Zentrum unterstützte den Verfassungsreformprozess, der den wichtigsten Punkt auf der politischen Agenda der Kirgisischen Republik im Jahr 2007 darstellte und von Regierung und Opposition sehr kontroversiell erörtert wurde. Der Prozess führte zur Verabschiedung einer neuen Verfassung und zu vorgezogenen Parlamentswahlen. Das Zentrum leistete sowohl den Behörden als auch der Zivilgesellschaft in Wahlfragen Hilfestellung.*

*Das Zentrum setzte seine langfristigen Verpflichtungen zur Unterstützung der Polizeireform, der OSZE-Akademie und der Medienentwicklung in den Regionen fort. Es unterstützte das Gastland auch bei der Verbesserung der Menschenrechte, der Umweltsicherheit, der Effizienz politischer Institutionen und von Good Governance im Norden wie im Süden des Landes. Es setzte sich für die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen in verschiedenen Bereichen wie Strafvollzug, Wirtschaftsentwicklung, Migration, Bekämpfung von Menschenhandel und häuslicher Gewalt ein.*

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Polizeiprogramm.** Den Schwerpunkt der Bemühungen des Zentrums bildete die eigenverantwortliche Übernahme des Reformprozesses durch die Polizei. Es bildete örtliche Ermittler und Kriminalisten in analysebasierter Polizeiarbeit und im Umgang mit Notsituationen aus. Es war bei der Konsolidierung der bürgernahen Polizeiarbeit im ganzen Land behilflich und arbeitete an einer Verbesserung der Führungsqualitäten in der Polizei.

**Unterstützung für die Entwicklung politischer Institutionen.** Das Zentrum bot Vertretern politischer Parteien Fortbildungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Organisationsstrukturen und zur Durchführung wirksamer Wahlkampagnen an. Den politischen Parteien im Süden des Landes gab es Gelegenheit, ihre Wahlprogramme durch Live-Sendungen im Radio oder Fernsehdebatten in die Öffentlichkeit zu bringen. Es bot dem nationalen Parlament Rechtsberatung durch Experten an und veranstaltete für Gemeinderäte Kurse, in denen Kontrolltechniken vermittelt wurden.

**Konfliktverhütung.** Das Zentrum unterstützte vertrauensbildende Maßnahmen und Fortbildungsveranstaltungen zur Förderung der Toleranz zwischen bestimmten Volksgruppen im Norden des Landes. Es war bei der Einrichtung eines Pools von Konfliktverhütungsexperten behilflich, die aus staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft kommen. Bei seiner Arbeit in den Bereichen Migration, interethnische Toleranz und Konfliktverhütung in den Gebieten an der Südgrenze des Landes bemühte sich das Zentrum verstärkt um die Ein-

bindung örtlicher Behörden und Akteure. Es förderte eine landesweite Debatte über Religions- und Gewissensfreiheit, deren Höhepunkt im September in Bischkek ein hochrangiges Treffen von Vertretern staatlicher Stellen, verschiedener Religionsgemeinschaften, aus Nichtregierungsorganisationen und Medien bildete.

**Medienentwicklung.** Auch in diesem Jahr unterstützte das Zentrum die Medien-Ressourcenzentren auf Provinzebene in Talas, Karakol und Batken, und es war bei der Eröffnung eines neuen Medien-Ressourcenzentrums in Naryn behilflich. Es half erneut bei der Rechtsberatung und Mediation für lokale Medienbetreiber und hielt für eine Gruppe Journalisten eine Fortbildung zu ethnischen Fragen ab.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Wirtschaftsfragen.** Das Zentrum unterstützte die Regierungsreformen zur Verbesserung des Investitions- und Wirtschaftsklimas in Kirgisistan, für die sich Wirtschaftsverbände, Arbeitsgruppen zur Legislativreform und der Schiedsgerichtshof einsetzen. Es trat auch dafür ein, den Angehörigen der schwächsten Gruppen der Bevölkerung mehr Möglichkeiten für Betriebsgründungen zu verschaffen, und bot Kurse für die Führung kleiner und mittlerer Betriebe und für eine Tätigkeit als Fremdenführer an. Das Zentrum versorgte auch Jugendliche mit Informationen über das Betriebswirtschaftsstudium.

**Umweltfragen.** Im Sinne der Vorgaben des spanischen Vorsitzes machte es sich das Zentrum zu einer vorrangigen Aufgabe, gegen die Bodenverschlechterung und für eine bessere Wasserbewirtschaftung einzutreten. Einer Facharbeitsgruppe war es dabei behilflich, potenzielle Geldgeber auf das Problem der unbeseitigten Uranhalden aufmerksam zu machen. Es förderte den Schutz der Wasserressourcen und sachgerechte Bewässerungsmethoden und unterstützte Kampagnen gegen die weitere Verschmutzung von Flüssen und Seen.

**Good Governance.** Auch in diesem Jahr leistete das Zentrum der staatlichen Agentur für Korruptionsverhütung Hilfestellung. In den drei Provinzen im Süden machte das Zentrum auf die Korruption bei der Vergabe von Sozialleistungen aufmerksam. Es förderte öffentliche Haushaltsdebatten an Universitäten, in örtlichen Regierungsgremien und in der Industrie.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Verfassungs- und Rechtsreform.** Das Zentrum unterstützte die Umsetzung der am 30. Dezember 2006 vom Gesetzgeber verabschiedeten neuen Verfassung, durch die insbesondere die Todesstrafe tatsächlich abgeschafft wurde und Gerichten die alleinige Befugnis zur Ausstellung von Haftbefehlen zugesprochen wurde. Es unterstützte öffentliche Diskussionen im Vorfeld des landesweiten Referendums zur neuen Verfassung und zur neuen Wahlordnung, das am 21. Oktober abgehalten wurde. Als die vorgezogenen Parlamentswahlen, die zum ersten Mal nach dem neuen Verhältniswahlrecht durchgeführt werden sollten, auf 16. Dezember angesetzt wurden, mobilisierte das Zentrum umgehend seine Ressourcen zur Ausbildung der Mitglieder der Wahlkommissionen, der politischen Parteien und der Wähler und zur Unterstützung unabhängiger einheimischer Beobachter sowie von Fernsehdebatten.

**Förderung der Einhaltung humanitärer Völkerrechtsnormen.** Die Unterstützung des staatlichen kirgisischen Programms zur Strafvollzugsreform, das 2010 abgeschlossen sein soll, stellte nach wie vor eine Priorität dar. Das Zentrum war bei der Umsetzung eines neuen

Gesetzes zur Humanisierung des Strafrechts und bei der Verbesserung der Berufsausbildung von Gefängnispersonal behilflich. Besonders wichtig war sein Einsatz für eine Verbesserung der Behandlung von Strafgefangenen und für die Achtung der Menschenrechte in Untersuchungsgefängnissen in den Provinzen Naryn, Talas, Osch und Dschalalabat sowie im Besserungs- und Resozialisierungszentrum für straffällige Jugendliche in Bischkek.

Das Zentrum setzte seine Hilfestellung für das Aus- und Fortbildungszentrum für Staatsanwälte fort, ebenso wie seine Bemühungen um einen einfacheren Zugang bedürftiger Personen zu Prozesskostenhilfe. Es begann auch mit der Unterstützung von Musterprozessen in Fällen von Folter.

**Förderung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses und Bekämpfung des Menschenhandels.** Das Zentrum förderte die Kandidatur von Frauen bei den lokalen Wahlen in Osch im Oktober. Es setzte sich für die Verhütung von Gewalt in der Familie in ländlichen Gebieten ein und unterstützte zu diesem Zweck die Schaffung von Selbsthilfegruppen von Frauen an der Basis, bildete Strafverfolgungs- und Justizbeamte aus und half den Opfern von häuslicher Gewalt durch die Bereitstellung von Frauenhäusern. Im Dezember arbeitete das Zentrum mit dem OSZE-Sekretariat und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zusammen und war bei der Veranstaltung einer Diskussionsrunde zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels in der Region Zentralasien behilflich.

### ***Die OSZE-Akademie***

*Im fünften Jahr ihres Bestehens entließ die OSZE-Akademie 25 Studenten mit dem Titel eines Magisters der Politikwissenschaften und nahm 23 neue Studierende aus Zentralasien auf. Sie erweiterte ihr Aus- und Fortbildungsprogramm und startete ein neues Forschungsprojekt: Oral History of Independent Tajikistan.*

*Leiter des Zentrums:*

*Botschafter Markus Müller*

*Genehmigter Haushalt: 4.085.800 EUR*

*[www.osce.org/bishkek](http://www.osce.org/bishkek)*

## Das Zentrum in Duschanbe

[map]

Chudschand

Duschanbe

Garm

Kuljab

Kurghon-Teppa

Scharitus

[map]

Zentrum in Duschanbe

Außenstelle

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Mit einem ausgewogenen und umfassenden Sicherheitsansatz in allen drei Dimensionen setzte das Zentrum in Duschanbe seine Unterstützung für Tadschikistan fort. Das Zentrum intensivierte seinen Dialog mit der Regierung und der Zivilgesellschaft im Rahmen eines Treffens einer hochrangigen Arbeitsgruppe sowie durch einen offenen Ideenwettbewerb, um gemeinsam den Kurs für die Bewältigung der Herausforderungen in den Bereichen politischer Dialog, Sicherheit, Wirtschaftsentwicklung, Umweltschutz, Demokratisierung, Medienentwicklung und Gleichstellung der Geschlechter zu setzen.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Politischer Dialog und politische Bildung.** In Zusammenarbeit mit der tadschikischen Volkskammer veranstaltete das Zentrum zehn Treffen mit dem Klub für Sozialpartnerschaft, um den Dialog über aktuelle Themen zwischen der Regierung, den politischen Parteien und der Zivilgesellschaft zu beleben. Sommerlager für politische Bildung förderten das Bewusstsein für Demokratisierung und Menschenrechte bei Schülern und Studenten.

**Hilfestellung für die Polizei.** Das Zentrum unterstützte das Polizeihunde-Ausbildungszentrum des Innenministeriums. Im Zuge eines Erkundungsbesuchs der OSZE wurde mit dem Ministerium vereinbart, dass sich 2008 eine gemeinsame Bedarfserhebungsmission mit der Aus- und Fortbildung der Polizei und deren Reform befassen soll.

**Kleinwaffen, leichte Waffen und konventionelle Munition.** Das Zentrum nahm die zweite Phase seines Programms zur Entsorgung von Kampfmitteln, zur Instandsetzung von Lagerstätten für Kleinwaffen und leichte Waffen und zum Bau von Lagerstätten für konventionelle Munition in Angriff. Es schloss die Entsorgung der gesamten überschüssigen Bestände an Raketenstarttriebwerken C-75 ab.

Das Zentrum unterstützt in Tadschikistan neun Abschnitte, in denen Minen manuell geräumt werden, zwölf Gruppen, die mit Minenspürhunden arbeiten, sowie ein Vermessungsteam. Der durchführende Partner des Zentrums bei der Minenräumung, die *Fondation Suisse de Déminage*, säuberte 635.000 Quadratmeter Land von Minen, was eine Rekordleistung darstellt, und vernichtete mehr als 2.106 Antipersonenminen und drei Panzerminen. Das ist mehr als die doppelte Menge des Jahres 2006. Darüber hinaus wurden 740 Streubomben und nicht

zur Wirkung gelangte Kampfmittel geortet und zerstört. Das neue OSZE-Pilotprojekt zur Neuvermessung der minenverseuchten Gebiete Tadschikistans führte zur Neueinstufung von 18 Quadratkilometern, auf denen zuvor Minen vermutet wurden, als landwirtschaftlich nutzbarer Boden.

**Grenzsicherung.** Gemeinsam mit der Sekretariatsdienststelle für Grenzschutz führte das Zentrum mit der tadschikischen Regierung in Beantwortung eines Hilfeersuchens der Regierung vom Juli die Konsultationen über die Ausarbeitung von Grenzschutzprojekten fort, um Grenzmanagement und Grenzschutz unter besonderer Berücksichtigung der Grenze zu Afghanistan zu verbessern. Im November wurden den Teilnehmerstaaten drei Großprojekte mit der Bitte um außerbudgetäre Finanzierung vorgelegt, die die Entwicklung einer nationalen Strategie für das Grenzmanagement, ein Ausbildungsprogramm für die Planung und Führung von Grenzpatrouillen und Hilfestellung bei der Zollabwicklung betrafen.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung.** Zur Unterstützung der Bemühungen des Gastlandes, das die Entwicklung kleiner Gewerbebetriebe und landwirtschaftlicher Betriebe fördern will, setzte das Zentrum seine Hilfe für ein Netz von Ressourcen- und Schulungszentren für Kleinunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe an zehn Standorten in ganz Tadschikistan fort. Die *International Finance Corporation* bot Fachkurse an, die über die OSZE Zentren liefen. Die vier regionalen Ressourcenzentren für potenzielle Arbeitsmigranten erweiterten ihr Dienstleistungsangebot um die Arbeitsvermittlung, die zu ihrer Informations- und Beratertätigkeit hinzukam. Ende November wurde gemeinsam mit einem Wirtschaftsforum für tadschikische und afghanische Wirtschaftstreibende ein Netz von Informationszentren für Unternehmer ins Leben gerufen, die am grenzüberschreitenden Handel interessiert sind.

**Förderung der Umsetzung der Aarhus-Konvention.** Das von der OSZE eingerichtete Aarhus-Zentrum in Duschambe betätigte sich erneut als Plattform für die Zusammenarbeit in Umweltfragen und leistete dem Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz technische Unterstützung bei der Ausarbeitung des neuen Naturschutzgesetzes samt fünf Durchführungsverordnungen.

**Hilfestellung bei der Entwicklung von Umweltstrategien.** Das Zentrum war dem Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz bei der Ausarbeitung zweier sektorenspezifischer Umweltstrategien gegen die Verschlechterung von Luft und Boden behilflich und unterstützte die Regierung erneut bei ihren Bemühungen um eine bessere Umweltstrategie für Tadschikistan.

**Förderung des Umweltbewusstseins.** Das Zentrum trug zur Verringerung der negativen, durch den Menschen verursachten Auswirkungen auf die Umwelt in Tadschikistan bei, indem es Aufklärungskampagnen im staatlichen Fernsehen und Radio und in anderen Massenmedien unterstützte, die eine potenzielle Zielgruppe von rund 51 Prozent der Bevölkerung des Landes erreichten.

**Landesweite Bewegung „Grüne Patrouillen“.** Das Zentrum unterstützte eine Kampagne von 16.000 Jugendlichen, die sich zu sogenannten „Grünen Patrouillen“ zusammenschlossen hatten, um bei Schülern und Studenten das Bewusstsein für Umweltfragen zu

heben. Es unterstützte auch die Aktivitäten der Patrouillen, unter anderem die Pflanzung von mehr als 70.000 Bäumen, die der Erosion Einhalt gebieten sollen.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Menschenrechte und Demokratisierung.** Das Zentrum organisierte mehrere große Diskussionsrunden zu Menschenrechten und Demokratisierung, unter anderem das *Vorbereitungstreffen zur menschlichen Dimension* und eine Tagung zum Gesetzesentwurf über Gewissensfreiheit und Religionsgemeinschaften. Alle zwei Monate hielt es eine Sitzung der Arbeitsgruppe Strafvollzugsreform ab und versuchte die Regierung dazu zu bewegen, Zugang zu Gefängnissen zu gewähren. Gemeinsam mit seinem wichtigsten Partner, dem Büro für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, führte es mehrere Projekte zu Eigentumsfragen durch und bot Menschenrechtskurse für Studenten an.

**Förderung der Demokratisierung der Medien.** Bei zwei internationalen Konferenzen setzte sich das Zentrum für einen transparenten und reibungslosen Lizenzerteilungsprozess für elektronische Medien und für eine Selbstkontrolle der Medien ein. Es veranlasste, dass untersucht und analysiert wird, welches Publikum die Druckmedien im Land erreichen, wie wirtschaftlich sie arbeiten und welche Qualitätsprobleme sie haben. Nach wie vor bot das Zentrum auch unabhängigen Druckmedien technische Unterstützung an. Zwei unabhängige Zeitungen in Südtadschikistan und eine Zeitschrift in usbekischer Sprache mit einer Kinderbeilage konnten ihren Druck qualitativ verbessern und ihre Auflagen um mehr als das Zweieinhalbfache steigern, was sie der schrittweisen Einführung nachhaltigerer und rentablerer Verfahren mithilfe des Zentrums verdanken.

**Genderfragen.** Das Zentrum nahm die Zusammenarbeit mit dem Unterhaus des Parlaments auf, um bei der Ausarbeitung geschlechtergerechter Gesetze zu helfen und die Mechanismen zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes zu verbessern.

Das Zentrum unterstützte die Anstalt für Beamtenfortbildung und die Lehrerbildungsanstalt dabei, Genderfragen als Querschnittsaufgabe in die Arbeit von Beamten und Lehrern aufzunehmen.

Es unterstützte 10 Frauenressourcenzentren und die von ihnen angebotene unentgeltliche psychologische und rechtliche Unterstützung für Gewaltopfer. Besonderes Augenmerk galt der Hilfe zur Selbsthilfe für Frauen sowie der Anhebung der Alphabetisierungsrate bei Mädchen, der Fortbildung von Rechtsanwälten und Psychologen, der Stärkung des Netzwerks von Kriseninterventionszentren und der Zusammenarbeit mit den staatlichen Krisenzentren.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Das Zentrum trug zur Bewusstseinsbildung bei Jugendlichen für die Gefahren und Folgen des Menschenhandels bei und informierte über die Anwerbemethoden, deren sich Menschenhändler bedienen. Es unterstützte die Teilnahme von Beamten und Nichtregierungsorganisationen an einer internationalen und einer interregionalen Konferenz zum Thema Opferschutz und zur Rolle des nationalen Berichterstatters im Hinblick auf die Förderung der Zusammenarbeit und des Aufbaus von Kapazitäten.

*Leiter des Zentrums:*

*Botschafter Wladimir Prjachin seit 15. Juni, als Nachfolger von Botschafter Alain Couanon, dessen Mandat im September 2006 endete*

*Genehmigter Haushalt: 3.937.600 EUR*

*[www.osce.org/dushanbe](http://www.osce.org/dushanbe)*

## Der Projektkoordinator in Usbekistan

[map]

Taschkent

[map]

Projektkoordinator in Usbekistan

*Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.*

*Der Projektkoordinator in Usbekistan weitete seine Tätigkeit in einigen Schlüsselbereichen aus. Im Bereich der politisch-militärischen Dimension konzentrierte sich seine Arbeit auf die Terrorismusbekämpfung und Bemühungen zur Unterstützung von Demokratisierungsinitiativen. Der Projektkoordinator startete eine neue Initiative, die zur Verbesserung der Polizeiausbildung in Usbekistan beitragen soll. Die Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension unterstützten die Bemühungen der Regierung, ein Handelsschiedsverfahren zu entwickeln, die Landwirtschaft zu reformieren und den Umweltunterricht in den Schulen zu verbessern. In der menschlichen Dimension setzte der Projektkoordinator seine Hilfestellung für die Volksanwaltschaft und die nationale Vereinigung nichtstaatlicher und gemeinnütziger Organisationen in Usbekistan fort.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Aktivitäten gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität.** Im Rahmen seines Programms zur Unterstützung der usbekischen Regierung im Kampf gegen die Bedrohungen, die von Terrorismus und der organisierten Kriminalität ausgehen, nahm der Projektkoordinator in Zusammenarbeit mit dem nationalen Polizeihunde-Ausbildungszentrum einen viermonatigen regionalen Ausbildungskurs im Hinblick auf den verstärkten Einsatz von Polizeihunden in Zentralasien in Angriff.

Der Projektkoordinator war auch im Bereich der Verbesserung der Sicherheit nationaler Reisedokumente tätig. Im März führte das Büro einen *landesweiten Workshop für die Sicherheit von Reisedokumenten* in Taschkent durch und unterstützte die usbekischen Bemühungen um eine Aufrüstung der usbekischen Reisedokumente im Einklang mit internationalen Standards.

**Polizeireform.** Der Projektkoordinator nahm ein Langzeitprojekt in Angriff, das die usbekische Polizeiakademie bei der Verbesserung der Polizeiausbildung im ganzen Land unterstützen soll. Das Projekt soll in erster Linie zur Modernisierung der Polizeiausbildungsmethoden beitragen und bedient sich dazu der Praktiken, die sich in der OSZE-Region bewährt haben. Die Aus- und Fortbildung soll eine Polizei aufbauen, die tatsächlich in der Lage ist, für Sicherheit zu sorgen und den Frieden und die öffentliche Ordnung im Einklang mit OSZE-Gepflogenheiten zu wahren.

**Demokratisierung.** Um die Rolle der politischen Parteien im öffentlichen Bewusstsein stärker zu verankern, veranstaltete der Projektkoordinator zwei internationale Expertenrunden, an denen alle eingetragenen politischen Parteien Usbekistans teilnahmen. Der Koordinator gab die Veröffentlichung eines *Handbuchs über politische Parteien* und eines

*Handbuchs über den Senat* in Auftrag, um den Zugang der Bürger zu Informationen zu verbessern und ihre Teilnahme am demokratischen Prozess zu unterstützen.

### ***Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus***

*Zweiundzwanzig Polizeihundeführer aus Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Turkmenistan nahmen an einem viermonatigen regionalen Ausbildungskurs zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus teil, der vom Projektkoordinator veranstaltet und von den OSZE-Zentren in Astana, Bischkek und Aschgabad in Zusammenarbeit mit dem nationalen Polizeihunde-Ausbildungszentrum des staatlichen usbekischen Zollrates unterstützt wurde. Jeder Teilnehmer erhielt einen deutschen Schäferhund und die am Dienort zu verwendende Ausrüstung. Ausbilder aus Österreich und Russland leiteten den Kurs.*

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

### **Wirtschaftsaktivitäten**

Der Projektkoordinator veranstaltete gemeinsam mit der Wirtschaftskammer und dem Forschungszentrum für Rechtsprobleme, einer Nichtregierungsorganisation, Fortbildungskurse für Richter und Unternehmer aus den Regionen Usbekistans, um die Umsetzung der jüngst per Gesetz eingeführten Handelsschiedsgerichtsbarkeit zu unterstützen.

Der Projektkoordinator nahm ein mehrjähriges Projekt zur Unterstützung von sozialen Initiativen in Usbekistan in Angriff. Dieses Projekt schafft Ausbildungsmöglichkeiten für Sozialarbeiter und trägt zur Aufklärung der Bevölkerung über sozialstaatliche Maßnahmen im Land bei. Der Projektkoordinator gab auch den Anstoß zu einem Projekt, mit dem durch die Förderung des Ökotourismus in ländlichen Gebieten eine weitere Einnahmequelle geschaffen werden soll.

In den Bereichen Wirtschaft und Umwelt unterstützte der Projektkoordinator die aktuelle Landwirtschaftsreform in Usbekistan durch Hilfs- und Schulungsangebote für Landwirte im Bereich Umweltschutz sowie in Rechts- und Finanzfragen. Das Büro erstellte ein Handbuch zum Thema Landwirtschaft, das es an Landwirte im ganzen Land verteilte.

### **Umweltaktivitäten**

Der Projektkoordinator sorgte für eine Lehrerfortbildung und war bei der Ausarbeitung eines Lehrplans für Umweltschutz und Fragen des Schutzes von Wasservorräten behilflich.

Im Anschluss an das *15. Wirtschafts- und Umweltforum der OSZE* ermöglichte der Projektkoordinator mit Unterstützung des spanischen Vorsitzes und des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE eine Konferenz zur Bekämpfung der Bodendegradation und -kontamination in der zentralasiatischen Region. Die Veranstaltung im Oktober in Taschkent sollte dazu beitragen, dass in Zukunft mithilfe eines Technologietransfers praktische Ergebnisse vor Ort bewirkt werden.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Hilfe für die Volksanwaltschaft.** Der Projektkoordinator unterstützte auch in diesem Jahr die Volksanwaltschaft, war bei der Ausbildung von Personal und der Verankerung der

Institution im öffentlichen Bewusstsein behilflich. Der Projektkoordinator ermöglichte auch eine Studienreise nach Spanien und Russland, deren Teilnehmer sich vor Ort die internationalen Erfahrungen und Gepflogenheiten zunutze zu machen konnten.

**Unterstützung für juristische Ausbildung.** Der Projektkoordinator leistete Lehrenden und Studierenden der Rechtswissenschaften methodische und praktische Hilfestellung. Im Mai veranstaltete das Büro einen Fortbildungskurs zu OSZE- und VN-Normen in den Bereichen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, unter besonderer Berücksichtigung der OSZE-Grundsätze und -Verpflichtungen. Es baute auch eine Internetseite zum Thema juristische Ausbildung in Usbekistan auf.

**Hilfe für die nationale Vereinigung nichtstaatlicher und gemeinnütziger Organisationen.** Der Projektkoordinator bot für Mitarbeiter der nationalen Vereinigung nichtstaatlicher und gemeinnütziger Organisationen Usbekistans mehrere Schulungskurse an und veranstaltete eine Studienreise nach Frankreich und in die Slowakei, bei der Methoden studiert werden konnten, die sich bei der Entwicklung von Nichtregierungsorganisationen bewährt haben. Gemeinsam mit der nationalen Vereinigung erhob der Projektkoordinator den derzeitigen Entwicklungsstand von Nichtregierungsorganisationen in Usbekistan sowie deren Zukunftsaussichten. Diese Bemühungen sind Teil der Langzeitstrategie des Projektkoordinators zur Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Usbekistan.

*Projektkoordinator:*

*Botschafter István Venczel seit 27. Dezember, als Nachfolger von Botschafter*

*Miroslav Jenča, dessen Mandat am 15. September endete*

*Genehmigter Haushalt: 1.611.500 EUR*

[www.osce.org/tashkent](http://www.osce.org/tashkent)

## **Unterstützung für bilaterale Vereinbarungen Der Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige**

*Der Vertreter leistete weiter Hilfestellung bei der Umsetzung des Abkommens von 1944 zwischen der lettischen und der russischen Regierung über soziale Garantien für die in Lettland wohnhaften pensionierten Militärangehörigen der Russischen Föderation und ihre Familien.*

*2007 waren insgesamt 16.266 Personen anspruchsberechtigt nach diesem Abkommen, 473 weniger als im Jahr 2006. Bei Abschluss des Abkommens 1994 waren es 22.320 Personen.*

### **Aktivitäten und Entwicklungen**

**Wohnungsprobleme.** Wie schon in den vergangenen Jahren konzentrierten sich die Gespräche der Kommission auf Fragen rund um die mögliche Delogierung pensionierter Militärangehöriger und ihrer Familie aus sogenannten „entstaatlichten“ Wohnungen. „Entstaatlichung“ bedeutet die Rückgabe von Eigentum nach der Enteignung im Zuge der Verstaatlichung unter sowjetischer Herrschaft, das unter anderem an Angehörige der sowjetischen Armee vergeben worden war. Nach der Verabschiedung eines Gesetzes zur Regelung der Rückgabe von verstaatlichtem Eigentum an die rechtmäßigen Eigentümer oder deren Nachkommen räumte Lettland den heutigen Inhabern dieser Wohnungen einen Aufschub von sieben Jahren ein und legte nach Ablauf dieser Frist zusätzliche Sonderbedingungen für pensionierte Militärangehörige und deren Familien sowie für andere Betroffene fest. Dazu zählten finanzielle Unterstützung und bevorzugter Zugang zu Sozialwohnungen. Angesichts der Umstände waren diese Bemühungen zur Abfederung möglicher Härten durchaus erfolgreich. Nach jüngsten Angaben der russischen Botschaft in Lettland vom Oktober stellt die drohende Delogierung aus entstaatlichten Wohnungen derzeit für pensionierte Militärangehörige kein größeres Problem mehr dar.

**Fortsetzung des Umsiedlungsprogramms.** Im Rahmen eines von Lettland finanzierten und Anfang vergangenen Jahres in Angriff genommenen Umsiedlungsprogramms für pensionierte Militärangehörige, die Lettland verlassen und sich auf Dauer im Ausland niederlassen wollen, hatten bis Dezember 167 Personen finanzielle Unterstützung erhalten. Das erfolgreiche Programm soll 2008 fortgesetzt werden.

*OSZE-Vertreter:*

*Olt. Helmut Napiontek*

*Genehmigter Haushalt: 9.600 EUR*

# *Die Institutionen*

## Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

*Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte bildet die Speerspitze der Arbeit der OSZE in der menschlichen Dimension. Seine Aufgaben sind der Schutz der Menschenrechte, die Entwicklung demokratischer Gesellschaften mit den Schwerpunkten Wahlen, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Förderung von gegenseitiger Achtung und des Verständnisses füreinander zwischen Menschen und Staaten.*

### Überwachung von Verpflichtungen

Einer der Hauptbestandteile des Mandats des BDIMR besteht in der Überwachung der Einhaltung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension durch die Teilnehmerstaaten. Die Wahlbeobachtung ist zwar der Bereich des Monitorings, der in der Öffentlichkeit am stärksten wahrgenommen wird, doch verfolgt das Büro auch aufmerksam, inwieweit die Staaten ihren anderen Verpflichtungen nachkommen.

2007 entsandte das BDIMR rund 3000 Wahlbeobachter aus 49 Teilnehmerstaaten in 16 Wahlmissionen, darunter über 20 Langzeit- und nahezu 90 Kurzzeitbeobachter, die aus dem BDIMR-Fonds zur Verstärkung der Diversifizierung von Wahlbeobachtungsmissionen finanziert wurden.

### Wahlbeobachtungs- und Wahlbeurteilungsmissionen

Land	Art der Wahl	Datum	Art der Mission
Serbien	Parlamentswahlen	21. Januar	Beobachtung
Albanien	Kommunalwahlen	18. Februar	Beobachtung
Estland	Parlamentswahlen	4. März	Beurteilung
Frankreich	Präsidentenwahlen	22. April und 6. Mai	Beurteilung
Armenien	Parlamentswahlen	12. Mai	Beobachtung
Irland	Parlamentswahlen	24. Mai	Beurteilung
Moldau	Kommunalwahlen	3. und 17. Juni	Beobachtung
Belgien	Parlamentswahlen	10. Juni	Beurteilung
Türkei	Parlamentswahlen	22. Juli	Beurteilung
Kasachstan	Parlamentswahlen	18. August	Beobachtung
Ukraine	Parlamentswahlen	30. September	Beobachtung
Polen	Parlamentswahlen	21. Oktober	Beurteilung
Schweiz	Parlamentswahlen	21. Oktober	Beurteilung
Kroatien	Parlamentswahlen	25. November	eingeschränkte Beobachtung
Kirgisistan	Parlamentswahlen	16. Dezember	Beobachtung
Usbekistan	Präsidentenwahlen	23. Dezember	eingeschränkte Beobachtung

Wahlbeobachtung ist kein Selbstzweck. Sie bildet lediglich die Grundlage für Maßnahmen im Anschluss an die Wahlmissionen und die in den Wahlberichten ausgesprochenen Empfehlungen. Das BDIMR wollte eine Diskussion über die wirksamsten Folgemaßnahmen, darunter auch die Möglichkeit der regelmäßigen Berichterstattung über die Umsetzung von

Empfehlungen, in Gang bringen und leitete den Teilnehmerstaaten ein Diskussionsdokument zu, in dem ein möglicher Rahmen für Folgeaktivitäten skizziert wird.

Das BDIMR befasste sich auch mit dem Thema Folter und Misshandlung in der Strafrechtspflege. In einer Umfrage ersuchte es alle Feldoperationen, ihre Erfahrungen bei der Bekämpfung dieser Vorkommnisse zu dokumentieren, systematische Behinderungen der Verhütung von Folter aufzuzeigen, jene Bereiche festzustellen, in denen das BDIMR die Feldeinsätze bei ihren Aktivitäten gegen die Folter unterstützen könnte, und Informationen über andere Initiativen in diesem Bereich zu sammeln. Die Ergebnisse dieser Umfrage werden publiziert. Den Schwerpunkt der Arbeit des BDIMR gegen die Folter bildet die Förderung und Umsetzung des *Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter* und gezielte Unterstützung zur Verstärkung einzelstaatlicher Monitoring-Programme.

2007 beendete das BDIMR Langzeitprojekte zur Beobachtung von Strafprozessen in Kasachstan und Kirgisistan. Die abschließenden Berichte wurden samt Empfehlungen veröffentlicht und den zuständigen Behörden sowie der Öffentlichkeit zugeleitet. Im Rahmen eines 2006 aufgenommenen weiteren Prozessbeobachtungsprojekts wurden 2007 in ganz Kasachstan über 30 Prozesse vor Geschworenengerichten beobachtet.

Das BDIMR beobachtete die Lage in Bezug auf Menschenrechtsverteidiger und -aktivisten im ganzen OSZE-Raum und veröffentlichte im Dezember einen diesbezüglichen Bericht, der vier besonders besorgniserregende Bereiche anführt: tätliche Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger, Beschneidung der Vereinigungsfreiheit, mangelnde Achtung und fehlender Schutz der Versammlungsfreiheit und Einschränkungen des Rechts auf Freiheit und der Bewegungsfreiheit.

### **Bereitstellung von Aus- und Fortbildung und Know-how**

Im gesamten OSZE-Gebiet gibt es Menschen, die sich in Regierungsstellen, Nichtregierungsorganisationen oder einfach nur als Privatpersonen für die Ziele der Organisation einsetzen. Das BDIMR unterstützt diese Gruppen und Einzelpersonen, indem es ihnen Know-how und Schulungen anbietet, um sie mit den erforderlichen Qualifikationen für den Besuch von Gefängnissen, die Beobachtung von Wahlen, das Monitoring von Menschenrechtsverletzungen, die Bekämpfung von häuslicher Gewalt, die Betreuung von Notrufnummern für Opfer des Menschenhandels, die Unterstützung von politischem Pluralismus oder den Kampf für die freie Äußerung ihrer Meinung auszustatten.

Das BDIMR führte in der OSZE-Akademie in Bischkek drei regionale Lehrgänge für Kurzzeitwahlbeobachter durch und unterstützte nationale Bemühungen durch die Ausbildung deutscher, norwegischer, österreichischer und russischer Beobachter für die Teilnahme an Wahlbeobachtungsmissionen.

Zur Entwicklung von Strategien, die sicherstellen sollen, dass bei der Terrorismusbekämpfung die Menschenrechte eingehalten werden, führte das BDIMR Schulungskurse für Regierungsbeamte in Aschabad, Baku und London durch.

In Kasachstan bildete das BDIMR öffentliche Bedienstete für die nationalen Leitsysteme aus, die einen ressortübergreifenden Rahmen für den Schutz von Menschenhandelsopfern bilden. In Kasachstan wählte das BDIMR außerdem gemeinsam mit der Rechtsanwaltskammer 26

Strafanwälte zur Teilnahme an einem Fortbildungskurs zur Verbesserung ihrer Qualifikationen aus.

In Armenien und Tadschikistan führte das BDIMR Fortbildungsveranstaltungen durch, um Menschenrechtsverteidiger besser für die Überwachung und die Berichterstattung zu Menschenrechtsfragen zu qualifizieren; in Armenien und Aserbaidschan veranstaltete es Kurse für Ombudsleute.

Anschließend an ein Pilotprojekt aus den Jahren 2005 und 2006 über Methoden zur Selbstbewertung von Parteien führte das BDIMR ein Programm durch, um das die sechs wichtigsten politischen Parteien Georgiens ersucht hatten. Es bestand aus Workshops über die Führung politischer Parteien auf lokaler Ebene, strategische Planung, Parteienfinanzierung sowie die Ausbildung von parteiunabhängigen Ausbildnern.

In Zusammenarbeit mit der Präsenz in Albanien half das BDIMR der albanischen Regierung bei der Planung für die Modernisierung ihres Melde- und Adressenwesens.

Das BDIMR unterstützt auch weiterhin die Koalition von Frauen-NROs in Georgien bei der Entwicklung ihrer Fähigkeiten, Frauen zu mehr politischer Mitsprache zu verhelfen und für politische Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern einzutreten. 2007 führte das BDIMR für die Koalition Workshops über Strategien für Öffentlichkeitsarbeit und Medienkampagnen zum Thema Gleichstellung durch.

Gemeinsam mit dem Büro des Projektkoordinators in der Ukraine und Experten der österreichischen Bundespolizei führte das BDIMR für Leiter von Polizeikommissariaten aus allen 27 Regionen der Ukraine die erste Fortbildungsveranstaltung zur Rolle der Polizei bei der Verhütung und Bekämpfung von Gewalt in der Familie durch.

Seit Jahren schon bildet das BDIMR Polizeibeamte dafür aus, Hassdelikte zu erkennen und dagegen vorzugehen. 2007 schulte das BDIMR Polizeibeamte aus der Ukraine, aus Polen und Serbien. Es veranstaltete auch ein Seminar für Polizeiexperten aus 13 Ländern zur Ausbildung von Ausbildnern, das den Abschluss der ersten Jahrestagung des regionalen Netzwerks zur Rechtsdurchsetzung im Rahmen der Verhütung und Untersuchung von Hassdelikten bildete. Darüber hinaus erstellte das BDIMR zusammen mit einem Beirat von Sachverständigen aus der gesamten OSZE-Region einen Fortbildungslehrplan und einen Leitfaden für Nichtregierungsorganisationen für die Beobachtung und Berichterstattung über Vorfälle, die durch Hass ausgelöst werden.

Das BDIMR nahm die Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium von Aserbaidschan zur Ausbildung von Lehrern und zur Ausarbeitung von Lehrplänen für Menschenrechtserziehung und die Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander auf.

### **Unterstützung des Gesetzgebers**

Das BDIMR erstellte für die Teilnehmerstaaten Rechtsgutachten und unterstützte sie bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften, die den OSZE-Verpflichtungen entsprechen. 2007 gab das BDIMR Kommentare zu Gesetzestexten über Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, politische Parteien, Meinungsumfragen, Migration und Verfassungsnovellen heraus.

Die Gesetzesdatenbank des BDIMR ([www.legislationline.org](http://www.legislationline.org)) wurde überarbeitet und zu verschiedenen Themen aktualisiert, darunter Menschenhandel, Terrorismus, Informationsfreiheit und Nichtregierungsorganisationen.

Das BDIMR und die Venedig-Kommission des Europarats veröffentlichten gemeinsam sechs Stellungnahmen zur Wahlordnung.

Das BDIMR unterstützte den Gesetzgeber auch durch seinen Expertenbeirat für Religions- bzw. Glaubensfreiheit und durch das Angebot, Gesetzgebungsverfahren ausführlich zu durchleuchten.

### **Publikationen**

Das Büro gibt zahlreiche Berichte heraus, mit denen es die Staaten und deren Bürger über die Tätigkeit des Büros sowie über die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen durch die einzelnen Staaten informiert. Darüber hinaus veröffentlicht das BDIMR Handbücher, Leitfäden und Orientierungshilfen zu bestimmten Fragen in mehreren Sprachen.

2007 publizierte das BDIMR ein *Handbook for Long-term Election Observers*, das einen Überblick über Rolle und Aufgaben von Langzeitbeobachtern in Wahlbeobachtungsmissionen gibt. Es veröffentlichte ferner seinen ersten Jahresbericht zu Hassdelikten, der in einem Überblick hassbedingte Vorfälle und deren Muster darstellt und Beispiele einer angemessenen Reaktion des Staates beschreibt. Das Büro brachte ferner einen Leitfaden mit dem Titel *Toledo Guiding Principles on Teaching about Religions and Beliefs in Public Schools* heraus, um den Teilnehmerstaaten Hilfestellung bei der Förderung des Religions- und Weltanschauungsunterrichts in Schulen zu geben. Gemeinsam mit einigen anderen Organisationen veröffentlichte das BDIMR auch Orientierungshilfen für den Unterricht zu Fragen des Antisemitismus und zu Holocaustgedenktagen und unterstützte auch die Erstellung eines Nachschlagewerks, das zur Information der Öffentlichkeit über muslimische Gemeinschaften in Spanien gedacht ist. Das Büro gab *Guidelines on Freedom of Peaceful Assembly* heraus, und der Ausschuss des BDIMR für Versammlungsfreiheit, der diese Leitlinien verfasste, leistete den Teilnehmerstaaten, die in diesem Bereich Gesetze verfassen oder novellieren wollten, Hilfestellung.

Es wurden noch mehrere andere Publikationen verfasst, die 2008 veröffentlicht werden sollen, darunter ein Handbuch über Menschenrechte und Terrorismusbekämpfung, ein Handbuch über die Menschenrechte von Soldaten, das gemeinsam mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte erstellt wurde, und ein Nachschlagewerk über Prozessbeobachtung, das auf den Erfahrungen des BDIMR und der Feldoperationen der OSZE in Südosteuropa beruht.

### **Konferenzen und Treffen**

Alljährlich veranstaltet das BDIMR zahlreiche Konferenzen, Treffen und Diskussionsrunden. Zum Teil handelt es sich dabei um Veranstaltungen, die vom Mandat zur menschlichen Dimension vorgegeben sind, doch gibt es auch zahlreiche andere Formate, darunter bilaterale Treffen mit Regierungsbeamten, Arbeitsgruppensitzungen, Diskussionsveranstaltungen für Regierungsbeamte und Nichtregierungsorganisationen, regionale Seminare oder hochrangige OSZE-weite Konferenzen. Unabhängig vom Format bieten diese Tagungen Regierungen

sowie interessierten Gruppen und Einzelpersonen die Chance zum Informationsaustausch, zur Erörterung wichtiger Fragen und zur Beschlussfassung.

2007 befassten sich die Treffen zur menschlichen Dimension mit folgenden Themen: Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, Förderung und Schutz der Menschenrechte, Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und wirksame Mitsprache und Vertretung in demokratischen Gesellschaften.

Das letztgenannte Thema ist ganz besonders wichtig für die Roma- und Sinti-Gemeinschaften, die in ihrer Geschichte nur selten am öffentlichen Leben teilnehmen konnten. Um diese Frage eingehender zu behandeln, widmete das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* einen ganzen Tag dem Thema Teilhabe der Roma und Sinti am politischen Leben. Es wurden Empfehlungen zu Fragen wie der geringen Wahlbeteiligung und dem geringen Interesse politischer Parteien an diesem Wählersegment abgegeben.

Das BDIMR vermittelte auch Diskussionsrunden zwischen staatlichen Behörden und Roma-Vertretern, um den Staaten bei der Umsetzung des *Aktionsplans für Roma und Sinti* zu helfen. Im Rahmen einer OSZE-Konferenz zur Bekämpfung von Diskriminierung in Bukarest organisierte das BDIMR eine Nebenveranstaltung zum Thema der gewaltsamen Vertreibung von Roma. In Italien kamen Mitarbeiter des BDIMR mit Nichtregierungsorganisationen zusammen, die mit Roma- und Sinti-Kindern arbeiten, die ausbeutungsgefährdet sind. Nach Berichten über brutales Vorgehen der Polizei reisten Mitarbeiter des BDIMR, des Büros des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten nach Rumänien, um dort die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren und sich für Maßnahmen zur Ausmerzung dieser Praktiken einzusetzen.

Seit Jahren ermutigt das BDIMR die Teilnehmerstaaten zur Ausarbeitung nationaler Strategien zum Schutz von Menschenhandelsopfern. BDIMR-Mitarbeiter reisten 2007 zu diesem Zweck nach Belarus, in die Türkei, nach Russland und ins Vereinigte Königreich. Das Büro veranstaltete im Dezember auch eine Arbeitstagung in Barcelona zur Frage des Schadenersatzes für Opfer des Menschenhandels.

Das BDIMR war einer der Mitveranstalter von drei Arbeitstagungen in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan zur Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit.

In Zusammenarbeit mit dem spanischen Vorsitz organisierte das BDIMR im September eine Konferenz in Wien zum Thema Terrorismusopfer, die sich mit der Definition des Begriffs Terrorismusopfer und Fragen der Unterstützung und der Rechtspflege sowie mit geeigneten Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zur Verbesserung der Lage der Opfer befasste.

Ebenfalls in Unterstützung des Vorsitzes beteiligte sich das BDIMR an der Vorbereitung der *Hochrangigen Konferenz zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander* im Juni in Bukarest und der Konferenz *Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen* im Oktober in Córdoba.

*Leiter des Büros:*

*Botschafter Christian Strohal*

*Genehmigter Haushalt: 14.939.900 EUR*

*[www.osce.org/odihr](http://www.osce.org/odihr)*

## Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKMN)

*Ethnische Spannungen in der OSZE-Region sind eine der Hauptursachen für Konflikte. Daher wurde 1992 auf dem Gipfeltreffen von Helsinki der KSZE, der Vorläuferorganisation der OSZE, die Position des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten geschaffen, der sich mit ethnischen Spannungen auseinandersetzen und verhindern soll, dass sich zwischenstaatliche Konflikte wegen Minderheitenfragen zum Flächenbrand entwickeln.*

Seit seinem Amtsantritt am 5. Juli besuchte der Hohe Kommissar den Balkan, den Kaukasus und Zentralasien und zeigte damit, welche seine Prioritäten und Anliegen sind.

Das besondere Augenmerk des Hohen Kommissars galt schon immer den Beziehungen zwischen Staaten und den im Ausland lebenden Angehörigen ihrer Volksgruppen. Häufig kommt es zu Spannungen, wenn Staaten einseitig Maßnahmen zum Schutz oder zur Unterstützung von außerhalb ihres Hoheitsbereichs lebenden Angehörigen ihrer Volksgruppe ergreifen. Deshalb beschloss der Hohe Kommissar, Empfehlungen auszuarbeiten, die Klarheit darüber schaffen sollen, wie Staaten Angehörige ihrer Kultur und Volksgruppe, die Staatsbürger eines anderen Landes sind, unterstützen und fördern können, ohne dadurch die Beziehungen zwischen Volksgruppen oder bilaterale Beziehungen zu belasten. Diese Empfehlungen sollen 2008 veröffentlicht werden.

Wie bisher verfolgte der Hohe Kommissar auch in diesem Jahr die zunehmenden Diskussionen zum Thema Integration. In Weiterführung der Studie des vergangenen Jahres zu integrationspolitischen Grundsätzen in Gesellschaften mit großer Vielfalt befasste sich der Hohe Kommissar erneut mit der Frage, wie alle Teilnehmerstaaten aus den bisherigen Erfahrungen mit der Integration nationaler Minderheiten Nutzen ziehen können.

In Fortsetzung der Initiative seines Amtsvorgängers organisierte der Hohe Kommissar in Zentralasien Diskussionen zum Thema regionale Zusammenarbeit und Schulwesen für nationale Minderheiten. Experten erörterten im Februar in Astana das Thema Lehrerausbildung, im Juni in Bischkek das Thema Sprachunterricht und im November in Taschkent Fragen der Schulbücher und Lehrpläne.

### Länderberichte

**Kroatien.** Hier verfolgte der Hohe Kommissar auch in diesem Jahr die Umsetzung des *Verfassungsgesetzes über die Rechte nationaler Minderheiten* und konzentrierte sich dabei auf die Frage der proportionalen Vertretung in der staatlichen Verwaltung und der Justiz. Er beobachtete auch die Wiedereingliederung von Schülern unterschiedlicher ethnischer Herkunft in einigen Schulen Ostslawoniens.

**Estland und Lettland.** Die politischen und juristischen Berater des Hohen Kommissars kamen bei Besuchsreisen mit Behördenvertretern zusammen und erörterten Möglichkeiten zur Förderung einer verstärkten Einbindung von Minderheiten ins öffentliche Leben und erteilten juristische Ratschläge in Fragen der Einbürgerung und der Durchführung von Bildungsreformen.

**Georgien.** Bei einem Besuch in Georgien im November konnte sich der Hohe Kommissar vom Erfolg zweier von seinem Vorgänger entwickelter Programme zur Förderung der Integration der armenischen und der aserbajdschanischen Minderheit in das politische,

soziale und kulturelle Leben Georgiens in der von Armeniern besiedelten Region Samsche-Schawacheti und in der von Aserbaidzschanern besiedelten Region Kwemo-Kartli überzeugen. Er beschloss, die Programme fortzusetzen.

Der Hohe Kommissar unterstützte die Aufnahme interethnischer Fragen als Querschnittsaufgabe in den Lehrplan für bürgernahe Polizeiarbeit in Georgien und die Ausarbeitung eines Studienplans für die Polizeiakademie in Tiflis für Polizeiarbeit in multiethnischen Gesellschaften.

Er begrüßte die Verabschiedung des *Gesetzes über die Repatriierung der Mescheten* im Juli und erklärte seine Bereitschaft, der georgischen Regierung bei dessen Durchführung Hilfestellung zu leisten.

In Abchasien leitete der Hohe Kommissar die Phase eines Projekts ein, mit dessen Hilfe Georgisch- und Abchasisch-Sprachlehrer in modernen, interaktiven Unterrichtsmethoden ausgebildet werden.

**Kasachstan.** Der Hohe Kommissar leistete Kasachstan dabei Hilfestellung, einen Mittelweg zwischen der Förderung der Verbreitung der Staatssprache und der Sicherstellung der sprachlichen Rechte der nationalen Minderheiten zu finden. Zu diesem Zweck veranstaltete er zwei Schulungskurse in modernen Methoden des Staatsprachenunterrichts für Erwachsene und des Unterrichts der Muttersprachen von Minderheiten und er unterstützte eine berufsbegleitende Lehrerausbildungseinrichtung für Sprachlehrer in Minderheitenschulen in Südkasachstan. Bei seinem Besuch in Kasachstan im Oktober sagte der Hohe Kommissar zu, er werde diese Initiativen ausweiten, und erörterte mit den Behörden auch Möglichkeiten für eine verstärkte Einbindung der Minderheiten in Wahlprozesse.

**Kirgisistan.** Der Hohe Kommissar unterstützte Kirgisistan bei der Förderung der Integration von Minderheiten in den Bereichen Bildung, Sprache, Polizei und Rundfunk. Bei einem Besuch im Oktober in Kirgisistan begrüßte der Hohe Kommissar die Novellierung des Wahlrechts, das gemischt-ethnische Parteilisten ermöglicht.

**Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.** Bei einem Besuch in der ehemaligen Republik Mazedonien im Mai erörterte der Hohe Kommissar seine Bedenken in Bezug auf die Umsetzung des *Rahmenabkommens von Ochrid*, unter anderem die Frage der gerechten Vertretung aller Gemeinschaften im öffentlichen Dienst. In einem öffentlichen Vortrag an der mehrsprachigen Südosteuropäischen Universität in Tetovo äußerte sich der Hohe Kommissar zu Fragen des Bildungswesens in einer multiethnischen Gesellschaft. Für Schüler verschiedener Volksgruppen an allgemeinbildenden höheren Schulen plante er ein Winterlager.

**Moldau.** Der Hohe Kommissar unterstützte Bemühungen der moldauischen Behörden zur Förderung des Unterrichts der Staatssprache für nationale Minderheiten, da die Staatssprache für ihre Integration in die moldauische Gesellschaft unerlässlich ist. In diesem Jahr wurde ein Projekt fortgesetzt, das in Gebieten wie Gagausien und Nordmoldau, die hauptsächlich von nationalen Minderheiten bewohnt werden, Staatsbeamten unentgeltlich Unterricht in der Staatssprache anbietet. Das Projekt wird von den regionalen Behörden uneingeschränkt unterstützt. Der Hohe Kommissar half auch Journalistik-Professoren bei der Entwicklung des Lehrplans für einen Lehrgang für Berichterstattung über Vielfalt.

**Montenegro.** Seit Beginn des langwierigen Prozesses zur Ausarbeitung der neuen Verfassung, der mit dem Besuch des Hohen Kommissars in Montenegro im April begann, bot der Hohe Kommissar Hilfestellung und Gutachten in Minderheitenfragen an. Inzwischen berät er auch die montenegrinische Regierung bei der Umsetzung der Verfassung.

**Rumänien.** Auch hier verfolgte der Hohe Kommissar wie bisher die Entwicklungen im Zusammenhang mit Gesetzesentwürfen zur Rechtsstellung nationaler Minderheiten und dem Gesetzesentwurf betreffend Auslandsrumänen. Er bekräftigte seine Zusage, die Parteien, die sich für höchstmögliche Bildungsstandards in einem multikulturellen Umfeld an der mehrsprachigen Universität Babes-Bolyai in Cluj-Napoca einsetzen, in ihren Bemühungen zu unterstützen.

Der Hohe Kommissar beauftragte zwei seiner Mitarbeiter, die rumänisch-ukrainische Initiative zu unterstützen, die die Lage der rumänischen Minderheit in der Ukraine und der ukrainischen Minderheit in Rumänien beobachtet. Im Mai und Juni fand die zweite Runde von Monitoring-Missionen in einigen Regionen statt.

**Serbien.** Im September reiste der Hohe Kommissar sowohl nach Belgrad als auch nach Priština. Seine Aufmerksamkeit galt in erster Linie der notwendigen stärkeren Einbindung der Minderheiten in die Judikative, die Polizei und das Schulsystem in der Vojvodina und in Südserbien. Der Hohe Kommissar forderte alle Seiten dazu auf, sich konstruktiv an der Schaffung der Voraussetzungen dafür zu beteiligen, dass mehr Serben in den Kosovo zurückkehren. Er erörterte auch die Frage der kleineren ethnischen Gemeinschaften im Kosovo.

Der Hohe Kommissar widmete sich mit besonderer Aufmerksamkeit der Aussöhnung zwischen den beiden größten Volksgruppen im Kosovo. In enger Zusammenarbeit mit dem *International Center for Transitional Justice* setzte er sich auch für die Förderung der Justiz in der Übergangszeit im Kosovo ein. Nach dem ersten Treffen in Stockholm im vergangenen Jahr kamen im Februar erneut örtliche Politiker, politische Entscheidungsträger und Meinungsmacher sowohl der Kosovo-Albaner als auch der Kosovo-Serben zu einer zweiten Runde vertraulicher Gespräche in Stockholm zusammen. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass die Aussöhnung eng mit der Statusfrage des Kosovo verknüpft sei und der Prozess, wo immer möglich, in die Region und im Idealfall in den Kosovo selbst verlagert werden solle. Der Hohe Kommissar setzte seine Bemühungen fort, Unterstützung für die Fortsetzung dieses Prozesses zu gewinnen, sowohl über die institutionellen Strukturen des Kosovo als auch über öffentliche Diskussionen.

**Tadschikistan.** Im Mai begab sich der Hohe Kommissar nach Duschanbe und bereiste zum ersten Mal in der Geschichte der Institution auch die nördliche Region Sogd. Dort besuchte er Minderheitenschulen und führte Gespräche mit nationalen Minderheitenführern. Er befragte auch führende tadschikische Politiker über die Lage der tadschikischsprachigen Minderheiten außerhalb Tadschikistans.

**Türkei.** Der Hohe Kommissar arbeitete weiter an der Entwicklung von Kontakten mit dem türkischen Außenministerium, um mit den türkischen Behörden ins Gespräch zu kommen.

**Turkmenistan.** Im April besuchte der Hohe Kommissar Turkmenistan und setzte dort seine Gespräche mit den turkmenischen Behörden über minderheitensprachlichen Unterricht, die Umsiedlung der Bevölkerung und Vereinigungsfreiheit fort.

**Ukraine.** In der Ukraine hatten die Themen interethnische Beziehungen auf der Krim und die Eingliederung der Krimtataren in die ukrainische Gesellschaft nach wie vor Priorität für den Hohen Kommissar, darunter auch Probleme wie Wohnraumbeschaffung, Infrastruktur, Beschäftigung, Bildungswesen und Eigentumsrechte an Grund und Boden. Der Hohe Kommissar setzte sich auch für eine Anpassung der ukrainischen Minderheitengesetze an die OSZE-Verpflichtungen und die Standards des Europarats ein.

In Fortsetzung eines vom Hohen Kommissar im vergangenen Jahr begonnenen Schulungsprojekts, durch das Staatsbeamte auf der Krim und Vertreter ethnischer Gemeinschaften für Fragen der Toleranz zwischen den Volksgruppen sensibilisiert werden sollen, wurde eine zweite Runde ins Detail gehender Workshops abgehalten.

Im Anschluss an den Besuch eines unabhängigen Sachverständigen aus Lettland in der Ukraine im Mai, der auf Wunsch des Hohen Kommissars eine Delegation seines Büros begleitete, um sich ein Bild vom Schulunterricht für nationale Minderheiten auf der Krim in der Muttersprache und in der Staatssprache zu machen, sondierte der Hohe Kommissar Möglichkeiten der Unterstützung bei der Lösung dieser komplexen Frage. Er bemühte sich, auf der Krim einen Dialog über internationale Standards und bewährte Praktiken im Bereich der Polizeiarbeit in Gang zu bringen.

*Hoher Kommissar:*

*Knut Vollebaek, seit 5. Juli, als Nachfolger von Rolf Ekéus, dessen Mandat am 30. Juni endete*

*Genehmigter Haushalt: 2.852.800 EUR*

[www.osce.org/hcnm](http://www.osce.org/hcnm)

## Der Beauftragte für Medienfreiheit

*Aufgabe des Beauftragten für Medienfreiheit der OSZE ist die Beobachtung von Entwicklungen im Medienbereich in den 56 Teilnehmerstaaten, die für die OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf das Recht auf freie Meinungsäußerung und freie Medien von Bedeutung sind.*

*2007 intervenierte der Medienbeauftragte in mehr als 100 Fällen bei Regierungen von OSZE-Teilnehmerstaaten und gab über 50 öffentliche Erklärungen ab. Sein Büro veranstaltete zwei Regionalkonferenzen, hielt vier Fortbildungsveranstaltungen ab und veröffentlichte rund ein Dutzend Bücher und Sonderberichte.*

Im Folgenden werden einige besonders erwähnenswerte Themen und Aktivitäten aus der Arbeit des Büros näher beschrieben.

### **Regionalkonferenzen: Schwerpunkt freiwillige Selbstkontrolle der Medien**

Das Büro unterstützte weiterhin den regionalen Journalismus und organisierte zu diesem Zweck im Oktober und November Medienkonferenzen im südlichen Kaukasus und in Zentralasien. Zu diesen Konferenzen versammelten sich Journalisten, Medienschaffende und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen aus den Regionen sowie internationale und regionale Fachleute, um die aktuelle Lage der Medien in ihren Ländern zu erörtern.

Schwerpunkt der diesjährigen Konferenzen war das Thema freiwillige Selbstkontrolle der Medien. Die Teilnehmer beider Konferenzen beurteilten die Effektivität verschiedener Selbstkontrollmechanismen – wie Ehrenkodex, Presserräte oder Ombudsleute – und verabschiedeten Erklärungen zur freiwilligen Selbstkontrolle der Medien. Sie erörterten auch, wie die Selbstkontrolle die Professionalität von Journalisten verbessern und die Anzahl von Medienklagen wegen beruflichen Fehlverhaltens verringern kann. Diese Veranstaltungen wären ohne die Beiträge der Regierungen Deutschlands, Irlands, Österreichs, Schwedens und der Vereinigten Staaten (USA) nicht möglich gewesen.

*„Die freiwillige Selbstkontrolle der Medien ist [...] ein Anliegen der Zivilgesellschaft und wird von Medienschaffenden wahrgenommen. Die staatlichen Behörden können die Entwicklung der Medienselbstkontrolle am besten dadurch unterstützen, dass sie Meinungsfreiheit und Pluralismus gewährleisten und sich der Einflussnahme auf Medieninhalte enthalten.“*

*Erklärung von Duschanbe (Tadschikistan) zur Medienselbstkontrolle, 1. und 2. November*

### **Juristische Unterstützung**

Das Büro unterstützte die OSZE-Teilnehmerstaaten auch in diesem Jahr bei der Abänderung ihrer Medien- und Informationsgesetze im Sinne der OSZE-Verpflichtungen.

In Kasachstan begutachtete das Büro den Gesetzesentwurf zu Massenmedien und das *Gesetz über das Verlagswesen*.

Das Büro erstellte ein Gutachten zum Entwurf eines kroatischen Datenschutzgesetzes, auf dessen Grundlage eine verbesserte Fassung des Gesetzes verabschiedet wurde, die einige Empfehlungen des Büros berücksichtigte.

Das Büro verfasste auch einen Kommentar zum belarussischen Gesetzesentwurf über Information und den Schutz von Informationen, den der Medienbeauftragte bei seinem Besuch in Belarus dem Vorsitzenden des Parlamentsausschusses für Menschenrechte, ethnische Beziehungen und Medien übergab.

Dem Präsidenten des moldauischen Parlaments übergab das Büro ein Gutachten zum neuen *Gesetz über audiovisuelle Medien* und zur *Verordnung über Rundfunklizenzen*.

Als Mitveranstalter eines Seminars im Europäischen Parlament in Brüssel fungierte das Büro auch als Konsulent für die Ausarbeitung der *Richtlinie der Europäischen Union über audiovisuelle Mediendienste*.

## **Länderbesuche**

Anlässlich eines Besuches in Bosnien und Herzegowina im Februar traf der Medienbeauftragte mit dem Hohen Repräsentanten und Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Bosnien und Herzegowina, Christian Schwarz-Schilling, zusammen und führte Gespräche mit dem Vorsitzenden des Ministerrats von Bosnien und Herzegowina, Nikola Špirić, dem Ministerpräsidenten der Republika Srpska, Milorad Dodik, und dem Präsidenten der Nationalversammlung der Republika Srpska, Igor Radojičić; ferner traf er Mitglieder der Kommunikationskontrollbehörde, des Presserats, des Verbandes elektronischer Medien und des Journalistenverbandes von Bosnien und Herzegowina. Im Anschluss an diesen Besuch legte der Medienbeauftragte einen Bericht unter dem Titel *The State of Media Freedom in Bosnia and Herzegovina: The Public Service Broadcasting* vor.

Bei einem Besuch in Aserbaidschan im April führte der Medienbeauftragte Gespräche mit Präsident Ilham Aliyev über den Stand der Medienfreiheit im Lande. Er traf ferner mit dem Vorsitzenden des nationalen Fernseh- und Rundfunkrats, Nushiravan Mahharamli, zusammen, um den Entzug der Lizenz für den privaten Fernseh- und Radiosender ANS zur Sprache zu bringen.

Anlässlich seiner Teilnahme am *Eurasischen Medienforum* in Kasachstan, auf dem der Medienbeauftragte gegen die Monopolisierung der Medien und die Kriminalisierung des Journalismus Stellung nahm, traf er mit der Abgeordneten zum kasachischen Parlament und Leiterin des kasachischen Journalistenkongresses, Dariga Naasarbajewa, zu Gesprächen über den von Journalistenorganisationen konzipierten Entwurf für ein Mediengesetz zusammen.

## **Publikationen**

Im Laufe dieses Jahres produzierte das Büro mehrere Publikationen:

*Media as a Business* ist eine Dokumentation der Ergebnisse der vom Büro durchgeführten Regionalkonferenzen in Zentralasien und im südlichen Kaukasus;

*Governing the Internet: Freedom and Regulation in the OSCE Region* erschien im Juli und gibt einen Überblick über Internet-Governance in der OSZE-Region und enthält Berichte zu diesem Thema aus mehreren OSZE-Teilnehmerstaaten. Diese Publikation wurde durch Beiträge Frankreichs und Deutschlands ermöglicht;

*Freedom and Responsibility - Yearbook No. 8* beschreibt die Aktivitäten des Büros im Jahr 2006.

Darüber hinaus stellte das Büro sechs Sonderberichte zu einem breiten Themenspektrum zusammen, die es dem Ständigen Rat unterbreitete. Ein Auszug aus den Themen: Akkreditierung von Journalisten, Registrierung von Medienunternehmen, Umgang mit Journalisten bei politischen Kundgebungen, Zugang zu Informationen im OSZE-Raum und Unterstützung für professionelle Medien durch einen Austausch zwischen Kollegen. Der zuletzt genannte Bericht entspricht einem diesbezüglichen Ersuchen des Ministerrats von Brüssel vom Dezember 2006, den dieser in einem Beschluss über Medienpartnerschaften geäußert hatte.

## **Gewalt gegen Journalisten**

Im Jahr 2007 kam es in der OSZE-Region zu tragischen Vorfällen, die zeigten, dass Gewalt gegen Journalisten weltweit noch immer einen massiven Schwachpunkt in Sachen Medienfreiheit darstellt. Die zahlreichen Bedrohungen, Schikanen und Angriffe gegen Medienvertreter gipfelten 2007 in der Ermordung der Journalisten Alischer Saipow in Kirgisistan, Hrant Dink in der Türkei und Chauncey Bailey in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Mit Genugtuung registrierte der Medienbeauftragte die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, dieser gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Anfang des Jahres verabschiedeten die Vereinten Nationen die Resolution 1738, in der Angriffe auf Journalisten in Situationen bewaffneten Konflikts verurteilt wurden. Im Anschluss daran verabschiedete die Parlamentarische Versammlung des Europarats die Entschließung 1535 *Die Bedrohung des Lebens und der Meinungsfreiheit von Journalisten*. Das Büro unterstützte beide Dokumente.

## **Verleumdung und Ehrenbeleidigung**

Das Büro bemühte sich auch in diesem Jahr um Straffreistellung von Verleumdung und übler Nachrede und deren vollständige Abtretung an Zivilgerichte.

Bisher sehen sieben OSZE-Teilnehmerstaaten keine strafrechtlichen Sanktionen für Verleumdung und Ehrenbeleidigung vor: Bosnien und Herzegowina, Estland, Georgien, Moldau, Ukraine, die Vereinigten Staaten von Amerika (auf bundesstaatlicher Ebene) und Zypern. Mehrere Teilnehmerstaaten haben Haftstrafen als Sanktion für üble Nachrede und Verleumdung abgeschafft. Nach wie vor wurden jedoch auch in diesem Jahr in einigen Teilnehmerstaaten Journalisten wegen Verleumdung und Ehrenbeleidigung strafrechtlich verfolgt.

2007 unterstützte das Büro Bemühungen zur Entkriminalisierung von Verleumdung in Albanien und es ersuchte die irische Regierung, die noch vorhandenen strafrechtlichen Bestimmungen aus dem Entwurf zu einem Verleumdungsgesetz zu streichen.

## **Internet**

Das Büro des Medienbeauftragten nahm am *Internet Governance Forum* unter Leitung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro teil, wo es einen Workshop zum Thema *Freedom of Expression as a Security Issue* abhielt, der gemeinsam mit dem Europarat und der Organi-

sation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) veranstaltet wurde.

Das Büro nahm auch an einer Konferenz zum Thema *Computers, Freedom and Privacy* in Montreal teil, wo es einen Vortrag über die Kontrolle von Internet-Inhalten in Europa hielt.

2007 wurde das Büro Gründungsmitglied der *Dynamic Coalition on Freedom of Expression and Freedom of the Media on the Internet* der Vereinten Nationen. Das Internetprojekt 2007 wurde von Irland und Deutschland finanziert.

## **Toleranz und Nichtdiskriminierung**

Das Büro setzte seinen Feldzug gegen die Knebelung von Medien bei der Berichterstattung über sensible Themen im Namen der Toleranz in demokratischen Gesellschaften fort. Der Medienbeauftragte ging in mehreren Reden auf diese Frage ein, insbesondere auf dem *Weltkongress des Internationalen Journalistenverbandes* in Moskau, auf dem Treffen der Organisation der islamischen Konferenz in Baku zum Thema *The Role of the Media in the Development of Tolerance and Mutual Understanding* und auf dem *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* der OSZE in Warschau.

## **Zugang zu Informationen**

Am Vorabend des Welttags der Pressefreiheit am 3. Mai gab der Medienbeauftragte den Abschluss einer Erhebung in den Teilnehmerstaaten über den Zugang der Medien zu Informationen bekannt. Diese Erhebung betraf Gesetze zur Informationsfreiheit, Regeln für die Geheimhaltung von Informationen, Gesetze zur Ahndung der Verletzung der Geheimhaltungspflicht und zum Schutz der Informationsquellen von Journalisten. Aus der Erhebung ging hervor, dass zwar die meisten Regierungen in den letzten Jahren eine liberalere Haltung einnehmen, viele von ihnen aber nach wie vor den Begriff Staatsgeheimnis zu breit definieren, Journalisten für die Veröffentlichung durchgesickelter Geheiminformationen bestrafen und anonymen Informanten keinen ausreichenden Schutz gewähren. Deshalb werden der Öffentlichkeit wichtige Informationen vorenthalten. Anhand dieser Ergebnisse erstellte das Büro seinen Beitrag zum Entwurf für ein europäisches Übereinkommen über den Zugang zu amtlichen Dokumenten, der zu Jahresende vom Menschenrechtsausschuss des Europarats behandelt wurde.

## **Aus- und Fortbildungsprojekte**

Aus- und Fortbildungskurse, die die Beziehungen zwischen dem Staat und den Medien verbessern und Journalisten verstärkt Zugang zu Informationen von Regierungsstellen erhalten sollen, wurden zu einem Markenzeichen des Büros. In diesem Jahr fanden solche Kurse am 4. und 5. Juni in Belarus, am 12. September in der Ukraine, am 19. und 20. September in Armenien und am 11. und 12. Dezember in Tadschikistan statt. Solche Veranstaltungen sollen das Vertrauen zwischen Beamten und Journalisten verbessern und die Anfälligkeit des professionellen Journalismus für Korruption bekämpfen.

Das Büro organisierte ferner ein Fortbildungsseminar für moldauische Richter zu Verleumdungs- und Ehrenbeleidigungsgesetzen, das am 8. und 11. Oktober stattfand. Die Teilnehmer erweiterten dabei ihr Wissen über die moldauischen Gesetze gegen Verleumdung und üble Nachrede sowie über die Spruchpraxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

*Medienbeauftragter:*

*Miklós Haraszti*

*Genehmigter Haushalt: 1.260.200 EUR*

[www.osce.org/fom](http://www.osce.org/fom)

# **Das Sekretariat**

## **Das Sekretariat**

*Das Sekretariat in Wien unterstützt den Amtierenden Vorsitz in seinen Aktivitäten mit Fachkompetenz, Analysen, der Ausarbeitung von Beschlussentwürfen, Öffentlichkeitsarbeit zur Vermittlung der Politik und Praxis der OSZE und durch Pflege der Kontakte zu den Kooperationspartnern und anderen internationalen Organisationen. Das Sekretariat ist den Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Beschlüsse behilflich und unterstützt den Prozess des politischen Dialogs und der Verhandlungen zwischen den Teilnehmerstaaten. Es leistet allen anderen OSZE-Organen Hilfestellung bei der Erfüllung ihrer Mandate und der Umsetzung der politischen Vorgaben der Teilnehmerstaaten, der korrekten Anwendung des Gemeinsamen Verwaltungsregelwerks und der Koordinierung der Programmplanung.*

*Die Befugnisse des Generalsekretärs leiten sich aus den kollektiven Beschlüssen der Teilnehmerstaaten ab; er untersteht dem Amtierenden Vorsitz, den er bei allen seinen Aktivitäten in Erfüllung der Ziele der OSZE unterstützt. Der Generalsekretär sorgt für die Umsetzung der OSZE-Beschlüsse und fungiert als leitender Verwaltungsbeamter der Organisation und Leiter des OSZE-Sekretariats. 2007 kam der Generalsekretär wie in den Vorjahren seinem Mandat und allen anderen von den Teilnehmerstaaten für dieses Jahr übertragenen Aufgaben effektiv und effizient nach.*

*Das Sekretariat besteht aus dem Büro des Generalsekretärs, dem Konfliktverhütungszentrum, dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen, der Hauptabteilung Personalressourcen und dem Büro für Innenrevision. 2007 übersiedelte das Sekretariat in das neu renovierte historische Palais Palfy in der Wallnerstraße 6, das von König Juan Carlos I. von Spanien und dem österreichischen Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer feierlich eröffnet wurde.*

*Genehmigter Haushalt: 30.868.600 EUR*

## Das Büro des Generalsekretärs

*Zum Büro des Generalsekretärs gehören das für das Leitende Management verantwortliche Team sowie sowohl themenbezogene als auch operative Dienststellen. Zu diesen zählen die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten, die Gruppe Terrorismusbekämpfung, das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels, die Abteilung Externe Zusammenarbeit, die Abteilung Genderfragen, die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, der Rechtsdienst und das Sicherheitsmanagement.*

## Leitendes Management

*Das Leitende Management unterstützte den Generalsekretär auch in diesem Jahr bei der effektiven Umsetzung seines Mandats. Hier liefen die Fäden für die interne Koordinierung im Sekretariat zusammen. Das Team sorgte für die Bereitstellung von Experten- und Beratungsdiensten für das Generalsekretariat, den Vorsitz und die Teilnehmerstaaten, war dem Generalsekretär bei dessen allgemeinen Führungsaufgaben und bei konkreten Anweisungen in Managementfragen behilflich und unterstützte ihn in strategischen und für die gesamte Organisation relevanten dimensionenübergreifenden Fragen, einschließlich jener, die eine konsequente und konzertierte Aktion mehrerer Durchführungsorgane erfordern.*

2007 wurde die leistungsbezogene Haushaltserstellung nach Programmen unter der Verantwortung des Leitenden Managements in enger Absprache mit anderen Dienststellen des Sekretariats auf die gesamte Organisation ausgedehnt. Zum ersten Mal bediente sich die Organisation bei der Vorbereitung des Haushaltsjahres 2008 für alle OSZE-Teilhaushalte der Haushaltserstellung nach Programmen. Als weitere Neuerung kam hinzu, dass der Generalsekretär die Programmorschau und den Gesamthaushaltsvoranschlag im Ständigen Rat präsentierte. Im Mai erstattete der Generalsekretär dem Ständigen Rat einen Fortschrittsbericht über die ihm vom Ministerrat 2006 zugewiesene Aufgabe, die Wirksamkeit der OSZE und ihrer Durchführungsorgane weiter zu stärken. In der zweiten Jahreshälfte berichtete der Generalsekretär den Teilnehmerstaaten über einen überarbeiteten Dienstpostenplan für das OSZE-Sekretariat sowie über die Aufgabenverteilung im OSZE-Sekretariat.

Das ganze Jahr hindurch koordinierte das Leitende Management die laufenden Arbeiten zwischen dem Sekretariat und dem Amtierenden Vorsitz. Gemeinsam mit dem spanischen Vorsitz stellte es die Verbindung zwischen beiden her und hielt sie unter Einhaltung einer klaren Aufgabenverteilung und festgelegter Kommunikationskanäle aufrecht. Es sorgte dafür, dass der Vorsitz rechtzeitig Beratung, Hintergrundinformationen, Beschlussentwürfe, Redenotizen und jede weitere notwendige Unterstützung erhielt. Das Leitende Management koordinierte und sammelte Beiträge aller Durchführungsorgane der OSZE zur Arbeit des Vorsitzes zu wichtigen Fragen auf der Tagesordnung dieses Jahres. Es war auch bei der Koordinierung der Vorbereitungen für den designierten Vorsitz 2008 behilflich.

In enger Absprache mit allen maßgeblichen Dienststellen des Sekretariats und anderen Durchführungsorganen versorgte das Leitende Management den Generalsekretär mit der erforderlichen Unterstützung für seine Beiträge zur Arbeit der Beschlussfassungs- und informellen Gremien der OSZE und für die Konsultationen mit den Teilnehmerstaaten, etwa auch in Form von bilateralen Treffen und Besuchen in den Teilnehmerstaaten, bei den Kooperationspartnern und bei anderen internationalen Organisationen, sowie regelmäßiger bzw.

Ad-hoc-Berichte an die Teilnehmerstaaten. Das Leitende Management bereitete die koordinierten Wochenberichte des Generalsekretärs an den Ständigen Rat vor, einen Jahresbericht an den Ministerrat, Jahresberichte zu themenbezogenen Fragen, Beiträge zu regelmäßigen oder Ad-hoc-OSZE-Treffen und anderen Konferenzen sowie andere spezielle Berichte und Beiträge, etwa über organisierte Kriminalität und die *Allianz der Zivilisationen* der Vereinten Nationen. Das Leitende Management unterstützte in enger Absprache mit der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und der Abteilung Externe Zusammenarbeit die gemeinsamen Bemühungen des Generalsekretärs und des Vorsitzes, die Aktivitäten der OSZE in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und der Organisation damit mehr Profil zu verleihen.

## Die Gruppe strategische Polizeianglegenheiten

*Die Gruppe führte dieses Jahr eine Reihe von Aktivitäten erfolgreich durch, die von der Unterstützung für die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität im OSZE-Raum bis zur Arbeit im Bereich der Polizeiausbildung und -reform in Zentralasien und im südlichen Kaukasus reichten.*

Gemeinsam mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung veranstaltete die Gruppe OSZE-weite und regionale Expertenkonferenzen über die Notwendigkeit einer verstärkten Rechtsdurchsetzung und justiziellen Zusammenarbeit und gemeinsamen Nutzung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse – und reagierte damit auf die Sorge der Teilnehmerstaaten über die weitere Ausbreitung des illegalen Drogenhandels wie z. B. mit Opium aus Afghanistan. In Umsetzung eines *Beschlusses* des Ständigen Rates vom vergangenen Jahr kamen Drogenfahnder aus den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern sowie Vertreter internationaler Organisationen im Juni in Wien zu einer Drogenexpertenkonferenz zusammen.

Als Beitrag zur laufenden internationalen Hilfe für Afghanistan vermittelte und finanzierte die Gruppe die Ausbildung von zehn afghanischen Polizeibeamten zu Drogenfahndern an der russischen Höheren Polizeiakademie in Domodedowo.

Im Kampf gegen die organisierte Kriminalität verwaltete die Gruppe ein von Belgien finanziertes außerbudgetäres Projekt zur Unterstützung der Umsetzung der einschlägigen Ministerratsbeschlüsse.

Ein weiteres erfolgreiches, vom spanischen Vorsitz finanziertes außerbudgetäres Projekt galt der verstärkten Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Richtern bei Ermittlungen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Den Schwerpunkt dieses Projekts, das in Albanien und Montenegro durchgeführt wurde, bildete die Zusammenarbeit dieser drei Institutionen bei der Ermittlung gegen die organisierte Kriminalität, insbesondere gegen Menschenhandel.

Die Gruppe unterstützte auch Feldoperationen, in diesem Jahr schwerpunktmäßig jene in Zentralasien und im südlichen Kaukasus. Den Projektkoordinator in Usbekistan unterstützte sie zum Beispiel bei der Ausarbeitung eines Hilfsprojekts für die usbekische Polizeiakademie, dem sie auch bei dessen Umsetzung mit Rat und Tat zur Seite stand. Erwähnenswert war in diesem Jahr auch die Zusammenstellung und Organisation einer Erkundungsmission für Tadschikistan im Dezember, die den nationalen Behörden bei der Bedarfserhebung für eine Polizeireform helfen sollte.

Eine der Hauptaktivitäten der Gruppe war die Förderung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Polizei und Öffentlichkeit durch bürgernahe Polizeiarbeit, die den Grundsätzen einer demokratischen Polizeiarbeit folgt. Die Gruppe veranstaltete drei regionale Treffen von Polizeiexperten zu diesem Thema. Im Sinne der Erörterungen auf dem Treffen nahm sie die Ausarbeitung eines Dokuments zu nachahmenswerten Methoden für den Aufbau einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Öffentlichkeit in Angriff. Das Dokument soll im Februar 2008 fertiggestellt sein und eine gemeinsame Grundlage für alle die öffentliche Sicherheit betreffenden OSZE-Aktivitäten bieten.

Zur Unterstützung der von den Feldoperationen angebotenen Kurse für polizeiliche Grundausbildung stellte die Gruppe eingehende Recherchen und Analysen an und verfasste den Leitfaden *Good Practices in Basic Police Training - Curricula Aspect*. Das Dokument soll im Februar 2008 vorliegen und Polizeidiensten dabei helfen, ihre Grundausbildungsmodule effektiver, professioneller und gesellschaftsorientierter zu gestalten.

Das Online-Informationssystem für Polizeiarbeit war 2007 einsatzbereit. Als Folge davon nahm die Anzahl der registrierten Benutzer um mehr als das Viereinhalbfache zu, und die Zahl der Experten in der Polizeiexpertenbank verdreifachte sich. Die Gruppe nahm auch ein System für eine benutzerfreundliche Online-Registrierung für Veranstaltungen in Betrieb, die den Benutzern eine unkomplizierte Anmeldung zu Veranstaltungen ermöglicht.

## Die Gruppe Terrorismusbekämpfung

*Als zentrale Anlaufstelle der OSZE für die Koordination und die Aktivitäten der OSZE zur Terrorismusbekämpfung erstellte die Gruppe Terrorismusbekämpfung 2007 auf Ersuchen des Amtierenden Vorsitzes, der Teilnehmerstaaten und des Generalsekretärs über 20 Arbeits- und Konzeptdokumente zu den sich herausbildenden neuen Terrorismusbekämpfungsstrategien. Viele der Ideen wurden in der Folge in konkrete OSZE-Initiativen umgesetzt, wie etwa gegen die Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken oder für die Verstärkung der Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor bei der Terrorismusbekämpfung.*

Die Gruppe organisierte, unterstützte oder förderte auf andere Art und Weise 16 Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten OSZE-weit bzw. für bestimmte Regionen und Länder. Darunter sind vor allem Folgende zu nennen:

- Eine politische Konferenz in Wien zum Thema *Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor im Kampf gegen den Terrorismus*, die auf eine gemeinsame Initiative der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) zurückging und von Spanien und den USA finanziert wurde; im Gefolge dieser Konferenz sprach sich der Ministerrat dafür aus, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft aktiv in die Terrorismusbekämpfung einzubinden.
- Eine OSZE-weite Arbeitstagung in Wien sowie zwei regionale Arbeitstagungen in Antalya (finanziert von Spanien) und Helsinki (finanziert von Finnland) über die Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in terrorismusbezogenen Strafsachen, mit dem Ziel, sich einen besseren Überblick über den internationalen Rechtsrahmen und das einschlägige technische Instrumentarium für diese Zusammenarbeit zu verschaffen.

- Eine OSZE-weite Arbeitstagung in Wien, ein regionaler Workshop in Madrid und eine nationale Veranstaltung in Taschkent zum Thema Sicherheit von Reisedokumenten, die von Spanien und den USA finanziert wurden – zur Verbesserung des technischen Fachwissens in Bezug auf die Normen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation für maschinenlesbare und elektronische Reisedokumente sowie deren Handhabung und Ausstellung und auf die Datenbanken der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol); ein Intensivkurs in Skopje zum Thema Erkennen gefälschter Dokumente – zur Verbesserung der Kompetenz der Grenzpolizei in der Aufdeckung und Kontrolle gefälschter Dokumente; und schließlich eine Bedarfserhebungs- bzw. Planungsmission in Moldau zur Beurteilung der Machbarkeit einer Echtzeitverbindung zwischen den Grenzkontrollstellen und den Interpol Datenbanken.
- Ein OSZE-weiter Workshop in Wien zum Thema Kampf gegen die Anstiftung zu Terrorismus im Internet, der von Spanien und Deutschland finanziert wurde – zur Fortsetzung und Ausweitung der Pionierarbeit der OSZE im Kampf gegen die Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken.
- Zwei Veranstaltungen im Zusammenhang mit Containersicherheit bzw. Sicherheit der Versorgungskette in Astana und Belgrad – mit der Zielvorgabe einer effektiveren Umsetzung des von der Weltzollorganisation vorgegebenen normativen Rahmens.

Die Gruppe erweiterte das *Antiterrornetzwerk* und baute es inhaltlich aus. Sie führte darüber hinaus formelle und informelle Konsultationen mit anderen OSZE-Strukturen und vielen maßgeblichen internationalen Gremien, insbesondere den Vereinten Nationen, aus denen sich einige gemeinsame Aktivitäten ergaben. Ein großer Erfolg, den die Gruppe für sich verbuchen konnte, war der zweite Runde Tisch von Terrorbekämpfungsexperten der wichtigsten regionalen und subregionalen Organisationen in Wilna.

[www.osce.org/atu](http://www.osce.org/atu)

## Das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels

*Der Sonderbeauftragte hat eine Katalysatorfunktion in Bezug auf Maßnahmen gegen den Menschenhandel. Die 2007 erzielten Fortschritte gelangen durch die Vertretung der Interessen der Opfer in bilateralen Gesprächen mit Regierungen und anderen politischen Entscheidungsträgern, in den Medien und durch konzentrierte Bemühungen zur Unterstützung und Hilfe für die Teilnehmerstaaten.*

### ***Vorrangige Bereiche im Kampf gegen den Menschenhandel:***

- *Maßnahmen zur Schaffung nationaler Strukturen gegen den Menschenhandel*
- *Förderung faktengestützter Strategien und Programme*
- *Verstärkung der Bemühungen zur Verhinderung des Menschenhandels*
- *Vorrangige Bekämpfung des Kinderhandels*
- *Befassung mit allen Formen des Menschenhandels*

– *Förderung des wirksamen Beistands und des Zugangs zu den Gerichten für alle Opfer*

Die Amtsinhaberin setzte innerhalb der OSZE-Institutionen mit den Teilnehmerstaaten und anderen internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen einen Prozess der laufenden Konsultation in Gang, um gemeinsam die Stoßrichtung der Prioritäten für dieses Jahr festzulegen. Das Büro veranstaltete unter der Schirmherrschaft der Allianz gegen Menschenhandel zwei Großkonferenzen:

Die sechste Konferenz der Allianz unter dem Titel *Nationale Überwachungs- und Berichtsmechanismen im Kampf gegen den Menschenhandel* war die erste Konferenz, die sich mit der Frage auseinandersetzte, wie das Ausmaß des Menschenhandels zu messen ist. Sie widmete sich den Aufgaben der Datensammlung und -analyse, der Rolle der Berichtsmechanismen und den Herausforderungen auf nationaler Ebene. Die Veranstaltung am 21. Mai in Wien machte die über 200 Teilnehmer mit den Methoden vertraut, die in einigen Teilnehmerstaaten, die über derartige Mechanismen verfügen, eingesetzt werden.

Auf der siebten Konferenz der Allianz zum Thema *Hilfe für Opfer des Menschenhandels – wir können mehr tun* kamen am 10. und 11. September in Wien über 270 Fachleute zusammen. Die Teilnehmer forderten, dass verstärkt in faktengestützte Untersuchungen zum Thema Menschenhandel investiert wird, um dadurch besser auf das Ziel ausgerichtete Strategien zur Ermittlung von Opfern des Menschenhandels und zur Hilfestellung für sie entwickeln zu können.

Damit die Arbeit der OSZE gegen den Menschenhandel auch von der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen wird, nahmen die Sonderbeauftragte und ihr Büro an mehr als 40 Konferenzen und öffentlichen Veranstaltungen teil und legten besonderes Augenmerk auf die Arbeit mit den Medien und dem Internet, damit diese verstärkt über den Einsatz der OSZE gegen den Menschenhandel berichten und diesen sachlich und öffentlichkeitswirksam vermitteln. Im Rahmen der OSZE war sie im Ausschuss des Ständigen Rates zur menschlichen Dimension vertreten und führte direkte Gespräche mit führenden Regierungsvertretern.

*„[Das Büro des Sonderbeauftragten] bemühte sich sehr um eine bessere Kenntnis der Probleme des Menschenhandels und dessen eigentliche Ursachen, um eine angemessene und koordinierte Strategie dagegen ausarbeiten zu können.“*

– Roger Plant, Leiter des Sonderaktionsprogramms der ILO zur Bekämpfung der Zwangsarbeit

## **Förderung der regionalen Zusammenarbeit**

Die Sonderbeauftragte unternahm mehrere Initiativen zur Förderung regionaler Maßnahmen gegen den Menschenhandel:

**Ostseeanrainerstaaten und nordische Staaten.** Ihren regionalen Schwerpunkt bildeten die Ostsee-Anrainerstaaten, die bereits beträchtliche Erfahrungen bei der Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und des Kinderhandels gesammelt haben. Sie sprach auf einigen Veranstaltungen im Ostseeraum und in den nordischen Staaten, darunter auch auf der Jahrestagung 2007 der Kontaktstellen gegen Kinderhandel des Rats der Ostseeanrainerstaaten in Warschau. Auf einer Konferenz im Oktober in Wilna, die von der Republik Litauen gemeinsam mit der OSZE und dem Büro der Vereinten Nationen für

Drogen- und Verbrechensbekämpfung im Rahmen der *Weltweiten Initiative der Vereinten Nationen gegen Menschenhandel* veranstaltet wurde, hielt sie einen Vortrag über das neue Thema der Einbindung der Medien und der Wirtschaft in die Arbeit gegen den Menschenhandel. Die Konferenz befasste sich mit der Eindämmung der Nachfrage nach unangemessen billigen Arbeitskräften und Dienstleistungen und setzte sich mit den ethischen Aspekten einer Berichterstattung der Medien über dieses Thema auseinander.

**Zentralasien.** In Zusammenarbeit mit den kirgisischen Behörden veranstaltete die OSZE im Dezember einen Runden Tisch in Bischkek. Die Veranstaltung konzentrierte sich auf die Umsetzung der Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Konferenz gegen Menschenhandel von 2006 in Astana, die von der OSZE 2007 veröffentlicht und an die regionalen Akteure übermittelt wurden. Die Diskussionsrunde gab einen weiteren Anstoß zur Zusammenarbeit mit den regionalen Strukturen und Nichtregierungsorganisationen zur Bekämpfung des Menschenhandels.

*Sonderbeauftragte  
Eva Biaudet*

## Die Abteilung Genderfragen

*Die Abteilung Genderfragen unterstützte die OSZE dabei, die im Aktionsplan der OSZE zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern geforderte Gleichstellungsperspektive in ihre Aktivitäten, Strategien, Programme und Projekte aufzunehmen.*

Die Abteilung leistete allen Kontaktstellen der OSZE für Genderfragen Unterstützung. Sie hielt regelmäßige Koordinierungssitzungen ab und leistete technische Hilfe im Hinblick auf eine sorgfältigere Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse und Beiträge von Frauen und Männern bei der Entwicklung von Programmaktivitäten.

Bei der Veranstaltung eines Seminars in Madrid zur Förderung der Mitsprache von Frauen auf allen Ebenen der Polizeiarbeit kooperierte die Abteilung eng mit der Abteilung Strategische Polizeiangelegenheiten. Sie unterstützte auch das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE bei seinen Bemühungen, den Zusammenhang zwischen Gendererwägungen, Migrationspolitik und Wasserwirtschaft in seinen Konferenzen zu berücksichtigen.

Die Abteilung Genderfragen war der Hauptabteilung Personalressourcen bei der Entwicklung einer Reihe von genderbezogenen Fortbildungskursen behilflich. Darüber hinaus leistete die Abteilung auch einen Beitrag zur Sitzung zu Genderfragen auf der *Jahrestagung* der Parlamentarische Versammlung der OSZE und lieferte Informationen für die Ausarbeitung des *Gender Balance Report* der Parlamentarische Versammlung.

Im März veranstaltete die Abteilung Genderfragen das jährliche Treffen der Kontaktstellen für Genderfragen in Wien. Die Abteilung kam den Empfehlungen dieser Tagung nach und erstellte einen zusammenfassenden Überblick über alle Vorschläge der Feldoperationen für außerbudgetäre Projekte zur Förderung der Rechte der Frauen, aus dem hervorgehen sollte, für welche der geplanten Projekte Finanzierungsbedarf besteht. Die Abteilung arbeitete auch eine Aufstellung der Projekte der Feldoperationen zur Förderung der Rechte der Frauen in den vorrangigen Bereichen des *Aktionsplans* aus.

Darüber hinaus veranstaltete die Abteilung Genderfragen eine Arbeitssitzung für die am *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* in Warschau teilnehmenden Kontaktstellen für Genderfragen. Durch diese Initiative sollten die Genderaspekte der Sicherheit deutlich gemacht werden. In diesem Jahr besuchten Mitarbeiter der Abteilung Genderfragen die Feldoperationen in der Ukraine, in Usbekistan, Skopje, Albanien und Aschgabad und unterstützte deren Bemühungen, die Anforderungen des *Aktionsplans* zu erfüllen. Sie leistete auch Beiträge zu den regionalen Treffen der Leiter von Feldeinsätzen in Zentralasien und in Südosteuropa.

[graph]  
Management  
% Frauen  
% Männer  
1. Dez. 2004  
1. Dez. 2005  
1. Dez. 2006  
[graph]

Im Juli evaluierte die Abteilung Genderfragen die Fortschritte im Bezug auf den *Aktionsplan*. Der Bericht des Generalsekretärs an den Ständigen Rat machte deutlich, wie wenige Frauen Führungspositionen in der OSZE erreichen konnten. Um hier Abhilfe zu schaffen, arbeitete die Abteilung mit der Hauptabteilung Personalressourcen zusammen, damit Stellenausschreibungen für Führungspositionen einer breiteren Öffentlichkeit verstärkt zugänglich gemacht werden und möglichst viele hoch qualifizierte Frauen erreichen.

Die Abteilung leistete Hilfestellung sowohl durch Vorschläge zu Verbesserungen des Anspruchs auf Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub sowie durch die Ausarbeitung eines flexiblen Arbeitszeitsystems für das Sekretariat.

Die Abteilung Genderfragen arbeitete einen *Guide on the OSCE Policy against Harassment, Sexual Harassment and Discrimination* auf Englisch und Russisch aus, der an alle OSZE-Mitarbeiter verteilt wurde. Sie aktualisierte ferner die Gleichstellungsindikatoren im Anhang zu den Methoden für Gender-Mainstreaming namens *Filling the GAPS*.

## Die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

*Im Februar billigte der Generalsekretär die Kommunikationsstrategie der Abteilung, die erste ihrer Art für die Organisation. In Anbetracht der dezentralisierten Struktur der OSZE ist die Strategie in erster Linie für das Sekretariat gedacht, doch haben auch andere Teile der Organisation Elemente daraus übernommen. Die Strategie umfasst einen Zehn-Punkte-Aktionsplan für das Jahr 2007 und betrifft alle Aspekte der Arbeit mit den Medien, der Öffentlichkeit und der Welt der Wissenschaft.*

Folgende zentrale Punkte des *Aktionsplans* hat die Abteilung bereits umgesetzt:

- Start eines neuen, für Journalisten bestimmten elektronischen Newsletters mit dem Titel *OSCE Highlights*;

- Herausgabe der neu aufbereiteten Informationsblätter über die OSZE in allen sechs offiziellen Sprachen, des völlig überarbeiteten *OSZE-Handbuchs* und eines *Jahresberichts* in neuer Aufmachung;
- Produktion einer interaktiven Präsentation auf CD und online, die in einfachen Worten die Organisation in allen sechs offiziellen Sprachen erklärt. *The OSCE at work* war ein von Frankreich, Italien, Österreich und Spanien finanziertes außerbudgetäres Projekt;
- Einrichtung eines Multimedia-Dienstes auf der OSZE-Website, darunter auch eine ausschließlich aus den vorhandenen Quellen zusammengestellte Datenbank. Derzeit sind über 60 Videos und Audioclips zu Themen wie dem Ministerrat und der Verwertung von *Mélange* abrufbar;
- Hochladen von über 2100 neuen Dokumenten, 1600 Fotos und 70 themenbezogenen Artikeln sowie hunderter neuer Seiten auf die Website, darunter auch 24 Konferenz-Websites;
- Publikation von vier Ausgaben des *OSCE-Magazine* und Verteilung an einen größeren Kreis, um es als Instrument für Public Diplomacy aufzuwerten;
- Koordinierung dutzender Interviews, Artikel und Kommentare unter Einbindung des Amtierenden Vorsitzes, des Generalsekretärs und anderer Personen
- Vorträge über die OSZE vor mehr als 60 Besuchergruppen – rund 1700 Personen aus 21 Ländern;

Die Abteilung nahm ein teilweise von den Vereinigten Staaten finanziertes außerbudgetäres Projekt zur Einrichtung einer mehrsprachigen Website in Angriff. Derartige Aktivitäten sind unverzichtbar, wenn man die Präsentation der OSZE in der Öffentlichkeit verbessern will, indem man sie auch in anderen Sprachen vermittelt, nicht zuletzt in Russisch, der zweitstärksten OSZE-Sprache.

Die Abteilung plante auch ein weiteres außerbudgetäres Projekt, mit dessen Umsetzung bereits begonnen wurde, nämlich eine Veranstaltung für Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren, die dabei Rollen in einer fiktiven OSZE übernehmen. Diese Modell-OSZE soll zum ersten Mal im Sommer 2008 stattfinden und Schülern und Studenten Gelegenheit geben soll, Erfahrungen mit Diplomatie und internationalen Beziehungen – und die Rolle der OSZE – zu machen und daraus zu lernen, nicht nur durch Studium, sondern auch durch eigenes Handeln.

## Der Rechtsdienst

Dem Auftrag des Ministerrats gemäß wurden die Erörterungen über den Entwurf für ein Übereinkommen über die Rechtspersönlichkeit und die Vorrechte und Immunitäten fortgesetzt. Die Arbeitsgruppe, die sich mit den Auswirkungen des Fehlens eines internationalen Rechtsstatus und einheitlicher Vorrechte und Immunitäten für die OSZE befasst, erhielt Hilfestellung durch den Rechtsdienst. Solange es kein Übereinkommen zu diesen Fragen gibt, stellen Probleme im Zusammenhang mit der fehlenden Rechtsstellung und dem fehlenden Rechtsschutz für die Organisation und ihr Personal nach wie vor eine Behinderung für das reibungslose Funktionieren der OSZE-Aktivitäten dar, insbesondere bei größeren Projekten vor Ort. Nach längeren Verhandlungen in der Arbeitsgruppe der Rechtsexperten wurde dem Vorsitz ein Entwurf für ein Übereinkommen vorgelegt.

Der Rechtsdienst nahm auch an den Verhandlungen über die für die Übersiedlung des Sekretariats in die neuen Räumlichkeiten in der Wallnerstraße notwendigen Verträge, die die Beitragszahlungen und Nutzungsbedingungen regeln, teil. Auch in diesem Jahr beriet der Rechtsdienst verschiedene Akteure, insbesondere bei der Formulierung, Prüfung und Auslegung von OSZE-Dokumenten und -Vereinbarungen, einschließlich der Finanzordnung und des Personalstatuts. Er spielte auch eine wichtige Rolle bei der Beilegung von Streitigkeiten.

## Das Konfliktverhütungszentrum

*Das Konfliktverhütungszentrum koordiniert die Aktivitäten der OSZE-Feldoperationen und unterstützt sie bei der Umsetzung ihrer Mandate. Es dient außerdem als zentrale Anlaufstelle des Sekretariats für die Weiterentwicklung der Rolle der OSZE in der politisch-militärischen Dimension, deren besonderen Schwerpunkt die Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge bilden.*

## Unterstützung politischer Entscheidungsprozesse

Das **Südosteuropa-Referat** war dem Vorsitz bei der Ausrichtung des Engagements der Organisation im Kosovo behilflich. Es arbeitete in enger Abstimmung mit Partnerorganisationen und hielt sie über die Programme der Organisation auf dem Laufenden.

Das Referat trug wie bisher zur Erleichterung zweier regionaler Kooperationsprozesse bei, des sogenannten *Palić-Prozesses* für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Justizbehörden bei Kriegsverbrecherprozessen und des *Sarajewo-Prozesses* für die Flüchtlingsrückkehr in der Region, und stellte technisches Fachwissen für die Vorbereitung künftiger hochrangiger Konferenzen bereit und erleichterte den Dialog zwischen den interessierten Vertragsstaaten, unter anderem auch durch die Bereitstellung von Beiträgen und Orientierungshilfen für die betreffenden Feldoperationen.

Das **Osteuropa-Referat** unterstützte die Bemühungen der OSZE um die Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine friedliche Beilegung der Transnistrienfrage, nachdem diese im Frühjahr 2007 abgebrochen worden waren. Das Referat half den Feldoperationen in der Ukraine und in Minsk dabei, die Ersuchen der Behörden der Gaststaaten um Projekte zu erfüllen.

Das **Kaukasus-Referat** unterstützte die Feldoperationen bei Aktivitäten im Zusammenhang mit der Beilegung ungelöster Konflikte, insbesondere des georgisch-ossetischen Konflikts sowie des Konflikts, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, auch Berg-Karabach-Konflikt genannt. Das Referat leistete Beiträge zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung hochrangiger Besuche des Vorsitzes in Armenien, Aserbaidschan und Georgien. In Georgien unterstützte es die Durchführung eines groß angelegten *Wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramms* in der georgisch-ossetischen Konfliktzone und in angrenzenden Gebieten. Das Referat war auch weitgehend in die Aktivitäten eingebunden, die im Anschluss an den Raketenzwischenfall in Georgien vom 6. August stattfanden.

Das **Zentralasien-Referat** gründete gemeinsam mit dem Zentrum in Duschanbe und der Regierung von Tadschikistan eine Sonderarbeitsgruppe, die für eine verstärkte Koordinierung der Aktivitäten der Organisation mit dem Gastland sorgen sollte. Das dritte Treffen der Sonderarbeitsgruppe im März in Duschanbe verbesserte die Arbeitsbeziehungen zwischen

dem Gastland und der Feldoperation. Das Referat war auch der Feldpräsenz in Kasachstan bei ihrer Verlegung von Almaty nach Astana behilflich und unterstützte den Vorsitz und das Gastland bei der Aushandlung eines neuen Mandats für das Zentrum. Darüber hinaus war das Referat bei der Aus- und Fortbildung kasachischer Beamter in OSZE-Fragen im Hinblick auf den kasachischen Vorsitz 2010 behilflich. Es unterstützte auch eine Gruppe von OSZE-Botschaftern bei ihren Besuchen in Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan sowie der OSZE-Grenzbeobachtungsmission in Kirgisistan.

## **Die Gruppe Unterstützung bei der Programmerstellung und Evaluierung**

Die für Hilfe bei der Programmerstellung und Evaluierung zuständige Gruppe war federführend bei der Ausweitung der leistungsbezogenen Haushaltserstellung der Organisation nach Programmen, bei der mehr Wert als bisher auf die Planung, Vermittlung und Evaluierung der Zielvorgaben gelegt wird. Seit der Entwicklung des Konzepts für diesen Ansatz im Jahr 2006 half die Gruppe allen Feldoperationen dabei, diese Vorgehensweise 2008 bei ihren Programmen zu berücksichtigen. Sie entwickelte einen *Orientation Guide* und bot in den Missionen eine Schulung für verschiedene Instrumente an.

Auch in diesem Jahr setzte die Gruppe die Entwicklung und Verfeinerung des bestehenden Instrumentariums und der Mustervorlagen fort, die von den Mitarbeitern des Projektmanagements vor Ort verwendet werden. Sie unterstützte auch die Projektmanagementmitarbeiter bei ihrer täglichen Arbeit in Bezug auf alle Aspekte des Projektzyklus, um die Effektivität und Qualität der OSZE-Vorhaben zu steigern.

Und schließlich koordinierte die Gruppe die Beurteilung von 137 außerbudgetären Vorhaben im Gesamtwert von über 37,5 Millionen EUR, die von den Feldoperationen der OSZE geplant wurden.

### ***Genderprojekte***

*Vom 4. bis 10. Februar veranstaltete die Gruppe für Mitarbeiter von Feldmissionen einen Fortbildungskurs für Kursleiter über Gender-Mainstreaming-Projekte. Sie bot eine ähnliche Fortbildungsveranstaltung auch am 27. und 28. März im Rahmen des jährlichen Treffens der Kontaktstellen der Organisation für Genderfragen an, wobei der Schwerpunkt hier auf politisch-militärischen Aktivitäten lag. Die Gruppe will sicherstellen, dass die OSZE-Verpflichtungen zur Förderung der Gleichstellung im Schulungsmaterial für Projektmanagement und leistungsbezogene Haushaltserstellung nach Programmen auch entsprechend berücksichtigt werden.*

## **Operative Unterstützung**

**Operative Planung und Analyse.** Diese Dienststelle ist die erste Anlaufstelle für die Koordinierung der Planung und Analyse von Einsätzen im Sekretariat; 2007 leistete sie Planungshilfe für die Schließung des Büros des Vertreters der Organisation in der estnischen Kommission für pensionierte Militärangehörige, für das künftige Engagement der Organisation im Kosovo und für die Umstrukturierung der Feldpräsenz in Kroatien. Sie organisierte maßgebliche Sitzungen von Sonderarbeitsgruppen, Bedarfserhebungsbesuche und Folgeaktivitäten und nahm an diesen auch teil.

Was die Einsatzanalyse betrifft, befasste sich die Dienststelle in erster Linie mit der Entwicklung eines systematischen Ansatzes für die Auswertung von Erfahrungen und die Erstellung von Berichten über bewährte Methoden. Sie entwickelte insbesondere ein System für eine strukturierte Einsatzabschlussbesprechung mit leitenden Mitarbeitern, die Feldeinsätze verlassen, und führte es ein. In Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung der Vereinten Nationen für politische Angelegenheiten und dem Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik veranstaltete die Dienststelle hochrangige Konsultationen, um von den wichtigsten Erfahrungen mit Mediation und Konfliktlösung im Einsatzgebiet der Organisation zu profitieren.

Wie in den Vorjahren unterstützte die Dienststelle den Vorsitz bei der Veranstaltung der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz*. Mit der Erstellung eines Überblicks über die bestehenden OSZE-Mechanismen und -Verfahren zur Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenmanagement kam die Dienststelle einem Wunsch der Teilnehmerstaaten nach. Schließlich unterstützte sie auch den neuen Ausschuss für Sicherheitsfragen des Ständigen Rates.

**Rund um die Uhr einsatzbereit.** Über ihr Lage-/Nachrichtenzentrum fungierte die Dienststelle rund um die Uhr als operatives Bindeglied und Anlaufstelle für die Troika, die Delegationen, den Generalsekretär, die Institutionen und Feldoperationen, insbesondere außerhalb der normalen Arbeitszeiten. Die Dienststelle beobachtete laufend die Ereignisse im OSZE-Raum, gab Berichte in Echtzeit unter besonderer Berücksichtigung von sich entwickelnden Krisensituationen heraus. Die Dienststelle führte tägliche Lagebesprechungen und Sondereinweisungen durch, erstellte im Zweiwochenrhythmus regionale Zusammenfassungen und Kalender mit den bevorstehenden Veranstaltungen. Darüber hinaus leistete sie operative Hilfe vor Ort in Notfällen, einschließlich sicherheitsgefährdender Vorfälle und Evakuierungen aus medizinischen Gründen.

**Grenzsicherung und Grenzmanagement.** Mithilfe ihrer Grenzteams sorgte die Dienststelle Unterstützung von Einsätzen 2007 für das reibungslose Funktionieren des OSZE-Netzes nationaler Anlaufstellen für Grenzsicherung und Grenzmanagement. Sie produzierte und verbreitete den regelmäßig erscheinenden Newsletter für das OSZE-Netz, in denen die wichtigsten Ereignisse und geplanten künftigen Aktivitäten zusammengefasst werden. Darüber hinaus veranstaltete sie im November in Wien das erste Treffen des Netzes, das unmittelbar nach einem Koordinierungstreffen mit Vertretern von Feldeinsätzen stattfand.

Nach dem Beurteilungsbesuch vor Ort im vergangenen Jahr in Tadschikistan befasste sich die Dienststelle gemeinsam mit dem Zentrum in Duschanbe und den tadschikischen Behörden mit der Ausarbeitung grenzbezogener Projekte zur Verstärkung des tadschikischen Grenzschutzes. Es wurde auch eine eingehende Beurteilung der kirgisischen Grenzen vorgenommen. Weiters leistete sie Hilfestellung in grenzbezogenen Fragen für verschiedenste Veranstaltungen, die von der Gruppe Terrorismusbekämpfung und dem Büro des Koordinators der OSZE für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten durchgeführt wurden. Und schließlich setzte die Dienststelle ihre Arbeit mit internationalen Partnern im Rahmen des *Grenzprozesses von Ochrid* fort.

## **Die Abteilung Unterstützung des Forums für Sicherheitskooperation**

Die Abteilung unterstützte das Forum für Sicherheitskooperation bei der Überwachung der Umsetzung der im *Wiener Dokument 1999* vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen sowie anderer Verpflichtungen im politisch-militärischen Bereich. Sie erstellte einen zusammenfassenden Bericht über die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf die Um-

setzung des *Wiener Dokuments 1999* und anderer Maßnahmen für das *Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung*. Sie führte auch den Vorsitz bei einem Treffen der Leiter der Verifikationsstellen, das zum ersten Mal während des *Treffens zur Beurteilung* abgehalten wurde und den Leitern der Verifikationsstellen Gelegenheit bot, ihre Erfahrungen aus der Praxis und der Umsetzung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen einzubringen.

Auf Ersuchen von Kirgisistan veranstaltete die Abteilung vom 4. bis 7. September in Bischkek einen Kurs für die Aufbereitung der nationalen Daten für den Informationsaustausch im Rahmen des Forums unter Verwendung des Kommunikationsnetzes der Organisation.

Die Abteilung erstellte einen Überblick über die Vorschläge, die auf der Sondertagung des Forums über praktische Maßnahmen zur Verhütung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen auf dem Luftweg gemacht wurden, die am 21. März in Umsetzung eines Beschlusses des Ministerrats 2006 abgehalten wurde.

Die Abteilung war den Teilnehmerstaaten auch bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Sondertagung der Arbeitsgruppe A des Forums behilflich, die die Umsetzung des *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* beurteilen sollte. Gemeinsam mit der Schweiz und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE organisierte die Abteilung am 27. und 28. September in Podgorica ein Seminar zum Thema *Demokratische Kontrolle der Streitkräfte* für Parlamentarier und Regierungsvertreter aus Montenegro. Die Abteilung lieferte auch Beiträge zu nationalen Arbeitstagen zum Thema *Verhaltenskodex*, die von der Mission in Bosnien und Herzegowina veranstaltet wurden.

Ferner war die Abteilung am erfolgreichen Abschluss zweier Projekte vor Ort beteiligt: Entsorgung der giftigen Raketentreibstoffkomponente *Mélange* in Armenien und Räumung einer Munitionslagerstätte in Nowobohdaniwka (Ukraine) nach einer Explosion.

Im Mai nahm die Abteilung an Beurteilungsbesuchen in Georgien und Moldau teil, um Projektaktivitäten zu Kleinwaffen und leichten Waffen und konventioneller Munition zu planen und den Feldoperationen in diesen Ländern Hilfestellung zu leisten. Gemäß dem mit Moldau vereinbarten Projektplan veranstalteten die Abteilung und die Mission in Georgien einen Workshop zu den OSZE-Mechanismen für die Unterstützung einer verbesserten Lagerverwaltung für Kleinwaffen und leichte Waffen und konventionelle Munition und die Zerstörung von Überschüssen.

Auf Grundlage einer mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen getroffenen Vereinbarung über technische Zusammenarbeit bei der Projektdurchführung half die Abteilung mit, ein gemeinsames Projekt über den *Aufbau von Kapazitäten für die Lagerverwaltung und Lagersicherung von SALW* in Belarus sowie ein *Entmilitarisierungsprogramm* in Montenegro auf den Weg zu bringen. Die Abteilung entwickelte und verhandelte auch eine Vereinbarung für Projekte zur Beseitigung von *Mélange* in der Ukraine.

Sie verfasste die Fortschrittsberichte des Forumsvorsitzes zum Thema Kleinwaffen, leichte Waffen und konventionelle Munition an den Ministerrat 2007 in Madrid und veranstaltete eine Pressekonferenz und eine Fotoausstellung bei diesem Ministerratstreffen. Ferner wurden aktualisierte Informationsbroschüren und ein Dokumentarfilm zu Projektaktivitäten ausgearbeitet und unter den Teilnehmern verteilt.

### **Verwaltung des OSZE-Kommunikationsnetzes**

*Das Zentrum zeichnete weiter für das OSZE-Kommunikationsnetz verantwortlich. Dieses Netz erleichtert den Austausch wichtiger Informationen zur Förderung von Offenheit und Transparenz in militärischen Angelegenheiten. Die Abteilung war Montenegro und Kirgisistan bei ihrem Anschluss an das Netz behilflich. Mit Unterstützung der Abteilung wurde das Kommunikationsnetz im Juli für die Zwecke des Friedensübereinkommens von Dayton eingerichtet. Mit seiner Hilfe konnten seither rund 250.000 Mitteilungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, den KSE-Vertrag und den Vertrag über den offenen Himmel zwischen den Teilnehmerstaaten ausgetauscht werden. Die Abteilung führt den Vorsitz in der OSZE-Kommunikationsgruppe, die den Delegationen auch durch Weiterleitung ihrer Informationen eine wesentliche Kontrollmöglichkeit an die Hand gibt.*

## **Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE**

*Eine der wichtigsten Prioritäten des spanischen Vorsitzes im Jahr 2007 war der Umweltaspekt der Sicherheit. Das zeigte sich auch in der Auswahl des Themas für das Fünfzehnte OSZE-Wirtschafts- und Umweltforum: „Maßgebliche Herausforderungen bei der Gewährleistung der Umweltsicherheit und der nachhaltigen Entwicklung im OSZE-Raum: Bodenverschlechterung, Bodenkontamination und Wasserbewirtschaftung“. Die Schwerpunktsetzung auf Umweltsicherheitsfragen führte auch zur Verabschiedung zweier Dokumente auf dem Ministerratstreffen in Madrid im November: der Erklärung zu Umwelt und Sicherheit und des Beschlusses über Wasserwirtschaft. Das Treffen des Ministerrats und das in der ersten Jahreshälfte abgehaltene Wirtschafts- und Umweltforum in Prag waren die ersten CO<sub>2</sub>-neutralen Veranstaltungen der Organisation. Im November verabschiedeten die Teilnehmerstaaten außerdem den Beschluss des Ständigen Rates über die Entwicklung einer internen Umweltpolitik für die Arbeit der Durchführungsorgane der OSZE, der eine wichtige Errungenschaft im Hinblick auf die Verringerung der Umweltbelastung und der langfristigen Kosten der OSZE darstellt.*

Neben anderen bewusstseinsbildenden Veranstaltungen im Umweltbereich organisierte das Büro in Zusammenarbeit mit der Universität Genf einen *Intensive Course in Environmental Diplomacy* für Delegierte des Wirtschafts- und Umweltausschusses, eine Studienreise für OSZE-Delegationen zum Europäischen Zentrum für erneuerbare Energie in Güssing (Österreich), eine Vorführung des Dokumentarfilms *An Inconvenient Truth* des ehemaligen Vizepräsidenten der USA Al Gore in Wien sowie einen OSZE-Fotowettbewerb zum Thema *Land and water, protecting our fragile environment*, zu dem über 1000 Fotos eingesandt wurden.

Das Büro setzte seine Teilnahme an der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) fort und baute sie in diesem Jahr weiter aus. Die Initiative, die in enger Zusammenarbeit mit anderen internationalen Partnern durchgeführt wird, betreibt über 50 Projekte und verfügt über ein Gesamtbudget von 11,3 Millionen Dollar. Im Sinne ihres Ziels, über die Auswirkungen von Umweltfragen auf die Sicherheit aufzuklären, nahmen die ENVSEC-Partner in diesem Jahr neue Bewertungen vor, die sie mit nationalen Partnern in Osteuropa sowie in der Region des Amudarja und östlich des Kaspischen Meeres durchführten.

Als Folgeveranstaltung zum *Fünfzehnten Wirtschafts- und Umweltforum* unterstützte das Büro einen Technologietransfer-Workshop für die zentralasiatische Wasserwirtschaft in Taschkent, an dem Vertreter der Privatwirtschaft, internationaler Organisationen und Nicht-regierungsorganisationen aus der Region zusammenkamen, um private Investitionen und Good Governance sowie eine nachhaltige Entwicklung enger miteinander zu verbinden. In Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des *Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung* veranstaltete das Büro auch eine Arbeitstagung zum Aufbau regionaler Dürrebekämpfungszentren für die Länder Zentralasiens.

2007 arbeitete das Büro wieder eng mit den Kooperationspartnern der OSZE im Mittelmeerraum zusammen, insbesondere im Bereich der Migrationssteuerung. In enger Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration und der Internationalen Arbeitsorganisation veröffentlichte es die Mittelmeerversion des *Handbook on Establishing Effective Labour Migration Policies*. Das *Handbook* wurde im Dezember auf einem regionalen Workshop in Rabat offiziell vorgestellt.

In dem Bemühen, die regionale Zusammenarbeit in Zentralasien zu festigen und die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Gebiete zu unterstützen, arbeitete das Büro gemeinsam mit den Feldoperationen ein Projekt für eine von der örtlichen Bevölkerung getragene Tourismusentwicklung in Zentralasien aus. Durch diese Initiative soll die Entstehung von Netzwerken und die Zusammenarbeit zwischen Tourismus Anbietern und Grenzgemeinden verstärkt und ein regionaler Verband mit einer Website gegründet werden, um die Region international besser zu vermarkten.

2007 führte das Büro seine verkehrsbezogenen Aktivitäten im Einklang mit den Empfehlungen des *Vierzehnten Wirtschaftsforums* und des *Beschlusses über den künftigen Verkehrsdialog in der OSZE* des Ministerrats von Brüssel fort. Die Aktivitäten bezogen sich auf die Bereiche Erleichterung des Grenzübertritts, Förderung von Good Governance im Zollbereich und die besonderen Herausforderungen, mit denen Binnenländer konfrontiert sind. Im Zusammenhang damit veranstaltete die OSZE im Oktober in Duschanbe eine Konferenz über die Entwicklungsaussichten des über Zentralasien erfolgenden Transitverkehrs zwischen Asien und Eurasien bis zum Jahr 2015.

Gemeinsam mit dem designierten finnischen Vorsitz begann das Büro mit der Vorbereitung für das *16. Wirtschafts- und Umweltforum*. Im September fand in Helsinki eine erste Vorbereitungskonferenz zum Thema *Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschifffahrt im OSZE-Raum: Erhöhung der Sicherheit und Schutz der Umwelt* statt.

Das Büro verstärkte seine Aktivitäten in den Bereichen Bekämpfung der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzierung und der Korruption durch zahlreiche nationale und regionale Maßnahmen in Zentralasien, im südlichen Kaukasus sowie in Ost- und Südosteuropa. Eine der regionalen Aktivitäten, die in enger Zusammenarbeit mit den OSZE-Feldoperationen, dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, dem Stabilitätspakt für Südosteuropa und anderen Partnern durchgeführt wurde, war eine Regionalkonferenz in Südosteuropa über bewährte Methoden und Initiativen zur Korruptionsbekämpfung, die im Rahmen des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption* stattfand. An dieser Veranstaltung im April in Tirana nahmen Teilnehmer aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Kroatien, der Republik Moldau, Montenegro, Rumänien, Serbien sowie der Mission der Vereinten Nationen im Kosovo teil. Das Büro veranstaltete auch eine regionale Konferenz gegen Geld-

wäsche und Terrorismusfinanzierung für die Länder Südosteuropas. Diese Veranstaltung, die im September in Montenegro abgehalten wurde, stieß in der gesamten Region auf allergrößtes Interesse. Beide Veranstaltungen sollten regionale Entscheidungsträger über die wichtigsten internationalen Normen und die Rolle internationaler Organisationen im Umgang mit diesen Herausforderungen informieren und die regionale Zusammenarbeit und Koordination zwischen nationalen Behörden wie Steuer-, Strafverfolgungs- und staatsanwaltschaftlichen Behörden verstärken.

## Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen

*Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen unterstützt die OSZE-Teilnehmerstaaten, das Sekretariat, die Institutionen und die Feldoperationen mit Dienstleistungen finanzieller und administrativer Natur.*

*2007 widmete sich die Hauptabteilung der Konsolidierung der Informationen und Verfahren, die mit der Einführung des integrierten Ressourcenmanagementsystems notwendig geworden waren. Sie überprüfte und aktualisierte die einschlägigen Dienstanweisungen im Finanz- bzw. Verwaltungsbereich und unterstützte und schulte die für die Verwaltung der Teilhaushalte zuständigen Dienststellen vor Ort in bestimmten Funktionen.*

### **Die wichtigsten Leistungen:**

- Unterstützung des Vorsitzes und der Teilnehmerstaaten der OSZE, der Gemeinsamen Beratungsgruppe und der Beratungskommission „Offener Himmel“ bei der Durchführung von Sitzungen und Konferenzen
- Mitorganisation von Veranstaltungen außerhalb von Wien, wie dem *Wirtschafts- und Umweltforum* in Prag, der *Ministerkonferenz* in Bukarest über *Toleranz und Nicht-diskriminierung* und dem Ministerratstreffen der OSZE in Madrid
- Erstellung eines neuen Programms für Finanzkontrolle, Systeme und Unterstützung zur besseren Koordinierung der Systeme der Hauptabteilung, der Unterstützung für verschiedene Verfahren und der Schulung der für die Verwaltung der Teilhaushalte zuständigen Dienststellen vor Ort sowie die Entwicklung eines einheitlichen integrierten internen Kontrollrahmens für die gesamte Organisation
- uneingeschränkter positiver Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2006 durch die externen Prüfer
- pünktliche Erstellung der vorgeschriebenen Berichte an die Teilnehmerstaaten – einschließlich der Dokumente zum Haushaltszyklus
- Unterstützung für die OSZE-weite Einführung der leistungsbezogenen Haushaltserstellung nach Programmen – mit diesem Konzept soll die Programm- und Haushaltsplanung verbessert werden, indem sie sich an den Ergebnissen statt nur an den dafür erforderlichen Ressourcen und Aktivitäten orientiert
- Einführung eines neuen *Window Contract* für die gesamte Organisation mit Carlson Wagonlit, durch den ein koordiniertes Vorgehen bei Dienstreisen im gesamten OSZE-Raum, der kostenbewusste Einsatz der Kaufkraft der Organisation und die Verfügbarkeit verlässlicher Reisestatistiken sichergestellt werden

- Abschluss eines Vertrags mit dem Gastland und Sicherstellung einer reibungslosen Übersiedlung in die neuen Räumlichkeiten des Sekretariats in der Wallnerstraße
- stärker integrierte und verbesserte Onlineberichte für die Teilnehmerstaaten, Programmverwalter und Unterstützungsdienste in der gesamten OSZE durch Dashboards und eine Delegiertenwebsite.

### ***Neue Räumlichkeiten in der Wallnerstraße***

*Im Dezember übersiedelten das OSZE-Sekretariat und der Beauftragten für Medienfreiheit in die neuen Räumlichkeiten in der Wallnerstraße Nr. 6 – einem historischen Gebäude im Herzen Wiens, das von der österreichischen Regierung zur Verfügung gestellt wurde. Das neue Gebäude vereint unaufdringliche Eleganz mit einer langen Geschichte und zeitgemäßer Flexibilität, was der OSZE die Möglichkeit gibt, sich der Öffentlichkeit überzeugender zu präsentieren und die in Wien angesiedelten Büros in einem einzigen repräsentativen Gebäude unterzubringen.*

### **Das Prager Büro**

Als ursprünglicher Sitz des KSZE-Sekretariats sind im Prager Büro die historischen Sammlungen von KSZE-Konferenzdokumenten untergebracht, und es führt seither das OSZE-Papierarchiv. Das vom Prager Büro 1998 begonnene *Gastforscherprogramm* betreute über 150 Kurzzeit- und Langzeitforscher mit wissenschaftlichem oder anderem fachberuflichem Hintergrund aus 38 Ländern des OSZE-Raums, darunter auch die Kooperationspartner im Mittelmeerraum und in Asien.

Gemeinsam mit den Kollegen im Konferenzdienst und im Informationsmanagement nahm das Büro die Digitalisierung der historischen Konferenzdokumente vor. Es ist auch für den Versand des *OSCE Magazine* und anderer wichtiger Publikationen wie des vorliegenden *Jahresberichts* an rund 3500 Abonnenten und weltweit 70 OSZE-Depositbibliotheken zuständig.

### **Die Hauptabteilung Personalressourcen**

*Die Hauptabteilung Personalressourcen konzentrierte sich auch 2007 auf die Verbesserung und Schaffung gerechter Arbeitsbedingungen für alle Laufbahngruppen der OSZE im gesamten OSZE-Raum.*

*Die Hauptabteilung leistete Unterstützung für 3524 Personal- und Missionsangehörige in den 19 Feldoperationen, den Institutionen und dem Sekretariat. Ihre Aktivitäten umfassten ein breites Spektrum von Themen, darunter die Fortsetzung der Bemühungen zur Angleichung der Gehaltstabellen der vor Ort eingestellten Mitarbeiter an die entsprechenden UNO-Gehaltstabellen, intensive Schulungsbemühungen zur Einführung der leistungsbezogenen Haushaltserstellung nach Programmen für alle OSZE-Teilhaushalte und die Koordinierung der OSZE-Mediatoren, die bei Personalkonflikten informelle Mediation anbieten. Eine der wichtigsten Aufgaben der Hauptabteilung im Jahr 2007 war die Sicherstellung der konsequenten Umsetzung und Aktualisierung des Personalstatuts samt Dienstordnung und der Dienstanweisungen der OSZE.*

[graph]

OSZE-Dienstpostenplan 2007

Internationales Vertragspersonal

Internationales entsandtes Personal

Ortskräfte Höherer Dienst

Ortskräfte Allgemeiner Dienst

[graph]

### **Die wichtigsten Leistungen 2007:**

- verstärkte Koordinierung zwischen den Personalabteilungen der OSZE durch die Diskussionsrunde zum Thema Personalressourcen im März
- Aushandlung einer verbesserten Absicherung des Personals und der Missionsmitarbeiter im Rahmen der OSZE-Kranken-, Lebens- und Unfallversicherung
- Neubewertung der Rechtsstellung der Feldoperationen in Bezug auf die Möglichkeit des Familiennachzugs und die Einführung einer einjährigen Entsendungszeit
- Reaktion auf den Appell der Teilnehmerstaaten, durch die Entwicklung flexiblerer Arbeitsvereinbarungen die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben zu erleichtern und ein familienfreundlicheres Arbeitsumfeld zu schaffen (soll 2008 eingeführt werden)
- Verabschiedung eines Abänderungspakets zur Straffung des Personalstatuts und der Dienstordnung und einer Dienstanweisung zur Einstufung
- Schaffung angemessener und einheitlicher Gehaltstabellen für örtliche Missionsmitarbeiter
- Konsultation mit den Gastländern über die mögliche Einkommenssteuerbefreiung für die Gehälter von OSZE-Ortskräften
- Abschluss der Pilotphase des Programms für junge Fachkräfte und Beginn der zweiten Phase
- Ausbau der Schulungsaktivitäten um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr
- Fortbildung von 1300 Mitarbeitern in 130 Ausbildungskursen zur Abdeckung des Bedarfs an Führungskräften und Einsatzkräften
- Unterstützung bei der Einführung der leistungsbezogenen Haushaltserstellung nach Programmen in der gesamten Organisation durch über 30 Schulungsveranstaltungen für rund 350 Mitarbeiter
- Bearbeitung von 7932 Bewerbungen um 114 ausgeschriebene Stellen für Vertragsposten
- Abhaltung von 78 Auswahlkommissionssitzungen im Sekretariat und Bewerbungsgespräche mit 365 Kandidaten, wobei sowohl bei der Besetzung der Auswahlkommissionen als auch bei den Bewerbern auf geografische und geschlechtsbezogene Ausgewogenheit geachtet wurde
- Bearbeitung von 1797 Bewerbungen für durch Entsendung zu besetzende Stellen, in deren Folge 162 Mitarbeiter/Missionsangehörige entsandt wurden

- schwerpunktmäßige Einstellung und Bestellung qualifizierter Bewerberinnen insbesondere für Führungspositionen, in denen sie unterrepräsentiert sind, um ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis in der Organisation zu erreichen.

## Das Büro für Innenrevision

*Das Büro für Innenrevision verstärkte in diesem Jahr seine Prüfungstätigkeit durch die Konzentration auf Vor-Ort-Prüfungen. Der größte Teil des Revisionsplans 2007 des Büros bezog sich auf die Prüfung der Angemessenheit der Kontrollen und die Einhaltung der Vorschriften, doch verlagerte das Büro seine Tätigkeit auch zunehmend auf die Prüfung der Programmbereiche.*

Im Laufe dieses Jahres gab das Büro 20 Berichte mit mehr als 230 Empfehlungen für das Sekretariat und die Feldoperationen heraus. Es führte Prüfungen der außerbudgetären Beiträge in einer Reihe von Missionen, Büros und Institutionen durch. Weitere Prüfbereiche waren unter anderem die Verwaltung der Finanzen und Personalressourcen, die Beschaffung, das Einsatzmanagement und die Vorgehensweisen im Bereich Informationstechnologie.

Die Vor-Ort-Prüfungen ergaben Probleme im Bereich der Beschaffung; an einigen Orten war es schwierig, für bestimmte Güter oder Dienstleistungen echte Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Unter den festgestellten Problemen seien konkret Folgende genannt: wenig Rücklauf bei Ausschreibungen und Kostenanfragen, unbefriedigende Bewertung der Angebote, Mehrfachangebote von in geschäftlicher Beziehung stehenden Parteien und außerwettbewerbliche oder aus einer einzigen Quelle stammende Beschaffung. Das Büro stellte auch einige Bereiche fest, in denen eine verstärkte Kontrolle in Bezug auf Verbindungen zu Durchführungspartnern notwendig ist. Es wäre auch ein verbesserter Rechtsrahmen notwendig, der in Bereichen wie der Auswahl der Durchführungspartner, der Haushaltserstellung und der Genehmigung der finanziellen Abrechnung und der Berichterstattung klare Richtlinien vorgibt.

2007 wurde eine Reihe anderer revisionsbezogener Aktivitäten, etwa Untersuchungen, durchgeführt. In Umsetzung der Prüfeempfehlungen des Vorjahres stellte das Büro sicher, dass die Führungsebene sie effektiv befolgt hatte. Über 90 Prozent der Empfehlungen der letzten beiden Jahre wurden akzeptiert und mehr als 80 Prozent umgesetzt. Die Führungsebene macht gute Fortschritte bei der Umsetzung der verbleibenden 10 Prozent.

Als Folge der Empfehlungen, die es in seiner Überprüfung des *Ethischen Rahmens* der OSZE im Jahr 2006 abgegeben hatte, setzte das Büro zwei wichtige Initiativen. Im Februar wurden *Maßnahmen zur Verhütung und Aufdeckung von Betrug*, ergänzt durch *Richtlinien zur Betrugaufklärung*, als *Finanzverwaltungsanweisung vierzehn* herausgegeben. Darin werden alle Amtsträger der OSZE an ihre Pflicht erinnert, Betrug oder vermuteten Betrug zu melden, und es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Führungsebene für die Schaffung und Erhaltung einer durch Integrität, Ehrlichkeit und hohe ethische Standards gekennzeichneten Organisationskultur ebenso wie für die Einschätzung von Betrugsrisiko und die Umsetzung der Prozesse verantwortlich ist. Zweitens brachte das Büro das *Code of Conduct Reference Booklet* heraus, das Teil eines organisationsweiten Programms zur Sensibilisierung für ethische Fragen ist.

# **Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit**

## Zusammenwirken mit Organisationen und Institutionen im OSZE-Raum

Das Zusammenwirken mit anderen Organisationen und Institutionen war ein wichtiger Teil der OSZE-Aktivitäten zur Förderung von umfassender Sicherheit und Stabilität in der Region.

Unter der Anleitung des spanischen Vorsitzes und gemäß den einschlägigen Beschlüssen des Ministerrats und des Ständigen Rates kooperierten die OSZE-Institutionen und -Feldoperationen sowie das OSZE-Sekretariat eng mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Initiativen, um Synergien zu schaffen und ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Diese Zusammenarbeit bestand sowohl auf Ebene der Zentralen als auch vor Ort, wobei die institutionellen Kontakte hauptsächlich über die Abteilung Externe Zusammenarbeit liefen.

Auf Ebene der Zentralen war die OSZE am 13. und 14. Februar in Wien Gastgeber des jährlichen *Dreiertreffens*. Neben den Vereinten Nationen (VN) und dem Europarat erörterten die Europäische Union (EU), die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), die Internationale Organisation für Migration (IOM), das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) die Rolle regionaler Organisationen bei der Unterstützung der Umsetzung der *Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus* sowie die Wichtigkeit der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus.

An der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2007* nahmen Vertreter der GUS, des Europarats, der Europäischen Kommission, der NATO, des Stabilitätspakts für Südosteuropa (Stabilitätspakt) und des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) teil. Partnerorganisationen wurden regelmäßig zu einschlägigen OSZE-Veranstaltungen eingeladen, während der Vorsitz, der Generalsekretär und andere hohe offizielle Vertreter der OSZE die Organisation auf Einladung bei Gipfel-, Minister- und sonstigen einschlägigen Treffen anderer Organisationen repräsentierten.

Vor Ort wurden Vertreter verschiedener internationaler Akteure, die in Zentralasien und im Südkaukasus tätig sind, zu Koordinationssitzungen am Rande der vom Konfliktverhütungszentrum im Mai in Taschkent und im Oktober in Baku organisierten regionalen Missionsleitertreffen eingeladen. Zu den Teilnehmern des Treffens in Taschkent zählten Vertreter des IKRK, der NATO, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC), des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), der Weltbank (WB), der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) und der Regionalen Antiterrorzentrale der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit. Teilnehmer des Treffens in Baku waren Vertreter von UNDP, UNHCR, UNICEF, Europarat, IKRK, NATO, EU, der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UNDPA), der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen (UNDPKO), der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien sowie der Sonderbeauftragte der EU für den Südkaukasus.

Im Interesse der Zusammenarbeit in operativen Fragen tauschte das Konfliktverhütungszentrum bewährte Praktiken und Erfahrungen mit anderen internationalen Organisationen aus, insbesondere den Vereinten Nationen und der EU. Das Zentrum nahm im Oktober an

einem Treffen in Rom mit Vertretern der Lage-/Einsatzzentralen verschiedener internationaler Organisationen teil, unter ihnen die Afrikanische Union, die EU, die NATO, UNDPKO, die Hauptabteilung Sicherheit der Vereinten Nationen sowie das Welternährungsprogramm.

Das ganze Jahr hindurch arbeitete die Gruppe Terrorismusbekämpfung mit über 20 Organisationen und Dienststellen der Vereinten Nationen, internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Sonderorganisationen zusammen, um deren Aktivitäten im Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen und ihnen Hilfestellung zu leisten, Erfahrungen auszutauschen und Kontakte zwischen einzelstaatlichen Behörden und internationalen Organisationen zu fördern. Mit Unterstützung Litauens organisierte die Gruppe die zweite *Gesprächsrunde für Fachleute für Terrorismusbekämpfung aus regionalen Organisationen* am 19. und 20. Juni in Wilna, bei der Experten aus 16 internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen mögliche Verbesserungen ihres Beitrags zur Bekämpfung des Terrorismus erörterten.

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE nahm auch dieses Jahr gemeinsam mit UNDP, UNEP, der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE), dem Regionalen Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa sowie mit der NATO an der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) teil.

Die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter in internationalen Foren bildete den Themenschwerpunkt der Abteilung Genderfragen in ihrer Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen. Gemeinsam mit Beratern des VN-Systems für Fragen der Gleichberechtigung und Vielfalt, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds beteiligte sie sich am Organisatorischen und institutionellen Netz für Gender-Informationen, das Wissen und politische Entscheidungshilfen in Bezug auf Gender-Mainstreaming weitergibt und eine ausgeglichene Vertretung beider Geschlechter am Arbeitsplatz fördert.

Das Büro des Medienbeauftragten arbeitete eng mit dem Europarat und der UNESCO zusammen. Es verstärkte seine Kontakte mit der Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien der Europäischen Kommission und nahm am zweiten *Internet Governance Forum* der Vereinten Nationen teil. Der Beauftragte unterzeichnete ferner gemeinsam mit dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über Meinungsfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung, dem Sonderberichterstatter der Organisation der amerikanischen Staaten für freie Meinungsäußerung und der von der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und die Rechte der Völker bestellten Sonderberichterstatterin für freie Meinungsäußerung eine Erklärung über kulturelle Vielfalt im Rundfunkbetrieb.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE festigte ihre Kontakte und die Zusammenarbeit mit anderen interparlamentarischen Gremien, darunter die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE), das Europäische Parlament, die Parlamentarische Versammlung der NATO und die Parlamentarische Versammlung der GUS. Zu einer engen Zusammenarbeit mit PACE kam es insbesondere im Zuge ihrer Teilnahme an den sechs Wahlbeobachtungsmissionen. 2007 führte die Versammlung den Vorsitz in der Parlamentarischen Troika des Stabilitätspakts. In dieser Funktion organisierte die Versammlung zwei wichtige Veranstaltungen mit parlamentarischen Vertretern des Europarats und der EU sowie mit Vertretern des Stabilitätspakts: ein Seminar in Belgrad (Serbien) über *Parlamentarische Aufsicht über den Haushaltsplan* sowie eine Konferenz in Portorož (Slowenien) über *Sicherheitszusammenarbeit in der Region*.

## **Vereinte Nationen**

Als regionale Abmachung nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen war die OSZE intensiv bemüht, ihre Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen weiterzuentwickeln.

Der Amtierende Vorsitzende präsentierte am 28. September die Themenschwerpunkte und Aktivitäten der OSZE im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und zeigte auf, wie das multidimensionale und kooperative Sicherheitskonzept der OSZE und ihre verschiedenen Instrumente einen positiven Beitrag zur Arbeit der Vereinten Nationen leisten können. Der Vorsitz vertrat die OSZE außerdem in der offenen Sicherheitsratsdebatte vom 6. November über die Rolle der regionalen und subregionalen Organisationen für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.

Während seines Besuchs am 21. August am Hauptsitz der Vereinten Nationen besprachen der Generalsekretär, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, und mehrere hochrangige Vertreter der Vereinten Nationen den Beitrag der OSZE zur Friedenssicherung und Friedensstiftung sowie ihre Rolle bei der Förderung von Toleranz.

Die OSZE war am 16. Oktober Gastgeber des regelmäßig stattfindenden *VN/OSZE-Treffens auf Mitarbeiterebene* in Wien, bei dem regionale Fragen von beiderseitigem Interesse sowie Fragen der Zusammenarbeit besprochen wurden. EU-Vertreter wohnten jenem Teil des Treffens bei, das der Lage im Kosovo gewidmet war.

Der Generalsekretär der OSZE und der Exekutivdirektor des UNODC trafen wie schon bisher regelmäßig zusammen, um sich gegenseitig über Aktivitäten im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus, des Menschenhandels und der organisierten Kriminalität sowie in Bezug auf Polizei- und Grenzangelegenheiten auf dem Laufenden zu halten und ihre diesbezügliche Arbeit zu koordinieren. Auch auf Arbeitsebene fanden regelmäßige Konsultationen statt.

Im August traf der OSZE-Generalsekretär mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen in Wien zusammen, um Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit und der Erzielung operativer Synergien zu erörtern.

In Fragen des Grenzmanagements kooperierte das Konfliktverhütungszentrum mit dem VN-Ausschuss für Terrorismusbekämpfung in Bezug auf Aktivitäten in Südosteuropa sowie zur Umsetzung der VN-Resolution 1373, einer weit reichenden Maßnahme im Kampf gegen den Terrorismus. Es bestand weiterhin enge Zusammenarbeit mit dem UNODC in Aktivitäten in Zentralasien zum Thema Grenzen sowie im Rahmen der „Pariser-Pakt“-Initiative.

Das Zentrum leistete überdies einen Beitrag zur Datenbank des Koordinierungsmechanismus der Vereinten Nationen für Maßnahmen gegen Kleinwaffen über die OSZE-Aktivitäten. Auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen der OSZE und UNDP begann die OSZE mit der gemeinsamen Umsetzung eines Projekts betreffend die Sicherheit von Lagerbeständen von Kleinwaffen und leichten Waffen in Belarus und ein weiteres über die Zerstörung von Munition, schweren Waffen und toxischen Chemikalien in Montenegro.

Die OSZE trug zur Arbeit des VN-Büros für Abrüstungsfragen (UNODA) in Fragen der besseren Kontrolle von Transfers konventioneller Waffen und der Weitergabe von Er-

fahrungen in Fragen der Abrüstung und der Nichtverbreitung an einschlägige internationale Akteure bei und berichtete über ihre bisherigen und laufenden Aktivitäten betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und konventionelle Munition sowie über den *OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* und Nichtverbreitung.

In dem Bemühen, durch die Erörterung von Erfahrungen in Mediation mit den Schwerpunkten Osteuropa, Südkaukasus, Zentralasien und Südosteuropa wichtige Erkenntnisse zu gewinnen, Schwachstellen zu erkennen und bewährte Praktiken zu entwickeln, organisierten das Konfliktverhütungszentrum und UNDP am 22. und 23. Mai in Mont-Pelerin (Schweiz) gemeinsam hochrangige Konsultationen über die *Praktische Umsetzung der Unterstützung von Vermittlungsbemühungen – Lehren aus den Erfahrungen mit Mediation im OSZE-Raum*.

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung unterstützte die Vereinten Nationen bei der Umsetzung des internationalen rechtlichen Rahmens für die Bekämpfung des Terrorismus. Die OSZE und UNODC organisierten gemeinsam Veranstaltungen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in strafrechtlichen Aspekten des Terrorismus. Die Gruppe nahm außerdem an Besuchen in der Türkei und in Bosnien und Herzegowina teil, die vom Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus vor Ort veranstaltet wurden. Die OSZE förderte die von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen gegen Al-Kaida und die Taliban über ihr Netz zur Bekämpfung des Terrorismus und verschiedene andere Aktivitäten.

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE arbeitete eng mit dem *Weltweiten Programm gegen Geldwäsche* und dem *Weltweiten Programm gegen Korruption* des UNODC zusammen und hielt regionale und nationale Veranstaltungen ab. Weitere gemeinsame Aktivitäten waren die Erstellung eines aktuellen technischen Leitfadens für die Umsetzung des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption*, der 2008 veröffentlicht werden soll.

Die OSZE organisierte in enger Zusammenarbeit mit UNECE eine *Konferenz über die Aussichten der Entwicklung des transasiatischen und eurasischen Transitverkehrs durch Zentralasien bis zum Jahr 2015*, die im Oktober in Duschanbe abgehalten wurde. Ferner fand im Dezember in Kiew eine gemeinsam veranstaltete *Gesprächsrunde über die Erleichterung des Grenzübertritts und Good Governance im Zollwesen* statt, die auch von der Internationalen Straßentransportunion unterstützt wurde. Im Rahmen des *Übereinkommens der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa über den Schutz und die Nutzung grenzüberschreitender Wasserwege und internationaler Seen* wurden gemeinsame Vorhaben zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Kasachstan und Kirgisistan entwickelt. Die Zusammenarbeit mit der UNECE sowie mit UNDP wurde auch im Rahmen des UNECE-Projekts *Capacity for Water Cooperation* in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien gefördert.

Die OSZE, UNECE und das Europäische Forum „Richter für die Umwelt“ organisierten im Juni in Kiew ein hochrangiges Juristenseminar zum Thema *Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten*, bei dem es zu einem innovativen Erfahrungsaustausch zwischen Richtern von Höchstgerichten und Schulungszentrum für juristische Berufe kam. Das OCEEA begann auch, mit dem *Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung* zusammenzuarbeiten, insbesondere in der zentralasiatischen und der Mittelmeerregion. Im November fand in Taschkent eine technische Arbeitstagung statt.

Das UNODA und die Abteilung Genderfragen tauschten bewährte Praktiken für Gender-Mainstreaming in militärischen Angelegenheiten aus und nahmen dabei Bezug auf die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit. Die Abteilung Genderfragen nahm auch an einer Schulungsveranstaltung der UNDPKO zu Fragen des Gender-Mainstreaming bei der Polizei und in Friedenssicherungseinsätzen teil. Gemeinsam mit dem VN-Büro in Wien veranstaltete die Abteilung ein Konzert zum internationalen Tag der Frau und dem Internationalen Wassertag, um auf die Genderperspektive in Umweltbelangen hinzuweisen.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte kooperierte mit den Vereinten Nationen bei der Förderung der *Erklärung der Grundsätze für internationale Wahlbeobachtung* und nahm am 7. *Globalen Forum „Den Staat neu erfinden“* der Vereinten Nationen teil.

## **Europäische Union**

Die Beziehungen zwischen der OSZE und der EU intensivierten sich 2007 spürbar sowohl in Bezug auf die Ebene der Kontakte als auch hinsichtlich der Intensität des Dialogs und der Zusammenarbeit und der Bandbreite der besprochenen inhaltlichen Fragen.

Der deutsche Bundesminister des Auswärtigen und Präsident des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) der Europäischen Union betonte am 18. Januar in einer Rede im Ständigen Rat der OSZE die Schlüsselrolle der OSZE in der europäischen Integration und das Potenzial ihrer vertrauensbildenden Maßnahmen als Vorbild für andere Regionen. Im Juli sprach der portugiesische Außenminister als Vertreter des EU-Vorsitzes im Ständigen Rat, wobei er unterstrich, dass die einander ergänzenden Ansätze der EU und der OSZE in globalen Herausforderungen wie etwa der Migration von großem Wert seien. Auch die EU-Sonderbeauftragten für den Südkaukasus, Bosnien und Herzegowina und Moldau erstatteten dem Ständigen Rat Bericht.

Der Amtierende Vorsitzende und der Generalsekretär nahmen im Januar und November an den Treffen der OSZE/EU-Ministertroika teil. Treffen der Botschaftertroikas fanden im Mai und Oktober statt. Zu den behandelten Themen zählten die Zusammenarbeit in Zentralasien, die Lage im Kosovo sowie Langzeitkonflikte. Im Mai und November sprach der Generalsekretär der OSZE im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee unter dem jeweiligen EU-Vorsitz und traf bei diesen Anlässen mit Vertretern der Europäischen Kommission und des Sekretariats des EU-Rates bilateral zusammen.

Der OSZE-Generalsekretär und der Generaldirektor von EuropeAid unterzeichneten im Juli eine technische Vereinbarung, durch die das Genehmigungsverfahren für EU-Subventionen durch den Wegfall bilateraler Verhandlungen in jedem einzelnen Fall erleichtert wird.

Das fünfte *EU/OSZE-Treffen auf Mitarbeiterebene* fand am 15. Juni auf Einladung der OSZE in Wien statt und ermöglichte einen konstruktiven Gedanken- und Erfahrungsaustausch zu Themen wie Kosovo, Zentralasien, Bekämpfung des Menschenhandels und dem Finanzierungsrahmen der Europäischen Gemeinschaften.

In Grenzfragen bestand zwischen dem Konfliktverhütungszentrum und der EU ein regelmäßiger Informationsaustausch und eine enge Zusammenarbeit. So kam es insbesondere zu

regelmäßigen Konsultationen zwischen dem Zentrum und Vertretern des EU-Programms Grenzmanagement für Zentralasien (BOMCA) in Bezug auf bevorstehende Projekte. Das Zentrum nahm am 15. und 16. März an einer Sitzung der EU-Direktoren für Sicherheitspolitik in Münster (Deutschland), im Mai an einem Treffen der OSZE-Gruppe des Rates der Europäischen Union und am 7. Dezember an einem gemeinsamen Treffen der OSZE-Gruppe und der Gruppe für Osteuropa und Zentralasien teil.

Im Rahmen der Zusammenarbeit auf Ebene der Fachbereiche informierte die Gruppe Terrorismusbekämpfung EU-Amtskollegen im Sekretariat des Rates, die Europäische Kommission und den Ausschuss der Regionen über ihre Arbeit in dem Bestreben, mögliche Synergien mit bereits laufenden oder geplanten Aktivitäten der EU zur Bekämpfung des Terrorismus zu ermitteln. Die Gruppe nahm an einer Reihe von EU-Sitzungen teil und unterstützte die EU-Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus, während die EU sich an mehreren Veranstaltungen der Gruppe beteiligte.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte arbeitete mit der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte zusammen. Es kooperierte regelmäßig mit dem Europäischen Parlament im Rahmen von Wahlbeobachtungsmissionen und nahm an Seminaren über Wahlbeobachtung der EU und des Europäischen Parlaments teil.

In Minderheitenfragen kam es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten und der EK, insbesondere mit den Kommissaren für Erweiterung bzw. für Außenbeziehungen sowie mit der europäischen Nachbarschaftspolitik. Diese Arbeit konzentrierte sich auf den Schutz von Minderheitenrechten in Ländern mit Bewerberstatus und in Ländern, die diesen anstreben, sowie auf die Integration von Minderheitengruppen.

## **Europarat**

Die Zusammenarbeit mit dem Europarat entwickelte sich insbesondere in den vier Schwerpunktbereichen Bekämpfung des Terrorismus, Schutz der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, Bekämpfung des Menschenhandels und Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung. Die Kontaktstellen präsentierten auf dem fünften und sechsten Treffen der Koordinationsgruppe im März bzw. Oktober gemeinsame Berichte über das Erreichte und über weitere Vorhaben in jedem der Bereiche. Die Koordinationsgruppe begrüßte die erzielten Fortschritte und ermutigte zur Nutzung weiterer Synergien unter Berücksichtigung der verschiedenen Mandate und der unterschiedlichen Teilnehmerkreise der beiden Organisationen.

Auf Einladung des vorsitzführenden Landes des Europarats, San Marino, fand am 3. Mai in Madrid das *17. Hocharangige Treffen zwischen dem Europarat und der OSZE* im Format „2+2“ statt. Die Teilnehmer bekräftigten ihr Bekenntnis zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen und erörterten Möglichkeiten für weitere Synergien vor Ort und eines abgestimmten Vorgehens in regionalen Fragen.

Der Generalsekretär des Europarats sprach am 5. Juli im Ständigen Rat der OSZE und führte bilaterale Gespräche mit dem OSZE-Generalsekretär.

Im Zusammenhang mit dem *Kooperationsabkommen über die Unterstützung der kommunalen Verwaltung in Südosteuropa* trafen OSZE und Europarat am 25. Oktober in Straßburg zusammen, um eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und Möglichkeiten weiterer gemeinsamer Projekte und Synergien zu besprechen.

Der Europarat war bei mehreren Veranstaltungen der Gruppe Terrorismusbekämpfung zu Fragen der Terrorismusbekämpfung vertreten, etwa Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft und internationale Zusammenarbeit in Rechtsfragen, mehrmals als Fachreferent und ein Mal als Moderator einer Sitzung des Expertenworkshops der Gruppe über die Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken. Die OSZE stellte auf einer internationalen Konferenz des Europarats über Bedingungen, die der Verbreitung von Terrorismus Vorschub leisten, einen Moderator, während der Europarat einen Beitrag zum Newsletter des OSZE-Netzes zur Bekämpfung des Terrorismus leistete.

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE arbeitete mit dem Europarat in Fragen der Migration, Good Governance, der Bekämpfung der Geldwäsche, der Finanzierung des Terrorismus und der Korruption zusammen und beide Organisationen waren auf Veranstaltungen der jeweils anderen vertreten.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte setzte seine Kooperation in Wahlangelegenheiten mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und der Venedig-Kommission fort. Die Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission erwies sich einmal mehr als äußerst nützlich Instrument zur Aussendung einheitlicher Botschaften in verfassungsrechtlichen Angelegenheiten. Die beiden Organisationen erstellten gemeinsame oder untereinander abgestimmte Kommentare und führten gemeinsam Folgeveranstaltungen durch, auf denen sie Stellungnahmen abgaben und öffentliche Diskussionen über die betreffenden Gesetze führten. Das Büro und die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz führten einen Mechanismus ein, durch den gewährleistet werden soll, dass sich ihre Empfehlungen jeweils ergänzen.

Das Büro finanzierte 2007 eine Website über Roma und Sinti und den Holocaust und setzte damit einen weiteren Schritt in seiner seit Langem bestehenden Zusammenarbeit mit dem Europarat in Romafragen. Der Menschenrechtskommissar des Europarats hielt das Hauptreferat an dem ausschließlich den Roma gewidmeten Tag des *Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension*. Die Zusammenarbeit mit dem Kommissar erstreckte sich auf alle Bereiche des Mandats des Büros. Das Büro nahm das ganze Jahr über an der hochrangigen Gruppe für die soziale Integration ethnischer Minderheiten teil.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten gab erstmals eine gemeinsame Publikation mit dem Europarat heraus, *National Minority Standards. A Compilation of OSCE and CoE Texts*, und setzte seine regelmäßigen Kontakte und gemeinsamen Vorhaben mit Gremien des Europarats für nationale Minderheiten fort.

## **Nordatlantikvertrags-Organisation**

Im Berichtszeitraum erstreckten sich die Beziehungen zwischen der OSZE und der NATO sowohl auf die praktische Zusammenarbeit als auch auf den vertieften politischen Dialog. Auf hoher politischer Ebene sowie auf Expertenebene fanden regelmäßige Kontakte statt.

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE hielt am 19. November eine Rede im Nordatlantikrat, in der er über die Mitwirkung der OSZE an Wahlbeobachtungen, den Kosovo, die seit Langem schwelenden Konflikte im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, den Kampf gegen den Terrorismus sowie über Afghanistan berichtete.

Am 11. Juli gab der Generalsekretär der OSZE in einem Referat im Euroatlantischen Partnerschaftsrat einen Überblick über die Organisation und ging insbesondere auf ihre Werte und Verpflichtungen ein. Bei dieser Gelegenheit traf er auch mit dem Generalsekretär der NATO und anderen hohen Vertretern zusammen.

Im März und September fanden die regelmäßigen OSZE/NATO-Treffen auf Mitarbeiter-ebene statt, bei denen Fragen wie regionale Probleme und politisch-militärische Aktivitäten erörtert wurden.

Das Konfliktverhütungszentrum beteiligte sich im Februar an der Arbeitstagung des *Treuhandfonds der NATO-Partnerschaft für den Frieden* in Washington, D.C., bei dem es über die OSZE-Erfahrungen mit der Bereitstellung von Hilfe berichtete. Das Zentrum tauschte auch regelmäßig Informationen über Projektaktivitäten in Bezug auf Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition sowie über grenzbezogene Aktivitäten im Rahmen des *Ochrid-Grenzprozesses für den Westbalkan* aus.

NATO-Vertreter nahmen 2007 an mehreren Veranstaltungen der Gruppe Terrorismusbekämpfung teil, darunter der Runde Tisch von Wilna und die Konferenz über die Verstärkung der Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor im Kampf gegen den Terrorismus. Die NATO leistete ihrerseits einen Beitrag zum Newsletter des OSZE-Netztes zur Bekämpfung des Terrorismus.

Der spanische OSZE-Vorsitz, die NATO und das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE organisierten im Dezember in Valencia (Spanien) eine Arbeitstagung über die Umwelt- und Sicherheitsaspekte von Wasserknappheit, Bodenverschlechterung und Wüstenbildung im Mittelmeerraum. Die Konferenz gab eine Reihe von Empfehlungen an internationale Organisationen ab, durch die die Umweltsicherheit in der Region verbessert werden soll.

## **Andere internationale, regionale und subregionale Organisationen und Initiativen**

Der Generalsekretär nahm am Außenministertreffen des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses (SEECP) und am *Zehnten SEECP-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs* im März bzw. Mai in Zagreb sowie an den Treffen des Rates der Außenminister und des Rates für kollektive Sicherheit der CSTO im Oktober in Duschanbe teil. Die OSZE entsandte weitere hochrangige offizielle Vertreter zu den Gipfeltreffen der Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung – GUAM (Georgien, Aserbaidschan, Ukraine, Moldau) im Juni in Baku, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum (BSEC) im Juni in Istanbul und der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) im November in Sofia sowie zum Treffen der Außenminister der BSEC im Oktober in Istanbul und zum *Treffen des Regionaltisches des Stabilitätspakts* im Mai in Zagreb.

Die Generalsekretäre der CSTO und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft sprachen im Februar bzw. Juli im Ständigen Rat der OSZE. Vertreter mehrerer internationaler, regionaler und subregionaler Organisationen und Initiativen nahmen am OSZE-Ministerratstreffen vom 29. und 30. November in Madrid teil, während die Generalsekretäre der CSTO und von GUAM sowie der Exekutivsekretar der GUS am Rande des Madrider Ministerratstreffens bilaterale Gespräche mit dem Generalsekretär der OSZE führten. Der Generalsekretär der CSTO und der Exekutivsekretär der GUS nahmen am diesjährigen *Dreiseitigen hochrangigen Treffen* teil, während der Direktor des Konfliktverhütungszentrums im Februar der CSTO-Konferenz in Moskau beiwohnte. Vertreter der Gruppe Terrorismusbekämpfung und die Hauptabteilung Personalressourcen besuchten den GUS-Exekutivausschuss in Minsk.

2007 setzte die OSZE ihre fruchtbare Zusammenarbeit mit der IOM fort, insbesondere mit dem Verbindungsbüro der IOM in Wien. Vertreter der beiden Organisationen nahmen an einschlägigen Veranstaltungen der jeweils anderen teil.

Mit dem Besuch des diplomatischen Beraters der Gruppe Humanitäre Diplomatie im Februar im OSZE-Sekretariat wurden die institutionellen Kontakte mit dem IKRK fortgesetzt.

Das Konfliktverhütungszentrum arbeitete in grenzrelevanten Aktivitäten mit dem Stabilitäts-pakt im Rahmen des *Ochrid-Grenzprozesses* zusammen. Seine Zusammenarbeit erstreckte sich auch auf die Südost- und osteuropäische Clearingstelle für die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen im Zusammenhang mit der Entwicklung entsprechender Projekte. Das Zentrum unterhielt Beziehungen auf Mitarbeiterenebene mit dem Wassenaar-Arrangement und informierte am 18. Oktober auf der Sitzung von dessen Allgemeiner Arbeitsgruppe über die jüngsten Aktivitäten der OSZE im Zusammenhang mit Kleinwaffen und leichten Waffen.

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung unterstützte die Arbeit internationaler Fachgremien für die Sicherheit von Containern/Versorgungsketten, insbesondere die Umsetzung des Standardrahmens der Weltzollorganisation, sowie einschlägige Aktivitäten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation. In Serbien und Kasachstan fanden gemeinsame Arbeitstagungen der OSZE und der Weltzollorganisation über die Umsetzung des Standardrahmens statt.

In Verbindung mit der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) und der Internationalen Organisation für Normung half die Gruppe beim Aufbau von Kapazitäten in Bezug auf die Erstellung elektronischer Dokumente mit biometrischen Kenndaten sowie auf anderen Gebieten, in denen staatliche Ausschreibungen vorgenommen werden. Dazu gehörte etwa die gemeinsame Abhaltung einer OSZE-weiten Veranstaltung und eines regionalen Workshops, die speziell den Mittelmeerpartnern der OSZE gewidmet waren. Die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (Interpol) war ebenfalls einer der wichtigsten Partner der Gruppe im Zusammenhang mit ihrem Programm zur Verbesserung der Sicherheit von Reisedokumenten und trug ebenfalls zu mehreren OSZE-Veranstaltungen bei.

Die Gruppe pflegte das ganze Jahr hindurch ihre Beziehungen zum GUS-Zentrum für Terrorismusbekämpfung. Das Zentrum nahm an den verschiedensten Veranstaltungen der Gruppe über die Ausweitung der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen in Verbindung mit Terrorismus und über die Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken teil.

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE unterhielt weiter guten Arbeitsbeziehungen zur ILO, insbesondere zu deren internationalem Migrationsprogramm, und zur IOM, mit der sie gemeinsam die Mittelmeerausgabe des *Labour Migration Handbook* in Arabisch und Englisch produzierte und herausgab. Es leistete auch Beiträge zu den von der IOM organisierten Treffen der *Vienna Migration Group*.

Das Büro des Koordinators arbeitete mit der OECD im Rahmen des Antikorruptionsnetzes (*Aktionsplan von Istanbul*) sowie mit dem Stabilitätspakt in Fragen der Korruptionsbekämpfung zusammen. Das Büro kooperierte auch weiter mit der eurasischen Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus. Die OECD leistete Beiträge zum regionalen Workshop über den *OSCE Investment and Business Guide* im Oktober in Albanien. Die OECD und die EBRD nahmen am *OSZE-Expertenworkshop über Indicatorsystems zur Evaluierung staatlich geförderter KMU-Entwicklungsprogramme* im Juni in Wien teil.

## **Internationale Finanzinstitutionen**

Mit Unterstützung der Weltbank, der EBRD und der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) veranstaltete die OSZE im Oktober in Taschkent eine Konferenz über die *größten Herausforderungen für die Umweltsicherheit und bestandfähige Entwicklung in der zentralasiatischen Region – Bodenverschlechterung und Bodenkontamination*, die sich mit Technologietransfer, der Wasserbewirtschaftung und Landressourcen beschäftigte.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten konzentrierte sich in seinem laufenden Dialog mit internationalen Finanzinstitutionen auf die Notwendigkeit, größere Anstrengungen zur Förderung der sozialen Integration in den von ihm betreuten Ländern zu unternehmen. Dieses Thema und die praktische Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen vor Ort in Bezug auf Hilfeleistung bei der Ausarbeitung von Lehrbüchern, Lehrplänen und Sprachunterricht wurden bei dem Treffen mit dem Vizepräsidenten der Weltbank für Europa und Zentralasien erörtert. Die ADB war erneut ein Partner für den Hohen Kommissar im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit und bei Aktivitäten in einzelnen Ländern.

## **Nichtregierungsorganisationen**

Nichtregierungsorganisationen (NROs) wurden zu den wichtigsten OSZE-Treffen und -Veranstaltungen eingeladen und leisteten Beiträge dazu. Sie setzten auch ihre Zusammenarbeit mit dem Sekretariat, den Institutionen und Feldpräsenzen der OSZE fort, wobei sie in vielen Fällen als Projektpartner fungierten.

Das Büro des Beauftragten für Medienfreiheit unterhielt enge Kontakte mit Medien-NROs im gesamten OSZE-Raum, etwa mit „Reporter ohne Grenzen“, dem Internationalen Presseinstitut, *Article 19*, *Privacy International* und dem *World Press Freedom Committee*.

## **Zusammenarbeit vor Ort – ausgewählte Bereiche**

### **Südosteuropa**

Die **Präsenz in Albanien** arbeitete gemeinsam mit der EK und dem Europarat an der Wahlrechtsreform, etwa im Rahmen eines Projekts betreffend das Personenstandswesen, und mit der EK an der Unterstützung der Polizei. In Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und der NATO befasste sie sich im Kosovo (Serbien) mit Fragen der grenzüberschreitenden Kooperation, die für alle Beteiligten von Interesse sind.

Die **Mission in Bosnien und Herzegowina** arbeitete mit internationalen Organisationen wie UNHCR, UNDP, NATO, den EU-Truppen in Bosnien und Herzegowina, der EK-Delegation, dem Europarat und dem Büro des Hohen Repräsentanten in verschiedenen Bereichen zusammen, zu denen sie Programme durchführt.

Die **Mission in Kroatien** befasste sich in enger Absprache mit der EK-Delegation, UNHCR und dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) mit Fragen der Rechtsstaatlichkeit und der Flüchtlingsrückkehr und -integration.

Die **Mission in Montenegro** verstärkte ihre Zusammenarbeit und Abstimmung mit anderen internationalen Organisationen in allen Programmbereichen, worin sie ein Schlüsselement in ihrer diplomatischen und programmbezogenen Arbeit sieht.

Die **Mission in Serbien** kooperierte mit Organisationen der Vereinten Nationen, darunter UNDP, UNHCR, ICTY und UNODC, der EU, dem Europarat, der NATO, der Weltbank, der EBRD und anderen Organisationen sowie mit NROs in ihren fünf Programmbereichen Rechtsstaatlichkeit/Menschenrechte, Demokratisierung, Strafverfolgung, Medien, Wirtschaft und Umwelt.

Die **Mission im Kosovo** war weiter um eine Verstärkung ihrer guten Zusammenarbeit mit anderen internationalen Institutionen vor Ort und mit den Regierungen der Teilnehmerstaaten bemüht.

Die **OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje** führte in enger Zusammenarbeit mit dem ICTY ein umfassendes Schulungsprogramm über humanitäres Völkerrecht durch, das Richter, Staatsanwälte und Ermittler bei ihrer Befassung mit Kriegsverbrechen und anderen komplizierten Strafverfahren helfen sollte.

### **Osteuropa**

Das **Büro in Minsk**, UNDP und das Schweizer Kooperationsbüro beteiligten sich am *Kooperations- und Rehabilitationsprogramm* für Tschernobyl-geschädigte Regionen. Es hielt regelmäßig Konsultationen mit den Vereinten Nationen, dem *Programm für technische Hilfe für die GUS* der Europäischen Union (TACIS) und der Weltbank zu Fragen von gegenseitigem Interesse ab. Das Büro und die Vereinten Nationen organisierten Veranstaltungen zum Jubiläum der Menschenrechtserklärung sowie gegen häusliche Gewalt.

Die **Mission in Moldau** arbeitete eng mit den Vereinten Nationen, dem Europarat und der EU zur Förderung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Medienfreiheit und der Menschenrechte sowie zur Bekämpfung von Menschenhandel zusammen.

Der **Projektkoordinator in der Ukraine** arbeitete tatkräftig mit Organisationen der Vereinten Nationen, der IOM und *La Strada* zusammen.

Das **Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst**, setzte seine Zusammenarbeit mit Organisationen der Vereinten Nationen, insbesondere mit UNHCR, zu Fragen im Zusammenhang mit dem Konflikt fort. Außerdem unterstützte das Büro die Freilassung von Kriegsgefangenen in Zusammenarbeit mit dem IKRK.

### **Südkaucasus**

Das **Büro in Baku** arbeitete mit dem Europarat an Rechtsvorschriften über die Versammlungsfreiheit und an Möglichkeiten zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Medien und der Regierung, mit UNICEF über die Jugendstrafgerichtsbarkeit, mit der ILO über wirksamere Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels und mit UNDP an einer verbesserten Koordination der Hilfsmaßnahmen.

Die **Mission in Georgien** arbeitete mit den wichtigsten Partnern der OSZE zusammen: Organisationen der Vereinten Nationen, Europarat, EU und NATO. Ein Beispiel für konkrete Zusammenarbeit in diesem Bereich ist die Umsetzung des mit 2,5 Millionen Euro dotierten *Wirtschaftlichen Rehabilitationsprogramms* für die Zone des georgisch-ossetischen Konflikts gemeinsam mit der EK, UNDP und UNHCR.

Das **Büro in Eriwan** koordinierte die internationalen Aktivitäten durch seine Vorsitzführung in Arbeitsgruppen zu Wahlfragen, Korruptionsbekämpfung, Volksanwaltschaft, Medien-gesetzgebung, Gender, Bekämpfung des Menschenhandels sowie Migration. Die meisten gemeinsamen Projekte wurden mit UNDP, dem Europarat, der EU, der Weltbank und der US-Agentur für internationale Entwicklung durchgeführt.

### **Zentralasien**

Das **Zentrum in Aschgabad** kooperierte mit Organisationen der Vereinten Nationen, dem TACIS-Programm der EU und dem *U.S. Peace Corps* bei der Schulung von öffentlichen Bediensteten, in Gesundheits- und Umweltfragen sowie zur Unterstützung von Bauernbünden. Das Zentrum baute seine Zusammenarbeit mit Hochschuleinrichtungen aus.

Das **Zentrum in Astana** arbeitete mit verschiedenen internationalen Organisationen zusammen: mit UNDP zu Fragen der parlamentarischen Entwicklung, mit IOM, UNDP und dem BOMCA-Programm der EU zu Fragen der Grenzsicherung und des Grenzmanagements, mit UNECE und dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau zur grenzüberschreitenden Wasserbewirtschaftung und mit UNDP zu Genderfragen.

Das **Zentrum in Bischkek** veranstaltete einen Schulungskurs für zukünftige Bedienstete von OSZE-Feldoperationen mit einem Ausbilder des UNDP/Tadschikistan-Entminungszentrums. Es kooperierte mit der Venedig-Kommission des Europarats im Bereich der

Verfassungsreform. Das Zentrum stand auch in regelmäßigem Kontakt mit der EK und einer Reihe anderer internationaler Organisationen.

Das **Zentrum in Duschanbe** arbeitete regelmäßig mit einer Reihe internationaler Organisationen wie UNDP, dem Tadschikistan-Büro für Friedensstiftung der Vereinten Nationen, dem BOMCA-Programm der EU, der EK und anderen internationalen Hilfs- und Entwicklungsorganisationen zusammen.

Der **Projektkoordinator in Usbekistan** arbeitete gemeinsam mit UNDP an der Umsetzung eines Projekts in der Wirtschafts- und Umweltdimension. Eine Konstante in der Arbeit des Büros war 2007 die Koordination von Aktivitäten mit anderen internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen.

## Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum und mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raumes

### **Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern**

#### **Bericht des OSZE-Vorsitzes**

Spanien war es in der Zeit seines Vorsitzes ein Anliegen, die Beziehungen zu den Kooperationspartnern zu verbessern und einige der wichtigsten von ihnen im Laufe der Zeit gemachten Vorschläge zu behandeln.

Für Spanien, selbst ein Mittelmeeranrainerstaat, hatten die Beziehungen zu den Mittelmeerpartnern in diesem Jahr großen Stellenwert. Die vom OSZE-Vorsitz am 9. und 10. Oktober in Córdoba veranstaltete *Hochrangige Konferenz über Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen* war ein bedeutendes Ereignis in den Beziehungen zu den Mittelmeerpartnern. Ferner war, ebenfalls zum ersten Mal, im zweiten Teil des *Wirtschafts- und Umweltforums* ein Plenum dem Thema *Herausforderungen bei der Bewirtschaftung von Wasserressourcen und der Bekämpfung der Wüstenbildung im Mittelmeerraum* gewidmet, bei dem Experten aus vielen Partnerländern im Mittelmeerraum zu Wort kamen.

Spanien machte es zur Regel, die Kooperationspartner regelmäßig zu den Sitzungen des Ständigen Rates einzuladen, wo sie nun gemeinsam mit den Teilnehmerstaaten am Haupttisch sitzen. Die Partner nahmen auch öfter als bisher an den Sitzungen des Forums für Sicherheitskooperation teil.

Die auf dem Madrider Ministerratstreffen versammelten Außenminister einigten sich auf zwei wichtige Dokumente in Bezug auf die Partner. Die *Erklärung über die OSZE-Kooperationspartner* betont erneut das Interesse der Teilnehmerstaaten an verstärkten Beziehungen zu den Partnerländern. Ein weiterer wichtiger Meilenstein war der *Beschluss über das OSZE-Engagement für Afghanistan*. Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten unterstützte Afghanistan in seinen Bemühungen um mehr Sicherheit und Stabilität mit einem Ausbildungskurs über die Bekämpfung von Suchtstoffen, an dem 10 afghanische Polizeibeamte teilnahmen. Während des Ministerrats kam es auch zu den bereits traditionellen Sitzungen der OSZE-Ministertrioika mit den Kooperationspartnern.

Der spanische Vorsitz brachte die Verhandlungen über die Einrichtung eines Partnerschaftsfonds zu einem erfolgreichen Abschluss; dieser wurde schließlich auch dank der Bemühungen Belgiens und Finnlands, der Vorsitzenden der beiden Kontaktgruppen, am Rande des Ministerratstreffens in Madrid verabschiedet.

Mit Unterstützung des finnischen Vorsitzes der Mittelmeer-Kontaktgruppe und des Sekretariats veranstaltete Spanien auch verschiedene Treffen zu Mittelmeerthemen: eine Arbeitstagung über die Sicherheit von Reisedokumenten im November, eine Arbeitstagung über Wasserbewirtschaftung und Bodenverschlechterung im Mittelmeerraum im Dezember und ein Seminar, auf dem die arabische Ausgabe des *Handbook on Establishing Effective Labour Migration Policies* vorgestellt wurde, ebenfalls im Dezember.

Auf Initiative Belgiens und Finnlands veranstalteten die asiatische und die Mittelmeer-Kontaktgruppe erstmals eine gemeinsame Sitzung. Sie nahmen eine Bestandsaufnahme der Beziehungen zwischen der OSZE und den Partnern vor, wozu ihnen ein Hintergrundpapier des Sekretariats vorlag, und erarbeiteten eine Reihe wichtiger Vorschläge zur Verbesserung der Beziehungen. Der finnische Vorsitz 2008 wird zu weiteren derartigen Sitzungen anregen.

### **Bericht des Vorsitzes der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern in Asien**

**Die Arbeit der Asien-Kontaktgruppe.** Die Asien-Kontaktgruppe hielt unter belgischem Vorsitz fünf Sitzungen ab, auf denen Fragen in allen drei Dimensionen behandelt wurden, die Anlass zu einem verstärkten Dialog geben können. Dazu zählten Grenzmanagement und -sicherung, Bodenverschlechterung und Bodenkontamination, Bekämpfung des Menschenhandels und menschliche Sicherheit. Die Kontaktgruppe hielt auch eine ausführliche Diskussion über die Intensivierung der Beziehungen zwischen der OSZE und dem ASEAN-Regionalforum ab, dem wichtigsten Forum für Sicherheitsdialog in Asien.

**OSZE/Mongolei-Konferenz.** Das wichtigste Ereignis des Jahres war die OSZE/Mongolei-Konferenz 2007 zum Thema „*Stärkung der kooperativen Sicherheit zwischen der OSZE und den Kooperationspartnern in Asien*“, die am 12. und 13. Juni in Ulan Bator stattfand und bei der die Mongolei zum ersten Mal als Gastgeber fungierte. Die Tagesordnung enthielt Punkte wie die freiwillige Umsetzung der OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen, die speziellen Bedürfnisse von Binnenentwicklungsländern, die Entwicklung des Verkehrs, Bodenverschlechterung und Wüstenbildung, Justizreform, Polizeiuunterstützung und Grenz-sicherung und -management sowie Demokratisierung, Menschenrechte und Grundfreiheiten als Bausteine von Sicherheit und Stabilität.

Die Teilnehmer schlugen vor, mehr Gelegenheiten für gemeinsame Aktivitäten und ergebnisorientierte Projekte zu schaffen. Sie sprachen sich nachdrücklich für die Einrichtung eines Partnerschaftsfonds aus, der am Rande des Ministerratstreffens beschlossen wurde und als Instrument zur Verwirklichung dieser Ziele dienen soll. Aus dem Blickwinkel der regionalen Sicherheit wurde Zentralasien als Angelpunkt zwischen der OSZE und den asiatischen Partnern beschrieben. Auf der Konferenz wurde daher die Notwendigkeit unterstrichen, sich der Probleme der Binnenländer anzunehmen, indem die regionale Kooperation im Verkehrswesen verstärkt und der Handel erleichtert wird und die polizeilichen Kapazitäten sowie die Grenzsicherung und das Grenzmanagement verstärkt werden.

**Veranstaltung zur menschlichen Sicherheit.** Im Mai fand in Wien auf Initiative Japans und einiger anderer mitveranstaltender Länder eine informelle Arbeitstagung über die Förderung des Konzepts der menschlichen Sicherheit im OSZE-Raum statt. Einige Teilnehmer unterstrichen, dass der umfassende und kooperative Sicherheitsbegriff der OSZE und das Konzept der menschlichen Sicherheit sehr viel Gemeinsames haben. Beide seien grenzüberschreitend und multidimensional und dienten der Förderung von Maßnahmen sowohl der Staaten als auch des Einzelnen zur Gewährleistung der Sicherheit. Andere fragten sich, ob und wenn ja wie das Konzept der menschlichen Sicherheit die bereits in der OSZE im Gange befindlichen Aktivitäten beeinflusst. Eine dritte Gruppe stellte fest, dass es bisher keine vereinbarte Definition des Begriffs der menschlichen Sicherheit gebe und es daher schwierig sei, das Konzept mit der OSZE zu verknüpfen.

Die Arbeitstagung bot Gelegenheit zu einer intensiven und eingehenden Debatte, die es den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern gestattete, ihre speziellen Sorgen und An-

liegen zur Sprache zu bringen. Es wurde vereinbart, den Dialog bei der nächsten passenden Gelegenheit fortzusetzen.

**Viertes Jeju-Friedensforum.** Vom 21. bis 23. Juni vertrat Belgien gemeinsam mit dem Sekretariat die OSZE auf dem vierten *Jeju-Friedensforum* in der Republik Korea, das gemeinsam vom Jeju-Friedensinstitut in Verbindung mit der Internationalen Friedensstiftung veranstaltet wurde. Das *Forum* widmete eine eigene Sitzung dem Thema *Von Helsinki nach Jeju: Entwurf des Jeju-Prozesses für einen multilateralen Kooperationsmechanismus in Nordostasien*. In der Diskussion äußerten Teilnehmer ihr Interesse an der OSZE als einem Vorbild für die Förderung von Frieden und Sicherheit in Nordostasien. In der *Jeju-Erklärung* hieß es: „Die kritischen Sicherheitsfragen der heutigen Zeit in Nordostasien [...] verlangen dringend neue Maßnahmen zur Förderung der multilateralen Sicherheitskooperation in der Region.“ Belgien ist bereit, die Veranstaltung eines Folgeseminars 2008 in Wien zum Thema *Weitergabe der KSZE/OSZE-Erfahrungen in multilateraler Sicherheitskooperation an Nordostasien* zu unterstützen.

### **Bericht des Vorsitzes der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum**

**Die Arbeit der Mittelmeer-Kontaktgruppe.** Die unter finnischen Vorsitz stehende Mittelmeer-Kontaktgruppe trat 2007 siebenmal zusammen, wodurch sich der Gedankenaustausch zwischen der OSZE und den Mittelmeerpartnern weiter vertiefte. Darüber hinaus fanden im Verlauf des Jahres mehrere Treffen der Kontaktstellen zur Vorbereitung der Botschaftertreffen und der Tagesordnung für das *Mittelmeerseminar 2007* statt.

Auf den Treffen der Kontaktgruppe erörterten die Teilnehmer Fragen der menschlichen Dimension und der Sicherheit wie etwa die Aktivitäten der OSZE im Kampf gegen Menschenhandel und Terrorismus sowie Fragen der Toleranz und der Migration. Letztere wurde sowohl in Bezug auf die OSZE als auch im Hinblick auf das Folgetreffen zur *Euro-afrikanischen Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung* diskutiert, die am 21. Juni in Madrid stattfand.

Die Kontaktgruppe besprach Entwicklungen und Themen im OSZE-Raum, die von den Mittelmeerpartnern zur Sprache gebracht wurden und für ihre Länder und für die OSZE von Bedeutung sind.

Außerdem hielt die Kontaktgruppe vor und nach OSZE-Großveranstaltungen wie der *Hochrangigen Konferenz zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung von gegenseitiger Achtung und des Verständnisses füreinander* und der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* themenbezogene Diskussionen ab.

Der spanische Vorsitz organisierte ein informelles Treffen zwischen den Partnern und den drei Persönlichen Beauftragten zu Fragen der Toleranz, um gemeinsam Maßnahmen gegen Diskriminierung zu besprechen. Um sicherzustellen, dass diese kritische Frage weiter ganz oben auf der Tagesordnung steht, schlug Finnland vor, das *Mittelmeerseminar 2007* unter das Motto Toleranz zu stellen, was von allen Mittelmeerpartnern begrüßt wurde.

Wie schon in den letzten Jahren informierte der Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung in Wien die Gruppe über Aspekte der *Jahrestagung* der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die für die Partnerschaft von Bedeutung sind.

Gegen Jahresende bereiteten sich die Kontaktgruppe und die Kontaktstellen intensiv auf das Madrider Ministerratstreffen und auf das Treffen mit der OSZE-Ministertrioika vor, was in der Erklärung sowie in der Einrichtung eines Partnerschaftsfonds seinen Niederschlag fand.

**OSZE-Mittelmeerseminar.** Das *Mittelmeerseminar*, das am 18. und 19. Dezember in Tel Aviv (Israel) stattfand, befasste sich mit dem Thema „Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander“. Hochrangige Redner besprachen Fragen der Toleranz und gaben den Anstoß zu einem Gedankenaustausch. Leider hinderte die politische Lage im östlichen Mittelmeerraum und im Nahen Osten sowohl die Teilnehmerstaaten als auch die Partner daran, ihre Beziehungen weiter auszubauen, wie dies alle gewünscht hatten. Finnland hofft jedoch, dass dies eine Ausnahme im OSZE-Dialog mit den Mittelmeerpartnern sein wird. Finnland sah sich durch die Parallelveranstaltung für Nichtregierungsorganisationen, die erstmals am Tag vor dem Seminar organisiert wurde, bestätigt und unterstützte die Empfehlung, in Zukunft öfter derartige Parallelveranstaltungen abzuhalten.

### **Bericht des Generalsekretärs**

Das Sekretariat half mit, die Beziehungen zu den Kooperationspartnern zu verstärken, indem es die Vorsitze der beiden Kontaktgruppen beriet und unterstützte, mehrere Veranstaltungen mit den Mittelmeerpartnern organisierte und das jährliche *Mittelmeerseminar* und die *OSZE/Mongolei-Konferenz* ausrichtete. Zur Vorbereitung auf die erste gemeinsame Sitzung der Kontaktgruppen bereitete das Sekretariat außerdem ein ausführliches Hintergrundpapier über die Beziehungen zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern vor.

Auf Einladung des afghanischen Außenministers besuchte der Generalsekretär im Juli 2007 Kabul, wo er Konsultationen mit Präsident Hamid Karzai sowie mit hochrangigen Regierungsvertretern Afghanistans führte. Er traf auch mit hochrangigen Vertretern der wichtigsten internationalen Akteure in Kabul zusammen, darunter die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe und die Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan.

Bei den Begegnungen wurden Möglichkeiten einer Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und Afghanistan erörtert. Zu den in Frage kommenden Bereichen zählte unter anderem die Unterstützung bei der Aus- und Weiterbildung junger Diplomaten durch Förderungen für einen Austausch mit der OSZE-Akademie in Bischkek oder OSZE-Praktika. Bei den Sitzungen betonten die Teilnehmer vor allem ihre Unterstützung für die Verstärkung der Kapazitäten Afghanistans zur Sicherung der Grenze zwischen seinen nördlichen Provinzen und Tadschikistan sowie Fortbildungsmaßnahmen für afghanische Drogenfahnder an der Domodedowo-Akademie in Russland.

Als Maßnahme im Anschluss an den Besuch des Generalsekretärs nahm ein Vertreter der Abteilung Externe Zusammenarbeit auf Sondereinladung der Kovorsitzenden am 3. Oktober am sechsten Treffen des Gemeinsamen Rates für Koordination und Monitoring in Kabul teil. Ein Vertreter der Sekretariatsgruppe Grenzen wohnte einer Expertengesprächsrunde im Rahmen des Pariser Pakts bei, die vom 29. Oktober bis 2. November in Kabul stattfand.

Im Anschluss an das *OSZE-Mittelmeerseminar 2006* organisierte die Gruppe Terrorismusbekämpfung am 13. und 15. November in Madrid (Spanien) einen Workshop über die Sicherheit von Reisedokumenten für den Mittelmeerraum.

*Durch die Partnerschaft zwischen der OSZE und den Mittelmeerstaaten sollen sowohl die „Teilnehmerstaaten als auch die Partner dazu ermutigt werden, im Umgang mit grenzüberschreitenden Problemen einschließlich Terrorismus, Waffen- und Drogenschmuggel, organisierte Kriminalität, illegale Migration, Intoleranz und Umweltschädigung gemeinsame Ziele zu verfolgen.“*

– Der Botschafter Algeriens, Taous Feroukhi

Im Anschluss an das Mittelmeerseminar war ein weiteres Seminar der Präsentation der arabischen Ausgabe des *Handbook on Establishing Effektive Labour Migration Policies* gewidmet, das als politisches Instrument für Regierung und Sozialpartner gedacht ist. Diese Veranstaltung fand auf Initiative des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE unter der Schirmherrschaft des spanischen OSZE-Vorsitzes und des Königreichs Marokko sowie in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration und der Internationalen Arbeitsorganisation statt. Es wurden verschiedene Aspekte der Steuerung von Migrationsströmen besprochen. Auf dem Seminar wurden mehrere Empfehlungen für weitere OSZE-Maßnahmen abgegeben, etwa die Entwicklung spezieller Schulungsbausteine für politische Entscheidungsträger sowie für Sozialpartner, die Medien und Diplomaten, die Veranstaltung thematischer Workshops zu bestimmten Kapiteln des *Handbook* und die Unterstützung weiterer Aktivitäten zur Förderung einer Arbeitsmigrationspolitik, die auf Genderaspekte eingeht. Das Seminar fand am 12. und 13. Dezember in Rabat (Marokko) statt.

*Der Dialog der OSZE mit ihren Mittelmeerpartnern „ist geeignet, durch eine bessere Abstimmung im Umgang mit gemeinsamen Herausforderungen in Bezug auf Frieden, Sicherheit, Menschenrechte, Demokratie, Governance und regionale Entwicklung zur regionalen Stabilität beizutragen.“*

– Der Botschafter Jordaniens, Shehab A. Madi

Im Anschluss an die Diskussionen im zweiten Teil des *Wirtschafts- und Umweltforums* über Herausforderungen bei der Bewirtschaftung von Wasserressourcen und der Bekämpfung der Wüstenbildung im Mittelmeerraum organisierte das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE gemeinsam mit der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) einen Workshop des OSZE-Vorsitzes und der NATO über *Wasserknappheit, Bodenverschlechterung und Wüstenbildung im Mittelmeerraum – Konsequenzen für die Umwelt und die Sicherheit*. Auf dieser Arbeitstagung wurden die Auswirkungen von Wasserknappheit, Bodenverschlechterung und Wüstenbildung auf die Sicherheit untersucht. Die Teilnehmer erörterten geeignete politische Reaktionen und die konkrete Rolle, die die OSZE, die NATO und andere Organisationen im Interesse der Umweltsicherheit in der Region spielen können.

Die Teilnehmer verwiesen auf die Notwendigkeit, auf die Frage aufmerksam zu machen und den Dialog zwischen den Mittelmeeranrainerstaaten zu verstärken. Viele unterstrichen die Wichtigkeit, eine regionale Untersuchung oder Enquete über Wasserknappheit, Bodenverschlechterung, Wüstenbildung und Sicherheit durchzuführen. Die Hauptreferate, Empfehlungen und Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppen sowie schriftliche Beiträge werden 2008 veröffentlicht.

**Zusammenwirken mit Organisationen außerhalb des OSZE-Raums**

Die OSZE entwickelte den Dialog und die Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums auf allen Ebenen weiter. Die Organisation lud sie zu einschlägigen OSZE-Veranstaltungen ein, darunter auch zum Madrider Ministerratstreffen.

Im November besuchte der Generalsekretär den Sitz der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS), wo er Gespräche mit Generalsekretär José Miguel Insulza und anderen offiziellen Vertretern der OAS führte. Der Vorsitzende des Ständigen Rates nahm gemeinsam mit dem OSZE-Generalsekretär im Mai an einer Tagung der Gruppe der Mitgliedstaaten der Organisation der islamischen Konferenz (OIC) teil, die unter der Schirmherrschaft Aserbaidschans in Wien stattfand. Der Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten (LAS), Amre Moussa, war ein Hauptreferent auf der Konferenz von Córdoba über Intoleranz gegenüber Muslimen.

Der Leiter der Abteilung Externe Zusammenarbeit hielt auf Einladung Finnlands auf einer Tagung der *Inter-sessional Support Group* des ASEAN-Regionalforums (ARF) am 29. und 30. März in Helsinki ein Referat über die Erfahrungen der OSZE mit vorbeugender Diplomatie und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen. Am Rande dieser Veranstaltung wurden Kontakte zum ARF-Sekretariat geknüpft. Vertreter der Konferenz über Interaktion und sicherheitsbildende Maßnahmen in Zentralasien und des ARF nahmen an der *OSZE/Mongolei-Konferenz* teil.

LAS, OIC und OAS wohnten verschiedenen Veranstaltungen der Gruppe Terrorismusbekämpfung bei, die sich mit Fragen wie öffentlich-private Partnerschaften zur Bekämpfung des Terrorismus, Verbesserung der Sicherheit von Reisedokumenten und Bekämpfung der Anstiftung zu Terrorismus im Internet befassten. Die OAS leistete auch einen aktiven Beitrag zum *Newsletter des OSZE-Netzes zur Bekämpfung des Terrorismus* und berichtete in ihrem eigenen Newsletter gegen den Terrorismus über die einschlägige Arbeit der OSZE.

Das Konfliktverhütungszentrum nahm an einem von der LAS im Juni in Kairo organisierten Symposium zum Thema *The Road ahead after the United Nations Programme of Action on Small Arms and Light Weapons 2006 Review Conference: the Present and the Future* teil. Das BDIMR war auf dem von der OAS organisierten *Second Implementation Meeting on the Declaration of Principles for Election Observation* vertreten.

### **Die Kooperationspartner im Mittelmeerraum:**

*Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien*  
2007 führte Finnland den Vorsitz in der Mittelmeer-Kontaktgruppe.

### **Die Kooperationspartner in Asien:**

*Afghanistan, Japan, Mongolei, Republik Korea und Thailand*  
2007 führte Belgien den Vorsitz in der Asien-Kontaktgruppe.

# Anhänge

## Abkürzungen

ASEAN	Verband südostasiatischer Nationen
ATU	Gruppe Terrorismusbekämpfung
BDIMR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
BSEC	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum
CEI	Zentraleuropäische Initiative
CSTO	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ENVSEC	Umwelt- und Sicherheitsinitiative
EK	Europäische Kommission
EU	Europäische Union
FSK	Forum für Sicherheitskooperation
GUAM	Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung (Georgien, Ukraine, Aserbaidshan, Moldau)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
ICAO	Internationale Zivilluftfahrt-Organisation
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
IOM	Internationale Organisation für Migration
ICTY	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
JCC	Gemeinsame Kontrollkommission
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KSE-Vertrag	Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVZ	Konfliktverhütungszentrum
LAS	Liga der arabischen Staaten
NATO	Nordatlantikvertrags-Organisation
OCEEA	Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OVKS	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
PACE	Parlamentarische Versammlung des Europarats
PISG	Provisorische Selbstverwaltungsinstitutionen des Kosovo
PV	Parlamentarische Versammlung
SALW	Kleinwaffen und leichte Waffen
SEECF	Südosteuropäischer Kooperationsprozess
TACIS	Technische Hilfe für die GUS, ein von der Europäischen Union betreutes Programm
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNECE	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNHCR	Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNODA	Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen
UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
VN	Vereinten Nationen
WB	Weltbank

## Anhänge

[placeholder]

OSZE-Haushalt 2007 nach Teilhaushalten  
(Beschluss Nr. 780 c.1 des Ständigen Rates)

## Anhänge

[placeholder]  
Personalstatistik

## Anhänge

### Kontakt

#### Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

OSZE-Sekretariat  
Wallnerstraße 6  
1010 Wien, Österreich  
Tel.: +43 1 514 36 6000  
Fax: +43 1 514 36 6996  
E-Mail: [info@osce.org](mailto:info@osce.org)  
[www.osce.org](http://www.osce.org)

#### Parlamentarische Versammlung

Rådhusstraede 1  
1466 Kopenhagen K, Dänemark  
Tel.: +45 33 37 80 40  
Fax: +45 33 37 80 30  
E-Mail: [osce@oscepa.dk](mailto:osce@oscepa.dk)

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte  
Aleje Ujazdowskie 19  
00-557 Warschau, Polen  
Tel.: +48 22 520 06 00  
Fax: +48 22 520 06 05  
E-Mail: [office@odih.pl](mailto:office@odih.pl)

#### Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten

Prinsessegracht 22  
2514 AP Den Haag, Niederlande  
Tel.: +31 70 312 55 00  
Fax: +31 70 363 59 10  
E-Mail: [hcnm@hcnm.org](mailto:hcnm@hcnm.org)

#### OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit

Wallnerstraße 6  
1010 Wien, Österreich  
Tel.: +43 1 514 36 68 00  
Fax: +43 1 514 36 68 02  
E-Mail: [pm-fom@osce.org](mailto:pm-fom@osce.org)

#### OSZE-Feldoperationen

Südosteuropa

#### OSZE-Präsenz in Albanien

Sheraton Tirana Hotel & Towers  
1st Floor, Tirana, Albanien  
Tel.: +355 4 235 993  
Fax: +355 4 235 994  
E-Mail: [Post.Albania@osce.org](mailto:Post.Albania@osce.org)

#### OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

Fra Andjela Zvizdovića 1  
71000 Sarajewo,  
Bosnien und Herzegowina  
Tel.: +387 33 752 100  
Fax: +387 33 442 479  
E-Mail: [info.ba@osce.org](mailto:info.ba@osce.org)

#### OSZE-Mission in Kroatien

Florijana Andrašeca 14  
10000 Zagreb, Kroatien  
Tel.: +385 1 309 66 20  
Fax: +385 1 309 66 21  
E-Mail: [osce-croatia@osce.org](mailto:osce-croatia@osce.org)

#### OSZE-Mission im Kosovo

OSCE Headquarters  
Beogradska 32  
38000 Prishtine/Priština  
Tel.: +381 38 240 100  
Fax: +381 38 240 711  
E-Mail: [press.omik@osce.org](mailto:press.omik@osce.org)

#### OSZE-Mission in Serbien

Cakorska 1  
11000 Belgrad, Serbien  
Tel.: +381 11 36 06 100  
Fax: +381 11 36 06 119  
E-Mail: [ppiu-serbia@osce.org](mailto:ppiu-serbia@osce.org)

#### OSZE-Mission in Montenegro

Bulevar Svetog Petra Cetinjskog 147  
81000 Podgorica, Montenegro  
Tel.: +382 81 40 64 01  
Fax: +382 81 40 64 31  
E-Mail: [omim@osce.org](mailto:omim@osce.org)

#### OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

QBE Makedonija Building, 11  
Oktomvri Str. 25  
MK-1000, Skopje  
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien  
Tel.: +389 23 23 40 00  
Fax: +389 23 23 42 34  
E-Mail: [info-mk@osce.org](mailto:info-mk@osce.org)

Osteuropa

#### OSZE-Büro in Minsk

Prospekt Gasety Pravda 11  
220116 Minsk, Belarus  
Tel.: +375 17 272 34 97  
Fax: +375 17 272 34 98  
E-Mail: [office-by@osce.org](mailto:office-by@osce.org)

#### OSZE-Mission in Moldau

Str Mitropolit Dosoftei 180  
2012 Chişinău, Moldau  
Tel.: +373 22 88 78 03  
Fax: +373 22 22 34 96  
E-Mail: [Moldova@osce.org](mailto:Moldova@osce.org)

#### OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

16 Striletska St.  
01034 Kiew, Ukraine  
Tel.: +380 44 492 03 82  
Fax: +380 44 492 03 83  
E-Mail: [osce-ukraine@osce.org](mailto:osce-ukraine@osce.org)

#### OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Wallnerstraße 6  
1010 Wien, Österreich  
Tel.: +43 1 514 36 68 58  
Fax: +43 1 514 36 61 24  
E-Mail: [helmut.napiontek@osce.org](mailto:helmut.napiontek@osce.org)

Südkaucasus

#### OSZE-Büro in Baku

The Landmark III  
96 Nizami St.  
Baku, Aserbaidschan  
Tel.: +994 12 497 23 73  
Fax: +994 12 497 23 77  
E-Mail: [office-az@osce.org](mailto:office-az@osce.org)

#### OSZE-Mission in Georgien

Krtsanisi Governmental Residence,  
Krtsanisi St.  
0114 Tiflis, Georgien  
Tel.: +995 32 202 303  
Fax: +995 32 202 304  
E-Mail: [po-ge@osce.org](mailto:po-ge@osce.org)

#### Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

4 Freedom Square  
GMT Plaza, 1st Floor  
0105 Tiflis, Georgien  
Tel.: +995 32 99 87 32  
Fax: +995 32 98 85 66  
E-Mail: [prcio@osce.org](mailto:prcio@osce.org)

#### OSZE-Büro in Eriwan

89 Teryan St.  
Eriwan 0009, Armenien  
Tel.: +374 10 54 10 -62, -63, -64  
Fax: +374 10 54 10 61  
E-Mail: [yerevan-am@osce.org](mailto:yerevan-am@osce.org)

Zentralasien

#### OSZE-Zentrum in Aschgabad

Turkmenbashi Shayoly 15  
744005 Aschgabad, Turkmenistan  
Tel.: +993 12 35 30-92  
Fax: +993 12 35 30-41  
E-Mail: [info\\_tm@osce.org](mailto:info_tm@osce.org)

#### OSZE-Zentrum in Astana

10 Beibitshilik St.  
Astana 010000, Kasachstan  
Tel.: +7172 32 68 04  
+7172 32 19 40  
Fax: +7172 32 83 04  
E-Mail: [almaty-kz@osce.org](mailto:almaty-kz@osce.org)

#### OSZE-Zentrum in Bischkek

139 St. Toktogula  
720001 Bischkek, Kirgisistan  
Tel.: +996 312 66 50 15  
Fax: +996 312 66 31 69  
E-Mail: [pm-kg@osce.org](mailto:pm-kg@osce.org)

#### OSZE-Zentrum in Duschanbe

12, Zikrullo Khojaev Str.  
734017 Duschanbe, Tadschikistan  
Tel.: +992 372 24 58 79  
+992 372 24 33 38  
Fax: +992 372 24 91 59  
E-Mail: [cid-tj@osce.org](mailto:cid-tj@osce.org)

#### OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan

Afrosiyob Street 12 b, 4th Floor  
700015 Taschkent, Republik Usbekistan  
Tel.: +998 71 120 44 70  
Fax: +998 71 120 61 25  
E-Mail: [osce-uz@osce.org](mailto:osce-uz@osce.org)

**Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist in 56 Staaten aktiv, um durch politischen Dialog über gemeinsame Werte und durch praxisbezogene Arbeit Stabilität, Wohlstand und Demokratie zu fördern und auf diesem Wege nachhaltige Verbesserungen zu bewirken.**

**Abteilung  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Büro des Generalsekretärs  
OSZE-Sekretariat  
Wallnerstraße 6  
1010 Wien (Österreich)  
Tel: +43 1 514 36 6000  
Fax: +43 1 514 36 6996  
E-Mail: [info@osce.org](mailto:info@osce.org)  
[www.osce.org](http://www.osce.org)**

**OSZE** Organisation für Sicherheit  
und Zusammenarbeit in Europa

OSZE-Haushalt 2007 nach Teilhaushalten  
(Beschluss des Ständigen Rates Nr. 780 c.1)

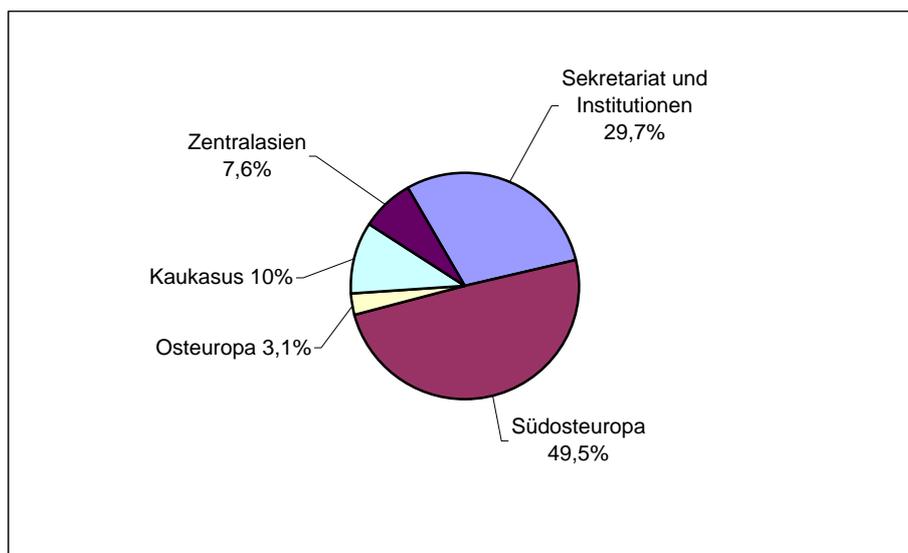
Teilhaushalt	Euro	% vom Gesamtbetrag
Sekretariat	30,868,600	18.35%
Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)	14,939,900	8.88%
Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)	2,852,800	1.70%
Beauftragter für Medienfreiheit	1,260,200	0.75%
Mission im Kosovo*	34,638,400	20.59%
Aufgaben in Bosnien und Herzegowina	17,944,200	10.67%
Mission in Kroatien*	7,324,000	4.35%
Mission in Serbien	7,507,500	4.46%
Präsenz in Albanien	3,726,600	2.22%
„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje	9,948,700	5.91%
Mission in Montenegro	2,200,900	1.31%
Mission in Moldau	1,868,800	1.11%
Projektkoordinator in der Ukraine	2,467,800	1.47%
Büro in Minsk	897,500	0.53%
Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militärangehörige	9,600	0.01%
Mission in Georgien	10,106,200	6.01%
Büro in Eriwan	2,315,800	1.38%
Büro in Baku	2,476,500	1.47%
Hochrangige Planungsgruppe	179,600	0.11%
Minsk-Prozess	791,300	0.47%
Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst	1,030,000	0.61%
Zentrum in Almaty**	1,981,800	1.18%
Zentrum in Aschgabad	1,228,400	0.73%
Zentrum in Bischkek	4,085,800	2.43%
Projektkoordinator in Usbekistan	1,611,500	0.96%
Zentrum in Duschanbe	3,937,600	2.34%
<b>HAUSHALT GESAMT</b>	<b>168,200,000</b>	<b>100.00%</b>

\* Siehe StR-Beschluss Nr. 828 über die Berichtigung des Gesamthaushaltsplans 2007 für die OSZE-Mission in Kroatien und die OSZE-Mission im Kosovo.

\*\* Am 21. Juni mit Beschluss Nr. 797 des Ständigen Rates in Zentrum in Astana umbenannt.

## Haushaltsplan 2007 nach Institutionen und Regionen

	Millionen EUR	%
Sekretariat und Institutionen	49.92	29.7%
Südosteuropa	83.29	49.5%
Osteuropa	5.24	3.1%
Kaukasus	16.90	10.0%
Zentralasien	12.85	7.6%
HAUSHALT GESAMT	168.2	100%



## Personalstatistik

Internationales  
Personal

Nationalität	Kosovo	Bosnien u. Herzegowina	Kroatien	Georgien	Skopje	Serbien	Montenegro	Moldau	Albanien	Aschgabad	Astana	Bischkek	Duschanbe	Usbekistan	Baku	Minsk	Eritwan	P.B. Minsk-Konferenz	Ukraine	Feldoperationen gesamt	Sekretariat	Medienfreiheit	HKNM	BDIMR	Sekretariat und Institut. gesamt	Gesamt	
Albanien																				0					0	0	
Andorra																				0						0	0
Armenien	3	1													1					5	1			2	3	8	
Aserbaidshjan	2	1			1															4	2				2	6	
Belarus				1	3															4	1	1	1	2	5	9	
Belgien	4																			4	2				3	7	
Bosnien und Herzegowina	8			1	1	1				1										12	1		1	1	3	15	
Bulgarien	5	2		4			3	1	2				1			1				19	6			1	7	26	
Dänemark	1												1							2	2			2	4	6	
Deutschland	26	4	1	5	3	2	1	2	1		1	1	1		1	1			51	14	1	1	3	19	70		
die ehemalige jugosl. Republik Mazedonien	3																			3					0	3	
Estland	1		1	1		1		1												5				1	1	6	
Finnland	3	2	1	1					1					1						9	7		1	2	10	19	
Frankreich	9	8	1	4	2			2	2	2		1		1	1	1	1			35	8	2		4	14	49	
Georgien					2	1														3	1		1	2	4	7	
Griechenland	6	1																		7	2				2	9	
Heiliger Stuhl																				0					0	0	
Irland	4	2			1	2														9	5		1		6	15	
Island																				0				1	1	1	
Italien	19	10	1		9	5	1		3		1		3		1					53	9		1	4	14	67	
Japan					1															1					0	1	
Kanada	6	1		1	1	1						1								11	7			6	13	24	
Kasachstan																		1		1	1			3	4	5	
Kirgisistan		1																		1	1				1	2	
Kroatien	3	1			1	1														6	2				2	8	
Lettland									1											1	2			1	3	4	
Liechtenstein	2																			2					0	2	
Litauen									1			1	1							3					0	3	
Luxemburg																				0	1				1	1	
Malta																				0	1				1	1	
Moldau	2					1					1	1					1			6	2		1	1	4	10	
Monaco																				0					0	0	
Montenegro	1																			1					0	1	
Niederlande	6	3				1			4								1			15	3		3	3	9	24	
Norwegen	2	1			1	4	1	1			1		1		1					13	2		3	1	6	19	
Österreich	14	5	1	1	4	1	1		3											30	9	1	2	3	15	45	
Polen	7		1	3				2	1									1		15	2		1	8	11	26	
Portugal	3				1	1														5	1				1	6	
Rumänien	8	2		1	2		1		2				1							17	3			1	4	21	
Russische Föderation	2	4		1	3							1	2				1			14	12	1		2	15	29	
San Marino																				0					0	0	
Schweden	8	3			2	2	1				1	2					1			20	7			1	8	28	
Schweiz	2	1										1								4	1	1			2	6	
Serbien															1					1	2				2	3	
Slowakei	1	2	1	1																5	2				2	7	
Slowenien		1			2	1	1													5					0	5	
Spanien	17	2	3	1	6				1						1					31	15			1	16	47	
Tadschikistan	2	2																		4	1				1	5	
Tschechische Republik	1	1	2	3		1		1	1									1		11	3				3	14	
Türkei	3	1			6	3	1		1											15	6				6	21	
Turkmenistan																				0	1				1	1	
Ukraine	1			2	3					1		2	1				1			11	3		1		4	15	
Ungarn	2	1		3	2						1			1				2	1	13		1			1	14	
Usbekistan	2																1			3				2	2	5	
Vereinigte Staaten	28	14	3	2	6	5	2	2	4	1		1	2					1		71	15		1	4	20	91	
Vereinigtes Königreich	9	2		3	5	6	1	1	4				2					1	1	35	12			9	21	56	
Zypern																				0	1				1	1	
<b>Internationales Personal</b>	<b>226</b>	<b>79</b>	<b>16</b>	<b>39</b>	<b>68</b>	<b>40</b>	<b>14</b>	<b>13</b>	<b>32</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>12</b>	<b>16</b>	<b>3</b>	<b>6</b>	<b>4</b>	<b>8</b>	<b>6</b>	<b>3</b>	<b>596</b>	<b>179</b>	<b>8</b>	<b>20</b>	<b>71</b>	<b>278</b>	<b>874</b>	
<b>Ortspersonal</b>	<b>688</b>	<b>507</b>	<b>94</b>	<b>154</b>	<b>183</b>	<b>138</b>	<b>32</b>	<b>34</b>	<b>84</b>	<b>16</b>	<b>19</b>	<b>57</b>	<b>74</b>	<b>13</b>	<b>18</b>	<b>9</b>	<b>31</b>	<b>11</b>	<b>18</b>	<b>2180</b>	<b>186</b>	<b>3</b>	<b>9</b>	<b>61</b>	<b>259</b>	<b>2439</b>	

\* Schließt Personal mit Dienstvertrag, entsandtes Personal sowie aus außerbudgetären Beiträgen finanziertes Personal ein.